26. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung 28.–29. Mai 2015

Das Bild von der DDR heute



Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der Friedrich-Ebert-Stiftung

In Zusammenarbeit mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.







Landesbüro Sachsen



Das Bild von der DDR heute

Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland

26. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Sachsen

28. und 29. Mai 2015

DOKUMENTATION

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der Friedrich-Ebert-Stiftung

EINLEITUNG Matthias Eisel	6
GRUSSWORTE	
Alexander Latotzky	9
Martin Dulig	12
Christian Schramm	17
ERÖFFNUNGSVORTRAG 25 Jahre Deutsche Einheit und das Erbe der DDR Prof. Dr. Everhard Holtmann	20
VORTRAG UND DISKUSSION Die Aufarbeitung der Geschichte der Blockparteien durch ihre Nachfolgeparteien Christoph Wunnicke	37
PODIUMSDISKUSSION Die historische, politische und juristische Aufarbeitung des SED-Staates Roland Jahn, Dr. Anna Kaminsky, Prof. Gert Weisskirchen, Prof. Dr. Klaus Marxen Moderation: Wolfgang Brinkschulte, MDR-Fernsehen	64
ZEITZEUGENGESPRÄCH Widerstand im Alltag der SBZ und der DDR Gesine Oltmanns, Jochen Stern, Wolfram Tschiche, Prof. Dr. Harald Wagner Moderation: Lutz Bathenow	98

26. BAUTZEN-FORUM 28. UND 29. MAI 2015

PODIUMSDISKUSSION	131
25 Jahre danach. Das Bild der DDR in Gesellschaft,	
Medien und Schule	
Stephan Dorgerloh, Thomas Krüger, Christoph Links,	
Peter Wensierski	
Moderation: Eileen Mägel	
THEATERSTÜCK	169
Referent_innen des 26. Bautzen-Forums	172
	/
Bautzen-Foren im Überblick	174
1	170
Impressum	178

EINLEITUNG

Matthias Eisel

"Das Bild von der DDR heute. Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland" lautete am 28. und 29. Mai 2015 die Überschrift des 26. Bautzen-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die DDR ist seit einem Vierteljahrhundert Geschichte. Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit, in dem die wirtschaftliche Situation Ostdeutschlands, die Städte, Gemeinden, die Umweltsituation, die Infrastruktur der Verkehrswege und vieles mehr eine insgesamt positive Entwicklung genommen haben und in großen Teilen tatsächlich zusammengewachsen ist, was zusammengehört. Für junge Leute spielen ost- oder westdeutsche Befindlichkeiten ohnehin kaum noch eine Rolle.

Wir blicken auf ein Vierteljahrhundert, in dem auch eine enorme historische Aufarbeitung des SED-Staates geleistet wurde. Mit vielen beeindruckenden Zeitzeugenberichten und Fachliteratur, mit Hörfunkdokumentationen und Fernsehfilmen, mit Gedenkorten und Museen wie der Gedenkstätte im ehemaligen Stasiknast Bautzen und vielen anderen Aktivitäten.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung begleitet diesen Prozess zur geschichtlichen Aufarbeitung der SBZ/DDR seit 1990 mit den jährlichen Bautzen-Foren zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Über 20 Jahre unterstützte die Stiftung zudem das Gedenken an die Schicksale von politisch verfolgten Frauen im berüchtigten ehemaligen DDR-Frauenzuchthaus Hoheneck in Stollberg im Erzgebirge. In Mecklenburg gibt es seit Jahren das Bützower Häftlingstreffen der Friedrich-Ebert-Stiftung zur DDR-Vergangenheit, bei dem wie in Bautzen auch viele ehemals politische Verfolgte und Inhaftierte der SED zu Wort kommen.

Natürlich ist die Arbeit mit all dem nicht getan. Geschichtliche Aufarbeitung und Geschichtsschreibung kann nichts Abgeschlossenes und auf alle Zeiten Besiegeltes sein. Das sehen wir auch mit Blick auf die NS-Zeit. Dort wie hier versuchen sich unbelehrbare alte und jüngere Kameraden in Relativierungen und kruden Verschwörungstheorien. Ein Blick ins Internet oder auf die Publikationen bestimmter Verlage und Organisationen genügt, um zu sehen, wie frühere Funktionsträger von SED, MfS oder NVA sich und die untergegangene DDR für die Nachwelt aufhübschen.

Auch deshalb haben wir uns beim Bautzen-Forum 2015 für das Thema "Das Bild von der DDR heute" entschieden. Es geht dabei um Fragen der differenzierten ge-



schichtlichen Einordnung und Deutung der SBZ/DDR 25 Jahre nach ihrem Ende und um den Anreiz für nachfolgende Generationen, sich mit diesem Teil deutscher Geschichte auseinanderzusetzen. Auf die Bezüge geschichtlicher Rezeption hat der Berliner Theologe und SPD-Politiker Prof. Richard Schröder bei einem Bautzen-Forum sehr bildhaft verwiesen, als er sagte: "Es geht uns beim Gang durch die Geschichte ähnlich wie beim Wandern. Ständig ändert sich nicht nur der Ausblick, sondern auch der Rückblick. Und zwar nicht, weil Berg und Tal sich bewegen, sondern wir uns."

Im Ablauf der beiden Forumstage haben wir einen solchen Gang unternommen und gefragt, mit welchem Bild der DDR-Geschichte wir es im 25. Jahr der Deutschen Einheit tatsächlich mehrheitlich zu tun haben? Gibt es vielleicht doch ein Erbe der DDR, das Nachwirkungen zeigt? Stichwort gesellschaftspolitisches Engagement, Parteienbindung und die relative Stärke und Akzeptanz der SED-Nachfolgepartei oder das mehrheitliche Ost-Phänomen "Pegida".

Ein Podium beschäftigte sich beispielsweise mit der historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der SED-Diktatur von 1990 bis heute. Ein weiteres mit

dem DDR-Bild in Schulen, Medien und weiten Teilen der Gesellschaft. Ein lebhaft diskutierter Vortrag thematisierte den Umgang der ehemaligen Blockparteien mit ihrer Vergangenheit. Ehemalige Bürgerrechtler_innen und Zeitzeugen berichteten über ihre ganz persönlichen Erfahrungen mit der SBZ/DDR und zivilem Ungehorsam heute. All das können Sie in der hier vorgelegten Dokumentation nachlesen.

Zur Wertschätzung der Bautzen-Foren gehört auch, dass wir mit Martin Dulig und Stephan Dorgerloh zwei Minister aus Sachsen und Sachsen-Anhalt als Gesprächsgäste begrüßen konnten, deren Weg in die Politik eng mit der Friedlichen Revolution verbunden ist.

Im überfüllten Zellentrakt des ehemaligen Zuchthauses Bautzen II, der heutigen Gedenkstätte, hatten Leipziger Schauspieler_innen des Theaters Schille am Abend des ersten Forumstages Erich Loests wunderbar schneidend-ironisches Stück "Ratzel speist im Falco" aufgeführt: Eine Geschichts- und Politsatire über die Umbruchzeit im Herbst 1989 in Leipzig und über führende SED-Genossen, wie sie emsig dabei sind, sich über die Zeiten zu retten. Bei aller Komik dieses mit großem Beifall aufgenommenen Theaterstücks war es beklemmend zu wissen, dass Erich Loest in einer der benachbarten Zellen sieben Jahre aus politischen Gründen von der SED-Justiz in Einzelhaft gefangen gehalten wurde.



GRUSSWORT

Alexander Latotzky

Liebe Kameradinnen und Kameraden, sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Marko Schiemann, lieber Christian Schramm, liebe Anna Kaminsky, lieber Matthias Eisel, sehr geehrte Anwesende,

das Jahr 2015 feiert viele Jubiläen. Vor 70 Jahren wurden nicht nur die sowjetischen Speziallager eingerichtet, zu denen mit dem Lager Nr. 4 auch Bautzen gehörte, vor 65 Jahren wurden diese Lager auch wieder geschlossen. Nicht ohne uns dabei Tausende von Toten zu hinterlassen, Häftlinge, die in dieser Zeit verhungerten oder an Krankheiten und anderen Ursachen gestorben sind. Hier in Bautzen ging es allerdings weiter, nunmehr unter deutscher Verwaltung. Und auch das Sterben hörte bekanntlich nicht auf.

An vielen Orten wird in diesem Jahr an dieses Ereignis erinnert. In Brandenburg gibt es am 13. Juli einen Empfang der noch lebenden Insassen der Lager auf Brandenburger Territorium durch den Ministerpräsidenten Dietmar Woitke. Schon vorher, am 20. Juni, findet ein ähnlicher Empfang in Buchenwald statt, hier pikanterweise durch den thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Und auch andernorts gibt es ähnliche Veranstaltungen und vielleicht auch wieder einmal eine hier in Sachsen.

Diese Empfänge sind wichtig, sind sie doch ein Zeichen dafür, dass wir noch nicht ganz vergessen sind, auch wenn es nur kleine und sehr seltene Zeichen sind.

Ich freue mich daher immer, wenn ich hierher zum Bautzen-Forum kommen kann, dem nunmehr 26. Denn dieses Forum ist nicht nur ein beständiges und wichtiges Forum für die Erinnerung an die kommunistische Diktatur, es ist auch ein Hinweis darauf, dass wir noch immer gehört werden. Dafür kann Matthias Eisel, seinen Mitarbeitern, der Friedrich-Ebert-Stiftung und allen anderen, die daran mitarbeiten, nicht oft genug gedankt werden. Ich danke an dieser Stelle auch ausdrücklich allen Vertretern aus der Politik und den Verbänden, die mit ihrer Anwesenheit die Bedeutung dieses Forums und der Erinnerung an das Leiden unterstreichen.

Auch wir, das Bautzen-Komitee, feiern in diesem Jahr ein Jubiläum. Vor 25 Jahren gründete sich hier in der Stadt das Bautzen-Komitee. Seit 25 Jahren bemühen auch wir uns um die Aufklärung der kommunistischen Gewaltverbrechen in der Stadt und die Erinnerung an die vielen Opfer. Vieles haben wir dabei erreicht, dank der Unterstützung aus der Politik, aber auch durch die Initiative von so vielen Einzelpersonen. Ich möchte an dieser Stelle nur das Buch von Jochen Stern oder das unseres Kameraden Harald Knaußt erwähnen, die nur Beispiele für viele andere Schriften zu diesem Thema sind. Unser Dank geht daher auch an die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, den sächsischen Landesbeauftragten Lutz Rathenow oder die Stiftung Aufarbeitung, deren finanzielle Unterstützung diese Arbeiten oft erst ermöglichen.

Ich danke auch all jenen Lehrern, die in mühsamen Projekten immer wieder versuchen, Schülern dieses Thema zu vermitteln. Stellvertretend sei die heute hier anwesende Helga Unger von der Schule in Breitenbrunn erwähnt, die sich mit ihren Schülern der Geschichte der Kinder aus den Lagern und Gefängnissen gewidmet hat, ein Thema, das mich auch persönlich tangiert. Dieses Projekt wurde ebenfalls unter anderem durch die Friedrich-Ebert-Stiftung Leipzig gefördert.

Einer Person möchte ich aber ganz ausdrücklichen Dank aussprechen. Auch sie feiert heute ein Jubiläum, nämlich ihr 25. Bautzen-Forum, an dem sie wieder maßgeblich beteiligt ist. Es ist eine Frau, die wir alle kennen und ohne deren Arbeit

10

dieses Forum nicht das wäre, was es ist. Ich darf Bärbel Röhr von der Friedrich-Ebert-Stiftung bitten, einmal kurz auf die Bühne zu kommen, um diesen Blumenstrauß entgegenzunehmen. Bärbel, ganz herzlichen Dank für Deine Arbeit! Dem 26. Bautzen-Forum wünsche ich viel Erfolg und ein Wiedersehen mit Ihnen allen im Jahr 2016.



Grußwort · Alexander Latotzky Grußwort · Alexander Latotzky



GRUSSWORT

Martin Dulig

Meine sehr verehrten Damen und Herren.

im vergangenen Jahr hatte ich die Gelegenheit, hier den Eröffnungsvortrag zu halten und an 25 Jahre Friedliche Revolution zu erinnern. Auch in diesem Jahr gibt es ein Jubiläum. Am 3. Oktober leben Ost- und Westdeutsche schon 25 Jahre in einem wiedervereinigten Land. Ich bin dafür zutiefst dankbar. Denn was es bedeutet, in einem geteilten Land zu leben, konnte ich bei meiner Korea-Reise vor zwei Wochen noch einmal hautnah erleben. Ich habe die Grenze zwischen Nordund Südkorea besucht. Grenzanlagen, Landminen, Wachtürme. Da habe ich die Konfrontation direkt gespürt. Mir ist noch einmal ganz bewusst geworden, was für ein Glück die Freiheit bedeutet, die wir uns 1989 erkämpft haben. Und was wir, bei allen Schwierigkeiten, für ein Glück haben, dass Ost und West immer weiter zu-

sammenwachsen. Die Bilanz nach 25 Jahren ist gut. Auch alle Umfragen sagen, dass wir auf einem guten Weg sind.

In einer Untersuchung von Allensbach aus dem Jahr 2012 sagten 25 Prozent der Westdeutschen, dass die Gemeinsamkeiten überwiegen. 1992 waren es 18 Prozent. Bei den Ostdeutschen sehen 23 Prozent mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. 1992 waren das nur zehn Prozent. Von heute aus gesehen scheint die DDR im Rückspiegel der Geschichte also immer kleiner zu werden. Dennoch ist sie weiter präsent. Besonders als Ostdeutscher muss man sich zu ihr verhalten. Sie bleibt wichtiger Bezugspunkt für die eigene Identität. Bei mir und bei Ihnen hier im Saal in kritischer Distanz und Ablehnung, bei manchen im Land auch in der Zustimmung.

Was ist von diesem Land nach einem Vierteljahrhundert noch da? Was ist, wie es auf der Einladung zur heutigen Veranstaltung steht, das Bild von der DDR heute? Und die wichtigste Frage für das Bautzen-Forum: Wie passt das Unrecht, das so viele Menschen in der DDR erdulden mussten, in dieses Bild?

Unrechtsstaat DDR

Die Diskussion über das Unrecht in der DDR ist in den vergangenen Jahren immer wieder aufgeflammt. Sie hat sich vor allem an der Frage entzündet, ob man die DDR als "Unrechtsstaat" bezeichnen kann oder nicht. Ich selbst bezeichne die DDR ohne zu zögern als Unrechtsstaat. Natürlich gab es in der DDR Gesetze, die in vielen Bereichen auch eingehalten wurden. Auch die DDR war darauf angewiesen, die gesellschaftliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Beim Einkaufen, am Arbeitsplatz, im Straßenverkehr, bei Eheschließung und Scheidung wurden diese Gesetze als weitgehend "normale" Rechtsordnung gesehen.

Aber bei Bedarf wurden diese Gesetze mit einem Handstreich beiseitegeschoben. Das geschriebene Recht stand unter dem Vorbehalt der SED und wurde willkürlich ausgelegt. Das Strafrecht wurde zu einem Instrument, um politisch Andersdenkende zu verfolgen. Auch die flächendeckende Bespitzelung nahezu der gesamten Bevölkerung mit polizeistaatlichen Methoden war Beweis dafür, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Allerdings teilen nicht alle diese Meinung. Einige, wie Friedrich Schorlemmer, lehnen den Begriff grundsätzlich ab. Andere, wie Gesine Schwan, finden den Begriff zu ungenau. Dieser Streit geht quer durch die Parteien. Auch viele Ostdeutsche können mit dem Begriff Unrechtsstaat wenig anfangen. Bei einer Emnid-Umfrage 2009 war die DDR für eine knappe Mehrheit der Ostdeutschen (53 Prozent) ganz oder teilweise ein Unrechtsstaat. Aber eine große Minderheit (41 Prozent) lehnte diese Bewertung ausdrücklich ab.

Verteidigung der eigenen Biografie

Warum lehnen 41 Prozent der Ostdeutschen diesen Begriff ab? Sie sehen ihn vor allem als Angriff auf ihre Identität. Mit der Ablehnung verteidigen sie ihre eigene Biografie. Erklärungsversuche von denen, die nicht in der DDR gelebt haben, werden dann nicht akzeptiert. Diesen Erklärungsversuchen fehlt in den Augen der 41 Prozent, was man heute Authentizität nennt. Sie selbst empfinden ihr Leben als unablösbar von der damaligen Zeit. Die DDR einen Unrechtsstaat zu nennen, bedeutet für diese Menschen, ihren individuellen Lebenslauf zu entwerten.

Die Bürger haben die DDR als einen "Despotismus mit fürsorglichem Antlitz" erfahren. Die persönliche Freiheit war nicht groß, aber das hat für eine Mehrheit im Alltag keine große Rolle gespielt. Dafür existierte im Bereich Arbeit und soziale Sicherung eine staatlich garantierte Rundumversorgung. In der Erinnerung wird das auch deswegen verklärt, weil heute diese Rundumversorgung nicht mehr in gleicher Weise existiert.

Im ganz persönlichen Vergleich der Systeme schneidet die DDR daher, was ihre sozialen Seiten betrifft, in den Augen vieler Ostdeutscher vorteilhaft ab. Ein Phänomen, das ich auch bei Jüngeren beobachte. Offenbar wird die verklärende Wahrnehmung der DDR von der älteren an die nachfolgende Generation weitergegeben. Die positive Bilanz des eigenen Lebens in der DDR wirkt weiter. Wenn ich mich aber vor allem positiv an den privaten Alltag in der DDR erinnere, verblasst das Unrecht des DDR-Systems.

Gegen die Ostalgie

Dann besteht die Gefahr, in Ostalgie zu verfallen. Erst einmal kommt die Ostalgie ganz harmlos daher. Die DDR schnurrt dann auf die Dreifaltigkeit von Bautz'ner Senf, Knusperflocken und Nudossi zusammen.

Ostalgie ist aber ganz und gar nicht harmlos. Ostalgie beschreibt ein aus diffusen Gefühlen und Erinnerungen entstandenes Bild der DDR. Das Bild einer DDR, die es nie gegeben hat. Sie wird dann, übertrieben gesagt, zu einer Art gelobtem Land der Nachbarschaftshilfe, in der jeder einen Job hatte, in dem für jeden gesorgt war und in dem es allen gutging. Ostalgie macht vergessen, dass die Kehrseite der Rundumversorgung à la DDR mangelnde Selbstbeteiligung und Unfreiheit hieß.

Mythos DDR

Man muss deutlich sagen: Dieses "gelobte Land" ist deswegen entstanden, weil die DDR möglichst wenig persönliche Freiheit zulassen wollte und stur an ihrem "Sozialismus" festhielt. Dieses gelobte Land stand ökonomisch vollkommen auf



tönernen Füßen. Es wurde ständig nur der Mangel verwaltet. Gleichzeitig wurde die Vollbeschäftigung mit einer sehr niedrigen Produktivität erkauft. Unter diesen Bedingungen war man gezwungen, sich gegenseitig zu helfen. Natürlich hat das zum Zusammenhalt beigetragen. Aber die Ursache war oftmals nicht, dass die Menschen das so wollten, sondern die pure ökonomische Notwendigkeit. Umgekehrt hat genau dieses System die DDR wirtschaftlich komplett ruiniert. Es entstand ein permanenter Mangel an angebotenen Leistungen und Waren. Daraus resultierte eine Art Parallelgesellschaft, die von der SED geduldet wurde. Tauschbeziehungen wurden zunehmend wichtig – Ware gegen Ware oder Dienstleistung gegen Ware. Hinzu kam die D-Mark als Zweitwährung. Es galten im Sozialismus, oder besser in seiner Parallelwelt, doch wieder die Gesetze des Marktes.

Auch auf dem Arbeitsmarkt war die DDR nicht produktiv. Um ein Fahrrad zu bauen, wurden 20 Menschen beschäftigt, obwohl zehn Arbeiter dafür gereicht hätten. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner betrug beim Zusammenbruch des SED-Staates nur noch ein Drittel des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts. Vom gelobten Land bleibt bei näherer Betrachtung also wenig übrig.

14 Grußwort · Martin Dulig Grußwort · Martin Dulig 15

Sehnsucht nach Sicherheit

In der Ostalgie kommt die Sehnsucht nach alten Sicherheiten zum Ausdruck. Es ist verständlich, wenn Menschen sich nach einer für sie wohlgeordneten Sicherheit zurücksehnen. Freiheit verlangt Entscheidung und bringt Unsicherheit. Diese Sehnsucht nach Sicherheit ist auch eine der Quellen, aus denen sich Pegida speist. Die Welt ist für viele Menschen trotz oder wegen der zahlreichen Informationsquellen unüberschaubar geworden und das macht Entscheidungen schwer. Die Menschen sehnen sich nach einfachen Entscheidungen, nach einfachen Lösungen zurück. Dann sind die Sündenböcke für die eigene Misere schnell gefunden – Flüchtlinge, Politiker, Journalisten: Vielleicht nicht zufällig drei Personengruppen, denen die Menschen in der DDR zutiefst misstrauten.

Die DDR als Diktatur

Der Ostalgie möchte ich hier deutlich entgegenhalten, dass die DDR auch eine menschenverachtende Diktatur war. Wer diesen Grundkonsens nicht akzeptieren kann, macht sich von der DDR ein falsches Bild, aus dem die problematischen Seiten weitgehend ausgeblendet werden. Wahrscheinlich wird in diesem Bild auch der Stasi-Knast in Bautzen nicht auftauchen. Hier wurden diejenigen eingesperrt, die sich dieser Diktatur in den Weg gestellt haben. Das darf man aus einer Gesamtschau der DDR, also aus dem "Bild der DDR heute" nicht ausblenden. Es gehört zwingend dazu.



GRUSSWORT

Christian Schramm

Liebe Kameradinnen und Kameraden, sehr geehrte Gäste,

26 Mal Bautzen-Forum, das heißt, 26 Mal konnten wichtige, manchmal schmerzvolle und schmerzhafte Impulse gegeben werden. Und es bedeutet, dass immer wieder persönliche Erfahrungen, wissenschaftliche Erkenntnisse unter die Lupe genommen wurden. Das ist etwas ganz Wichtiges und Unverzichtbares. Denn nur dann, wenn wissenschaftliche Forschung und persönliche Erfahrungen zusammenkommen, entsteht ein Bild, was es nachfolgenden Generationen ermöglichen kann, entsprechende Schlüsse zu ziehen.

16 Grußwort · Martin Dulig Grußwort · Christian Schramm

Das "Bild von der DDR heute" ist offensichtlich eine schwierigere Problemlage, als man zunächst denkt. Das kommt allerdings auch auf die Herkunft und den Blickwinkel an. Wir Diskutierenden – und zwar alle, ob aus Ost oder West – sind Betroffene oder Außenstehende, Wissenschaftler oder Otto Normalbürger. Unsere Wahrnehmung ist unterschiedlich und unterschiedlich sind auch unsere Emotionen. Wir haben es gleichzeitig zu tun mit Weltgeschichte, mit deutscher Geschichte und mit jeder Menge zerbrochener und gebrochener Biografien.

Das eigene Leben folgt aber nicht nur und nicht immer den gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Ansprüchen und den daraus resultierenden Bewertungen. Die ausreichende Berücksichtigung der "kleinen Leute" ist wesentlich. Wir sollten noch besser lernen, die Dinge auseinanderzuhalten, aber auch ihre Verzahnung zu kennen und zu respektieren.

Wir müssen Emotionen anerkennen, ohne in Gefühlsduselei zu versinken. Die Schärfe der Wahrnehmung und die Klarheit des Guten und Schlechten dürfen natürlich nicht darunter leiden.

Ein Teil der heutigen Bürgerbewegungen und Proteste scheint auf gewisse Mängel hinzuweisen. Ich nenne drei Dinge: Erstens Versäumnisse bei der Aufarbeitung der Geschichte der DDR und vor allen Dingen ihrer sozialen und soziologischen Strukturen. Ich denke etwa an die Bedeutung und Wirkung des bürgerlichen Milieus. Friedrich Dieckmann hat dazu einen sehr hörenswerten Radioessay verfasst. Zweitens bedarf die Spezifik von Arbeitswelt und persönlichem Leben, von Rückzug in die Familie und ins Private und die Scheinheiligkeit der Vorgänge andererseits noch tieferer Betrachtung und Bewertung. Drittens haben wir Versäumnisse bei der Rechtspflege und bei der Opferversorgung zu konstatieren. Das gehört dazu, wenn wir vom Bild der DDR heute reden. Wer wüsste dies besser als die hier versammelten Kameradinnen und Kameraden. Ich übersehe nicht, dass es dahingehend große Bemühungen gibt, beim Bund und auf der Länderebene, entsprechende Regulierungen einzuführen, aber rund in dem Sinne, wie Sie sich das wünschen, ist da manches noch nicht.

Auch aus den vorgenannten Gründen sind die Arbeit des Bautzen-Komitees und das Bautzen-Forum sehr wichtig. Ich ermutige Sie alle, an den Themen dranzubleiben. Hier entstehen wichtige Punkte für die politische Wahrnehmung.

Für mich selbst endet der aktive Dienst als Oberbürgermeister der Stadt Bautzen am 31. Juli. In meiner bisherigen Dienstfunktion werden Sie mich nicht mehr erleben, aber als Freund und Gast will ich gern weiter dabei sein. Die Kameraden und ihre Probleme – auch die der folgenden Generation, die sich dessen vielleicht noch gar nicht bewusst ist – sind mir wichtig geworden in all den Jahren.

Ich wünsche Ihnen ein gutes Forum und anregende Diskussionen. Der Friedrich-Ebert-Stiftung danke ich für die unermüdliche Organisation und den Kameradinnen und Kameraden des Bautzen-Komitees für das große Engagement und die guten persönlichen Begegnungen und Freundschaften.

18 Grußwort · Christian Schramm Grußwort · Christian Schramm 19



ERÖFFNUNGSVORTRAG

25 Jahre Deutsche Einheit und das Erbe der DDR

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Meine Damen und Herren, hochverehrte Anwesende,

25 Jahre Deutsche Einheit und das Erbe der DDR – was heißt das überhaupt: Erbe? Warum reden wir vom Erbe? Und wie können wir uns diese doch schwergewichtig daherkommende Metapher so erklären, dass wir damit etwas anfangen können? Inwieweit geht Gegenwart auf die Vergangenheit zurück? Und inwieweit wirkt die Vergangenheit in unserer Gegenwart heute noch nach?

Anders, als dies das private Erbrecht vorsieht, lässt sich ein politisches und kulturelles Erbe niemals ausschlagen. Wir können keine Verzichtserklärung vor Gericht abgeben. Dieses Erbe bleibt präsent und stellt eine ständige Herausforderung dar, die sich aus der Vergangenheit heraus an die Gegenwart wendet, gerufen oder un-

gerufen. Und das manchmal auf eine drängende, mitunter sehr unbequeme Art. Verbunden ist damit die Frage, in welcher Weise dieses Erbe bewältigbar ist: Wann können wir von einer bewältigbaren Vergangenheit sprechen? Und wollen wir das überhaupt? Ist der Begriff selbst möglicherweise schon der Wegweiser in einen Irrweg?

Aber es stellt sich konkret auch die Frage, ob in dem politischen und kulturellen Erbe der DDR auch Chancen und Potenziale stecken, die sich für eine angemessene Bewältigung unserer Gegenwart nutzen lassen. Chancen und Potenziale, die uns Fingerzeige liefern können, wie wir uns in der Gegenwart besser zurechtfinden oder auch politischen und gesellschaftlichen Wandel aktiv mitvollziehen können. Sie sehen, man kann an das "Erbe" eine ganze Reihe von Fragen stellen.

Ich werde heute vor allen Dingen die Perspektive der subjektiven Wahrnehmung dessen einnehmen, was gewesen ist, wie die Wahrnehmung des Gewesenen zu erklären ist und wie es nachwirkt. In dieser subjektiven Betrachtung, das sei zu Anfang erwähnt, werden auf der einen Seite das politische System und das Wirtschaftssystem der DDR und auf der anderen Seite die private Lebenswelt derer, die in der DDR großgeworden sind, dort gearbeitet und gelebt haben, häufig voneinander entkoppelt.

Die meisten derer, die spontan die Frage, ob denn in der DDR alles schlecht gewesen sei, verneinen, sind keineswegs der Auffassung, das politische System der DDR hätte es verdient, weiter zu existieren. Wir wissen aus unseren Umfragen, dass die weit überwältigende Mehrheit aller Generationen – gegen 90 Prozent – dieses politische System der DDR weder kleinreden noch zurückhaben möchte.

Aber auf der anderen Seite sagen in denselben Umfragen viele derselben Leute, und zwar bis in die junge Generation hinein, in der DDR sei eigentlich nicht alles schlecht gewesen. Etwa der soziale Zusammenhalt, den es dort gegeben habe bzw. den es dort gegeben haben soll. Das "gespaltene" Antwortverhalten zeigt: System und Lebenswelt werden rückblickend seitens der Erlebnis- und Erfahrungsgeneration häufig getrennt wahrgenommen. Zunächst einmal – das mögen Sie dem Politologen nachsehen – denkt man vom System her, in Zusammenhängen dieses Systems. Das ist auch unverzichtbar.

Inzwischen habe ich gelernt, dass die positive Besetzung des Teils der eigenen Biografie, der in die DDR hineinreicht, nicht nur etwas mit einer unpolitischen Datschen-Idylle zu tun hat. Die gab es sicherlich auch. Aber ebenso nachhaltig wirkt die positive Erfahrung und Identifikation mit dem eigenen Erwerbsleben in DDR-Zeiten nach. Man war sich selbst sicher gewesen, dass man qualifizierte Arbeit leistete. Dieses beruflich gewonnene Selbstbewusstsein gehörte auch zur Lebenswelt

der Menschen, die im Übrigen sehr wohl den Unrechtscharakter der DDR wahrnehmen.

Damit ist eine kulturelle Traditionslinie angedeutet, welche die Erfahrungswelt der DDR als Erbe in die Gegenwart hinein verlängert und dort als ein positiv besetzter Teil der eigenen Biografie so wertmächtig ist. Diesen Lebensabschnitt will man sich nicht nachträglich wegnehmen lassen. Aus dieser Perspektive, welche die Gegenwart mit der Zeit davor in eine aufklärende Beziehung setzt, will ich die Frage nach dem Erbe der DDR in erweiterter Form aufgreifen.

Es geht mir dabei vor allem um eine Wirkungsanalyse dieses Erbes. Das lenkt wiederum den Blick folgerichtig auf die – nun schon historischen – Erscheinungsbedingungen dieses DDR-Erbes selbst. Und wenn wir zurückblicken, dann sollte 1990 für uns nicht der rückwärtige Endpunkt der Betrachtung sein, sondern wir sollten die Blickachse in die Zeit davor verlängern. Ich schlage vor, die Ausgangsfrage folgendermaßen zu stellen: Wie schätzten die Ostdeutschen vor 1990 ihre Lebensumstände und ihre Zukunftserwartungen in der DDR konkret ein und welches Bild hegten sie damals im Vergleich dazu von der Bundesrepublik? Wenn wir die Frage so stellen, dann bewegen wir uns nicht auf der Ebene der Beschreibung von Strukturen und Institutionen, also etwa einer Bestandsaufnahme, wie marode die DDR-Wirtschaft war, sondern wir bleiben auf der Ebene der subjektiven Wahrnehmung, der Einstellungen.

Mittels Einstellungen, Meinungen und Werthaltungen machen wir alle uns ein Bild von der Welt. Mithilfe von Einstellungen versuchen wir unseren eigenen Standort im System zu finden: Wo beziehe ich meinen eigenen Standort gegenüber dem System? Einstellungen, die man in der sogenannten Sozialisationsphase seines Lebens gewinnt, das heißt bis zum Alter von etwa 15 Jahren im Austausch mit der Umwelt erfahren hat, haben mitunter eine bemerkenswerte Beharrungskraft. Das bestätigen psychologische und soziologische Studien immer wieder. Das ist insofern ein gewisser Vorteil, als wir nicht nur Elemente des Umbruchs, des Wandels und der Unstetigkeit nachvollziehen müssen, sondern auch auf Kontinuitäten, also auf Stetigkeiten in der Entwicklungslinie der Einstellungen treffen. Sie merken, man kann diese Beobachtungen sämtlich auf das Bild des Erbes zurückbeziehen.

Wenn wir vom kulturellen und politischen Erbe der DDR reden, dann unterstellen wir ferner, dass es lange Linien der Entwicklung gibt, die sich über Jahrzehnte – und in bestimmten Bereichen auch über zwei Jahrhunderte – hinweg in Deutschland nachvollziehen lassen. Eine solche lange Linie ist etwa die Erfahrungs- und Erwartungslinie, die sich mit dem Begriff Wohlfahrtsstaat bzw. Sozialstaat verbindet. Das ist ein Erbe, das sich vor 1990 in der DDR in der spezifischen Form des auto-



ritären Wohlfahrtsstaats weiterentwickelt hat und parallel dazu mit Ausformung des rechtsstaatlich und demokratisch flankierten Sozialstaats in der Bundesrepublik. Mit der Einigung 1990 hat dieses Erbe dann wieder zu einer gesamtdeutschen Form gefunden und sich bis heute verstetigt.

Lange Linien der Entwicklung verdichten sich, wie Historiker und Sozialwissenschaftler sagen, auch zu sogenannten Pfadabhängigkeiten. Was meint das? Ich möchte Ihnen zur Erläuterung eine Parallele aus dem Sport anbieten. Stellen Sie sich einen Skilangläufer vor. Wenn der sich auf den Weg macht, kann er natürlich frische Pfade nehmen, auf denen noch niemand zuvor gelaufen ist. Er kann und wird aber, das ist die Regel, eine schon gespurte Loipe vorziehen, ohne von diesem Pfad abzuweichen. Er wird der gespurten Loipe folgen, und das bezeichnen Sozialwissenschaftler als Pfadabhängigkeit. Deshalb überdauern die langen Kontinuitätslinien in der kulturellen und politischen Verfasstheit einer Gesellschaft, die auf diese Weise immer in die Vergangenheit zurückverfolgt werden kann.

Bei dem Versuch, die Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Einstellungen auf empirisch gesicherter Basis in die DDR zurückzuverfolgen, stießen wir bisher

auf eine schier unüberwindliche Barriere: Für die Zeit der DDR gibt es keine repräsentativen Bevölkerungsumfragen, die den allgemein üblichen methodischen Kriterien entsprechen. Was also tun? Es gab und gibt sicher etliche Ausweichmöglichkeiten. Zum Beispiel literarische Zugänge oder Interviews mit Zeitzeugen. Aber es fehlt der repräsentative Querschnitt durch die Bevölkerung der DDR. Diese ostdeutsche Datenlücke ist auch etwas, das auch zum gemeinsamen Erbe des wiedervereinigten Deutschland gehört. Aber: Das Institut für Kommunikationsforschung Infratest Dimap hat von 1969 bis 1989 jedes Jahr in zwei Umfragewellen sogenannte Stellvertreterumfragen gemacht. Auftraggeber war das damalige Bonner Ministerium für gesamtdeutsche Fragen beziehungsweise innerdeutsche Beziehungen, weil – so erinnert sich Anne Köhler, die damals mit diesem Projekt betraute, inzwischen hochbetagte Wissenschaftlerin – der damalige Minister Herbert Wehner dachte: Wir wissen eigentlich gar nicht richtig, was die Menschen in der DDR denken. In der Folge wurde das Institut Infratest beauftragt und hat nach einem besonderen methodischen Plan die Stellvertreterumfragen entwickelt.

Wie ging das vor sich? Man hat aus anderen repräsentativen Umfragen Westdeutsche nach entsprechenden Kriterien herausgefiltert, die mindestens drei Tage im selben Jahr beruflich oder privat zu Besuch in der DDR waren. Auf dem Umweg über diese DDR-Besucher wurden, wenn sie in den Westen zurückkehrten, ausgewählte Einstellungen, Meinungen, Einschätzungen von deren ostdeutschen Gesprächspartnern stellvertretend erhoben. Das waren bei jeder Befragungswelle deutlich über 1 000 Befragte. Insgesamt sind auf diese Weise rund 27 000 Fragebögen ausgefüllt worden. Nun werden Sie zu Recht fragen: Gibt das denn nicht ein verzerrtes Bild? Dessen waren sich die damaligen Forscher durchaus bewusst. Sie haben deshalb Kontrollmechanismen eingeführt, etwa Gruppendiskussionen. Nach 1990 stellten sie fest, dass sie doch bemerkenswert richtig gelegen hatten mit ihren Berichten und Analysen. Zum Beispiel stimmte der Prozentsatz der SED-Mitglieder unter den damals Befragten auf Zehntelprozentwerte mit der tatsächlichen Zahl der SED-Mitglieder überein, das heißt, etwa 15 bis 16 Prozent.

Über diese Stellvertreterumfragen hat die Projektleiterin Anne Köhler 1994 vor der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung des SED-Regimes berichtet. Danach ist diese zeitgeschichtlich einzigartige Quelle jahrzehntelang der Vergessenheit anheimgefallen. Im vergangenen Jahr sind wir im Rahmen eines Untersuchungsprojekts, das wir im Auftrag der Arbeitsstelle für die Angelegenheiten der neuen Bundesländer durchführten, auf diesen Bestand gestoßen und haben ihn ausgewertet.¹ Einige ausgewählte Ergebnisse aus dem Projekt werde ich Ihnen im Folgenden vorstellen.

Das Projekt "Deutschland 2014" besteht aus mehreren Teilen. Neben der Auswertung der erwähnten Stellvertreterforschung haben wir aus einer Auswahl von Umfragen verschiedener Provenienz aus den Jahren 1990 bis 2014 eine sogenannte Metaanalyse erstellt, das heißt die Daten auf einheitliche Messgrößen gebracht. Damit können wir – Stichwort lange Linien – für den Zeitraum von 1990 bis 2012/14 darstellen, wie sich beispielsweise die Unterstützung der Demokratie in Ost- und Westdeutschland entwickelt hat.² Drittens haben wir eine repräsentative Bevölkerungsumfrage im vergangenen Herbst in beiden Teilen Deutschlands durchführen lassen. So können wir den Bogen von der DDR bis in die Gegenwart schlagen.

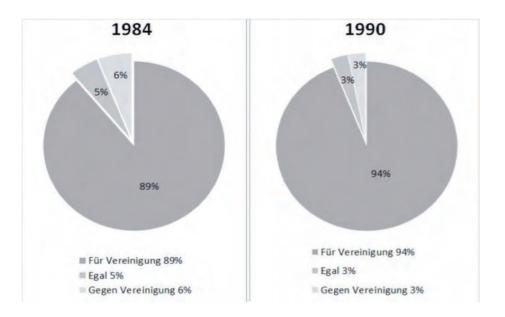
Ich beginne mit einigen Befunden der Stellvertreterumfragen. Wie war die politische Stimmung in der DDR? Was zeigen diese Umfragen? – Jahrzehntelang, lange vor dem Fall der Mauer, gab es eine Art virtuelle Identifikation mit der Bundesrepublik. Virtuell deshalb, weil man ja nicht nach Belieben dorthin konnte. Aber man hatte auf verschiedensten Wegen Kontakt mit der Bundesrepublik, wusste von deren System und auch von den Leuten dort. Man hatte Verwandte im Westen und man nutzte die Medien. Ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre lockerte die DDR die Reisebeschränkungen. Nun konnten nicht mehr nur Rentner, sondern auch jüngere Leute auf Antrag in die Bundesrepublik reisen. Hochgerechnet auf 1988 etwa haben geschätzte 13 Prozent der DDR-Bewohner in diesem Jahr eine Westreise unternommen.

Was verbirgt sich hinter einer virtuellen Identifikation mit der Bundesrepublik? Zum Beispiel blieb die Perspektive der Wiedervereinigung als dauerhaftes Wunschbild in der DDR bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung die ganze Zeit präsent. Und ebenso war die ganze Zeit für die Mehrheit der DDR-Bewohner klar: Bessere Lebensperspektiven bot die Bundesrepublik. Hierzu einige Zahlen. 1984 sagten auf der Basis der Stellvertreterumfragen 89 Prozent der Ostdeutschen: "Wir wünschen die Wiedervereinigung." Fünf Prozent war es gleichgültig, weitere sechs Prozent sprachen sich dagegen aus. 1990 hatte sich das Bild –noch vor der Wiedervereinigung, aber nach dem Systemumbruch – stabilisiert, denn nun wünschten sich 94 Prozent die Wiedervereinigung. Dagegen waren noch ganze drei Prozent (Abbildung 1).

Eine Auswahl der Berichte wird im Herbst 2015 erscheinen: Everhard Holtmann/Anne Köhler: Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen. Campus Verlag, Frankfurt am Main und New York.

²⁾ Der Projektbericht wird in überarbeiteter Form gegen Ende 2015 in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) veröffentlicht.

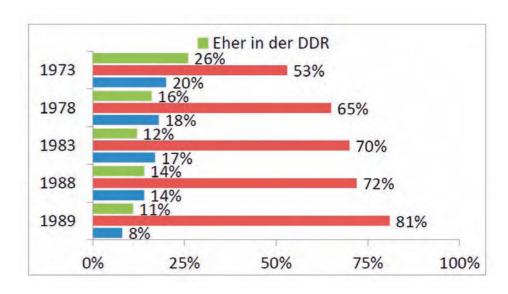
Abbildung 1: Der andauernde Wunsch nach Wiedervereinigung in Ostdeutschland Quelle: Infratest Kommunikationsforschung



Eine ähnliche Verteilung findet sich bei der subjektiven Einschätzung der Lebensbedingungen. Die Frage lautete: "Was glauben Sie: Wo sind die Aussichten auf ein besseres Leben eher gegeben: In der DDR? In der Bundesrepublik? Oder gibt es keinen Unterschied?" 1973 sagten 53 Prozent der Ostdeutschen: "Eher in der Bundesrepublik." Und dieser Mehrheitsbalken pro Bundesrepublik hat sich über die 1970er- und 1980er-Jahre hinweg zunehmend vergrößert. 1988 waren es 72 Prozent, 1989 waren es 81 Prozent. Umgekehrt waren es 1989 gerade mal elf Prozent, die sagten, die Aussicht auf ein besseres Leben sähen sie eher in der DDR (Abbildung 2).

Abbildung 2: Aussichten auf ein besseres Leben finden sich ...

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung



Gefragt hat Infratest damals auch nach der Meinung der DDR-Bürger zur wirtschaftlichen Lage in ihrem Land. Basis waren immer DDR-Bewohner ab 14 Jahren, die sich zu diesem Thema äußerten. 1978 sagten neun Prozent der Ostdeutschen, die wirtschaftliche Lage in ihrem Land habe sich im Vergleich mit den Vorjahren gebessert. 1988 sagten dies 14 Prozent. Zwischenzeitlich gab es ein Auf und Ab in der Meinungskurve. 1980 zum Beispiel erhöhte sich die Zahl kurzzeitig auf 37 Prozent – ein Beleg für Optimismus-Sprünge, die schnell wieder der Ernüchterung wichen. Gleichzeitig befand die große Mehrheit der DDR-Bürger entweder: "Die wirtschaftliche Lage hat sich für uns in den letzten Jahren der DDR gar nicht geändert", oder: "Sie hat sich zwar auf manchen Gebieten gebessert, aber auf anderen Gebieten gab es Rückschläge." Rund zwei Drittel der DDR-Bevölkerung hatten ein tendenziell kritisches Verhältnis zu den wirtschaftlichen Bedingungen im eigenen Land.



Gefragt wurden Ostdeutsche im Herbst 1990 - nun schon mittels direkter repräsentativer Umfragen - nach der persönlichen Einstellung zum politischen System der Bundesrepublik. Sieben Prozent gaben an: "Ich bin von der Richtigkeit dieses Systems vollkommen überzeugt." 66 Prozent sagten: "Ich bin dem politischen System der Bundesrepublik gegenüber im Allgemeinen positiv eingestellt, auch wenn ich bestimmte Dinge kritisiere." Gerade mal sechs Prozent sagten: "Mir ist das politische System der Bundesrepublik gleichgültig, ich interessiere mich nicht für Politik." 19 Prozent sagten: "Ich muss mich notgedrungen dem politischen System der Bundesrepublik anpassen, ohne dass ich von dessen Richtigkeit überzeugt bin." Demzufolge waren etwa drei Viertel der Ostdeutschen bei Eintritt in die Phase der Einigung positiv gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik eingestellt. Dennoch war das Gesamtbild auf der Einstellungsebene, wie wohl immer in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche, vielschichtig und auch in sich widersprüchlich. 1989 wurden in einer in der Süddeutschen Zeitung präsentierten Umfrage Ostdeutsche rückblickend befragt: "Wie war das bei Ihnen, wenn Sie an die Zeit rund um den Mauerfall zurückdenken?" 62 Prozent sagten: "Wir hatten eine hoffnungsvolle

Grundstimmung." Aber immerhin 33 Prozent sagten: "Für uns war es eher beängstigend, wir wussten nicht so recht, was kommt." Ungewissheit, Unsicherheit war und blieb eine Grundkonstante im Gefühlshaushalt der Ostdeutschen. Diese war und ist zwar durchaus auch in Westdeutschland vorhanden, aber im Osten ist sie stärker ausgeprägt.

Von dem inzwischen erreichten relativ dünnen Firnis an mühsam erworbener persönlicher Sicherheit und dessen gefühlter Gefährdung durch neue Unsicherheiten lässt sich ein erklärender Bogen zu Pegida schlagen. Da äußert sich Unsicherheit angesichts vermeintlicher Bedrohung durch Zuwanderung – wobei bekanntlich nur drei Prozent Ausländer in Ostdeutschland leben. Der sogenannten Kontakthypothese zufolge ist die Ablehnung von Ausländern dort besonders groß, wo es kaum welche gibt. Ein Stück Erklärung liefert das für jene Wutbürgerschaft, die bei Pegida zusammenläuft.

Ich habe Ihnen zu Beginn meiner Ausführungen das Beschreibungsmuster der langen Linien, der Pfadabhängigkeiten, angeboten, und ich will das an einem ausgewählten Beispiel veranschaulichen. Ebenfalls schon 1990 wurde in Umfragen ausgelotet, welches Verhältnis Ost- und Westdeutsche zum Staat haben. Die Frage zielte dahin: Was soll und muss der Staat tun, um soziale Sicherheit herzustellen? Soll der Staat beispielsweise dafür sorgen, dass jeder, der arbeiten will, einen Arbeitsplatz hat?

Die Bejahung einer staatlichen Verantwortung für Vollbeschäftigung lag in Westdeutschland 1990 bei 74 Prozent. Drei Viertel der Westdeutschen wollten den Staat in die Pflicht nehmen, Vollbeschäftigung herzustellen. Was unter marktwirtschaftlichen Bedingungen eigentlich systemwidrig ist. Diese Meinung hat sich in den folgenden Jahren nur leicht abgeschwächt. Und in Ostdeutschland? Da lag die Erwartungshaltung einer staatsseitigen Beschäftigungsgarantie noch höher, nämlich 1990 bei 95 Prozent, 1991 bei 98 Prozent und 1996 immer noch bei 92 Prozent. Der Erkenntnisgehalt dieser Zahlen ist aus meiner Sicht ein doppelter: Zum einen gehen West- und Ostdeutsche tendenziell in dieselbe Richtung. Mit jeweils großen Mehrheiten. Zweitens ist diese Mehrheit der "Staatsgläubigen" in Ostdeutschland nochmals erheblich größer.

Ich will Ihnen aus dem Bereich Staatsverantwortung noch einen weiteren Indikator nennen. Hierbei lautet die Frage: Soll der Staat eine gesetzliche Kontrolle von Löhnen und Gehältern ausüben oder nicht? Auch ein solcher Staatseingriff verträgt sich mit dem System einer – wenn auch sozial flankierten – Marktwirtschaft in Grunde nicht. Diese Form der Staatsverantwortung forderten 1990 und 1996 in den alten Bundesländern 31 bzw. 27 Prozent, also ein Drittel bis ein Viertel der

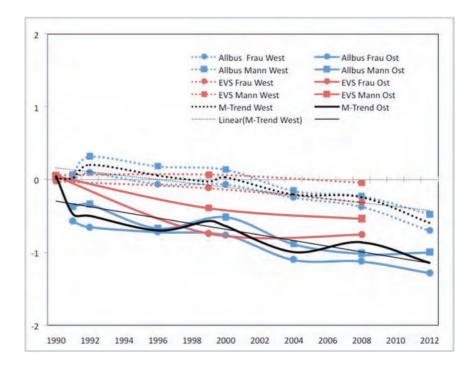
Bevölkerung ein. Eine Mehrheit von 46 bzw. 50 Prozent in Westdeutschland äußerte sich bei dieser Frage ablehnend. Anders in Ostdeutschland: Hier sagten 79 Prozent im Jahr 1990: Ja, staatliche Kontrolle von Löhnen und Gehältern sei angebracht. Sechs Jahre später waren es immer noch 68 Prozent.

Wie erklärt sich, dass Ost- und Westdeutsche trotz jahrzehntelanger Teilung in punkto Staatswohlfahrt so ähnliche Erwartungen hegen? Es handelt sich offenbar um ein kulturelles Erbe, das weit hinter die doppelte Staatsgründung von 1949 zurückreicht. Seit den bismarckschen Sozialreformen des späten 19. Jahrhunderts existiert in Deutschland eine trotz verschiedener Systemwechsel im Prinzip ununterbrochene Tradition von sozialstaatlichen Leistungsangeboten, die zu entsprechenden Erwartungshaltungen bei der Bevölkerung geführt hat. Das ist Pfadabhängigkeit. Ost- und Westdeutsche sind mit einer hohen Selbstverständlichkeit in diese Tradition der Sozialstaatlichkeit hineingewachsen. Dass die Erwartungshaltung in Ostdeutschland sehr viel stärker ausgeprägt war und immer noch ist, erklärt sich mit dem historisch jüngeren DDR-Erbe. Es gab, ideologisch gewollt, sehr wenig Raum für unternehmerische Eigeninitiative und schon gar keine Förderung dafür, ganz anders als in Westdeutschland.

Ein anderer Diskurs dreht sich um die Frage: Ist Ostdeutschland so etwas wie die Avantgarde der gesamtdeutschen Wirklichkeit? Ich werde jetzt nicht vom Ampelmännchen reden und auch nicht davon, dass der soziale Zusammenhalt angeblich so sehr viel größer war.

Aber die Ost-West-Verteilung zwischen einem traditionellen und einem modernen bzw. aufgeklärten Frauen- und Familienbild ist aufschlussreich. Die Befunde unserer Langzeituntersuchung der Daten von 1990 bis 2012 zeigen nämlich: In Ostdeutschland ist die Ablehnung des traditionellen Frauen- und Familienbildes von Anfang an eine mehrheitliche Meinung. Auch bei Männern, wenngleich etwas weniger häufig als bei Frauen. Und diese geschlechtsübergreifende Mehrheitsmeinung verstärkt sich stetig über die Jahrzehnte bis zum letzten Messpunkt 2012. Dass 1990 in Westdeutschland die Zustimmung zum traditionellen Frauenbild auch bei Frauen deutlich höher lag als bei ostdeutschen Frauen, überrascht nicht wirklich. Spannend indes ist der nachfolgende Angleichungsprozess. Über die Zeit betrachtet entwickelt sich auch das Meinungs- und Wahrnehmungsbild der westdeutschen Frauen wie Männer kontinuierlich in der Richtung eines aufgeklärten Frauen- und Familienbildes. Im Jahr 2012 sind die Unterschiede zwischen Ost und West signifikant geringer als noch in der Ausgangssituation 1990 (Abbildung 3).

Abbildung 3: Hausfrau und Mutter als weibliches Lebensideal?



Fragetext: "Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert." [Allbus] bzw.: "Ein Beruf ist gut, aber was die meisten Frauen wirklich wollen, ist ein Heim und Kinder." [EVS]. Antwortvorgabe: Skala rekodiert von "stimme gar nicht zu" (-2) bis "stimme voll zu" (+2) [Allbus] bzw. "stimme überhaupt nicht zu" (-2) bis "stimme voll und ganz zu" (+2) [EVS]. Angaben: Mittelwerte.

Quelle: Holtmann u. a., Deutschland 2014 (Projektbericht)

Diese nachholende Modernisierung des Westens muss nicht ausschließlich der Vorbildfunktion Ostdeutschlands geschuldet sein. Dazu beigetragen haben kann auch, dass ein generell beobachtbarer gesellschaftspolitischer Wandel sich eben auch in Westdeutschland niedergeschlagen hat. Aber wir beobachten, dass eine kulturelle Traditionslinie, die in Ostdeutschland ausgeprägt war, sich in die gesamtdeutsche

Situation überträgt und wie westdeutsche Wahrnehmungs- und Einstellungsmuster daran Anschluss finden.

Abschließend möchte ich noch einen Punkt anschneiden, nämlich die unterschiedlichen Einstellungsmuster von Generationen. Wir haben bei der Auswertung der repräsentativen Umfrage von 2014 vier Generationen unterschieden: (1) der Generation, die ihre primäre Sozialisation vor 1961 erlebt hat, (2) die Sozialisationsphase bis zu den Ostverträgen 1969/72, (3) bis zum Fall der Mauer und (4) die Nachumbruchsgeneration. Unter anderem sind zwei Befunde bemerkenswert.

Die sogenannte berufsaktive Generation von 35 bis 59 Jahren ist – beispielweise, was die Zufriedenheit mit der Demokratie betrifft – kritischer aufgestellt. Wenn man demgegenüber die jüngere Generation betrachtet, die ihre Sozialisation schon im vereinten Deutschland erfahren hat, dann zeigt sich, dass sich die Zustimmung zur Demokratie auf einem relativ hohen Niveau stabilisiert.

Zum anderen lassen sich deutliche Ost-West-Unterschiede in der jüngeren Generation fast gar nicht mehr feststellen. Die jüngere Generation denkt stärker gesamtdeutsch und europäisch, also globaler. Die Zeitzeichen stehen eher auf wechselseitige Annäherung denn Auseinanderentwicklung. Es wird zwischen Ost- und Westdeutschland weiterhin Unterschiede geben, auch in den Wahrnehmungen und Einstellungsmustern. Dennoch wird die gedachte Trennlinie zwischen Ost und West an Orientierungskraft weiter verlieren. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihr geduldiges Zuhören und übergebe zur weiteren Moderation an Matthias Eisel.

Matthias Eisel: Vielen Dank, Herr Professor Holtmann. Wir haben noch Zeit für die Diskussion. Vielleicht von meiner Seite zwei kurze Anmerkungen. Zum einem zum progressiveren Frauen- und Familienbild, das sich sozusagen in der "Erwerbsneigung", wie es der sächsische Ministerpräsident genannt hat, niederschlägt. Dazu gehörte nämlich auch, dass es für Familien in der DDR aus Einkommensgründen gar keine Alternative gab und Frau und Mann in einer Familie wirklich arbeiten mussten. Die Alternative, das nicht zu tun, bestand in den allermeisten Fällen nicht. Das andere, Sie sagten, in diesen Befragungen aus der DDR-Zeit ließ sich die Perspektive Wiedervereinigung erkennen. Das kann ich aus meinem Rückblick der damals 30-Jährigen Ende der 1980er-Jahre nicht so sehen. Für uns war eher die Frage: "Gehen oder Bleiben?" Die Alternative Wiedervereinigung haben wir nicht gesehen. Das wollte ich nur als Kommentar anmerken, ansonsten natürlich Ring frei für Ihre Fragen.

Prof. Dr. Everhard Holtmann: Zur letzten Frage. Die ersten wirklich repräsen-

tativen Messungen des politischen Bewusstseins und der Einstellungslage in Ostdeutschland datieren von Mitte und Herbst 1989 in der Form schriftlicher Umfragen. Den erklärten Präferenzwechsel von "Wir bleiben hier" zu "Wir sind ein Volk" kann man da schon sehr deutlich sehen, genau genommen um die Jahreswende 1989/90. Da kippt die Stimmung offensichtlich sehr rasch in der Bevölkerung der DDR. Ab dem Zeitpunkt, und das schließt an die Stellvertreterumfragen an, haben Sie übergroße Mehrheiten, die sich für die Einigung aussprechen. Zweitens: Natürlich ist das System der Hintergrund dafür, dass im Wirtschaftssystem der DDR die Frauenarbeit flächendeckend nachgefragt wurde. Aber es wäre ja trotzdem denkbar gewesen, dass sich die ostdeutschen Frauen nach 1990 davon kritisch distanziert und gesagt hätten: "Wir mussten damals arbeiten, aber im Nachhinein finden wir das gar nicht gut. Die Frau sollte lieber zu Hause bleiben." Aber das fand nicht statt und ich schließe daraus, dass es eine in DDR-Zeiten zurückreichende grundsätzliche Identifikation mit dieser Position der Frau in der Arbeitswelt gegeben haben muss.

Frage aus dem Publikum: Es geht mehr in die Zukunft, aber mich würde interessieren, inwieweit Sie in Ihre Analysen einbezogen haben, dass wir heute frei wählen können, aber kaum noch 50 Prozent der Bevölkerung diese Möglichkeit wahrnehmen, obwohl diese Wahl lebensentscheidend ist. Was sind die Gründe dafür?

Prof. Dr. Everhard Holtmann: Wir haben von der Landeszentrale für Politische Bildung in Magdeburg den Auftrag erhalten einen sogenannten Nichtwöhe

Bildung in Magdeburg den Auftrag erhalten, einen sogenannten Nichtwählermonitor zu erstellen. Wir wollen etwas genauer, auch lokalscharf ausloten, was die Bedingungen dafür sind, dass es zu dieser Wahlabstinenz kommt. Erklärungsangebote dafür gibt es in der Nichtwählerforschung bereits. Zum einen sind die alten Traditionsmilieus kaum noch vorhanden. Die orientierende Kraft, die früher wie selbstverständlich im kirchlichen Milieu von den Kirchen ausging und mit entsprechenden Parteipräferenzen, Wahlabsichten und Wahlbereitschaft verbunden war und auf der anderen Seite im gewerkschaftlich-linken Milieu vermittelt wurde, haben sich weitgehend abgebaut. Die Bindekraft der großen Organisationen wirkt nicht mehr so wie früher.

Das ist in Ostdeutschland besonders folgenreich, weil sich hier diese Zwischenebene der verbandlichen Interessenvermittlung zwischen Einzelnem und Staat sehr viel bescheidener aufgebaut hat, als es in Westdeutschland traditionell der Fall ist. Hinzu kommt, und darunter leidet konkret vor allem die SPD, dass im Stammwählerbereich der SPD die Wahlbeteiligung besonders niedrig ist. Das sind jene städtischen Quartiere, die einen vergleichsweise hohen Besatz mit Geringverdienern, mit geringer Qualifizierten und anderen Personen mit nachteiligen sozialen Merkmalen



haben. In diesen Quartieren verstärken sich die negativen Anreize. Wenn es im Umfeld, bei den Nachbarn, zum vermeintlich guten Ton gehört, dass man nicht wählen geht, weil Politik "sowieso alles Mist" sei, wenn sich so eine lokale Atmosphäre ausbildet, dann wirkt sich das offensichtlich nachteilig auf die Wahlbereitschaft aus.

Frage aus dem Publikum: Sie haben von den Stellvertreterbefragungen berichtet. Es sind aber 3,5 Millionen Ostdeutsche in den Westen gegangen. Gab es denn da auch über die lange Zeit Befragungen und Ergebnisse, die Sie uns mitteilen könnten? Auch würde ich vorschlagen, wenn Sie den Anteil der SED-Mitglieder an der Bevölkerung erwähnen, dass man diesen Anteil auf die erwachsene, wahlberechtigte Bevölkerung bezieht. Denn mit 14 Jahren konnte man nicht SED-Mitglied werden. Die Wahlberechtigten waren damals zwölf Millionen, dann waren also 20 Prozent der Wahlberechtigten Mitglieder dieser Partei, das hört sich bisschen besser an als 15 Prozent, kleiner Unterschied. Und ein dritter Kommentar, Sie sprachen von virtueller Identifikation mit der Bundesrepublik. Haben Sie versucht festzustellen, seit wann das so war? Ich kann es aus der anderen Perspektive sagen, meine Eltern sind nie DDR-Bürger geworden, sind immer Deutsche geblieben wie alle Deutschen nach 1945. Wir mussten das ganze Leben im Osten verbringen, bei uns

gab es nur deutsches Fernsehen und deutschen Rundfunk, DDR-Sender kamen bei uns nicht rein. Das war bei vielen Leuten so. Vielleicht hörte das bei manchen in den 1970ern oder 1980ern auf, aber in den 1960er-Jahren war es glaube ich noch nicht so. In der Schule sprach man nie übers Ostfernsehen, nur über das allgemeine, das deutsche Fernsehen.

Prof. Dr. Everhard Holtmann: Die Stellvertreterumfragen sind ein relativ breiter Bestand. Die virtuelle Identifikation mit der BRD lässt sich auch an bestimmten Spezial- und Zusatzfragen, die die Forscher ausgelotet haben, feststellen. Beispielsweise wurde nach der Einschätzung des Honecker-Besuchs in Westberlin 1971 im Vergleich zu der des Willy-Brand-Besuchs in Erfurt 1972 gefragt. Auch waren die ersten Wimbledon-Siege von Boris Becker in der DDR mindestens genauso populär wie in Westdeutschland. Diese Identifikation vermittelte sich in einem hohen Maße über die Medien. Zu den 3,5 Millionen DDR-Flüchtlingen: In einer älteren Publikation aus den 1970er-Jahren, die noch den Geist des Kalten Krieges atmet, wird auf eine Umfrage im Auftrag des innerdeutschen Ministeriums von 1955 verwiesen, in der aus der DDR geflüchtete Arbeiter nach ihrem Gesellschafts- und Systembild gefragt wurden, was sie vom Sozialismus halten. Es stellte sich heraus, dass diese geflüchteten Arbeiter in ihren Grundeinstellungen weiter links positioniert waren als die Vergleichsgruppe der westdeutschen Arbeiter. Ansonsten sind die aus der DDR Geflüchteten in die westdeutsche Wirtschaft und die dort erhobenen repräsentativen Umfragen hineingewachsen, ohne dass man sie meines Wissens als gesonderte Fallgruppe betrachtet hätte.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte einen Widerspruch anmelden gegen die allgemeine Klage über die geringe Wahlbeteiligung. Ich denke, da ist etwas falsch dran. Die heute gesunkene Wahlbeteiligung ist unter anderem auf Willy Brand zurückzuführen, und das sage ich als Lob für ihn. Die Bürger haben nämlich seinen Demokratiewahn ernstgenommen, den Begriff Bürgerinitiative gab es vor 1969 nicht. Es hat sich seit 1969 entwickelt, dass die Bürger merken, wir beteiligen uns nicht nur an Wahlen, sondern durch bürgerschaftliches Engagement an der Politik. Ein Beispiel aus Bautzen: Hier sollte das Lauen-Center gebaut werden, aber aus bürgerschaftlichem Protest hat sich der Investor zurückgezogen.

Prof. Dr. Everhard Holtmann: Danke für den Hinweis. Es ist in der Tat so, dass das bürgerschaftliche Engagement in den letzten Jahrzehnten in Ostdeutschland gewachsen ist. Es hat immer noch nicht das Niveau von Westdeutschland erreicht, aber immerhin. Doch das ersetzt ja nicht parteienstaatliches Engagement. Ansonsten hätte man ein großes Problem mit dem Funktionieren der Demokratie. Die Wahlbeteiligung ist wichtig als eine besondere Form der bürgerschaftlichen Selbst-

vergewisserung und der Erteilung eines allgemeinen Handlungsmandats für die Politiker. Die geringe Wahlbeteiligung sollte uns daher umtreiben. Eine besondere Problemgruppe sind junge Leute. Genauer gesagt: die formal Minderqualifizierten, das heißt diejenigen, die einen niedrigen oder keinen Schulabschluss haben. Von denen geht bestenfalls jeder Dritte zur Wahl. Wenn wir tatenlos zulassen, dass sich an Wahltagen eine gespaltene Gesellschaft zeigt, dann bekommen wir ein Demokratieproblem.



VORTRAG UND DISKUSSION

Die Aufarbeitung der Geschichte der Blockparteien durch ihre Nachfolgeparteien

Christoph Wunnicke

Ich hoffe nicht, dass Sie jetzt mit einem Vortrag über die Blockparteien rechnen. Das habe ich nicht vor. Vielmehr habe ich mich am Titel der Veranstaltung "Das Bild von der DDR heute" orientiert und werde die Aufarbeitung der Geschichte der Blockparteien durch ihre Nachfolgeparteien, die CDU und die FDP, thematisieren. Ich kann natürlich ab und zu auf die Parteiengeschichte zurückgreifen, aber das mache ich nur einleitend, wenn Sie wollen. Ich werde mich im Übrigen nicht nur mit der Aufarbeitung der Geschichte der Blockparteien beschäftigen, denn "Das Bild der Blockparteien heute" gewinnen wir nicht überwiegend durch Aufarbei-

tungsergebnisse, sondern durch Mythen. Mythen, die irgendwie in die Welt kamen. Gewollt oder ungewollt, in jedem Fall aber von den Nachfolgeparteien der Blockparteien gehegt und gepflegt.

Nachdem ich Ihnen die meines Erachtens prominentesten dieser Mythen vorgestellt und hoffentlich auch ein wenig dekonstruiert habe, komme ich auf die Aufarbeitung durch die Parteien zu sprechen und will diese dann am Ende an zwei aktuellen Werken exemplifizieren. Wenn Sie erlauben, werde ich mich im Wesentlichen auf die CDU konzentrieren. Das hat verschiedenste Gründe. Ich bin auch zur LDPD und allen anderen Blockparteien auskunftsfähig, das Problem ist nur, die Blockparteien unterschieden sich zwar während ihrer Existenz in der DDR, aber die Aufarbeitung, um die es im Folgenden geht, unterscheidet sich so wesentlich nicht. Deshalb macht es wenig Sinn, jetzt erst über die CDU zu reden und dasselbe im Anschluss so oder ähnlich noch einmal über die FDP zu erzählen. Ich glaube, wenn ich Ihnen das Potpourri, das die CDU anbietet, darlege, haben Sie auch einen guten Einblick in das, was ähnlich bei der FDP läuft.

Ich werde Ihnen kurz anhand der CDU erzählen, wie ich die Blockparteien sehe und was es ihnen heute so schwer macht, mit ihrer Geschichte umzugehen. Anschließend will ich die Hauptmythen, die ich für mich identifiziert habe, die CDU sieht das sicher nicht so, vorstellen, kurz sagen, welches Problem ich bei jedem einzelnen dieser Mythen sehe, um dann zur Aufarbeitung der Parteigeschichte zu kommen

Ich will also mit einer kurzen Einführung in die Geschichte der CDU anfangen und setze da auf Ihre Vorbildung. 70 Jahre zurück, die sowjetische Rote Armee hat auch diese Region besetzt und befreit, und Mitte Juni 1945 erlässt sie den Befehl Nummer 2, mit dem in der SBZ Parteien erlaubt werden. Innerhalb von 24 Stunden gründet sich, auch nach Absprache mit der SMAD, die KPD, ein paar Tage später die SPD. Am 26. Juni gründet sich die CDU in Berlin und nach einigem Hin und Her, weil einige spätere LDP-Gründer mit der CDU gemeinsame Sache machen wollten, gründet sich nach dem Scheitern dieser Unternehmung Anfang Juli auch die LDP, später LDPD.

Der Name Blockpartei kommt daher, dass sich alle Parteien am 14. Juli 1945 im Block vereinigen. Sie kennen den Block, der hatte unterschiedliche Namen wie "Block der demokratischen Kräfte" und einige mehr. Er existierte vom 14. Juli 1945 bis Ende November 1989. Auch nach Hinzugründung und -ziehung weiterer Institutionen wie dem Volksrat oder der Nationalen Front blieb er Kern all dieser Institutionen. Und so entstanden vor dem Hintergrund noch verschiedener Parteien ein scheinbares Mehrparteiensystem und später ein gewisser Scheinparlamen-

tarismus. Die Parteien sollten aber im Block im Einvernehmen die ihnen obliegenden Dinge regeln. Das letzte Wort behielt jedoch immer die Sowjetmacht. Sie konnte per Befehl am Block vorbei durchsetzen, erzwingen und regeln, was sie wollte. Das tat sie vor allem in ihr wichtigen Sachen. Die SMAD hielt den Block dennoch hoch, weil sie hoffte, über die Parteien Anschluss an den Westen zu halten und eventuell eine spätere Wiedervereinigung zu ermöglichen, was aber nicht gelang.

Als diese Hoffnung endgültig fehlschlug, wurden die Blockparteien vollständig gleichgeschaltet. Die Gleichschaltung begann bereits nach Gründung der ersten Blockparteien mit den Absetzungen beispielsweise des ersten LDP-Vorsitzenden Waldemar Koch im November 1945, gefolgt von der Absetzung des ersten CDU-Vorsitzenden Hermes im Dezember 1945. Ihm folgte Jakob Kaiser, der immerhin zwei Jahre amtieren durfte, bevor auch er von der SMAD abgesetzt wurde. Anschließend kam Otto Nuschke mit seinem späteren Generalsekretär Gerald Götting. Auf Nuschke folgte August Bach, bevor Götting ab 1966 allein die Führung in der Partei übernahm.

Ab Anfang der 1950er-Jahre spricht man von gleichgeschalteten Blockparteien. Warum? Warum waren sie vorher nicht gleichgeschaltet? Es war nicht das Ansinnen der KPD, unmittelbar nach Kriegsende den Sozialismus einzuführen. Eventuell haben Sie schon einmal von der Bündnispolitik gehört. Die KPD wollte bis zum Ende der Weimarer Republik revolutionär den Sozialismus errichten, auch mit Waffengewalt. Das hat sie isoliert. Nach der Machtergreifung Hitlers verstand sie, dass man, um den Nationalsozialismus zu besiegen, Bündnispartner braucht: Bürgerliche, Kirchen, Handwerker und andere Selbstständige. Diese Bündnispolitik entwickelte die KPD im Moskauer Exil weiter, Sie kennen Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck oder Wilhelm Florin. Die schrieben ihr Bündniskonzept bereits 1944 im Exil nieder und brachten es im Gefolge der Roten Armee 1945 mit, wo es in der SBZ zum benannten Block wurde. Aber im Laufe der Nachkriegsentwicklung wurde klar, dass die SED mithilfe der Partner nur den Sozialismus aufbauen wollte, was endgültig mit der zweiten Parteikonferenz im Sommer 1952 beschlossen wurde. Auch die anderen Parteien übernahmen das Ziel Sozialismus in ihr Parteiprogramm - spätestens ab hier reden wir von gleichgeschalteten Blockparteien. Die Zeit bis hierher ist für die Blockparteien sehr gut aufgearbeitet. Was aber passierte danach? Jeder von Ihnen würde mir aus eigenem Erleben oder Lektüre etwas sagen können, was ihm zur Geschichte von CDU, LDPD, Bauernpartei oder NDPD einfällt. Ich will mich im Folgenden auf zwei Punkte konzentrieren. Genau wie die SED versuchte, über die Blockparteien und die Massenorganisationen die Gesellschaft in



den Griff zu bekommen, so versuchte das die CDU gegenüber der Kirche und den Christen, für welche sie im Auftrag und Sinne der SED zuständig war. Sie versuchte in den Institutionen der Kirche ihre Mitglieder zu installieren. In den Gemeindekirchenräten, in den Oberkirchenräten, Synoden und anderen Instanzen. Aber auch in den unterschiedlichen Vorfeldorganisationen, wie den halbstaatlichen, beispielsweise der Arbeitsgruppe Christliche Kreise bei der Nationalen Front und auch anderen dubiosen Organisationen wie der von der Sowjetunion mitfinanzierten Christlichen Friedenskonferenz. Das sind überwiegend heute beargwöhnte und diskreditierte Institutionen, mit denen die CDU als antikommunistische Partei verständlicherweise nicht in Zusammenhang gesehen werden will.

Wenn die SED mit ihren Massenorganisationen und Blockparteien gegen ihre Gegner nicht weiterkam, setzte sie die Sicherheit, das Ministerium für Staatssicherheit, ein. Nun hatte die CDU keine Stasi, aber ab Mitte der 1970er-Jahre finden Sie auf kirchlichen Großveranstaltungen, vor allem Kirchentagen Einsatzgruppen von CDU-Mitgliedern, die dort thematisch gut vorbereitet und vom ört-

lichen Bezirks- oder Kreisvorstandsbüro aus die Kirchentage oder andere Veranstaltungen aufsuchten, beeinflussten und bespitzelten. Sie wurden im Vorfeld auf die einzelnen Veranstaltungen, deren Referenten, mögliche Argumentationen und die Form der über die Veranstaltungen und deren Besucher anzufertigenden Berichte vorbereitet. Diese Berichte findet man nicht nur in der CDU-Überlieferung, man findet sie auch bei der Stasi oder den Abteilungen Kirchenfragen der SED. Sich damit zu befassen ist für eine Partei, die sich öffentlich wie keine andere von der Staatssicherheit abzugrenzen versucht und deren ehemalige Mitarbeiter bekämpft, schwierig. Deshalb hat sie sich bis heute noch nicht mit einem winzigen Aufsatz damit auseinandergesetzt. Im Gegensatz, sie verschleiert diese Verstrickung aktiv. Dazu später mehr.

Damit wir uns im folgenden Vortrag verstehen, will ich kurz definieren, was ich unter CDU Basis verstehe: Damit meine ich die politisch aktive CDU-Basis. Unschärfe ermöglicht immer alle möglichen Schlüsse – auch ein Mittel von Aufarbeitung – aber ich will mich dem entziehen und stelle fest: Über die politisch inaktive Basis weiß ich nichts! Sie hat keine Spuren hinterlassen und nichts geprägt. Ich kann nicht anhand von Karteileichen eine Parteigeschichte erzählen, wie es CDU-nahe Autoren hier und dort versuchen. Politisch aktiv ist für mich, wer eines von folgenden drei Kriterien erfüllt: Wer eine Partei- oder ein herausgehobenes staatliches Amt innehatte, wer sich freiwillig prosozialistisch ins Zeug legte und äußerte oder für eines von beiden ausgezeichnet wurde.

Ich komme zum Thema Aufarbeitung und fange damit an, wie es meines Erachtens mit der für meinen Geschmack fehlgeleiteten Aufarbeitung bei der CDU anfing. Wir erinnern uns an die Zeit der Friedlichen Revolution. Die CDU war nicht gerade der Wendemotor, machte aber Mitte Dezember einen Sonderparteitag. Und der markiert den Anfang des Zeitbogens, den ich hier kurz bewerte. Auf diesem Sonderparteitag hielt der neue Vorsitzende Lothar de Maizière eine Rede, in der er den Anteil der CDU an den Deformationen der Gesellschaft einräumte und Aufarbeitung in Aussicht stellte. Knapp zehn Monate später, Anfang Oktober 1990, auf dem Hamburger CDU-Parteitag, auf dem die ostdeutschen Landesverbände der westdeutschen CDU beitraten, hielt de Maizière wieder eine Rede. Hier war von all dem nichts mehr zu hören. Hier stellte er sinngemäß fest: Wer politisch jenseits der SED aktiv sein wollte, musste Mitglied in einer Blockpartei werden. Das ist das Gegenteil davon, was er Monate vorher sagte.

Was war inzwischen passiert? Lassen Sie mich kurz drei Marksteine andeuten, die hier meines Erachtens wesentlich sind. Erstens: Man muss Helmut Kohl und seinem Generalsekretär Volker Rühe zugutehalten, dass sie sich nicht nur Antikommunisten nannten, sondern dies auch gelebt haben. Es war nämlich diese Parteiführung, die keine Lust auf die Blockpartei-CDU hatte. Bis ins frühe Jahr 1990 hinein. Da waren beispielsweise die Landesverbände Hessen und Berlin schon weiter. Kaum war die Mauer auf, kamen vermeintlich Konservative aus Hessen und Berlin in die Landesverbände Thüringen und Brandenburg und fielen jedem, auch jedem verstrickten Blockparteimitglied um den Hals. Note am Rande: Damals in der hessischen Staatskanzlei führend tätig: Das CDU-Mitglied Alexander Gauland. Kurzum, die westdeutsche CDU-Führung war überwiegend antikommunistisch eingestellt, die CDU-Basis hatte eher wenige Probleme mit den sozialismusfrohen CDU-Mitgliedern in der DDR. In der Ost-CDU, so der Mythos, soll es im übertragenen Sinn genau andersherum gewesen sein.

Helmut Kohl schaute sich das an, korrigierte es nicht und begann eine offenbar bis heute währende gegenseitige Ablehnung zu Lothar de Maizière. Dann wurden die Volkskammerwahlen von Mai 1990 auf den 18. März 1990 vorgezogen. Es stellte sich die Frage: Wen unterstützt die West-CDU bei dieser Wahl als ihren zukünftigen Partner? Da gab es Leute wie Wolfgang Schäuble, die schon länger kein Problem mehr mit der Vergangenheit der Ost-CDU hatten und solche wie Helmut Kohl oder Volker Rühe, die jetzt aus machtpolitischen Gründen einknickten und sagten: O. k., wir unterstützen die Ost-CDU, aber nur "garniert" mit dem Demokratischen Aufbruch und der Deutschen Sozialen Union. Diese sogenannte Allianz für Deutschland gewann die Wahl. Diese Wahl wurde unter anderem von den Turbulenzen um die IM-Vergangenheit von Wolfgang Schnur und später um die sich verhärtenden IM-Gerüchte um Ibrahim Böhme mitbestimmt. Helmut Kohl wusste zu diesem Zeitpunkt schon seit Monaten durch die Geheimdienste von einer IM-Akte, die Lothar de Maizière zugerechnet wurde. Seinem Spitzenkandidaten. Er behielt das für sich, ließ allein Wolfgang Schnur ins Messer laufen und brachte seinen Kandidaten durch. Dieser hätte auch so gewonnen, MfS-Verstrickungen interessieren viele Wähler kaum, wenn der Kandidat außerdem Interessantes zu bieten hat. In diesem Fall eben Helmut Kohl und die D-Mark.

Zweitens: Diese Verschleierungsstrategie erwies sich als erfolgreich. Und so stellte sich die Frage: Wie gehen wir mit den übrigen Akten um, die spätestens ab Anfang beziehungsweise Mitte der 1950er-Jahre die CDU allgemein aber auch viele ihrer noch heute aktiven Mitglieder persönlich belasten? Und so kamen die Akten nicht in die dafür vorgesehene Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen, sondern, obwohl Eigentum des SAPMO, in das Archiv der Adenauer-Stiftung nach Sankt Augustin. Ich lehne mich mal ein bisschen aus dem Fenster und sage: Das ist ungefähr genauso gut wie Aktenvernichtung. Oder kennen Sie eine relevante CDU-

kritische Studie aus dem Archiv der Adenauer Stiftung, die irgendwie aktive Politiker behandelt oder gar belastet? Tatsächliche Aktenvernichtung gab es aber auch, zumindest mehrere Hinweise darauf. Die Adenauer-Stiftung ist heute traurig darüber, dass viele Bestände nicht bei ihr angekommen sind – sie wurden vernichtet oder gingen verloren. Diese Aktenverbringung war ein sehr erfolgreiches Mittel, um sie dem unmittelbaren Umfeld der aktiven Forschung und Aufarbeitung zu entziehen.

Drittens: Die CDU begann sich bereits im Volkskammerwahlkampf 1990, anstatt wie von de Maizière angekündigt mit ihrer Geschichte, mit der Geschichte der anderen zu beschäftigen. Das ist ein politisch sehr erfolgreiches Mittel! Wenn man sich immer mit der Geschichte anderer in der DDR beschäftigt, ist man irgendwann öffentlich gerechtfertigt und es wird übersehen, dass man die eigene unberührt lässt. Und so finden Sie in den Publikationen der Adenauer-Stiftung Literatur zu Themen außerhalb des offiziellen Wirkungskreises der ihr nahestehenden Partei. Beispielsweise einen großen Sammelband über den antifaschistischen Gründungsmythos der DDR, wo man sich lediglich mit dem Antifaschismus der SED und der deutschen Linken beschäftigt, aber nicht in einem Wort mit dem CDU-eigenen Beschwören des Antifaschismus.

Und damit bin ich schon bei der Gründung der CDU, wo sich auch anhand des Antifaschismus zeigt, wie ambivalent die Deutungsmöglichkeiten einer Parteigründung sind. Am 26. Juni 1945 wurde in Berlin die CDU gegründet und es ist festzustellen, dass von den Gründern in Berlin bis auf Otto Nuschke ein paar Jahre später alle im Westen sind. Auch deshalb beschreibt die westdeutsche CDU-Geschichtsschreibung den Berliner Gründungsakt unter anderem mit den Worten: Die Hälfte der Gründer waren in der Hitlerzeit Häftlinge. Die ostdeutsche Geschichtsschreibung beschrieb denselben Gründerkreis mit den Worten: Sechs der Gründer stimmten im Reichstag am 24. März 1933 für das Ermächtigungsgesetz von Hitler. Sie dürfen sich nun entscheiden, welche sachliche Verkürzung sie als die CDU-Gründungsgeschichte annehmen. Ich will damit nur klarmachen, dass derselbe Gründungsakt unterschiedliche Deutungs- und Darstellungsmöglichkeiten zulässt. Deshalb empfehle ich, stets vollumfänglich an den Akten und anderen Quellen zu bleiben, um sich entlang von diesen ein Bild zu machen anstatt bereits zuvor mythologisierend in die Interpretation von Teilüberlieferungen oder politisch motivierten Fehlannahmen einzusteigen.

Heute schreiben Autoren der Adenauer-Stiftung: Widerständler gründeten die CDU! Das nimmt dann alle mit und überschreibt ehemals Entzweiendes. Es bleibt aber festzustellen, dass die Ost-CDU nur einen Gründungzweig der CDU verkör-

perte. Den Berliner. Der war der erste, später kamen weitere in der britischen Besatzungszone und anderen Orten hinzu. Ein französischer Beobachter schrieb im Jahre 1946 für meine Begriffe zutreffend: Die CDU zeige sich sozialistisch und radikal in Berlin, klerikal und konservativ in Köln, kapitalistisch und reaktionär in Hamburg und gegenrevolutionär und partikularistisch in München. Letztes meint die CSU. Jetzt komme ich zu den angekündigten Mythen. Sie finden kein Buch aus dem CDU-Umfeld, wo nicht irgendwie drinsteht: Nur die CDU-Führung war SED-nah beziehungsweise vollständig gleichgeschaltet, die CDU-Basis hingegen hatte Vorbehalte oder war sogar oppositionell. Das Problem ist: Es gibt keine Studie dazu, beziehungsweise kein einleuchtendes sachliches Argument, mit dem diese Feststellung belastbar belegt wird. Lassen Sie mich an zwei Beispielen beschreiben, warum ich diese Feststellung für einen Mythos halte! Erstens: Bereits in den 1970er-Jahren gibt es Veranstaltungen von Gerald Götting und anderen CDU-Führern mit einfacheren Mitgliedern der CDU, in denen einvernehmlich die Dinge der Partei und der Politik besprochen werden. Eine ideologische oder politische Differenz zwischen Führung und Basis ist weder in der offiziellen Parteiliteratur noch in einschlägigen Akten nachweisbar. Man ist bis zum Herbst 1989 immer derselben Meinung, man pflichtet Götting bei, berichtet Diskreditierendes über andere an ihn – und plötzlich sagen dieselben Parteimitglieder: Götting muss weg. Und übernehmen anschließend Spitzenämter in der Demokratie. Es gab ideologisch und in der praktischen Politik keine Divergenzen zwischen Götting und der Basis und trotzdem wird bis heute behauptet: Die Basis war anders: sauber!

Das zweite Argument, und hier komme ich darauf zurück, was ich vorhin sagte, dass CDU-Mitglieder ab den 1970er-Jahren in Absprache mit staatlichen Organen auf Kirchenveranstaltungen manipulierend auftraten und über kritische Tatsachen auf diesen Veranstaltungen an staatliche Stellen berichteten. Das war primär eine Maßnahme der CDU-Basis! Ich kenne keine Akte, die darauf hinweist, dass es von der Parteispitze Aufträge gab, diese Spitzeleien durchzuführen. Die Akten legen vielmehr nahe, dass die Bezirksverbände, die unbescholtene Basis, das von sich aus getan hat. Es gibt viele Akten aus den Bezirksverbänden, die festlegen: So und so viele gehen dann und dann dort und dort hin und machen das und das. Diese Akten entstammen aber nie dem Hauptvorstand, sondern immer den Bezirksvorständen der CDU, der Basis. Letztendlich drängt sich das Bild auf, dass die CDU-Basis in punkto Bespitzelung der Kirche der CDU-Spitze, wo es auch einige IM gab, weit voraus war. Das will die CDU natürlich so nicht öffentlich wahrhaben oder gar feststellen. Sie setzt sich mit diesem Fakt gar nicht auseinander und wenn CDU-nahe Autoren mal auf derartige Akten stoßen, ignorieren, umschreiben oder entstellen sie

das. Ich werde später noch darauf zurückkommen. Vielleicht noch so viel zu diesem Vorgang: Interessanterweise durften die Spitzel in der CDU-Führung, die nicht IM waren, aber fortlaufend an unterschiedlichste staatliche Organe denunziatorisch berichteten, Leute wie Günter Wirth oder Carl Ordnung, genau die duften nach dem Herbst 1989 in der CDU oder dem Regierungsapparat an unterschiedlichsten herausragenden Stellen weiterarbeiten, während andere, die (Stand heute) nicht spitzelten, gehen mussten. Wirth und Ordnung schrieben nach den unterschiedlichsten kirchlichen oder oppositionellen Veranstaltungen über Jahrzehnte und ohne fremden Auftrag Berichte an den Staatssekretär für Kirchenfragen, die ZK-Abteilung Kirchenfragen in der Form: Der und der hat das gesagt oder hat das vor. Nur Spitzeln für das MfS führt gelegentlich zu Konsequenzen oder Aufarbeitung innerhalb der CDU. Spitzeln für eine Diktatur war und ist jedoch innerhalb der CDU kein Grund für einen Parteiausschluss oder ein Parteiverfahren! Es war aber keine MfS-Diktatur, es war die SED-Diktatur! Und in die war die CDU tiefer verstrickt als in das MfS.

Der zweite Mythos lautet: Ich bin der CDU beigetreten, weil ich nicht der SED beitreten wollte, die mich fragte! Das haben sie sicher so oder so ähnlich schon einmal gehört oder gelesen, dass Leute dies als ihren Beitrittsgrund zur CDU darstellen. Seit 1990 ist das ein monopolartig behaupteter Beitrittsgrund, den ich als Beitrittsgrund prinzipiell gar nicht infrage stelle. Nur findet sich dieses "Monopol" nicht in den Quellen wieder. Erstens kann dieser Beitrittsgrund nicht für eine Vielzahl von ehemaligen Ost-CDU-Mitgliedern gelten! Beispielsweise kirchliche Mitarbeiter. Es ist schwer vorstellbar, dass ein Bischof oder Superintendent etwa zu einem Pfarrer sagte: Tritt doch bitte der SED bei. Deshalb bin ich auch Lothar de Maizière und anderen dankbar, die genau diesen Beitrittsgrund nicht nennen, sondern beispielsweise wie de Maizière sagen: Ich bin 1956 wegen Otto Nuschkes Kulturpolitik der CDU beigetreten. Oder wie Frau Bergmann Pohl, die aus familiären Beziehungen heraus in die CDU eingetreten ist. In der Mitarbeiterzeitschrift der CDU gab es eine Rubrik, wo Neumitglieder begrüßt wurden und auch ihre Beitrittsgründe erwähnt wurden. Da fiel natürlich nie das Wort, dass sie nicht der SED beitreten wollten, sondern viele andere, oft plausible Gründe, die jemand, der nur auf der Flucht vor der SED war, wohl nicht verlautbaren würde. Wenn man die Häufung der heutigen Begründung "Ich wollte nicht der SED beitreten, die mich fragte", betrachtet, gewinnt man außerdem den unzutreffenden Eindruck, dass die SED unbedingt eine Partei von Christen oder kirchennahen Leuten werden wollte. Ich kenne aber keinen Hinweis in den Akten darauf, dass die SED so massiv Christen warb, wie es die Nennung dieses Beitrittsgrundes nahelegt.

Und was sagt dieser Beitrittsgrund denn über jemanden? Beispielsweise sagt auch der letzte CDU-Bezirkschef von Cottbus, Karl-Heinz Kretschmer, heute, dass er in die CDU eingetreten ist, weil er nicht in die SED wollte, die ihn ansprach. In der CDU hat er genau das gemacht, was er in der SED auch ungestraft getan hätte, wurde dafür vor 1989 mit einer steilen Kaderkarriere in der CDU belohnt, die er nach 1990 für eine Legislaturperiode im brandenburgischen Landtag fortsetzte. Was ich sagen will, ist, dass selbst wenn jemand in die CDU eintrat, um vor der SED zu fliehen, er in der CDU nicht als SED-Gegner wirkte oder per se als solcher zu gelten hat!

Ich komme zu meinem nächsten Mythos: Dem Brief aus Weimar. Der wird heute immer ins Spiel geführt, wenn die CDU einen Neugründungsakt, einen Neugründungsmythos sucht. Da findet sich ansonsten nichts, deshalb landet man immer wieder beim Brief aus Weimar. Dieser wurde wesentlich verfasst vom Chefredakteur der thüringischen Landeskirchenzeitung "Glaube und Heimat", Gottfried Müller, Unterschrieben wurde er außerdem von Oberkirchenrat Martin Kirchner, der Pfarrerin Christine Lieberknecht und der Rechtsanwältin Martina Huhn aus Sachsen. Ich werde diesen Brief jetzt nicht vorlesen, aber Erhardt Neubert schreibt über ihn: Er wollte die Verhältnisse nicht revolutionieren, er wollte sie dynamisieren. Da gehe ich mit Erhardt Neubert mit. Es ist aber schwierig, einen Brief, der diktatorische Verhältnisse nicht revolutionieren, sondern dynamisieren wollte, als demokratisches Neugründungspapier auszugeben. Deshalb wird er von CDU-nahen Autoren regelmäßig ins Revolutionäre verbogen. Vor allem wenn man sich das Umfeld dieses Briefes anschaut, beispielsweise zeitnahe Statements des Hauptverfassers Gottfried Müller in seiner Kirchenzeitung von Ende September 1989, kommen Fragen auf. Müller lehnt beispielsweise explizit ein demokratisches System aus Regierung und Opposition für die DDR ab. Ich nehme dieses Statement von Müller mal als Interpretament für den Brief und stelle fest: Der Brief und sein Verfasser taugen nicht als Berufungsgrundlage für eine sich demokratisch erneuernde Partei. Aber die CDU hat nichts anderes als diesen Brief und deshalb wird er immer wieder strapaziert. Obwohl man ihn jahrelang nicht feierte oder im Netz fand. Jetzt ist das wieder anders, jetzt finden Sie ihn sogar auf der Seite des Bundespresseamts und hier ist mittlerweile auch Frau Lieberknecht Mitverfasserin des Briefes. Geschichtsschreibung staatlicher Stellen unterscheidet sich noch einmal von der durch Parteien.

In der Zeit der Friedlichen Revolution hat ein weiterer Mythos seinen Grund: Die Neu-Aufstellung der CDU. Programmatisch ist das nachzuvollziehen, beim Personal gelingt das nicht. Schauen wir uns beispielsweise den Sonderparteitag der



CDU Mitte Dezember 1989 an. Dort wurde ein neuer Hauptvorstand gewählt. Dieser Hauptvorstand besteht zur Hälfte aus Leuten, die mein vorgenanntes Kriterium erfüllen. Sie waren Amtsträger, hatten sich freiwillig prosozialistisch geäußert beziehungsweise betätigt oder wurden für eines von beiden ausgezeichnet. Entscheidend ist, dass sich zukünftige Eliten der CDU aus diesem Hauptvorstand bis auf einen ausschließlich aus dem so belasteten Teil des Hauptvorstandes rekrutierten. Oder schauen wir uns den auf demselben Parteitag neu gewählten engeren Parteivorstand an. Sechs Personen, Vorsitzender Lothar de Maizère, seine vier Stellvertreter und Generalsekretär Martin Kirchner. Drei von ihnen IM, zwei unter IM-Verdacht und der Sechste, Gottfried Müller, hatte Gespräche mit der Stasi, sich aber nicht verpflichten lassen. Das sind mindestens 50 Prozent Stasibelastung in der engeren Parteiführung, mehr als unter Gerald Götting und mehr als in der zeitgleich neugewählten SED-Führung. Eine peinliche Neuaufstellung! Das Ganze findet seine Fortsetzung in der ersten frei gewählten Volkskammer. Da überprüfte Werner Fischer vom Bündnis 90 die neuen Abgeordneten und kam zu dem Ergebnis, dass sich unter den CDU-Abgeordneten mit Abstand

die meisten IM befinden! Und nun frage ich Sie: Wissen Sie, wer das war? Ich weiß es auch nicht! Meines Wissens gibt es dazu keine Studie – weder von der CDU, der Adenauer-Stiftung noch anderen. Von Frau Bergmann-Pohl weiß man immerhin, dass zwei der Beschuldigten offenbar später entlastet wurden, das sagt aber nichts über die Übrigen. Fazit: Anderenorts wurden die Stasispitzel von der Macht entfernt, in der CDU kamen sie erst einmal an die Macht, was aber nicht aufgearbeitet wird! Das kann man als CDU natürlich so nicht sagen, ist aber trotzdem der mir bekannte Forschungsstand!

Und der letzte Mythos, der auch der Zeit der Friedlichen Revolution entspringt und den sie mindestens dreimal im Jahr aus dem Munde eines prominenten CDU-Politikers, selten aber eines CDU-nahen Historikers hören: Wir haben das Vermögen der Ost-CDU zurückgegeben! Anfang des Jahres sagte das beispielsweise Peter Tauber im Interview mit dem Tagesspiegel. Auch wenn Politik kein Mittel der Wahrheitsfindung ist: Das ist falsch! Was stimmt, ist, dass – wenn man den Bericht der Parteivermögenskommission zugrunde legt – die CDU die meisten Immobilien zurückgegeben hat, das flüssige Vermögen aber behielt. Über 11 Millionen Mark. Die gingen von den Konten der Ost-CDU auf die der West-CDU. Wir haben unser Vermögen zurückgegeben, ist nicht einmal ein Mythos. Es ist eine Lüge!

So viel zu den gängigen Mythen, ich komme zur Aufarbeitung der Parteigeschichte. Auch dieser Abschnitt beginnt mit einem Mythos, dem Sie gelegentlich begegnen aktuell auf dem Blog von Herrn Tauber! Dort steht: Wir haben unsere Geschichte aufgearbeitet! Auf dem Blog finden Sie eine obskure Liste mit Werken, anhand deren behauptet wird, die Geschichte der CDU in der DDR wäre aufgearbeitet. Einerseits fehlen dort relevante Werke, andererseits sind wiederum Werke zu finden, die nichts mit der CDU-Geschichte zu tun haben. Dieser "Wir haben aufgearbeitet"-Mythos beginnt meines Erachtens mit dem CDU-Parteitag in Dresden 1991. Noch heute stellen viele CDU-Mitglieder fest: Damals in Dresden, da haben wir alles geklärt, wir sind durch. Schauen Sie sich die Protokolle des Dresdner Parteitages an, lesen Sie sie dreimal, dort gibt es nichts dergleichen. Ein paar Kämpfe zwischen ehemaligen Blockparteimitgliedern unter Hinzuziehung von Neumitgliedern, aber Aufarbeitung findet nicht statt. Und so gibt es noch weitere Punkte, Werke und Veranstaltungen, auf die verwiesen wird – aber Aufarbeitung im Sinne von "Wer? Wie? Was? Wann? Wo?" finden Sie für die Zeit ab Mitte der 1950er-Jahre nicht.

Parallel zu diesem "Wir haben aufgearbeitet"-Mythos existiert eine diametral entgegengesetzte, oft auch von denselben Leuten an anderen Orten oder zu anderen Zeiten vertretene Auffassung, die sagt: Wir werden aufarbeiten! Diese folgenlose Feststellung hat Konjunktur, wenn es Probleme gibt. Es begann mit Lothar de Maizières Rede auf dem Sonderparteitag 1989, setzte sich fort mit den Enthüllungen um Tillichs "biografische Manipulationen" 2008, anlässlich deren der damalige CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla folgenlos Aufarbeitung, Lehrstühle und so weiter versprach bis zur CDU Brandenburgs, die zwar für die Enquetekommission zur Aufarbeitung in Brandenburg stimmte, anschließend auch Aufarbeitung in eigener Sache gelobte, aber seitdem, wie auch die FDP, nichts in der Sache unternahm. Es gibt also zwei parallele, einander widersprechende Argumentationslinien: Wir haben aufgearbeitet! – und die andere: Wir werden aufarbeiten!

Was ist aber bisher tatsächlich geschehen? Lassen Sie es mich so sagen: Bis mindestens 1952 ist die Geschichte der CDU in der SBZ/DDR gut aufgearbeitet. Es gibt für jedes ostdeutsche Bundesland mindestens ein größeres brauchbares Buch, das die Geschehnisse bis zur endgültigen Gleichschaltung beschreibt. Aber dann wird's dünn. Ich würde nicht sagen, es gibt gar nichts, aber es gibt kaum Literatur aus CDU-Hand, die prinzipiellen Aufklärungs-Charakter hat. Es gibt einzelne regionale Gesamtdarstellungen, beispielsweise in Sachsen-Anhalt durch einen CDU-Landtagsabgeordneten namens Markus Kurze, der sich um die CDU-Geschichte seiner Region kümmert und dort ein kleines Werk zusammengestellt hat. Aber das ist so unkritisch wie leicht lesbar und leistet unter Aufklärungsgesichtspunkten wenig. Er notiert kurioserweise die Bundesparteitage der West-CDU, schreibt aber so gut wie nichts über die Verstrickungen seiner ostdeutschen Vorgänger-Kreisverbände. Eventuell weiß er das alles auch gar nicht, er ist kein Zeitzeuge oder Historiker, aber was er da macht, ist skurril. Ich habe noch keinen Begriff für diese Art Literatur gefunden. Aber es gibt daneben auch gute, lesbare Bücher, beispielsweise von Peter Joachim Lapp, der eine gute, nonkonforme Gerald-Götting-Biografie geschrieben hat. Ich teile nicht alle seine Auffassungen, finde bei ihm aber meine vorhin geäußerte Feststellung bestätigt, dass zwischen der CDU-Basis und Götting kein allzu großer Unterschied bestand.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zum unterschiedlichen Umgang von CDU-Politikern und Historikern mit der Geschichte der Ost-CDU sagen. Lassen Sie mich anhand von Dagmar Schipanski erklären, wie sich unbelastete CDU-Politiker zur Geschichte der Ost-CDU verhalten. Frau Schipanski sagte der Super Illu sinngemäß: Die Ost-CDU war an der Basis sauber, in der Führung angepasst, aber meine Familie und ich waren nicht in der Ost-CDU. Sie rechtfertigt die Ost-CDU einerseits, legt aber Wert darauf, mit ihr nichts zu tun gehabt zu haben. Das sagt nichts! Das ist das politische Äquivalent zu einer ausbleibenden historischen Auf-

arbeitung. Um es auf den Punkt zu bringen: Das Kritische, was wir über die Ost-CDU wissen, wissen wir nicht von der CDU.

Ich komme jetzt zu zwei Beispielen aus der von mir sogenannten "Abwehrliteratur". Die CDU bleibt in Bezug auf die kritischen Punkte ihrer Ost-Geschichte eher passiv, bewegt sich aber immer, wenn sie angegriffen wird. Sie erinnern sich vielleicht an die Reaktionen, als der sächsische SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle sein Buch über die Blockflöten veröffentlichte. Aber zurück zur Abwehrliteratur. Im letzten Frühjahr veröffentlichte der Journalist der Thüringer Allgemeinen Martin Debes eine kritische Biografie über Christine Lieberknecht. Diese Biografie ist fundiert, Debes ist in die Archive gegangen und hat akribisch recherchiert. Diese Biografie stellt vieles von dem sachlich in Frage, was bisher über Frau Lieberknecht berichtet wurde.

Die Adenauer-Stiftung und ihr Autor Erhardt Neubert sahen sich daraufhin offenbar genötigt, dieses Heftchen hier herauszugeben: "Der Brief aus Weimar". Ich habe vorhin erklärt, in welcher Beziehung Frau Lieberknecht zum Brief aus Weimar steht. Dieses Heftchen erschien also nach der Veröffentlichung des Buches von Herrn Debes und ist eine teilweise Ansammlung der vorhin aufgezählten Mythen, sodass man sich irgendwann fragt: Warum das Ganze? Die Antwort ist: Frau Lieberknecht war im Wahlkampf! Man wollte offensichtlich dieses gut besprochene Buch von Herrn Debes nicht so einfach stehen lassen, sondern reagieren. Anders als bei Herrn Debes, der Akribie und Neugier walten ließ, werden hier die gängigen Positionen der christdemokratischen Selbstauffassung referiert. Ich habe mir ein paar Sachen herausgeschrieben, anhand deren ich Ihnen exemplifizieren will, was ich bisher gesagt habe. Neubert schreibt: "1988 wagten sich schon mehrere Ortsgruppenvorsitzende in Sachsen und im Bezirk Frankfurt/Oder weit vor, als sie öffentlich die führende Rolle der SED ablehnten." Ich kenne zwei bis drei – insgesamt weniger als ein halbes Promille aller CDU-Grundeinheiten dieser Zeit. Heißt das, die CDU war eine weniger als 0,5-Promille-Protestpartei? Neubert belegt hier faktisch, wenn auch mit entgegenlaufender Interpretation, dass die CDU-Basis wie die CDU-Spitze SED-konform war. Neubert weiter über das Jahr 1989: "Zwar hatte die Partei das Misstrauen der Bevölkerung und der Kirchen gegenüber der CDU noch nicht überwinden können, aber schon weigerten sich CDU-Gruppen, etwa in Berlin, als Agitatoren gegen die Kirche oder ihre kritischen Mitglieder aufzutreten." Ich kenne keine sich aktenkundig weigernden CDU-Gruppen in dieser Zeit und Neubert belegt seine Behauptung auch nicht! Neuberts "CDU-Gruppen, etwa in Berlin" bezeichneten vielmehr laut der Akte, auf die er sich offenbar bezieht, in Person die von "zwei Kreisvorsitzende(n) geforderte Entsendung von CDU-Mitgliedern zu

thematischen Kirchenveranstaltungen als "Bespitzelung der Kirche beziehungsweise der Gläubigen". Das ist etwas ganz anderes, vor allem aber Neuberts Beitrag zur Verschleierung der Tatsache, dass sich die CDU-Basis auch als "Spitzel" betätigte und verstand. Neubert weiter über die Verfasser des Briefes aus Weimar: "Das MfS lieferte eine 'strafrechtliche Einschätzung'. Danach war der Straftatbestand der ,staatsfeindlichen Hetze' erfüllt, der mit mehreren Jahren Haft geahndet werden konnte. Bei Weitergabe des Briefes sollte mit Geldbuße vorgegangen werden. Diese Einschätzung entsprach auch der Verfolgung von Autoren anderer oppositioneller Initiativen." Autoren anderer oppositioneller Initiativen wurden wie Bärbel Bohley und Markus Meckel tatsächlich vom MfS mit zersetzenden OV verfolgt, die Unterzeichner des Briefes aus Weimar hingegen wurden lediglich eingeschätzt. Das eine entspricht dem anderen nicht, wie Neubert nahelegen will, sondern markiert einen wesentlichen Unterschied. Die Unterzeichner des Weimar-Briefes werden wahrscheinlich nicht einmal eine simple Stasiopferakte aufweisen können. Wofür auch?! Vielleicht will Neubert durch diese erzwungene Gleichsetzung auch nur den weiteren Unterschied zwischen dem Brief aus Weimar und tatsächlichen "Revolutionsdokumenten" verschleiern, nämlich dass der Autor des Briefes aus Weimar anstatt Verfolgung Mitte September 1989 eine hohe Auszeichnung der Nationalen Front, in deren Sinn der Brief aus Weimar angelegt ist, erhielt. Dazu später mehr.

Ich wollte Ihnen nur demonstrieren, wie frei von Quellen Dinge behauptet oder in Anderslautendes hineininterpretiert werden. Ich habe nicht die rein sachlichen Fehler dieses Buches referiert, beispielsweise dass Neubert einmal mehr die Veröffentlichung des Briefes aus Weimar um zehn Tage auf den 6. September vorverlegt. Das macht er öfter, eventuell weil die Veröffentlichung dann vor der Gründung des Neuen Forums stattfand und somit revolutionärer ist! Es kann aber auch sein, dass es nur ein einfacher Kopierfehler ist, denn dieses Büchlein ist etwa zur Hälfte ein Selbstplagiat von Neuberts 2002 erschienenem Buch über die Stasi und die CDU, in dem der Brief aus Weimar auch bereits am 6. September veröffentlicht wurde.

Ich komme zum zweiten und jüngsten Beispiel für Abwehrliteratur. Dieses Büchlein hat auch eine Geschichte. Vor einem Jahr habe ich beim Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen Berlin ein kleines Büchlein über die Blockparteien veröffentlicht, mich dort auch kritisch mit dem Brief aus Weimar beschäftigt und kam zu dem vorhin referierten Schluss, dass der Brief aus Weimar und seine Verfasser offenbar nicht ganz so revolutionär sind, wie oft und gern behauptet wird. Dies brachte mir dann vor einem Monat diese nicht im Buchhandel erhältliche Schrift von Gottfried

Müller ein: "Widerlegung von Behauptungen des Christoph Wunnicke". Ich lese es Ihnen nicht vor, will Ihnen nur kurz erklären, was hier meines Erachtens stattfindet. Gottfried Müller war seit Anfang der 1970er-Jahre CDU-Mitglied, seit 1973 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Christliche Kreise bei der Nationalen Front im Bezirk Gera, Redakteur und seit Anfang der 1980er-Jahre Chefredakteur von "Glaube und Heimat", der thüringischen Kirchenzeitung. In dieser Schrift identifiziert er sich nahezu ausschließlich mit seiner Tätigkeit als Kirchenzeitungsredakteur beziehungsweise mit diskriminierten Kirchenzeitungen - obwohl es um ein CDU-Dokument geht. Ich habe mich in meiner Schrift mit dem Brief aus Weimar auseinandergesetzt, weil Neubert wiederholt schrieb, dass die Verfasser und Unterzeichner des Briefes eine Nähe zur Ökumenischen Versammlung gehabt hätten. Das heißt implizit: Nähe zur Opposition! Da Neubert das nie belegt, habe ich nachgeschaut, welche Quellen dies belegen, und konnte keine finden. Müller kommentierte vielmehr in seiner Zeitung ein auf der ersten Ökumenischen Versammlung von einer Empore hängendes Plakat, auf dem stand "Unserer Hunger nach Freiheit ist größer als unser Hunger nach Brot" mit dem Satz "So argumentieren Satte!". Ich kann darin höchstens eine räumliche Nähe zur Ökumenischen Versammlung sehen, aus der heraus Opposition öffentlich diskreditiert wurde. Aber in dieser Widerlegung schreibt Gottfried Müller, ich hätte ihn nach der Zensur der SED zum zweiten Mal zensiert. Er sei, wenn ich ihn richtig verstehe, mit seinem Opposition diskreditierenden Kommentar Opfer der DDR-Zensur – und von mir. Im Jahr 1988 hatten es die Kirchenzeitungen wirklich schwer, sie wurden wirklich hart rangenommen, und viele Ausgaben, auch von Glaube und Heimat, wurden verboten. Aber nicht solche Kommentare! Die waren erwünscht – und erschienen! Interessant ist auch, wie Müller in seiner Schrift mit seiner langjährigen Vergangenheit als ehrenamtlicher Funktionär der Nationalen Front umgeht. Ich erwähne in meinem Büchlein, dass Müller noch nach Verfassen und Versenden des Briefes aus Weimar die Verdienstmedaille der Nationalen Front in Berlin verliehen bekam. Müller schreibt daraufhin in seinem Text sinngemäß: Dass er nach Berlin zur Ordensverleihung fuhr, könnte ein taktischer Winkelzug gewesen sein, um ein Mitglied des CDU-Hauptvorstandes zu treffen. Warum und wofür er den Orden dann trotzdem annahm, erklärt Müller nicht. Er identifiziert sich in seiner Schrift lieber mit den diskriminierten Kirchenzeitungen beziehungsweise deren Redakteuren. Mit denen hatte er aber nur bedingt viel zu tun. Schon Ende 1988 konstatiert der Staatssekretär für Kirchenfragen, daß Gottfried Müller als einziger Kirchenzeitungs-Chefredakteur "realistische Positionen" bezieht. In seiner Zeitung ermutigt Müller auch, zwei Monate vor dem Brief aus Weimar, "Unsere Justiz ...

trotz unqualifizierter Stammtischkritik den Weg ausgestalteter Rechtsstaatlichkeit in allen Bereichen weiterzugehen". Es gibt offenbar neben der politischen Meinung der CDU über die DDR eine dieser widersprechende Haltung zu ihren eigenen historischen Grundlagen. So führt sie Unrechtsstaatsdebatten und beruft sich dabei auf ein Papier und dessen Verfasser, der in seiner Zeitung "den Weg ausgestalteter Rechtsstaatlichkeit" in der DDR publizistisch gegen ein System aus "Regierung und Opposition" verteidigte.

Lassen Sie mich auch deshalb zum Schluss die aktuellsten Aufarbeitungsbemühungen der thüringischen CDU vorstellen. Sie erinnern sich sicher unangenehm an das Wahlergebnis und die anschließende Regierungsbildung, was der heutige CDU-Chef Mike Mohring zum Anlass nahm festzustellen, dass er jetzt die Geschichte der CDU in Thüringen aufarbeiten wolle – nachdem sein Landesverband jahrelang festgestellt hatte, dass sie aufgearbeitet sei. Erst wollte er das für die ganze Ost-CDU tun, aktuell nur noch für Thüringen. Später sagte er, dass er sich überwiegend anhand von Zeitzeugen der CDU-Geschichte nähern will. Aktuell will er bis zum Sommer unabhängige Wissenschaftler benannt haben, die in der Adenauer-Stiftung die CDU-Akten Thüringens einsehen und aufarbeiten sollen. Der MDR hat vor einigen Wochen schon Einblick in einige Akten genommen und auf der MDR-Website vorläufige Befunde publiziert.

Lassen Sie mich meine Meinung zu diesen thüringischen Aufarbeitungsbemühungen sagen. Was wäre Aufarbeitung in Thüringen in meinem Sinne? Es wäre auf gar keinen Fall der aktuelle Diskussionsstand, dass ein oder mehrere Wissenschaftler lediglich nach Sankt Augustin fahren und die schriftliche Hinterlassenschaft der thüringischen CDU durchgehen und zusammenfassen. Die CDU war die Partei, die im Auftrag der SED die Christen und die Kirche in den Griff bekommen sollte. Man muss also auch Kirchenakten anschauen! Da spielt die Musik! Man muss SED-und Stasiakten anschauen – auch da ist viel über Spitzeltätigkeiten und andere Vorgänge drin. Man muss vor allem aber mit den von mir bereits kurz genannten Mythen aufräumen! Man muss sie zu Thesen machen und nachschauen, ob diese Mythen angesichts der Quellen tragen?! Und vor allem erwarte ich, dass die CDU-Mitglieder, die beispielsweise noch 1988 mit Auftrag auf dem Kirchentag in Erfurt und andernorts unterwegs waren, sich öffentlich erklären und feststellen, in wessen Auftrag sie dort waren, wo die Ergebnisse dieser Arbeit hingehen sollten und wo sie tatsächlich hingingen?

Unbedingt erwarte ich aber, und darüber habe ich hier noch gar nicht gesprochen, dass die CDU sich auch mit ihrer kommunistischen Wurzel, ihrer Bauernpartei-Geschichte beschäftigt. Es ist eben auch durch vollständig ausgebliebene Aufarbeitung

ins Vergessen geraten, dass ganz ohne Zwang die vermeintlich antikommunistische CDU im Sommer 1990 mit der von Kommunisten gegründeten Bauernpartei (Zwischenruf aus dem Publikum: "SED auf dem Lande!") fusionierte. Ich will es nur kurz in Erinnerung rufen: Während der Bodenreform wurde die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe gegründet, um diejenigen, die durch die Bodenreform begünstigt wurden, organisatorisch zu versammeln. Das schlug weitgehend fehl und so hatte die SED beziehungsweise SMAD 1948 Angst, dass bei den nächsten Wahlen viele Bauern und Dorfbewohner nicht die SED wählen würden, sondern die CDU oder die LDPD. Also gründete man die Bauernpartei mit kommunistischen Kadern. Gründungsvorsitzender Ernst Goldenbaum war beispielsweise KPD-Mitglied. Ich weiß nicht, wie viele Bauernparteimitglieder im Sommer 1990 kollektiv oder individuell der CDU beitraten - die mir bekannten Zahlen schwanken zwischen 6 000 und 20 000. Diese Leute sind auch die CDU. Und somit ist auch ihre Geschichte Teil der CDU-Parteigeschichte, welcher Partei denn sonst? Warum wird die DBD-Gründung durchgehend kritisch beschrieben, der DBD-Beitritt zur CDU aber als etwas Selbstverständliches verkauft? Bisher ist es so, dass die vielen Millionen Mark der Bauernpartei und Tausende Parteimitglieder der CDU sehr lieb waren, die zu diesen Millionen führende Bauernparteigeschichte aber nicht. Und viele von denen sind auch in hohe Ämter gerückt, teilweise Minister. Der ehemalige Hauptvorstandsmitarbeiter der Bauernpartei Ulf Leisner wurde der erste Ostdeutsche, der es im Konrad-Adenauer-Haus zu einer leitenden Position brachte. Obwohl oder weil er in der Zeit der Friedlichen Revolution, noch Monate nach Gottfried Müllers Einlassungen, gegen den Rechtsstaat Bundesrepublik hetzte und den Unrechtsstaat DDR verteidigte?! Warum versorgt die CDU seit 25 Jahren beispielsweise in Person dieses Funktionärs die Demokratie mit unaufgearbeiteter Unrechtsstaatsverstrickung und will das anderen Parteien gleichzeitig verbieten?

Dasselbe erwarte ich übrigens auch von der FDP in Bezug auf die NDPD. Es ist verständlicherweise schwierig für antikommunistisch auftretende Parteien, sich mit ihrer kommunistischen Wurzel zu beschäftigen. Aber warum Aufarbeitung, wenn gerade die politischen Meinungsbildner sie in eigener Sache für unnötig halten? Politisch und sozial erfolgreich ist eher der, der nicht aufarbeitet! Jeder Verdränger in eigener Sache kann sich dabei politisch auf CDU und FDP berufen.

Lassen Sie mich mit einer Anekdote zum Schluss kommen. Bei den Maßnahmen vorhin habe ich eine vergessen: Die nachholende Vereinnahmung von Oppositionellen durch die sie ehemals bekämpfende (Ost)-CDU. Sie werden nur wenige ehemalige prominente Oppositionelle finden, die nicht seit der Friedlichen



Revolution irgendwie von der CDU "vereinnahmt" wurden. Durch Auszeichnungen, Ehrungen, Vorträge etc. Bärbel Bohley hat sich dem irgendwann nicht mehr ausgesetzt und sich öffentlich aus dieser Quasi-Vereinnahmung gelöst. Andere wie Jürgen Fuchs aber konnten sich nicht mehr wehren, als – ich glaube, es war 2002 – die Straße am Thüringer Landtag seinen Namen erhielt.

Jürgen Fuchs, für die, die es nicht mehr wissen: ehemaliger Thüringer Oppositioneller, inhaftiert und schon in den 1970er-Jahren im Westen. Diese Straßenumbenennung war eine Maßnahme des CDU-geführten Thüringer Landtags und der Stadt Erfurt. Christine Lieberknecht sagte anlässlich dessen, man müsse unbedingt Jürgen Fuchs lesen. Der schrieb in einem in "... und wann kommt der Hammer?" abgedruckten Brief in der Zeit der Friedlichen Revolution, dass die CDU-Mitglieder an der Uni Jena, wo er Mitte der 1970er-Jahre studierte, "die Allerschlimmsten" waren.

Ich stelle mir den Beginn der Aufarbeitung der CDU-Geschichte in Thüringen nun so vor, dass die von Herrn Mohring zu berufende Kommission ehemalige CDU-Mitglieder an der Jenaer Uni wie beispielsweise den ehemaligen Studentenpfarrer Gottfried Müller oder die Studentin Christine Lieberknecht einlädt, um sie erklären zu lassen, warum der Autor dieses von mir allgemein nicht geteilten Satzes gelesen werden sollte und mit einer prominenten Straße geehrt wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Matthias Eisel: Herr Wunnicke, vielen Dank für Ihren Vortrag, ganz viel Anregung, ganz viel Information. Politisch erfolgreich ist, wer nicht aufarbeitet, das trifft auf Sachsen bestimmt zu. Aber wie ist das überhaupt mit dem Interesse über diesen Kreis hinaus? Wie ist Ihre Einschätzung? Ist es überhaupt ein Thema, das ein größeres Thema sein könnte?

Christoph Wunnicke: Ich glaube nicht, dass die Blockparteien jemals ein Partythema werden. Politisches Thema aber bleiben sie durchaus! Sie erinnern sich an 2008, an den Fall Tillich, den damals unter anderem Uwe Müller für die konservative "Welt" hochgezogen hat. Uwe Müller, ein Antikommunist, der draufhaut, egal wo er "Kommunisten" findet. Das war ein Volltreffer für die ideologischen Gegner von Blockparteien. Tillichs biografische Säuberungsarbeit ging Wochen durch die Medien. Ich glaube, dass das auch daran liegt, dass die CDU am meisten Fallhöhe bietet. Die Kluft zwischen dem, was die CDU heute historisch-mythologisch für sich beansprucht und in der DDR tatsächlich geleistet hat, ist höher als bei der FDP/LDPD. Solange die CDU diese Lücke nicht schließt, wird es immer eine offene geschichtspolitische Flanke für sie bleiben. Aber in Historikerkreisen kenne ich außer mir niemanden, der sich damit wirklich eingehend und nicht nur regional beschäftigt. Es macht auch nicht wirklich allzu großen Spaß, diesen ganzen Kram zu lesen. Es gibt kaum etwas Öderes, als beispielsweise die Mitgliederzeitschrift der CDU zu lesen. Aber alle halben Stunden findet man etwas Interessantes und Erhellendes.

Frage aus dem Publikum: Wäre ich so polemisch wie Sie, würde ich jetzt sagen, in Thüringen hat die SPD im letzten Jahr eine Regierung installiert, in der SED-Kader tätig sind und die IM waren, aber ich bin nicht so polemisch. Ich war in keiner politischen Partei, aber was mich an Ihrem Vortrag ein bisschen irritiert, ist Folgendes: Sie haben keinen Bezug genommen auf den Artikel 1 der DDR-Verfassung, wo eindeutig die führende Rolle der SED verankert war und die Blockparteien keinen Anteil an der Macht hatten. Sie haben nur in Nebensätzen erwähnt, dass CDU-Mitglieder und CDU-Funktionäre auch in Bautzen im Zuchthaus gesessen haben und dass es einen Widerstand gab. Und Sie haben auch mit keinem Wort die Exil-CDU erwähnt, die ja in den ganzen Jahren in der Bundespolitik existierte. Ich bin kein Freund der Götting-CDU, aber ich muss Ihnen sagen, mit dieser Polemik stoßen Sie viele Leute vor den Kopf, die in der DDR auch Widerstand geleistet haben.

Christoph Wunnicke: Nehme ich an. Wenn dem so ist, tut es mir leid. Dies zu ignorieren ist nicht meine Absicht. Aber ich fange mal vorne an: Ich weiß von keinem Stasispitzel in der Regierung Thüringens. Wenn Sie andere Informationen haben?!

Ich glaube, es ist per Koalitionsvertrag ausgeschlossen, sodass genau die nicht reindürfen. Zum Ost-Büro: Das ist aufgearbeitet. Herr Buschforth hat viel über die Ost-Büros der CDU und der anderen Parteien geschrieben. Und ja, CDU-Leute saßen im Gefängnis. Hier kommt leider in der Regel Georg Dertinger ins Spiel. Aber schon Herrn Dertinger bewerte ich anders als die CDU-nahe Geschichtsschreibung. Herr Dertinger ist Opfer und Täter! Das betrifft auch viele in dieser Zeit inhaftierte LDPD-Leute, auf die sich die FDP-nahe Geschichtsschreibung oft positiv bezieht. Beispielsweise Karl Hamann. Herr Hamann ist Opfer und Täter! Aber das alles war hier heute nicht Thema, es ging um die Aufarbeitung und nicht die Darstellung der Geschichte der CDU. Und diese frühe Opfergeschichte ist, wie ich bereits sagte, hinreichend aufgearbeitet. Lesen Sie beispielsweise Günter Buchstab, der ein dickes Buch mit kurzen Opferbiogrammen von Ost-CDU-Leuten herausgegeben hat. Natürlich saßen CDU-Leute im Knast, wie auch SED-Leute. Das macht aber weder die CDU noch die SED zur Oppositionspartei. Ich gucke gern genau hin und frage: Was hat wer wann gemacht? Und: Wofür saß er im Knast? Wenn jemand tatsächlich irgendetwas "Oppositionelles" getan hat, hat er es nicht unbedingt als CDU-Mitglied getan. Das ist natürlich schwierig auseinanderzuhalten, aber wenn ich alle inhaftierten CDU-Mitglieder jetzt pauschal der kollektiven CDU zurechne, dann könnte die Linke im Umkehrschluss sagen: Wir sind die Partei von Vera Wollenberger, Wolfgang Templin oder Robert Havemann. Aber um ihren Punkt noch einmal aufzugreifen: Ich hadere mit der CDU auch, weil sie dadurch, dass sie sich mit der CDU-Geschichte ab Mitte der 1950er-Jahre kaum befasst, auch die wenigen tatsächlichen Oppositionellen in der CDU nicht würdigt. Die wenigen nicht organisierten Oppositionellen der CDU, die es tatsächlich gab. Ich glaube nicht wie Herr Neubert an geheime konspirative Zirkel in der CDU bis zu dem Punkt, wo ich sie belegt bekomme. Aber die paar Oppositionellen, die es in der CDU wirklich gab, werden von der CDU nicht gewürdigt. Meines Erachtens aus einem einfachen Grund: weil dann klar würde, dass sie Ausnahmen waren. Mir

Ich sage Ihnen folgendes Beispiel. Gottfried Müller, über den ich geredet habe, ist für mich kein Oppositioneller! Behauptet aber für seinen Brief, dass er denselben Ursprung und Anspruch hat wie der Brief aus Neuenhagen vom Frühjahr 1988. Da schrieb vor allem die CDU-Ortsvorsitzende aus Neuenhagen, die Ärztin Else Ackermann, einen Brief an Gerald Götting. Der hatte es in sich! Er war ein konservativ-oppositionelles Pamphlet, ein radikales politisches Statement. Frau Ackermann wurde dafür wirklich so schikaniert, wie es Neubert für die Autoren des Briefes aus Weimar nur im Konjunktiv herbeischreibt. Frau Ackermann hat aber nie

57

fallen da aber einige ein.



aufgehört zu opponieren und vom Frühjahr 1988 bis zum Herbst 1989 konservativdemokratische Basispolitik betrieben. Gottfried Müller, der noch Ende September
1989 seine Kirchenzeitung nutzte, um festzustellen, dass es so etwas wie Regierung
und Opposition in der DDR nicht geben solle und sich damit als Antidemokrat positionierte, sagt heute, er und Frau Ackermann seien aus einem Holz! Nein! Nur
Frau Ackermann ist eine konservative Oppositionelle gewesen, eine Einzelne, die
Unterstützung nur durch wenige erfuhr. Diese Konservative hat es bis heute in der
CDU sehr schwer und der Einzige, der sie von den realsozialistisch-engagierten
Unterzeichnern des Briefes aus Weimar abhebt, bin ich.

Frage aus dem Publikum: Herr Wunnicke, ich bin auch kein CDU-Mitglied. Aber wenn Sie sagen, bis 1952 seien die Anfänge der CDU aufgearbeitet, dann hätte ich erwartet zu hören, dass zwischen 1950 und 1953 in Moskau 70 CDU-Mitglieder erschossen wurden, 190 SED-Mitglieder auch. Sie sind im Auftrag der SED von der russischen Besatzungsmacht ermordet worden. Es gab Anfänge, da man versuchte, was zu machen. Aber für mich gab es seit 1949 keine Parteien mehr, nur noch eine. Es gab Vereine, die eine Farbe, einen Namen bekamen und heute meinen, sie waren

Parteien. Aber es waren Parteien, die nichts zu sagen hatten. Seit 1948 mindestens konnte man nicht mehr wählen, man durfte noch ein Ja oder Nein machen, danach durfte man nie wieder wählen, bis 1989. Das darf man nicht vergessen.

Christoph Wunnicke: Ich will Ihnen mal ein logisches Problem nennen, welches die CDU mit ihrer Geschichtsschreibung hat. Sie hat die Geschichte bis Mitte der 1950er-Jahre solide aufgearbeitet. Aber wie Sie schon sagen: Die Opfergeschichte, nicht mal die, haben Sie konkret aufgearbeitet. Sie finden Zahlen zwischen 1 500 und 3 000 "Opfern" aus der CDU. Nicht einmal diese Zahlen sind bis heute konkret. Es ist nicht meine Aufgabe, das zu erforschen, dafür hat die Adenauer-Stiftung Geld, das müssen die Kollegen machen. Ich lese das auch und würdige das dementsprechend in meinen Ausführungen. Aber diese Leute sind nicht das Problem der Aufarbeitung der Ost-CDU-Geschichte! Das Problem ist vielmehr, dass die bis etwa 1955 vorhandene Aufarbeitungsliteratur CDU-Mitglieder wie Gerald Götting, seinen Chefideologen Günter Wirth und andere dieser Generation wie auch der nachfolgenden Parteigeneration auf allen Ebenen der Partei wie Parias darstellt, wie Menschen, die mit der "eigentlichen CDU" nichts zu tun haben. Es sind aber, und hier fängt das Problem an, dieselben Leute, die 1990 der West-CDU beitraten. Und hier wird man eben als Partei nicht mehr anschlussfähig an die existierende auch selbstproduzierte Literatur, ohne dass man sich selbst geschichtspolitisch infrage stellt. Und das ist für mich das zentrale Problem. Ich kann dieses Problem für die CDU aber nicht lösen und sie selbst sitzt es aus.

Frage aus dem Publikum: Sie sagten vorhin etwas zu Thüringen. Haben Sie denn Herrn Ramelows DKP-Vergangenheit aufgearbeitet? Herr Ramelow hat eine ernsthafte Beziehung, in seiner Vergangenheit bis heute, zur Deutschen Kommunistischen Partei Deutschlands. Niemand stößt sich daran, aber es ist eine Frechheit, dass uns ein DKP-Mitglied vor die Nase gesetzt wird und niemand etwas sagt.

Christoph Wunnicke: Nein, ich habe mich mit Herrn Ramelow nicht beschäftigt, aber ich referiere Ihnen mal den Sach-oder Forschungsstand. Nicht zu Ramelow, aber wie Sie sagten, zu "Kommunistischen Parteien". Seit 1990 beziehungsweise 1994, je nachdem, wie man die "Bündnis-grüne Bundestagsgruppe" bewertet, gibt es im Bundestag keine Partei mehr ohne linke beziehungsweise linksradikale Wurzel. SPD und Linke mit marxistischer Gründungswurzel, Grüne mit starker K-Gruppen- und anderer linker Vergangenheit, die CDU mit ihrer Bauernparteiwurzel seit 1990 und die FDP mit dem Beitritt der NDPD zur selben Zeit.

Ich teile Ihre Meinung, wir sind uns da sehr nahe, und zu Herrn Ramelow: Ich habe zu Herrn Ramelow eine politische, aber keine historische Meinung. Ich gebe jetzt mal ein politisches Statement mit historischen Einflüssen ab, wir wollen dann aber

das Thema wechseln. Ich sehe in Thüringen keine IM in der Regierung, das ist per Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Ich erinnere mich aber an ein Statement von der rheinland-pfälzischen CDU-Chefin Klöckner, die als Rot-Rot-Grün in Thüringen anbändelte und sinngemäß sagte: Wir wollen nicht, dass Grenzsoldaten und Spitzel regieren. Ich kann mir vorstellen, dass eine Erfahrung, die in den thüringischen Koalitionsvertrag mit einfloss, die Erfahrung ist, die Herr Ramelow mit der sächsischen Justiz gemacht hat. Diese Justiz wird auch von einem DDR-Grenzsoldaten und jetzt muss ich vorsichtig sein – vom ehemaligen Regierungsmitglied Frank Kupfer, jetzigen CDU-Fraktionschef, mitverantwortet, der laut CDU-Planungsakten auch an der Berichte erstattenden und mit der Abteilung Inneres kooperierenden CDU-Einsatzgruppe auf dem Leipziger Kirchentag im Sommer 1989 beteiligt war. Ob und wie genau, müssen Sie ihn fragen, er schwieg bisher dazu, wie auch die anderen aus diesen Einsatzgruppen, die sich, wie ich ausführte, auch als Spitzel verstanden. Mit einer vom ehemaligen Grenzsoldaten Tillich und Herrn Kupfer mitverantworteten Justiz hat Herr Ramelow Erfahrungen gemacht. Vielleicht meinte auch er deshalb, wie Frau Klöckner, dass Grenzsoldaten oder andere, die den DDR-Staatsorganen zuarbeiteten, in der thüringischen Regierung keinen Platz haben sollten. Das ist meine Meinung, die müssen Sie nicht teilen.

Frage aus dem Publikum: Ich habe Ihnen jetzt lange geduldig zugehört. Aber jetzt fangen Sie selbst an, Mythen zu stricken. Was Sie hier behaupten, über ein vermutetes Zusammenspiel, zwischen einer Landesregierung, einer unabhängigen Justiz: Sie müssten das belegen. Und das tun Sie nicht. Und da Sie es nicht tun, ist es eigentlich eine völlig indiskutable, wie immer geleitete Meinungsäußerung. Und wenn Sie so anfangen, dann diskreditieren Sie nicht nur die Zunft der Historiker, der Sie sich zugehörig fühlen. Was Sie gesagt haben und was Sie unterstellen, ist, dass eine unabhängige Justiz eines Landes sich zum Büttel einer wie immer politisch motivierten Landesregierung macht. Das müssen Sie belegen, das können Sie nicht im Raum stehen lassen. Und wenn Sie es nicht tun, dann haben Sie sich hier einer, wie ich finde, nicht gerade leicht wiegenden Verfälschung schuldig gemacht.

Christoph Wunnicke: Sie kennen die Zeitungen, die ich hier zusammenfasse und referiere. Ich weiß nicht, welche Zeitung nicht geschrieben hat, dass die sächsische Justiz ein Problem hat. Ich bin nicht der Erste, der feststellt, dass die sächsische Justiz offensichtlich ein Problem mit dem Rechtsstaat hat. In meiner Wahrnehmung fing es an mit Herrn Nolle, vielleicht gab es auch noch andere Fälle. Ich referiere hier meine Medienlektüre und habe einleitend gesagt, dass ich ein politisches Statement abgebe. Daran halte ich mich auch. Das ist ein politisches Statement und ich glaube weiterhin, dass man diese Erfahrung, die auch Lothar König, der Diakon aus Jena,

gemacht hat, primär so in Sachsen macht. Und das ist mein Rückschluss: unter einer Regierung, die, wie Frau Klöckner für Thüringen befürchtete, von einem ehemaligen Grenzsoldaten geleitet wird, der auch Herr Kupfer angehörte. Und davor hat Frau Klöckner gewarnt. Ich auch.

Frage aus dem Publikum: Sie haben vom Wert politischer Aufarbeitung gesprochen. Und die lebt ja von Deutung und Umdeutung. Insofern wäre meine Frage: Wie wertvoll ist denn eine politische Aufarbeitung ihrer Vergangenheit durch die CDU? Wie müsste denn eine wissenschaftliche Aufarbeitung aussehen? Und dann vielleicht noch mal eine Frage, so ganz plakativ zur Überschrift: Es geht hier um den Umgang mit dem SED-Unrecht. Wir sprechen noch immer von der SED-Herrschaft, dem Unrechtsstaat der SED. Insoweit wäre doch spannend zu erfahren, wie hoch denn der Eigenantrieb der Ost-CDU war, sich in die SED-Diktatur einzubringen? Vielleicht auch politisch-kriminell, wenn ich das mal so zuspitzen darf. Weil ich sonst tatsächlich eine Gefahr sehe, da möchte ich noch mal auf den Herrn von eben zurückkommen. Die SED hatte den klaren Führungsauftrag. Und wenn ich jetzt sage, dass zum Beispiel CDU, LDPD oder aber auch die anderen beiden Konstrukte Bauernpartei und National-Demokratische Partei ähnlich aktiv, auch eigeninitiativ gewesen sind, dann rede ich einen Pseudoparlamentarismus herbei, der mitunter mal diskutiert wird, auf dem Stammtischniveau, der aber tatsächlich keine historische Grundlage hat. Deshalb die Frage noch mal: Wie hoch ist der eigene Antrieb am Beispiel der CDU?

Christoph Wunnicke: Das mit dem Eigenantrieb habe ich noch nicht ganz verstanden: Damals oder heute?

Fragesteller: Ich rede von dem Eigenantrieb damals. Wir sprechen ja davon, wie die CDU ihre Ost-Vergangenheit vor 1989 aufarbeitet. Das heißt, sie muss ja auch auf politische Kriminalität zurückgreifen.

Christoph Wunnicke: Also kriminell werden Sie von mir nicht hören. Die starken Sprüche kommen nicht von mir. Ich bin nicht der Meinung von Jürgen Fuchs, dass die CDU die "Allerschlimmsten" waren. Kriminell: Gerald Götting wurde wegen Korruption angeklagt und soweit ich weiß auch verurteilt.

Fragesteller: Mir geht es auch nicht um Qualität. Die CDU wurde in Ihrem Vortrag ein Stück weit so dargestellt, dass sie ähnlich oder analog der SED war, in dem Sinne also keine demokratische Partei.

Christoph Wunnicke: Ich hatte versucht einzuführen, dass die CDU in ihren verschiedenen Gründerzirkeln sehr unterschiedlich war. Die CDU war laut diesem französischen Beobachter, den ich zitiert habe, unter Jakob Kaiser sozialistisch und radikal, konservativ an anderen Orten und so weiter. Es gibt gute Literatur zu diesen

Jahren 1945 bis 1955. Und da wird auch für die CDU-Basis klar, dass zum Beispiel in Fragen der Bodenreform eine gewisse Gespaltenheit der CDU deutlich wird. Sie hatte auch Bodenreformen im Programm, nur die Art und Weise war strittig. Die SED wollte sie sofort, die SPD hingegen sukzessiv und die CDU nicht so radikal. Aber an der Basis ist es höchst unterschiedlich. Es waren ja auch viele Gewerkschafter in der CDU, Jakob Kaiser oder Lemmer. Die tickten anders als Adenauer. Der war auch die CDU – nur eben andernorts. Hier spielen auch die Konfessionen eine Rolle. Die Katholiken und alten Zentrums-Leute wie im Rheinland gab es hier im Osten nicht, deshalb konnte die Hoffnung der SMAD, dass sich das Zentrum neu gründet, nie Realität werden.

Zurück zu Ihrer Frage: Die CDU spielte Partei, sie war auch Partei, eine gute Zeit lang – aber im Block. Sie merkte aber schnell, der Block ist keine demokratische Veranstaltung und man kann hier nicht seine Ziele durchsetzen. Dieser Eigenantrieb, etwas zu gestalten, wurde immer mehr sanktioniert. Und dann gingen viele freiwillig oder wurden abgesetzt, wenn sie ernsthaft konservative Politik betrieben. Und irgendwann ging es gar nicht mehr. Ich sage gern ab 1952, ab der zweiten Parteikonferenz, das ist aber nur eine von vielen handhabbaren Auffassungen.

Ab diesem Zeitpunkt ist das Ganze aber ein anderes Spiel. Da übernimmt die "blaue Generation", ein historischer Begriff, der sich in der Wissenschaft nicht durchgesetzt hat. Die blaue Generation ist die Generation Gerald Götting, Manfred Gerlach, Erich Honecker, die in der FDJ aufstieg, die schon damals Kaderreserve der SED war. Aber auch der Blockparteien, Gerlach und Götting sind dafür frühe Beispiele, und auch später begannen viele Blockparteifunktionäre ihre politischen Karrieren in der FDJ. Diese Generation übernimmt dann die Macht und sanktioniert durch und lässt keinen Gestaltungsspielraum mehr zu, sodass bis aufs Ortsgruppenniveau niemand mehr wirklich Spielraum hatte oder tatsächlich etwas politisch machen wollte. Man konnte noch etwas für die örtliche Kirche tun oder Werte leben, die anderenorts nur bedingt geduldet waren, aber es war eine Diktatur, eine durchherrschte Gesellschaft. Und die Massenorganisationen inklusive Blockparteien haben auch dafür gesorgt, dass das so stattfand. Institutionen in Diktaturen sind in meiner Auffassung primär Täter und nicht Opfer. Natürlich kann man heute wie de Maizière 1989 sagen: Wer politisch etwas jenseits der SED machen wollte, musste zu uns kommen. Man bezieht sich dann gern auf Schriften wie "Der Standpunkt", wo CDU-Mitglieder abrechneten, was sie geleistet haben. Da wurde dann eine Kirche in ein Wohngebiet gebaut, was die CDU sich auf die Fahnen schrieb. Wenn man aber in die Akten guckt, saß ein CDU-Mann lediglich im Büro und hat daran mitgewirkt, ohne viel zu entscheiden. Gestaltungsspielräume im demokratischen Sinne gab es nicht. Das ist aber für die Generation nach Nuschke/Bach auch kein großes Problem mehr, die kennen es gar nicht anders. Der Eigenantrieb beschränkte sich auf Mitmachen in christlicher Form.

Fragesteller: Mir geht es nur darum, dass man nicht dahin kommt zu sagen, die CDU und die LDPD – und das passiert in der Verkürzung – tragen die gleiche Verantwortung wie die SED. Denn dann macht man auch den Bock zum Gärtner.

Christoph Wunnicke: Sie betonen die Rolle der SED? Die habe ich doch nicht infrage gestellt! Es wird ja immer viel darüber gesprochen, dass die SED auch in den Blockparteien das Sagen hatte. Aber die hatte auch noch ganz anderen Orts das Sagen und durchherrschte fast alles. Natürlich gab es die Abgrenzung von CDU-Mitgliedern gegen die SED, aber die ist schlecht dokumentiert.



PODIUMSDISKUSSION

Die historische, politische und juristische Aufarbeitung des SED-Staates

Roland Jahn, Dr. Anna Kaminsky, Prof. Gert Weisskirchen, Prof. Dr. Klaus Marxen Moderation: Wolfgang Brinkschulte, MDR-Fernsehen

Wolfgang Brinkschulte: Meine Damen und Herren, herzlich willkommen zu dieser Diskussionsrunde. Ich darf vielleicht beginnen mit einem Dank an Sie, dass Sie diesen durchaus ambitionierten Vormittag schon so munter, mit so viel Interesse überstanden und verfolgt haben. Darüber freue ich mich und darf Sie einladen, die nächsten 90 Minuten auch dieser Diskussionsrunde mit derselben Aufmerksamkeit zu folgen.

Das Thema ist Ihnen ja bekannt: Wir wollen in dieser Runde versuchen, die historische, politische und juristische Aufarbeitung des SED-Staates aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten. Und wenn wir – das hat bereits die Diskussion heute Vormittag gezeigt - die Entwicklungen der vergangenen Jahre, die Diskussionen und Debatten, im Übrigen ja auch hier im Bautzen-Forum, einmal etwas Revue passieren lassen, dann ist klar, wir diskutieren vor dem Hintergrund von fast 25 Jahren Wiedervereinigung. Zahlreiche Themen – das haben wir verfolgt in den vergangenen Jahren - haben die öffentliche Debatte in Deutschland geprägt, Machenschaften und Mechanismen der SED-Herrschaft sind journalistisch, wissenschaftlich, politisch und historisch bearbeitet worden. Wie weit sie aufgearbeitet wurden und noch werden, das ist ein Thema für diese Runde. Und auch aktuell stellen sich alte Fragen wiederum neu, nämlich die nach gesellschaftlicher und institutioneller Verantwortung, nach persönlicher und juristischer Schuld und die des gesellschaftlichen Diskurses. Nach meinem Eindruck bleibt im Kern eine Forderung virulent, die Joachim Gauck vor einigen Jahren hier an dieser Stelle formuliert hat, nämlich die Forderung nach einer Kultur der Erinnerung, die entwickelt werden müsse, um gerade auch die Werte unserer freiheitlichdemokratischen Grundordnung im Bewusstsein der Menschen immer wieder neu zu begründen.

Herr Jahn, als Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen können Sie sagen, Aufarbeitung findet statt. Aufarbeitung ist vielleicht ein Grundstein Ihrer Behörde. Welche Form der Aufarbeitung brauchen wir nach 25 Jahren heute eigentlich noch? Welche Form der Aufarbeitung ist heute angemessen, steht heute auf der Tagesordnung?

Roland Jahn: Ja, erst einmal schönen Guten Tag und ein Hallo in die Runde. Mich hat es sehr gefreut, als ich hier hereinkam, den vollbesetzten Saal zu sehen, viele lachende Gesichter, das ist ein gutes Zeichen. 40 Jahre Diktatur haben uns das Lachen nicht ausgetrieben. Das ist das, worum es geht: Diktatur ist überwunden worden. Das immer wieder, auch weltweit, zu zeigen, haben wir geschafft. Und Sie hier, ehemalige politische Häftlinge, haben einen großen Beitrag dazu geleistet mit dem, was Sie an politischer Meinungsäußerung getätigt haben, mit Folgen, die Sie tragen mussten. Sie haben sich für Demokratie eingesetzt, und wir haben uns alle zusammen durchgesetzt. Wir haben dafür gesorgt, dass Diktatur überwunden wurde und Demokratie möglich ist. Das ist das wichtigste Signal, das immer wieder in die Welt hinein gesendet werden sollte, auch gerade in Richtung der nächsten Generation, wenn es darum geht, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, was der Wert von Demokratie ist. Man kann Dinge selber in die Hand nehmen, man kann Pro-

bleme lösen, wenn man sich zusammentut, und wenn man es schafft, Ängste zu überwinden. Das ist für mich die wichtigste Botschaft, wenn es heute um das Thema Aufarbeitung geht.

Ich würde den Begriff Aufarbeitung gern ersetzen mit dem Begriff Auseinandersetzung. Aufarbeitung klingt immer nach Arbeit und dass man es schwer hat. Auseinandersetzung klingt wie etwas, über das man streiten kann und wo man fragen kann, wie gestalten wir Gesellschaft heute, was ziehen wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit, wie können wir Gesellschaft heute besser gestalten und aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen.

Wolfgang Brinkschulte: Das Thema Auseinandersetzung ist ein interessantes, wichtiges Stichwort und – bezogen auf das eigentliche Thema – auch das Dachthema des heutigen Tages. Es geht um die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht, der Rolle des SED-Staats, der Form des SED-Staates. Herr Jahn, Sie haben bei der Übergabe Ihres diesjährigen, Ihres zwölften Tätigkeitsberichts zum Bundestagspräsidenten gesagt – jedenfalls zitiert die FAZ Sie so –, wichtiger als sich mit der Stasi zu befassen sei es, die Rolle der SED im Staat DDR zu analysieren. Wie weit sind wir da?

Roland Jahn: Man muss sagen, da kann noch mehr getan werden. Wir haben uns in den vergangenen Jahren oft sehr intensiv mit der Stasi beschäftigt. Das war auch gut so, die Mechanismen dieser Geheimpolizei offenzulegen, vor allen den Menschen die Möglichkeit zu geben, in die Akten zu schauen, die die Stasi über sie angelegt hat. Das war eine ganz wichtige Sache. Über zwei Millionen Menschen haben bisher in diese Akten geschaut. Das bedeutete für viele, ein Stück der Selbstbestimmung zurückzuerhalten, eine ganz wichtige Sache. Aber auch Forschung und Bildung mithilfe dieser Stasi-Akten hat wesentlich dazu beigetragen, viel über die Herrschaftsmechanismen in der DDR zu erfahren und zu lernen.

Wir haben dabei gelernt, dass die Rolle der SED die entscheidende war, weil sie den Kern der Diktatur ausgemacht hat. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns mehr mit der Verantwortung der SED beschäftigen, der SED als Träger der Diktatur. Aber es geht um die Beschäftigung mit dem Alltag in dieser Diktatur. Darum, dass wir die Dinge klar beim Namen nennen, die DDR einen Unrechtsstaat nennen, ein unrechtes System als ein solches beschreiben und dabei auch die Chance dafür bieten, dass sich die Menschen zu diesem Unrechtsstaat ins Verhältnis setzen. Dass sie auch fragen, was habe ich selber für eine Rolle gespielt, wo habe ich mich selber in bestimmten Formen angepasst und das System vielleicht eine Zeitlang mitgetragen?

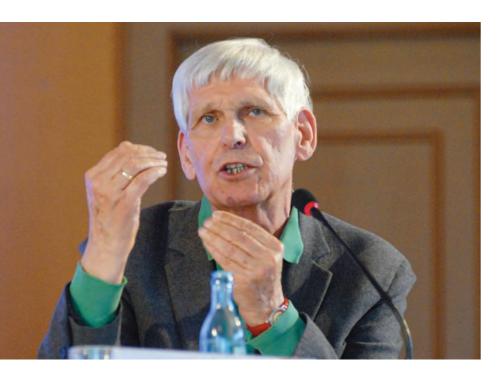
Das ist etwas, das wir heute mit dem zeitlichen Abstand als große Chance begreifen

können. Wir können uns diesem Alltag in der DDR mit seinen verschiedenen Fassetten nähern. Das ist mir ganz wichtig. Auch in der Diktatur scheint die Sonne, aber leider nicht für jeden. Das gilt es zu beleuchten, die Vielfalt dieser Diktatur zu beschreiben, auch für die nächsten Generationen. Es geht darum, die Verantwortung des Einzelnen darin festzumachen. Am besten wird das gelingen, indem wir die Leute herausfordern, sich selbst dieser Verantwortung zu stellen.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Herr Jahn, für den Moment. Auf das Thema Verantwortung und auch Alltag – diese Diskussion hat ja schon eine langjährige Tradition im Bautzen-Forum – kommen wir gleich noch einmal zurück. Professor Weisskirchen, Sie sind langjähriger Außenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion, Vizefraktionsvorsitzender zu DDR-Zeiten gewesen. Sie haben sich wie wenige intensiv um Kontakte zur DDR-Opposition zu DDR-Zeiten gekümmert, nach dem Fall der Mauer waren Sie mit Willy Brandt in vielen Gesprächen unterwegs. 1992 und in der Folgezeit waren Sie Mitglied der Ersten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Geschichte und Folgen der SED-Diktatur". Wenn Sie sich erinnern, wie haben Sie die Arbeit von damals erlebt, welchen Themen waren da wichtig und wirken auch bis heute. Und wie haben Sie die politisch-parlamentarische Behandlung des Themas Aufarbeitung in Erinnerung, wie wichtig war das damals?

Prof. Gert Weisskirchen: Der Beginn war fast euphorisch. Jedenfalls was die Stimmung innerhalb des Parlamentes anbetraf, begann der Versuch der Auseinandersetzung mit dem, was in der DDR unrecht war, mit Euphorie. Man hatte sich, was die Beschlüsse im Bundestag angeht, vorgenommen, die Welt zu erklären, zu durchdringen und dann am Bespiel der Diktatur der SED die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Der Anfangsmoment war etwas überzogen insofern, als man den Eindruck zu erwecken versuchte, wir würden die Dinge, die in der DDR geschehen sind, erklären können. Was dabei herauskam, ist nicht nur ein vielbändiges Werk, sondern eine in vielen Punkten sehr in die Tiefe gehende Reflexion, Beobachtung und dann der Versuch, daraus neben der analytischen Arbeit und dem Verstehen Schlussfolgerungen für die gesellschaftliche und politische Praxis zu ziehen. Diejenigen, die das kritisch bewerten möchten, müssen das tun, weil – so war die Stimmung – man nur bis auf einen bestimmten Punkt hin argumentieren konnte, auf den man spürbar stieß und den man kaum noch durchdringen konnte.

Was war dieser Punkt? Er war relativ deutlich zu erkennen. 1989 hat eine protestantische Revolution stattgefunden, keine französische. Das ist am deutlichsten daran zu erkennen, dass von zwei Seiten, vom Staat der SED-Diktatur und von der



Opposition so etwas stattgefunden hat wie in Polen der Runde Tisch: Bis hierhin gehen wir, aber wir überfallen uns nicht und bringen uns nicht gegenseitig um. Das heißt, hier war ein Stillstand in der Revolutionsgeschichte, die von dem Willen der Kirche aufgehoben wurde, eine friedliche Revolution durchzusetzen.

Ich finde das bemerkenswert, denn in der Geschichte ist das eine Revolution – neben der in Polen und anderen –, die in der Mitte stehengeblieben ist und danach den Auftrag weitergegeben hat: Jetzt denkt ihr mal, Staat, Parlament, Gesellschaft, darüber nach, was die DDR war, und zieht dann daraus eure Schlüsse. Die Revolution ist ja nicht fortgesetzt, durchgezogen worden im Sinne der klassischen Revolution, sondern im Sinne einer reformorientierten Revolution. "Refulion" hat Timothy Garten Ash dazu am Beispiel Polens gesagt.

Dann bleiben natürlich Fragen zurück. Man kann nicht wie bei der Französischen Revolution einen Strich unter die Geschichte ziehen und neu anfangen, das gab es nicht. Und ich finde, es ist das Wichtigste, dass man eine Schlussfolgerung ziehen kann. Man kann keinen Schlussstrich ziehen unter die Geschichte von 40 Jahren DDR, sondern es werden immer wieder neue Fragen auftauchen.

Deswegen brauchen wir die Institution, die diese Fragen prüft. Deswegen möchte ich von Beginn an sagen, die Institution, der Roland Jahn jetzt vorsteht, muss fortgeführt werden. Diese Gesellschaft braucht immer wieder einen institutionellen Punkt, an dem sie Antworten findet auf die Fragen der Vergangenheit.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Herr Professor Weisskirchen. Sie sehen und wir hören, dass Sie für Ihre Forderung viel Zuspruch bekommen. Dieses Thema haben wir uns hier vorgenommen, natürlich weil es ein sehr aktuelles Thema ist – Sie wissen, es gibt diese Expertenkommission –, aber auch, weil Roland Jahn, heute zum dritten Mal, hier in der Runde ist. Bevor wir es gleich noch intensiver diskutieren, wollen wir es aber zurückstellen.

Professor Weisskirchen, ich möchte Sie gleich noch einmal in Anspruch nehmen für Ihre Rolle in dieser Runde als Vertreter der Politik, des Parlaments, auch wenn Sie jetzt schon einige Zeit nicht mehr dabei sind. Sie haben selbst darauf hingewiesen: Die Situation, das Klima damals in der Enquete-Kommission war euphorisch. Einige mögen vielleicht noch die damalige journalistische Berichterstattung in Erinnerung haben. Ich habe sie mir natürlich auch noch einmal in Erinnerung rufen müssen, denn vieles verblasst ja nach den relativ vielen Jahren. Eine Formulierung ist nach der Lektüre des Berichts der Ersten Enquete-Kommission bei mir hängen geblieben, Herr Professor Weisskirchen. Da wird nämlich formuliert, geradezu gefordert: Die Fortführung des Aufarbeitungsprozesses ist eine Aufgabe von Politik und Parlament als "des obersten unmittelbar demokratisch legitimierten Verfassungs- und politischen Führungsorgans". Das beschreibt etwas pathetisch verklausuliert diese Euphorie. Wenn Sie jetzt nicht nur zurückblicken, sondern auch die aktuellen Debatten verfolgen: Würden Sie sagen, man ist diesem Anspruch gerecht geworden?

Prof. Gert Weisskirchen: Es gibt eine große Gefahr, die ich zunehmend mit Skepsis beobachte: nämlich dass wir ins Ornamenthafte flüchten. Ich denke an all die Jahrestage, Gedenktage nach 25 Jahren, die wir Ende dieses Jahres haben werden. Das Problem dabei ist – ich mache das keinem zum Vorwurf, ich möchte nicht falsch verstanden werden – die Frage, wie es gelingen kann, neben und mit diesem Erinnern die zentrale Botschaft zu übermitteln. Erinnern ist nichts, das irgendwo auf die Wände geschrieben oder in den Zeitungen und Büchern gedruckt wird, sondern insbesondere von den jungen Menschen aktiv aufgenommen wird. Das ist der zentrale Punkt. Roland Jahn hat völlig zu Recht gesagt: Diese Revolutionen vor 25 Jahren war der Ausdruck des Mutes gegen die Angst. Doch wie kann es uns gelingen, diese Erkenntnis weiterzuvermitteln? Die Erkenntnis, dass wir nur mutig zu sein brauchen. Dass wir uns auf die Freiheit selbstbestimmten Handelns, die uns

gegeben ist, nicht nur besinnen, sondern sie uns auch nehmen müssen. Wie kann man das der jungen Generation weitervermitteln, damit sie, wenn immer solche Situationen entstehen, wie Sie sie in der DDR erlebt haben, aufstehen, kämpfen und – zunächst alleine, dann mit anderen – Freiheit für sich selbst erobern. Das ist die Botschaft der Friedlichen Revolution vor 25 Jahren.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Herr Professor Weißkirchen. Frau Dr. Kaminsky, das ist eine wunderbare Überleitung zu Ihrer Bundesstiftung, die ja ein Ergebnis dieser Enquete-Kommission ist, von der Herr Professor Weisskirchen gesprochen hat. Mehr der zweiten als der ersten, aber das spielt für die Betrachtung vielleicht nicht die entscheidende Rolle. Ihren gesetzlichen Auftrag kennen wir alle, aber ich möchte ihn noch einmal in Erinnerung rufen: Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat wesentlich den gesetzlichen Auftrag, die umfassende Aufarbeitung der Ursachen, Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in SBZ und DDR zu befördern. Was sind denn Ihre bisherigen Erfahrungen damit, die jungen Menschen anzusprechen, sie mit diesem Thema vertraut zu machen und ihre Herzen dafür zu gewinnen? Und ich greife gern Roland Jahns Stichwort zu "Aufarbeitung" auf: "Auseinandersetzung" gefällt mir auch besser.

Dr. Anna Kaminsky: Von meiner Seite erst einmal guten Tag und herzlichen Dank für die Einladung hierher! Ich würde gern einen kleinen Exkurs in das Jahr 1998 unternehmen, damit man besser versteht, was bis heute erreicht wurde und wo auch noch die Baustellen der Aufarbeitung sind.

Als unsere Stiftung 1998 gegründet wurde, waren wir mit zwei Entwicklungen konfrontiert. Zum einen war die Nostalgiewelle – manche werden sich noch erinnern – gerade im schönen Anrollen. Der Slogan hieß nicht mehr "Es war nicht alles gut", sondern damals wurde ganz offensiv, auch im Öffentlich-rechtlichen Fernsehen zur besten Sendezeit die Frage gestellt: "Was war denn schlecht?"

In dieser Situation gründete der Bundestag unsere Stiftung mit dem Auftrag, eine sehr fragile "Aufarbeitungsmannschaft" zu stabilisieren. Davon ausgenommen war die Behörde des Beauftragten für die Stasi-Unterlagen, die damals schon ein sehr sicheres gesetzliches, finanzielles und personelles Fundament hatte. Aber die meisten der heute in einigen Bereichen stabilisierten Institutionen arbeiteten damals ehrenamtlich. Viele Gedenkstätten funktionierten als Vereine, waren von Opferverbänden ins Leben gerufen worden oder mussten von Betroffenen gegen einen teilweise politischen oder auch finanziellen Unwillen oder zumindest eine gewisse Zurückhaltung durchgesetzt werden.

In dieser Situation wurde die Bundesstiftung gegründet, also in einem Moment, in dem die einen nach einem Schlussstrich schrien und sagten: "Was soll das jetzt, es ist

zehn Jahre her, nun gebt endlich Ruhe." In einer Zeit, als das Thema in den Schulen nicht unterrichtet wurde und die öffentliche Diskussion sehr einseitig auf das Thema konzentriert war: Wer war Stasi-Spitzel und wer nicht.

In den vergangenen 17 Jahren ist sehr viel erreicht worden. Ich beschreibe das gern mit dem Bild: das Glas halbvoll, nicht halbleer. Das heißt aber auch, es gibt noch erhebliche Baustellen. Die Aufarbeitungslandschaft ist in vielen Bereichen stabilisiert, zumindest auf einem niedrigen Niveau. Wir haben immer noch sehr viele Institutionen, die nur ehrenamtlich oder mit befristeten Verträgen arbeiten. Und die Diskussion, die wir nach 25 Jahren Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit haben, dreht sich immer noch um die Legitimation dafür, warum wir uns eigentlich mit dieser zweiten Diktatur beschäftigen. Das finden wir im Bereich Forschung, wo viele sagen, das Thema DDR sei längst er- und überforscht. Ich habe noch niemanden gehört, der das zur fortgesetzten historischen politikwissenschaftlichen Forschung über die alte Bunddesrepublik gesagt hat! Wir müssen immer noch in den Bereichen Anerkennung von Opferschädigung und Rehabilitierung in eigentlich selbstverständlichen Fragen kämpfen, auch wenn da schon viel erreicht wurde, das will ich gar nicht geringschätzen. Und wir müssen immer noch Überzeugungsarbeit dafür leisten, dass das Thema in die Schulen kommt.

Und da bin ich schon bei der Frage nach der jungen Generation. Es ist nämlich gar nicht selbstverständlich, dass in den Schulen das Thema DDR behandelt wird. Ich habe neulich erst eine Umfrage unter jungen Leuten gesehen, da wurde nach 25 Jahren Deutscher Einheit und Überwindung der Teilung gefragt. Auf die Frage "Was haltet Ihr davon?" sagte eine ganze Reihe der jungen Leute: "Was, welche Teilung?" Wenn das gar nicht mehr bekannt ist, auf welcher Grundlage vermitteln wir dann demokratische Werte? Ich finde es wunderbar, dass es mittlerweile eine ganze Generation gibt, die keine eigenen Erfahrungen mehr mit Diktatur hat, die nicht weiß, dass dieses Land geteilt war, sondern in einer Normalität von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aufgewachsen ist. Aber die Grundlage dafür, dass wir auch vermitteln können, was das Leben in einer Diktatur bedeutet, ist aus meiner Sicht nicht nur, einfach zu sagen: "Steht auf und wehrt euch!" Sondern wir müssen vermitteln, dass Diktatur auch sehr viel mit Angst und Einschüchterung zu tun hat. Dass sie über alle Mittel der Macht und der Repression verfügt, und zwar nicht nur über eine Geheimpolizei, sondern dass es immer ein Zusammenspiel mit Polizei, mit bewaffneten Kräften und den Massenorganisationen war, die auch ihren Teil zur Repression im Alltag beigetragen haben. Wenn man das nicht mehr vermitteln kann, haben wir ein großes Problem. Und dazu kommt: Wenn die Lehrer das Thema in ihrer Ausbildung nicht haben – was werden sie später in ihrem Unterricht lehren?

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Frau Kaminsky! Welche Erfahrungen machen Sie mit den Gruppen, mit den Schülern, mit denen Sie im Gespräch sind, mit den Studenten, mit denen Sie ja auch arbeiten. Was sind die Themen, die Sie diskutieren können?

Dr. Anna Kaminsky: Wir machen hier zweigeteilte Erfahrungen. Zum einen haben wir jedes Jahr im Januar in Suhl Geschichtsmesse. Zu dieser Messe kommen jedes Mal etwa 300 Multiplikatoren aus der gesamten Bundesrepublik. Dort machen wir zum einen die Erfahrung, dass das Thema deutsche Teilung, SED-Diktatur, kommunistische Diktatur auch im Westen unseres Landes großes Interesse bei Lehrern und Lehrkräften findet. Die holen sich dort Anregungen. Aber es sollte eigentlich nicht so ein, dass eine einmalige Veranstaltung im Jahr solche Anstöße gibt, sondern es sollte über Lehrplaninhalte und Prüfungsinhalte diskutiert werden. Es müsste selbstverständlich werden, dass diese Themen auch gelehrt werden. Es hängt also immer davon ab, ob die Schüler im Unterricht schon einmal etwas davon gehört haben oder nicht. Viele der Schüler sagen: "Im Unterricht hatten wir das nicht, aber an unserer Schule gab es ein freiwilliges Projekt, an dem wir uns beteiligt haben." Und je nachdem, ob die Schüler schon einmal in der Schule oder in der außerschulischen Bildungsarbeit, etwa beim Gedenkstättenbesuch, damit konfrontiert waren, fallen auch die Reaktionen sehr unterschiedlich aus.

Was ich grundsätzlich merke, ist, dass viele Schüler sagen: "Ach, das ist ja interessant, davon haben wir noch gar nichts gewusst!" Dann beginnen sie auch nachzufragen. Diese Erfahrung machen wir besonders, wenn wir mit Einzelbiografien arbeiten. Wir haben ja, wie der eine oder andere von Ihnen sicher weiß, ein Zeitzeugenportal, über das wir Zeitzeugen für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit vermitteln. Das kommt in der Regel sehr gut an, weil es nichts mit der abstrakten Definition "Diktatur" zu tun hat, von der die Schüler, wenn sie zu Hause am Abendbrottisch davon erzählen, möglicherweise erfahren: "Wir haben nicht gemerkt, dass die DDR eine Diktatur war." Das ist ja eine oft benutzte Redewendung und Legitimation für das eigene Leben. Am Beispiel von Zeitzeugen aber können die Schüler nachvollziehen, was es bedeutet, als Einzelner in eine Diktatur hineingeboren zu werden und in den Strukturen und mit den Fragen aufzuwachsen: Wo sind meine Handlungsmöglichkeiten? Wo entscheide ich mich möglicherweise aus fehlendem Mut, aus familiärer Rücksichtnahme, aus welchen Zwängen auch immer, dagegen, etwas zu tun, obwohl ich weiß, dass es falsch ist. Es geht darum, diese Ambivalenzen deutlich zu machen und vor allem auch deutlich zu machen, wie viel Mut es in einer Diktatur erfordert, zu seiner eigenen Meinung zu stehen. Das ist ganz wichtig. Ich finde, man sollte nicht versuchen, den Eindruck



zu erwecken, als wäre es ein Spaziergang, Mut zu haben. Das ist auch heute oftmals schwierig und es erfordert wiederum sehr viel Mut, mutig zu sein.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Frau Kaminsky! Herr Professor Marxen, Sie gehören zu den Persönlichkeiten im Justizbereich und in der Wissenschaft, vor allem auch im damaligen Prozess, die sich sehr intensiv, sehr profiliert mit den Fragen beschäftigt haben, die uns heute in dieser Runde umtreiben. Sie sind Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsphilosophie, waren Richter am Kammergericht, also am Oberlandesgericht in Berlin, und haben sich vor allen Dingen auch in ihrer wissenschaftlichen Arbeit mit Strafjustiz und DDR-Unrecht beschäftigt.

Nach der Verfolgung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität in den 1990er-Jahren, den spektakulären Auseinandersetzungen um die Kohl-Akten, wo Sie Gutachter waren, den Mauerschützenprozessen, den Politbüro-Auseinandersetzungen, den Verfahren zum Thema Doping – man kann diese Reihe noch verlängern – haben Sie zusammen mit Professor Gerhard Werle über diese Themen eine breite Dokumentation erarbeitet.

73

Meine Frage ist, welchen Stellenwert die juristische Aufarbeitung des SED-Unrechts heute noch hat. Vielleicht könnten Sie uns da ein wenig Nachhilfe geben. Gerade auch, was Gerechtigkeitsentwicklung, Einordnung, Wertschätzung und Würdigung von Opfern angeht. Dieses wichtige Thema darf hier in keinem Fall ausgeblendet werden. Vielleicht können Sie uns auch etwas über die Hindernisse, Hürden und Grenzen der juristischen Aufarbeitung sagen.

Prof. Dr. Klaus Marxen: Auch ich bedanke mich sehr für die Einladung. Ich glaube, ich sage nichts Falsches, wenn ich sage, Juristen sind in der Gesellschaft nicht besonders beliebt. Ich will nicht Ihr Mitleid. Aber die Skepsis gegenüber dem, was Juristen tun und was das Recht leisten kann, spiegelt sich auch in der Beurteilung der juristischen Aufarbeitung des DDR-Unrechts wider, da gibt es viel Kritik: "zu wenig", "das Falsche". Die Kritik ist durchaus berechtigt, darauf gehe ich gerne auch noch näher ein. Ich möchte trotzdem ein bisschen Werbung machen für meine Profession, mit zwei simplen Hinweisen.

Im Thema dieser Tagung und auch in den Redebeiträgen ist vom SED-Unrecht gesprochen worden. Man brauchte einen Begriff, der plakativ ist. Er hat aber Nachteile. Die SED ist eine Institution. Unrecht begehen Menschen. Institutionen werden nicht bestraft, jedenfalls nicht nach unserem Rechtsverständnis. Und die SED gibt es nicht mehr. Aber es gibt Leute, die in der SED oder für die SED Unrecht verwirklicht haben. Und das ist dann doch, bei aller Kritik, eine Leistung gerade auch der strafrechtlichen Aufarbeitung. Selbst wenn nicht viel dabei herausgekommen ist, das Unrecht ist individualisiert worden. Allzu leicht flüchtet man sich in die Ausrede: "Was konnte ich kleines Rad … Die große Institution bestimmte alles." Strafrechtliche Aufarbeitung hat konkrete Zurechnung zu konkreten Taten von konkreten Personen erbracht. Eine Leistung, die man nicht unterschätzen sollte.

Punkt zwei: Die juristische Aufarbeitung ist seit vielen Jahren abgeschlossen. Strafrechtliche Entscheidungen gab es bis 2005. Das Wesentliche ist vorher passiert. Das Ganze liegt weit hinter uns, wir blicken weit zurück. Ein großer Zeitabstand ist eine wunderbare Chance für diejenigen, die darauf aus sind, zu vertuschen, zu verunklaren, Dinge zu behaupten, die nicht stimmen, zu lügen. Mit dem Zeitabstand kommt die Chance für diese Richtungen in der Politik, für entsprechende Initiativen. Dem kann das Recht vorbeugen und es hat vorgebeugt. Wir haben Urteile. Zwar sind die dort getroffenen Feststellungen eng begrenzt aufgrund hoher Beweisanforderungen und wegen des Grundsatzes "im Zweifel für den Angeklagten". Aber was als bewiesen in den Urteilen festgestellt ist, lässt sich nicht mehr bestreiten. Eine Mauerlüge kann es nicht geben. Auch das, finde ich, ist eine beachtliche Leistung der juristischen Aufarbeitung in ihren Nachwirkungen.

Wolfgang Brinkschulte: Wenn ich das zusammenbringe, Herr Professor Marxen, mit der Frage, die Frau Kaminsky angesprochen hat: "Warum beschäftigen wir uns noch mit dem Thema?", dann höre ich, dass sich Aufarbeitung rechtfertigen muss, zu wenig Unterstützung institutioneller wie politischer Art bekommt und dass bestimmte Themen ausgegrenzt werden. Herr Jahn, wie erleben Sie das Diskussionsklima in Deutschland bei diesem Thema? Findet die Entwicklung der Auseinandersetzung hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu wenig statt? Was kann man dafür tun, dass sie aufmerksamer verfolgt wird und im Gauck'schen Sinne zu einem gesamtgesellschaftlichen Thema wird? Was fehlt dabei, auf welchem Weg sind wir, was muss getan werden?

Roland Jahn: Wir können natürlich immer jammern, dass die Jugend zu wenig weiß, aber es liegt an uns allen, dass wir die Bereitschaft zeigen, das Thema so zu vermitteln, dass die nächste Generation auch Interesse daran zeigt. Das ist das Entscheidende. Mit dem Zeigefinger wird da nichts passieren und wir können es den jungen Leuten auch nicht eintrichtern. Das haben wir in der DDR gesehen, in der der "verordnete Antifaschismus" quasi gescheitert ist. Es geht darum, Angebote zu machen, bei denen Jugendliche auch gerne zugreifen. Sie sollen sich ärgern können, wenn sie die Klassenfahrt nach Berlin und den Besuch in Hohenschönhausen verpasst haben, weil sie krank waren. Ein anderer Gesichtspunkt ist, dass die Menschen, denen wir das Thema näherbringen, die Frage beantworten müssen: "Was geht mich das an? Was hat das mit mir zu tun?" Hier geeignete Formen zur Vermittlung von Geschichte zu finden, fordert uns sehr heraus.

Frau Kaminsky hat es richtig gesagt, Biografien funktionieren immer wieder. Gerade wenn wir Geschichten von 18-jährigen erzählen, die ins Gefängnis gesteckt worden sind, weil sie nur "ihr Ding" machen wollten – da setzen sich Jugendliche heute schon in Beziehung und sagen: "Mensch, der ist ja wie ich gewesen, der wollte auch nur Musik hören." Wenn jemand als 16-Jähriger nach Berlin zum Springer-Verlagshochhaus gefahren ist, auf dem ein Rolling-Stones-Konzert stattfinden sollte, obwohl es nur ein Gerücht war, und dafür zwei Jahre ins Gefängnis ging – das sind Lebensgeschichten, die geeignet sind zu vermitteln, was Diktatur ganz konkret bedeutet hat. Das ist etwas, bei dem es um erlebtes Unrecht geht und womit wir immer wieder Menschen erreichen können. Viele Spielfilme zeigen ja, dass es über Emotionen gelingt, ein Massenpublikum zu erreichen. Das denke ich, ist auch in diesem Kontext ganz wichtig.

Wolfgang Brinkschulte: Vielleicht darf ich, lieber Herr Jahn, ganz kurz eingreifen, und darauf hinweisen, dass Sie vor einigen Monaten selber einen biografischen Beitrag geleistet haben. Viele von Ihnen, meine Damen und Herren, werden viel-



leicht den Titel schon gehört haben: "Wir Angepassten – Überleben in der DDR", so heißt Ihr sehr biografisch geprägtes Buch. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht, als Sie das in den vergangenen Wochen vorgestellt haben. Welche Fragen sind gestellt worden, welche Themen waren interessant.

Roland Jahn: Meine Erfahrung ist, dass sich die Menschen genau die Frage nach der eigenen Verantwortung in der Diktatur gestellt haben und dass sie bereit waren zu reflektieren, wo sie hätten anders handeln können und wo sie sich vielleicht angepasst haben. Und dass sie sich die Frage stellen: Welche Verantwortung trage ich in dem Moment, in dem ich mich anpasse, auch für das Gesamtsystem? Ich habe das an meiner eigenen Biografie festgemacht und war in der Reflexion erschrocken über mich selbst – wie ich mich beispielsweise in bestimmten Momenten dem Vokabular in der Schule angepasst habe oder an der Universität und dort nicht jeden Tag rebelliert habe. Keiner war nur Rebell oder nur Angepasster. Man war oft beides in einem. Sich das bewusst zu machen, selbst bei einem so unausweichlichen Thema wie Grundwehrdienst, ist wichtig. Natürlich kann ich sagen: "Es war Pflicht, ich musste doch! Und ich wäre ins Gefängnis gekommen, wenn ich nicht gegangen

wäre." Aber die Erkenntnis, dass ich mit diesem Grundwehrdienst die Diktatur gestützt habe, ist etwas, das ich mir klargemacht habe. In dem Moment, als ich diesen Grundwehrdienst als Pflichtdienst geleistet habe, habe ich dieses System gestützt.

Und das einmal aufzudröseln, diesen ganzen Staat auch einmal in der Verantwortung vieler einzelner Menschen zu beschreiben, das hat bisher überhaupt nicht stattgefunden. Wir haben immer alles auf die Stasi abgeschoben und auf einzelne Täter, die dann juristisch oder gesellschaftlich verfolgt wurden. Aber was ist mit der jungen Mitarbeiterin, die damals im Jugendamt die Zwangsadoption beurkundet hat. Haben wir uns mit der einmal richtig auseinandergesetzt? Hat die sich damit auseinandergesetzt, welche Verantwortung sie dafür trägt, dass es eine Zwangsadoption von Kindern gab, deren Eltern aus politischen Gründen im Gefängnis saßen? Diese Themen sind überhaupt nicht richtig aufgearbeitet, denen kommen wir auch nicht mit dem Strafrecht bei. Sondern da geht es um mehr, da geht es auch und vor allem um moralische Verantwortung und das Funktionieren der Diktatur.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Herr Jahn! Herr Professor Weisskirchen, es geht letztlich auch um die mentale Verfassung unserer Gesellschaft. Nimmt der politische Apparat, auch unser politisches System, dem Sie lange angehört haben, diese Themen zu wenig auf die Tagesordnung, um sie zu diskutieren und die Gesellschaft mehr damit zu konfrontieren?

Prof. Gert Weisskirchen: Ich kann nur über die Zeit bis 2009 etwas sagen und möchte nicht darüber urteilen, wie der gegenwärtige Parlamentarismus ...

Wolfgang Brinkschulte: ... umso entspannter können Sie reden. Wir sind hier unter uns.

Prof. Gert Weisskirchen: Na gut. Es soll nicht wie Schelte klingen, aber eines möchte ich doch sagen. Was Heinz Bude in seinem Buch "Gesellschaft der Angst" beschreibt: Ich habe bisher nirgendwo gesehen – ich habe mir die Protokolle im Deutschen Bundestag angesehen – dass das einmal thematisiert wurde. Das ist bisher noch nicht geschehen. Es ist ein analytischer Befund, der – ob man ihn teilt oder nicht, ich teile ihn nicht – eine Stimmung in der Gesellschaft zeichnet, die im parlamentarischen Raum aufgenommen, debattiert, sozusagen als stilbildend für die gesellschaftliche Debatte verwendet werden müsste, damit ein Diskurs über die Selbstverständigung der Debatte stattfindet. Ich kann nur sagen, diese Momentaufnahme von Bude ist anregend – vorhin hat jemand sehr provokativ gesprochen, ich finde das glänzend, weil wir nur durch die Provokation des Denkens zu Lösungen kommen, die deutlich machen, dass wir jetzt einen anderen Weg einschlagen müssen. Aber warum gibt es kein Buch über die Gesellschaft der Hoffnung? Wie kann Heinz Bude so einen relativ starken Erfolg haben? Das sind Fragen, die mich

beunruhigen. Und wenn ich mir Pegida oder andere Momente in der Gesellschaft anschaue, dann frage ich mich, wie wir mit solchen Krisenzeiten, mit solchen Fragen umgehen. Und ob das parlamentarische Modell, das wir erarbeitet haben, dazu in der Lage ist, kritische, überlegte, fundierte positive Antworten zu geben. Wenn das gelingt, dann habe ich gar keine Sorge vor der Zukunft der Demokratie. Gelingt es nicht, dann kommen aus dieser angstbesetzten Projektion möglicherweise wieder andere diktatorische Grundelemente zum Vorschein, ob das NSA oder etwas anderes ist. Hier gibt es Krisenmomente, und ich würde mir wünschen, dass das Parlament und die Gesellschaft über diese Krisenmomente auch wirklich kritisch debattieren. Das sehe ich im Moment in dieser Schärfe nicht.

Wolfgang Brinkschulte: Frau Kaminsky, zurück zu unserer Ausgangsthese. Provozieren wir zu wenig – um die Forderung von Professor Weisskirchen aufzugreifen –, um eine neue Debatte zu bekommen, wie Roland Jahn auch angedeutet hat, in diesem Zusammenhang?

Dr. Anna Kaminsky: Ich finde es schwierig, diese Frage zu beantworten. Ich denke, das eine ist die Frage: Was tun wir im Bereich der historischen und politischen Bildungsarbeit für die Menschenrechts- und Demokratieerziehung? Dazu gehört erst einmal Wissen über die Vergangenheit, um dann aktuelle Entwicklungen der Demokratie, die man ja auch kritisch hinterfragen muss, richtig diskutieren zu können. Ich fand schon sehr interessant, dass, als der NSA-Spionageskandal öffentlich wurde, die Reaktionen darauf – so mein Eindruck – relativ verhalten waren. Ich bin überhaupt kein Freund davon zu sagen: NSA ist "Stasi 2.0". Aber ein bisschen hat mich der Begriff "Stasi 2.0" auch gefreut, weil ich denke, jemand, der das sagt, der weiß, was Stasi ist. Selbst wenn ich die Schlussfolgerung nicht teile, zeigt sie zumindest einen Bezug auf einen historischen Vorgang.

Was mich beunruhigt, ist die geringe Empörung. Unsere Generation, meine und vielleicht auch Ihre, ist mit einem großen Misstrauen über Daten und Datensammeln großgeworden, auch aus der eigenen Erfahrung heraus. In der alten Bundesrepublik nicht anders, wenn ich an die Widerstände in den 1980er-Jahren gegen die Volkszählung denke. Für mich klafft da im Moment eine große Diskrepanz in Bezug auf die öffentlichen Reaktionen auf dieses Spähpotenzial von NSA, aber auch von großen Konzernen wie Google und die heutigen Möglichkeiten der Datenvernetzung. Das Argument, dass wir heute unter rechtsstaatlichen Bedingungen leben, beruhigt mich nicht. Denn die Daten sind da. Und was ist, wenn sie Leuten oder Institutionen in die Hände fallen, die sich nicht an rechtsstaatliche Kriterien gebunden fühlen?

Da denke ich manchmal, wir haben als Institution der Aufarbeitung, der politisch-

historischen Bildung sicher noch ein größeres Potenzial, mit der Erfahrung aus der Vergangenheit für Sensibilisierung zu sorgen. Auch dafür, wo Gefährdungen der Demokratie herkommen können, weil wir uns zu sicher fühlen.

Wolfgang Brinkschulte: Herr Jahn, mit den Erfahrungen, die Sie gemacht haben, und in der Verantwortung, die Sie gerade haben – ist das, was Frau Kaminsky sagt, auch Thema für Sie?

Roland Jahn: Ob ich es will oder nicht, wenn ich in einer Schule bin und über die Stasi rede, kommt schnell die Frage zur NSA und zum Datenmissbrauch im Internet. Das heißt, wir müssen uns den Fragen stellen, die die jungen Menschen haben. Aber mich freut es ganz und gar nicht, wenn sie "Stasi 2.0" sagen. Ich denke, sie wissen eben gerade nicht, was Stasi ist. Es ist ein prinzipieller Unterschied zwischen NSA und Stasi und den muss man immer wieder deutlich machen. Die Stasi hat eben nicht nur Informationen gesammelt, sondern hat die Leute danach abgeholt und ins Gefängnis gesperrt. Das gehört zum Verständnis dazu. Ich könnte jetzt lange ausführen, was die Unterschiede sind.

Aber unsere Aufgabe ist es ja, über Stasi und SED-Unrecht aufzuklären, und wir können dazu beitragen, dass die Menschen ihre Sinne für die Gegenwart schärfen. Das ist unser Beitrag, klar zu machen, wie schnell es gehen kann, dass Menschenrechte verletzt werden. Und heute also wachsam sein. Ich habe vergangene Woche in Rheinland-Pfalz einen Vortrag zum Tag der Verfassung gehalten. Erst einmal fand ich es toll, dass die Rheinland-Pfälzer mich dazu eingeladen und Interesse haben, etwas über die DDR zu erfahren. Aber so unterschiedlich waren die Anfänge beider Länder gar nicht. Ich habe nämlich einmal die Verfassung der DDR von 1949 und die Verfassung von Rheinland-Pfalz von 1947 nebeneinandergelegt. Die Absichtserklärungen sind nahezu identisch. Aber was ist in der DDR daraus geworden: 40 Jahre SED-Diktatur! Wir müssen uns darüber klar werden, wie es passieren kann, dass gesellschaftliche Entwicklung eintreten, bei der die Menschenrechte auf der Strecke bleiben.

Und Herr Professor Marxen, ich schätze Ihre Arbeiten sehr, aber eins muss man klar und deutlich sagen: Der Begriff SED-Unrecht bezeichnet das System, und es fängt eben schon damit an, dass 1968 die führende Rolle der SED in die Verfassung hineingeschrieben wurde. Das heißt, die Verfasstheit des Staates war vom Unrecht geprägt. Dieses SED-Unrecht müssen wir immer wieder benennen. Und im Übrigen: Diese Partei gibt es immer noch. Sie hat sich nur umbenannt.

Wolfgang Brinkschulte: Herr Professor Marxen, wenn Sie sich angesprochen fühlen, sind Sie natürlich gleich eingeladen, darauf zu reagieren.

Prof. Dr. Klaus Marxen: Das sollte doch die Funktion einer Podiumsdiskussion

sein, dass man unterschiedlicher Meinung ist und den Meinungsstreit austrägt. Ich glaube, Herr Jahn, da haben Sie mich falsch verstanden. Es ist natürlich unbestritten, dass die SED Rahmenbedingungen der Diktatur in der DDR gesetzt hat. Ich habe nur auf einen damit zusammenhängenden wesentlichen Punkt aufmerksam gemacht. Eine Institution braucht Leute, die das, was sie vorgibt, auch umsetzen und verwirklichen. Und auf diese Verwirklichung des Unrechts sollte man zugleich achten.

Zu der Kontroverse zwischen Frau Kaminsky und Herrn Jahn möchte ich Folgendes sagen: Ich finde es schon ganz wichtig, dass man versucht, Verbindungen herzustellen. Das ist auch unsere Aufgabe. Zwar wiederholt sich nichts in der Geschichte. Das MfS wird in dieser Form nicht wieder auftreten. Aber Strukturen dieser Art treten in verändertem Gewand immer wieder auf. Ich glaube, mir wird hier niemand widersprechen, wenn ich sage, nur erinnern und zurückschauen bringt nichts. Wir müssen die Anstrengung der Konsequenzen auf uns nehmen und uns überlegen, welche Folgerungen zu ziehen sind. Das ist der entscheidende Punkt. Was an Erfahrungen gemacht wurde, muss umgesetzt werden in künftige Aktionen. Dafür ist es nötig, Vergleiche zu ziehen und ähnliche Entwicklungen aufzuspüren. Dabei kann das Recht in seiner vorbeugenden Funktion helfen. Es stellt Barrieren auf und setzt Warnsignale. Entsprechende Konsequenzen sollten bei der Aufarbeitung des DDR-Unrechts offensiv eingefordert werden. Ein Beispiel. Wir mussten leider erleben, dass bei der strafrechtlichen Aufarbeitung die Instrumente gefehlt haben, um das perfide Unrecht strafrechtlich zu fassen, das Sie unter dem Begriff der "Zersetzung" kennen. Dafür gab es keinen Tatbestand. Amtlicherseits auf Personen einzuwirken durch verschiedene Maßnahmen, die diese Personen psychisch zugrunde richteten, war so nicht fassbar. Fassbar war Hausfriedensbruch, wenn Stasi-Mitarbeiter heimlich eingedrungen sind, oder das Abhören von Telefonen. Aber der unmittelbare Angriff auf die psychische Gesundheit konnte nicht erfasst werden. Es handelt sich um eine bis heute unerledigte Aufgabe. Der Gesetzgeber sollte dafür sorgen, dass für Vorgänge dieser Art ein Tatbestand geschaffen wird, der genau dieses Unrecht für strafbar erklärt.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank! Herr Professor Weisskirchen, Herr Professor Marxen hat einige Stichworte geliefert. Hätte sich der Deutsche Bundestag in den vergangenen Jahren des Themas Aufarbeitung und vor allem der Frage, was wir aus der DDR-Geschichte mit den Folgen – die Sie, meine Damen und Herren, alle besser kennen als ich – für die Zukunft lernen können, in einer dritten Enquetekommission annehmen müssen?

Prof. Gert Weisskirchen: Dagegen würde nichts sprechen. Aleida Assmann hat ein

Podiumsdiskussion · Aufarbeitung des SED-Staates



wunderbares Buch geschrieben, das ich sehr zur Lektüre empfehle: "Der lange Schatten der Vergangenheit". Wenn man dieses Bild nutzt, dass die Vergangenheit einen langen Schatten wirft, dann wird man, wenn man mit dem Licht der Vernunft diesen Schatten hell macht, eine ganze Menge Fragen finden, die noch nicht beantwortet sind.

Ich möchte nur einen anderen Punkt nennen außer dem, den Herr Marxen genannt hat. Was ist eigentlich mit den Traumatisierungserfahrungen einer ganzen Reihe von Menschen geschehen, die unter dieser SED-Diktatur Leid erfahren haben. Ist das schon so aufgearbeitet – ich rede jetzt nicht vom Justiziellen, auch da gibt es noch ein paar Probleme –, sind die gesellschaftlichen Stützpfeiler schon so entwickelt, dass die Traumatisierungen aufgefangen werden können? Ich rede jetzt nicht von einer Sozialtherapeutisierung unserer Gesellschaft, das wäre totaler Unfug. Aber Gesprächsrunden zu veranstalten, zu debattieren und deutlich zu machen: Eure Erfahrungen müssen so umgearbeitet werden, dass sie jungen Menschen dafür dienen, anders zu agieren, wenn zum Beispiel die Frage der Freiheit neu gestellt werden muss. Wo ist dieser Schatz an Erfahrungen, der bei Ihnen hier sitzt,

wie wird er genutzt und wie wird er für die Gesellschaft fruchtbar gemacht, insbesondere für junge Menschen?

Das sind alles noch Momente, Inseln, die aus diesem Schattenreich der Vergangenheit herausgeholt werden müssen. Und da muss es auch institutionelle Antworten geben. Diese beiden Institutionen, die vom Bundestag nach einer langen Debatte erfunden wurden, brauchen eine lange Dauer. Nur dann kann man es auch weiterentwickeln, auf die Fragen, die neu gestellt werden, auch neu zu antworten. Die Gesellschaft braucht diese Institutionen, damit sie einen Anker hat, um mit den Erfahrungen und Möglichkeiten dieser Institutionen zu verbinden, was Sie erlebt haben und was Sie weitergeben können.

Wolfgang Brinkschulte: Herr Professor Weisskirchen, ich danke Ihnen ausdrücklich dafür, dass Sie uns in dieser Runde zum zweiten Mal darauf aufmerksam machen, dass wir die Zukunft der Jahn-Behörde diskutieren sollten. Meinen Damen und Herren, das steht natürlich ganz groß auf meinem Zettel. Ich will jetzt die Vorlage aufnehmen. Sie alle kennen - ich habe es noch einmal nachgelesen - die Diskussion um die Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten, die ja auch hier im Bautzen-Forum einige Leute in Wallung gebracht hat. Ich erinnere mich an die Diskussion, die Wolfgang Thierse hier geführt hat. Die Weiterführung der Arbeit der Behörde ist in der Diskussion, es gibt eine Expertenkommission, das wissen Sie. Die Diskussion ist durchaus kontrovers und ist es vielleicht auch deshalb, weil die Behörde so einen hohen Stellenwert hat. Weil sie letztlich hervorgegangen ist aus der langen Arbeit, den vielen Kontroversen, den Debatten, die wir im Januar 1990 alle erlebt haben, und weil sie letztlich auch zu einem Symbol der Aufarbeitung und Auseinandersetzung geworden ist. Wird das Thema deshalb auch so kontrovers im politischen Raum diskutiert? Herr Weisskirchen, Sie haben jetzt vehement dafür plädiert, die Behörde weiterzuführen. Sie wissen, auch in Ihrer eigenen Parteifraktion gibt es unterschiedliche Stimmen. Wie sehen Sie – ich spreche Sie jetzt als Ersten bewusst noch einmal an - den Vorgang dieser Diskussion. Was wird am Ende herauskommen?

Prof. Gert Weisskirchen: Zunächst einmal gab es ja gleich 1989/90 Stimmen im parlamentarischen Raum, dass jetzt ein Betriebsunfall eingetreten sein. Deshalb brauchten wir eine Institution, eine Brücke, gebaut auf relativ kurze Sicht. Dann sei das wieder vorbei, dachte man, Schlussstrich. Zum Glück hat sich herausgestellt, dass das ein falscher Ansatz war. Die zweite Erzählung heißt: Aufarbeitung, das war der Irrweg, Versöhnung hätte anstelle von Aufarbeitung stattfinden müssen. Das aber ist genauso ein Irrweg, denn Sie können keine Versöhnung herbeiargumentieren oder diskursiv herstellen ohne Aufarbeitung. Wie soll das denn

gehen? Ohne Wahrheit, ohne Anerkenntnis dessen, was an Unrecht geschehen ist, kann es keine Versöhnung geben. Das heißt, es ist eine gefährliche Debatte, Aufarbeitung gegen Versöhnung zu stellen. Deswegen rate ich sehr dazu, im parlamentarischen Raum diese Debatte zu führen. Das ist eine Kontroverse, bei der man die Auffassung haben kann: Jetzt ist das in einen bestimmten historischen Prozess eingetreten, wir brauchen eine Neudefinition. Das mag so sein. Aber wenn es zu einer Neudefinition kommt, dann müssen ganz bestimmte Pfeiler dessen, wofür diese Institutionen gearbeitet haben, erhalten werden. Sie können auch renoviert werden, dagegen habe ich nichts, aber diese institutionelle Verankerung muss bleiben, muss nach vorne weiterentwickelt werden. Dafür plädiere ich und werde, wenn es nötig ist, auch mit Wolfgang Thierse kritisch darüber diskutieren.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Herr Weisskirchen! Herr Professor Marxen, Sie sind damit sehr vertraut, waren als Gutachter für die Behörde tätig, aber vor allem sind Sie sehr vertraut mit einem ganz wichtigen Teil der Behörde, nämlich der Zurverfügungstellung von Akten und der Aktenaufbereitung. Wie sehen Sie die Debatte?

Prof. Dr. Klaus Marxen: Eine merkwürdige Debatte, die hochproblematisch ist. Im Übrigen bin ich sehr interessiert an etwas, das in den letzten Tagen durch die Medien ging, und ich frage neugierig nach. Es hieß, dass neue Erkenntnismöglichkeiten geschaffen worden seien, indem man mit einem Computerprogramm Schnitzel wieder zusammensetzen könne. Das könnte viele neue Möglichkeiten eröffnen, vielleicht erfahren wir ja darüber noch einiges.

Ansonsten sind die Zahlen, die von der Behörde publiziert werden, deutlich: Das Interesse ist nach wie vor vorhanden. Das betrifft ein Interesse, das einzelne Personen angeht. Zugleich muss auf jeden Fall vermieden werden, dass der Zugang zu den Akten für die Wissenschaft und für die Medien verbaut wird. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, denn auch wenn persönliche Interessen im Laufe der Zeit möglicherweise etwas zurückgehen, müssen die Interessen der Wissenschaft und der Medien unbedingt gewahrt werden.

Wolfgang Brinkschulte: Frau Kaminsky, Sie sind ja sozusagen Schwesterinstitution. Sind Sie der Behörde von Roland Jahn auch geschwisterlich verbunden?

Dr. Anna Kaminsky: Auf jeden Fall. Zum einen haben ja unsere beiden Institutionen sehr klar definierte gesetzliche Aufträge und wir arbeiten seit vielen Jahren sehr kollegial zusammen. Die Behörde für die Stasi-Unterlagen war die Behörde, die als erstes gegründet worden ist. Unsere Institution ist im Wissen der Existenz und des Auftrags der Stasi-Unterlagen-Behörde acht Jahre später ins Leben gerufen worden. Der Gesetzgeber hat sich dabei schon etwas gedacht.

So wie ich die Diskussion verfolge, habe ich den Eindruck, dass einige Punkte völlig unstrittig sind. Zu diesem politischen, aber auch gesellschaftlichen Konsens gehört, dass der Zugang zu den Akten nicht verschlechtert werden darf. Der Zugang zu den Akten muss für die Betroffenen, die Wissenschaft und die Medien erhalten bleiben. Ich glaube, daran rüttelt auch niemand.

Ich denke, der zweite Konsens ist auch, dass die institutionellen Bedingungen für die Sicherung, den Zugang und die Nutzung dieser Akten für die historische Bildungsarbeit der bestmögliche sein muss. So wie ich die Kommission wahrnehme, ist es im Moment ein Ringen um die Sicherung der bestmöglichen Zugangsbedingungen. Ich denke, es ist noch völlig offen, ob die Kommission am Schluss zu der Empfehlung kommt: Die Struktur der bisherigen Behörde mit einigen Stellschrauben hier und da bietet mit der geballten Erfahrung, die dort in 25 Jahren gesammelt wurde, diese Zugangsmöglichkeiten. Oder ob sie sagt, wir können an der einen oder anderen Stelle etwas klarer machen, fokussieren.

Ich denke, dass auf dem Gelände des einstigen Staatssicherheitsdienstes in Berlin ein wie auch immer zu benennendes Dokumentations- und Bildungszentrum genau zu diesem Thema, nämlich Staatssicherheit und Repression, entstehen muss, das mit einer Bibliothek, mit Möglichkeiten für Tagungen, Konferenzen und Veranstaltungen am historischen Ort das Thema aufgreift und für junge Besucher erfahrbar macht. Ich denke, diesen Konsens gibt es. Und ich würde sagen, wir als Stiftung mit einem sehr breiten Auftrag sind komplementär zur Behörde des Bundesbeauftragten, so wie sie zu uns komplementär ist und wir alle wiederum mit der Bundeszentrale für politische Bildung kollegial zusammenarbeiten. Denn die Ressourcen sind begrenzt und wir müssen uns abstimmen.

Wolfgang Brinkschulte: Herr Jahn, was erwarten Sie, was ist Ihre Perspektive?

Roland Jahn: Natürlich merkt man, dass es immer wieder Leute gibt, die die Diskussion nutzen wollen, um hier einen Schlussstrich zu ziehen. Dagegen muss man sich klar und deutlich stellen. Aufklärung ist eine Säule unserer Demokratie. Und die Aufklärung mithilfe der Stasi-Akten ist ganz wichtig für diese Gesellschaft, sowohl für die Betroffenen, die unter der Stasi gelitten haben, als auch für die Gesellschaft insgesamt. Über die junge Generation haben wir uns ja schon ausführlich unterhalten. Die Diskussion um die Zukunft ist wichtig, weil wir es besser machen wollen. Deswegen diskutieren wir darüber. Und ich denke, eins ist schon durchgesetzt, auch weil wir, die gemeinsam in der Aufarbeitung aktiv sind, gegenüber dem Bundestagsabgeordneten deutlich gemacht haben, dass der Zugang zu den Akten nicht beschränkt werden darf.

Deswegen finde ich es klasse, dass der Einsetzungsantrag für die Experten der Kom-



mission das klar und deutlich benennt. So kann man auch ganz gelassen herangehen und sagen, der Bundestag hat der Kommission etwas mit auf den Weg gegeben. Sie sollen sich Gedanken machen, in welchen Strukturen wir Zukunft sichern können. Es geht um ganz praktische Fragen. Wie können wir zum Beispiel sichern, dass die Akten in der Region, in den Bundesländern bleiben. Das ist eine Frage der Finanzierung. Das ist eine Frage von Standorten der Archive. Die Frage, wo müssen wir investieren, damit diese Akten nicht nur die nächsten 20 Jahre, sondern die nächsten 100 Jahre halten. Wir stellen jetzt Weichen für die nächsten Jahrzehnte. Archivare denken nicht nur in kurzen Abschnitten, sondern planen über Jahrzehnte nach vorn. Darum geht es jetzt, Möglichkeiten zu eruieren und zu entwickeln, also die Arbeit zukunftssicher zu machen. Und das in allen Aufgabengebieten, die wir erledigen: die Akten sichern und verwalten, sie herausgeben, aber auch das Thema Forschung und Bildung.

Natürlich sehen wir, dass gerade die Fixierung auf die Stasi allein besonders in der Forschung nicht hilfreich ist. Also ist es doch gut, wenn wir darüber diskutieren, wie Forschung breiter aufgestellt werden kann. Wie kann dafür Sorge getragen werden, dass über den Gesetzesauftrag, den wir jetzt haben, Forschung stattfindet, die die SED-Diktatur insgesamt betrachtet. Da bin ich gespannt auf die Vorschläge. Wichtig ist, dass kompetentes Wissen, das sich hier in den vergangenen 25 Jahren gesammelt hat und erarbeitet worden ist, nicht auf der Strecke bleibt. Forschung und Bildung müssen weitergehen in den bestmöglichen Strukturen, in Bund und Ländern.

Da gilt es genau abzuwägen, welche Arbeitsteilung stattfindet, gerade auch mit der Stiftung Aufarbeitung, die ja dazu da ist, gesellschaftliche Institutionen zu fördern, also die vielen Vereine und Bürgervereine zu unterstützen, das ist ja ganz wichtig. Dazu gehören auch die vielen Gedenkstätten, die entstanden sind, auch kleine Gedenkstätten, nicht nur wie hier in Bautzen das Gefängnis, sondern die kleinen Gedenkstätten etwa an der innerdeutschen Grenze. Die werden alle gefördert durch die Stiftung Aufarbeitung. Das ist etwas, das weitergehen soll. Das insgesamt zu betrachten, Steuergelder sinnvoll einzusetzen, keine Doppelstrukturen zu haben, in denen sich Leute auf die Füße treten oder vielleicht auch gegeneinander arbeiten, sondern wirklich gut sortiert Aufarbeitung für die Zukunft sichern, das ist das Entscheidende.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Herr Jahn. Meine Damen und Herren, das ist eigentlich schon eine Einladung, die Roland Jahn hier gerade formuliert hat, eine Einladung an Sie alle, jetzt mitzudiskutieren. Ich sehe schon ganz viele Wortmeldungen.

Frage aus dem Publikum: Es ist ja ganz toll, wie viel bei Ihnen an Aufarbeitung gemacht wurde, aber eines fehlt mir, der Kern dieser ganzen Geschichte, der Ideologie. Der Kommunismus kommt mir zu selten vor. Wenn dann nach 20 Jahren manche Leute neue Wege zum Kommunismus suchen und es nur eine kurze Diskussion gibt, die dann wieder verschwindet, dann ist für mich die Frage: Wie wollen wir jungen Leuten vermitteln, dass dieses wunderschöne Märchen vom Paradies auf Erden wahrscheinlich nicht geht, wenn es wieder der Nächste verspricht.

Wolfgang Brinkschulte: Danke, ich schlage vor, wir sammeln mindestens immer zwei Fragen und schauen dann, wer darauf eingehen kann. Bitteschön.

Frage aus dem Publikum: Ich habe eine Frage an Herrn Marxen. Wie soll es heißen: SED-Unrecht oder System-Unrecht, wie würden Sie das einschätzen?

Wolfgang Brinkschulte: Ich schaue mal in die Runde, Herr Jahn vielleicht, wie kann man Kommunismus vermitteln?

Roland Jahn: Ich finde, dass das durchaus in der Auseinandersetzung immer wieder aufgegriffen wird. Das Land Brandenburg hat nach 20 Jahren auch ausgeschlafen und eine Landesbeauftragte benannt. Die wurde nicht als Beauftragte für die Stasi-

Unterlagen benannt wie in den anderen Ländern, sondern als Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Ursachen und Folgen der kommunistischen Diktatur. Das ist zum Beispiel ein Signal.

Und wichtig ist doch auch die Auseinandersetzung in der Kommunismusforschung, die findet statt. Wir haben verschiedene Institute in Deutschland, die Literatur vorgelegt haben. In der Hinsicht bin ich ganz optimistisch, dass die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus intensiv weitergeht.

Wolfgang Brinkschulte: Frau Kaminsky wollte dazu etwas sagen.

Dr. Anna Kaminsky: Es wissen ja alle hier im Saal, 2017 jährt sich die Oktoberrevolution zum 100. Mal. Und im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung gibt es jetzt erhebliche Bestrebungen, dieses "Jubiläum" angemessen zu begehen. Wir als Stiftung haben vor einem Jahr ebenfalls mit einem Kommunismusschwerpunkt angefangen, der natürlich einen anderen Fokus hat als die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er enthält zum einen Bildungsangebote, zum andern Forschungscluster. Denn – das war für mich eine neue Erkenntnis – die Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet über ihr Doktoranden- und Stipendiatenprogramm Forschungscluster zum Thema Kommunismusforschung an. Wir als Stiftung sehen das als durchaus bedenklich an, wenn die Kommunismusforschung schwerpunktmäßig durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Bundesrepublik Deutschland finanziert und auch möglicherweise von den Themen her gesetzt wird. Dazu sollte es ein Gegengewicht geben. Deshalb sind wir im Moment dabei, für dieses Sonderprogramm im parlamentarischen Raum zu werben und Sondermittel zu bekommen. Denn die Gefährdung durch Extremismen von beiden Seiten ist in der aktuellen europäischen Krise immer deutlicher zu spüren. Ich befürchte nicht unbedingt eine Renaissance kommunistischer Diktatur, aber die Verführbarkeit liegt in der Hoffnung, dass man für komplizierte Fragen einfache Lösungen findet.

Herr Professor Holtmann hat heute früh so schön gesagt, dass bei den Umfragen seines Instituts immer wieder zum Ausdruck kam, dass man in einer zunehmend unsicheren Welt gern nach Sicherheitsankern sucht. Wir glauben jedenfalls, dass wir diesen Kommunismusschwerpunkt tatsächlich auch umsetzen und untersetzen können. Im Moment hat unsere Stiftung durch den Zinsausfall leider nur noch 1,6 Millionen Euro für die bundesweite Projektförderung zur Verfügung. Wir müssen jedes Jahr neu dafür kämpfen, dass wenigstens ein Teil davon ausgeglichen wird, wofür der Bundestag sich jedes Jahr auch wieder stark gemacht hat. Diese Projektgelder brauchen wir, um unsere Projekte in der Fläche überhaupt bewerkstelligen zu können, damit können wir keine Sonderprogramme fahren.

Es ist ja auch interessant, dass es nach 1990 "gelungen" ist, die SED-Diktatur aus der

Geschichte des Kommunismus zu dekontextualisieren. Es wird nicht mehr über die stalinistischen Ursprünge und den Beitrag der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Weimarer Republik am Untergang der ersten deutschen Demokratie diskutiert. Und was in allen anderen kommunistisch beherrschten Ländern eine Selbstverständlichkeit ist, nämlich dass man von einer kommunistischen Diktatur spricht, so ist es bei uns noch nicht. Sondern wenn man das tut, wird man öfter in Diskussionen darüber verwickelt, dass man die DDR ja so nicht nennen könne, sie sei ja maximal auf dem Weg dahin gewesen. Es sei eher eine sozialistische Diktatur gewesen. Oder man hört, was da gemacht wurde, habe mit Kommunismus und Sozialismus rein gar nichts zu tun.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Frau Kaminsky. Herr Marxen, es gab eine zweigeteilte Frage an Sie.

Prof. Dr. Klaus Marxen: Begriffsfragen sind keine unwichtigen Fragen. Denn Begriffe müssen so formuliert sein, dass das Gemeinte wirklich getroffen wird. Wir haben über den Begriff SED-Unrecht diskutiert, den ich nicht ablehne. System-Unrecht ist keine Alternative, sondern eine andere Kategorie. "SED-Unrecht" bezieht sich auf eine bestimmte Organisation, die das Unrecht in einem Staat maßgeblich gestaltet hat. Der Begriff des Systemunrechts versucht dagegen zu erfassen, in welcher Art und Weise dieses Unrecht verwirklicht worden ist. Das gesamte Begriffsfeld ist noch sehr schwammig, weil es ein Phänomen der vergangenen 50 oder 60 Jahre ist, dass überhaupt die Kriminalität der Mächtigen diskutiert wird. Historisch ging es immer nur um die Kriminalität der einfachen Leute. Die Kriminalität der Mächtigen ist ein neues Thema, deshalb existieren in Begriffsfragen noch Unterschiede. Weggekommen ist man zum Glück von einem Begriff, den die Staatsanwaltschaft seinerzeit gefunden hatte: Regierungskriminalität. Das trifft das, was in der DDR passiert ist, sicherlich nicht. Will man dafür eine allgemeinere Begrifflichkeit nutzen, so stehen Begriffe zur Verfügung wie Staatskriminalität, Systemkriminalität, Makrokriminalität. Ich ziehe eine Begrifflichkeit vor, die immer auch deutlich macht, dass es die Menschen sind, die kriminell handeln. Das kommt zum Ausdruck in Begriffen wie systemverstärkte, staatsverstärkte oder staatsbestimmte Kriminalität.

Wolfgang Brinkschulte: Ja, vielen Dank. Jetzt gab es noch mehrere Wortmeldungen. Bitteschön.

Frage aus dem Publikum: Ich finde, wir sollten nicht ganz aus dem Blick verlieren, welche Schwierigkeiten wir hatten angesichts einer Diktatur, dessen Schande sehr vielen Leuten sehr bewusst war. Die Schuld war gewaltig und die Scham wurde zum Glück auch gewaltig. Das liegt aber 40 Jahre zurück. Und weil die juristischen In-

strumente fehlten, weil ein großer Teil der Justiz das nicht wollte und weil die Regierung auch noch nicht so weit war, musste man auf einen Fritz Bauer warten, damit gesagt werden konnte, es war ein Unrechtsstaat. Damit begann die Rehabilitation der Leute, die für sehr viele Leute noch als Vaterlandsverräter galten. Wenn eine Gesellschaft sich versöhnen will, dann muss sie auch als antagonistische und pluralistische Gesellschaft und auch mit unserer Ost-West-Geschichte versuchen, sich mit sich selbst zu versöhnen. Das heißt, sie muss die Biografien ernst nehmen. Das ist, wie Roland Jahn gesagt hat, so ungeheuer wichtig, weil wir alle uns fragen, wie haben die Menschen in diesen Jahren gelebt, wie haben sie sich verhalten. Es geht mir nicht darum zu sagen, mit mehr oder weniger Schuld, sondern es geht um die Fragen, was will denn ich oder was haben denn meine Leute für eine Rolle gespielt.

Ich finde in dem Zusammenhang das Buch über den Sozialstaat der Nazis von Götz Aly ("Hitlers Volksstaat") außerordentlich wichtig. Er behandelt nicht die DDR. Er behandelt das systemtragende Alltagsverhalten ganz normaler Leute, die ihre Häuser reparierten, Konfirmation feierten, ihre Kinder zur Schule schickten, den Wehrdienst verweigerten oder nicht verweigerten. Diese Fragen liegen leider erst einmal im Schatten der Vergangenheit, aber die DDR ist natürlich nicht einfach nur vom Himmel gefallen. Wir sollten nicht nur ihre ideologischen und kommunistischen, sondern auch ihre geschichtlichen Wurzeln und die Bedingtheit ihres Entstehens betrachten und nicht aus dem Blick verlieren.

Ich habe die DDR als 16-Jähriger verlassen, jetzt bin ich 81. Aber ich habe sie nicht aus dem Blick verloren. Und ich finde, die Arbeit an der eigenen Geschichte, der Familiengeschichte und der Gesellschaftsgeschichte, muss ein Auftrag auch für solche Institutionen sein. Ich denke, wir werden morgen vielleicht noch ein bisschen mehr hören über die pädagogische oder bildende Vermittlung, damit die junge Generation ein bisschen mehr begreift als nur die Namen kennt: Das war die Stasi, das war die SS. Nein, Kinder müssen wirklich anhand von Lebenszeugnissen ein besseres Bild davon bekommen, wie die Leute gelebt haben. Und nicht nur mit Nostalgie: Wir hatten solche Autos, ihr solche Autos. Sondern anhand der Konflikte, die hier ja nun wirklich im Raum zum Greifen nahe sind bei allen, in den Biografien. Die sollten die jungen Leute zur Kenntnis bekommen, in einer Weise, die sie auch ein bisschen einsehbar macht.

Wolfgang Brinkschulte: Ganz herzlichen Dank für Ihre Einordnung, das würde ich gern so stehen lassen. Die Dame da hinten?

Frage aus dem Publikum: Ich spreche jetzt wegen der Mütterrente. Zu dem Zeitpunkt, als ich verhaftet wurde, war meine kleine Tochter ein Jahr und sieben Monate

alt, meine große Tochter drei Jahre alt. Ich war 19 Monate weg, ich bin offiziell rehabilitiert, habe auch meine rentenrechtliche Rehabilitierung. Jetzt mit der Mütterrente ab 2014 bekam ich die Information, dass ich für meine kleine Tochter nur 17 Monate Mütterrente – obwohl sie auf zwei Jahre erhöht wurde – bekomme, die anderen vier Monate nicht. Mit der Begründung, dass ich zu dem Zeitpunkt die Kinder nicht erzogen und betreut habe. Aber da war ich in Haft! Ich habe sofort Widerspruch eingelegt bei der Rentenversicherung, doch es blieb dabei. Ich habe jetzt unsern Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz gebeten, sich mit einzusetzen, dass dieses Gesetz für die Opfer, die rehabilitierten Mütter, renten- und strafrechtlich geändert wird, sodass wir diese Mütterrente voll bekommen. Ich habe heute mit ihm in Dresden gesprochen, er sieht keine Möglichkeit für eine Änderung.

Ich habe den Eindruck, dass wir Frauen und Mütter, die politisch verfolgt wurden, trotz Rehabilitation weiter hintendran gesetzt sind. Dass wir nicht diese Lobby haben wie die Männer. Ich sage es, wie es ist. Deshalb trete ich hier auch auf, damit wir Frauen zu unserem Recht kommen. Es betrifft auch viele andere, vor allem jüngere Frauen. Auch wenn sie vom Westen freigekauft wurden, habe sie das gleiche Problem wie ich. Das wollte ich der Öffentlichkeit zur Kenntnis geben.

Wolfgang Brinkschulte: Ich danke Ihnen sehr, dass Sie sehr persönlich auf diesen Vorgang aufmerksam machen, der Sie betrifft. Letztlich ist es ja eine Frage des politischen, behördlichen und Verwaltungsumgangs, da gibt es ja ganz offensichtlich ein ganz großes Regelungsdefizit. In der Einordnung sind wir uns hier alle im Saal einig. Herr Jahn, vielleicht eine kurze Zwischenfrage: Ist das etwas, das auch schon an Sie herangetragen wurde?

Roland Jahn: Solche Sachen werden immer wieder an mich herangetragen. Das ist ein Punkt, über den auch die Politik, eine Expertenkommission reden muss. Normalerweise könnte ich jetzt sagen, damit darf ich mich gar nicht beschäftigen, weil es gar nicht dem Gesetzesauftrag für den BStU entspricht. Das heißt, wir müssen hier Möglichkeiten schaffen, wohin man sich wenden kann. Man könnte sagen, die Landesbeauftragten sind in ihrer Zuständigkeit dafür verantwortlich, das voranzutreiben, die Landesbeauftragten haben da auch einen klaren gesetzlichen Auftrag. Dennoch nutze ich meine Möglichkeiten, mit der Politik zu reden und auf so etwas aufmerksam zu machen. Das sollten wir immer alle tun: Gelegenheiten nutzen und Entscheidungsträgern immer wieder deutlich machen, dass hier ein paar Menschen durch dieses durchaus gut geflochtene Netz immer mal wieder durchfallen. Und jeder Einzelne, der durchfällt, ist einer zu viel.

Wolfgang Brinkschulte: Gut, dass Sie uns alle hier darauf aufmerksam gemacht haben.



Frage aus dem Publikum: Finde ich ganz wichtig, dass es noch mal betont worden ist. Bloß, sie hat sich ja völlig richtig verhalten, sie hat sich an einen Bundestagsabgeordneten gewendet. Wer, wenn nicht er, müsste jetzt etwas tun! Das frage ich mich jetzt zu Recht.

Ich möchte gern noch einmal zu Prof. Gert Weisskirchen kommen, die Enquete-kommission. Der Beginn war gar nicht euphorisch! Ich weiß noch, dass ich als Abgeordnete mit einer argentinischen Gruppe zusammenkam und sie fragte, wie sie dort ihr Unrecht aufgearbeitet haben. Da kam die Antwort, sie hätten einen Ausschuss gegründet und das aufgearbeitet. Daraufhin habe ich eine Mitarbeiterin gebeten zu recherchieren, was man im Bundestag machen kann. Sie sagte, wir könnten eine Enquetekommission gründen. Daraufhin habe ich unsern Chef angeschrieben, er hat es abgelehnt und gemeint: "Nö, SED, das ist überhaupt nicht nötig." Ich solle mal schweigen. Das habe ich nicht gemacht, sondern mich an Rainer Eppelmann von der CDU und an Gerd Poppe vom Bündnis '90 gewandt, die haben das dann eingesetzt. So ging es los, es sollte erst gar nicht möglich sein. Aber es ist eine tolle Arbeit daraus geworden, das möchte ich betonen.

Zweitens zu den Opfern, die wurden jahrelang verhöhnt, wir haben es eben am Beispiel der Mütterrente gehört. Wenn ich nur an die Kinderheimkinder denke, an die Spezialkinderheime, an die Zwangsadoptionen. Erst im vorigen Jahr hat eine junge

Frau, die sich dafür engagierte, auch mal die Goldene Henne dafür bekommen. Sonst wurde 20 Jahre zu diesem Thema geschwiegen.

Noch was zur juristischen Aufarbeitung. Rudolf Wassermann – ich bin da bisschen anderer Auffassung als Sie, Herr Marxen - hat nicht die Instrumente kritisiert, er war ja Oberlandesgerichtspräsident in Hessen, sondern er hat glaube ich gesagt, die westdeutschen Richter verzeihen den ostdeutschen Tätern das, was die ihnen nicht angetan haben. Und das können wir als Opfer nur bestätigen. Ich habe als Schöffin folgende Erfahrung gemacht: Im vorigen Jahr wurde ein Angeklagter am Gericht Berlin zu einer Geldzahlung verpflichtet. Daraufhin habe ich vorgeschlagen, das an den Verband politisch Verfolgter zu überschreiben. Daraufhin sprach mich der Staatsanwalt an, wieso ich jetzt von politisch Verfolgten spreche. Ich sagte, es waren über 250 000, die im Gefängnis gesessen haben. "Ach", sagte er, "bei uns im Westen gab es auch politische Häftlinge." "Was", sage ich, "meinen Sie jetzt die Prozesse gegen Leute, die in der kommunistischen Partei waren?" "Ja", sagt er. Aber das waren öffentliche Prozesse, die Leute hatten Rechtsanwälte und alles. "Ja", sagt er, "aber die wurden auch abgehört." Das war die Meinung eines Staatsanwalts. Ich muss Ihnen sagen, ich war entsetzt. Und wenn das der Kenntnisstand unserer Richter und Staatsanwälte ist, dann wird mir angst und bange.

Noch was zu Frau Kaminky, ich finde es ganz toll, dass Sie was zur Kommunismusaufarbeitung machen. Was ich erlebe, ist Folgendes: Gestern hat mir ein ehemaliger Häftling, der in psychischer Haft war, gesagt, er habe erkannt, die Täter bereuen nichts, aber sie beklagen ihr Schicksal. Kann ich nur bestätigen. Und ich habe erlebt, dass die Täter die 3V-Strategie anwenden: Erstens Verschweigen. Wenn das nicht hilft, Verleugnen, Beschönigen. Und drittens Verleugnen derjenigen, die die Wahrheit sagen. Wenn man nicht dagegen vorgeht, haben wir bald wieder den Kommunismus auf Erden.

Gert Weisskirchen hat aufgefordert, was wir alles machen sollen. Das geht aber nur, wenn wir ein Prinzip haben wie in England, wo es direkt gewählte Abgeordnete gibt, und nicht wie bei uns die Parteilisten voll sind mit Leuten, die alles abnicken. Dann können wir gar nichts machen, das ist meine Ansicht dazu.

Und zum Schluss, die LINKE ist nach wie vor Rechtsnachfolger der SED. Das hat sie vor dem Landgericht Berlin bekannt. Sie können sie heute auch wieder als SED bezeichnen. Gerade hat jemand auf dem Podium gesagt, die SED gebe es nicht mehr. Es gibt sie nach wie vor.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen herzlichen Dank, ich würde das Wort gern weitergeben.

Frage aus dem Publikum: Ich höre hier ständig Auseinandersetzung mit der Ver-

gangenheit, damit wir Zukunft gewinnen können und wissen, was wir an der Demokratie haben. Habe ich richtig verstanden, dass in der Schule, im Lehrplan überhaupt nicht die Rede ist von der Beschäftigung mit der DDR? Das kann doch wohl nicht sein. Habe ich mich verhört? In meiner Abiturientenzeit, 19 Jahre nach 1945, ich weiß noch, uns stand die Beschäftigung mit dem Dritten Reich bis hier oben, weil wir dazu verdonnert wurden. Ich weiß, wie fern mir das war und dass es für mich eine mythologische Vergangenheit war, die mit mir wenig zu tun hatte. Das lag aber daran, dass uns die Lehrer etwas aufdrückten, das mit unserer Lebenswirklichkeit nichts zu tun hatte. Deshalb kann ich es nur für gut befinden, dass Sie Jugendliche mit Lebensbildern konfrontieren. Das muss im Unterricht passieren. Es kann doch nicht sein, dass dieses wichtige Kapitel der Geschichte einfach ausgeklammert wird. Ich kann es nicht fassen.

Dr. Anna Kaminsky: Sie werden heute in der Bundesrepublik in jedem Lehrplan das Thema DDR finden. Das heißt aber nicht, dass es auch unterrichtet wird. Wir als Stiftung setzen uns seit einigen Jahren dafür ein, dass das Thema DDR oder "Zweite Diktatur" Prüfungsthema wird. Denn nur, wenn es Prüfungsthema ist – und das bestätigen uns viele Lehrer –, wird es auch unterrichtet. Wir erleben bei unseren Gruppen 60 Prozent der Schüler, die sagen, wir hatten das Thema in der Schule, wenn auch nur kurz. 40 Prozent sagen, sie hätten noch nie was davon gehört. Da will ich jetzt aber gar nicht mal Schule kritisieren. Sondern in den vergangenen Jahren ist die Gymnasialzeit von neun auf acht Jahren verkürzt worden, bei gleich viel Stoff. Für den Unterricht ist also weniger Zeit. Zudem ist die Stundentafel beim Fach Geschichte gekürzt worden. Und da Geschichte chronologisch gelehrt wird, ist völlig klar, irgendwann ist das Schuljahr zu Ende, aber man hat noch eine Menge Stoff übrig. In der Regel ist es das, was chronologisch am Ende kommt.

Es gibt aber auch eine andere Entwicklung. In Berlin und Brandenburg soll, und das halte ich für bedenklich, das Fach Geschichte mit Sozialkunde und Geografie zu einem Fach zusammengelegt werden. Die Schüler sollen auch schon in der fünften und sechsten Klasse, ebenso in der siebten und achten Klasse keinen chronologischen Einblick mehr in die historische Menschheitsentwicklung bekommen, sondern Längsschnittstudien. Das Thema DDR kommt dann vor allem mit zwei Themen vor. Einmal der Gleichstellung von Mann und Frau, zum anderen bei "Flucht im Laufe der Zeit". Flucht aus der DDR wird da als Thema mit angeboten. Die Reform der Lehrpläne ist aber jetzt gestoppt worden, weil es massive Proteste von Lehrern und Bildungsfachleuten gab. Man kann jetzt gespannt sein, was nun bei der Reform der Reform herauskommt. Unser Ziel ist es zu sagen, unter den mögli-

chen Prüfungsthemen muss ein Thema der deutschen Nachkriegsgeschichte und der kommunistischen Diktatur sein.

Frage aus dem Publikum: Herr Jahn, ich möchte Ihnen helfen. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Herrn Gysis Lieblingstruppe, die Abteilung XX, die müssten Sie mal in der Bundesrepublik präsent machen, sodass diese 15- bis 20 000 Mitarbeiter einmal zu ihrer Tätigkeit Stellung nehmen. Wieso die für diesen SED-Staat, in welcher Form auch immer, gearbeitet haben, kein Unrechtsbewusstsein entwickeln und uns hier in eine Ecke stellen, als würden wir unberechtigterweise wollen, dass sich jemand mit unserer Geschichte befasst. Das ist die Geschichte der Bundesrepublik, des Nachkriegsdeutschland. Sie wissen besser als ich, wie viele dort drüben für die Stasi gearbeitet haben. Warum kann das nicht aufgearbeitet werden. Ist das juristisch nicht möglich? Die denken immer, das ist ein Kapitel, das nur uns hier etwas angeht. Ich bitte Sie, Mittel und Wege zu finden, dass da drüben einmal diese Mitarbeiter, ich will ja nicht sagen, Täter, Stellung nehmen dazu, wie und warum sie in einem demokratischen System wissentlich persönlich dafür gearbeitet haben, dass dieses SED-Unrecht erhalten blieb. Roland Jahn: Ganz kurz nur, natürlich, Sie haben vollkommen Recht, die Aufarbeitung der Tätigkeit der Staatssicherheit ist eine gesamtdeutsche Angelegenheit. Wir tun, was unseren Möglichkeiten entspricht. Wir sind mit unserer Wanderausstellung in den westlichen Bundesländern unterwegs, und in jedem Ort, in dem wir zu Gast sind, zeigen wir unsere Grundausstellung, ergänzen aber das Ganze um regionale Tafeln, auf denen wir klar und deutlich benennen, wie Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben. Außerdem haben wir Forschungsprojekte zur Aufklärung darüber, wie die Stasi in Richtung Westen gearbeitet hat, nur gibt es ein Problem. Viele Akten sind vernichtet worden. In dem Sinne müssen wir mit dem arbeiten, was da ist. Aber Sie können sicher sein, wir verlieren das Thema nicht aus dem Auge.

Wolfgang Brinkschulte: Jetzt die Dame hier vorn bitte.

Frage aus dem Publikum: Es ist die Frage nach dem Umgang mit den Akten gestellt worden. Genau das ist das Problem. Mein Mann kennt seinen Vater nicht. Der ist im Krieg geblieben und mein Mann war zu klein, um sich an ihn erinnern zu können. In den Akten steht aber, dass sein Vater ihn beim Hetzen unterstützt habe. Wenn die Enkel das lesen, die ja vielleicht keinen Bezug mehr zu uns haben, dann lesen sie Dinge, die nicht stimmen. Sie erfahren zum Beispiel, dass ihr Großvater, mein Mann, Katholik war und auch so aussah. Mein Mann ist aber nicht Katholik, sondern evangelisch. Diese Defamierungen gehen weiter. Mein Mann sei Alkoholiker. Wenn ihn jemals jemand betrunken gesehen hat, den gibt es nicht. Unser Sohn und

unsere Freunde lachen darüber. Aber wenn die Enkel das lesen, erfahren sie etwas Falsches.

Dann mit dem Zersetzen. Wieso kann das nicht bearbeitet werden? Es gibt Gesetze gegen Verleumdung, ich glaube, das nennt sich dann "üble Nachrede". Ich finde, das könnte man schon, wenn man es wollte.

Wolfgang Brinkschulte: Danke. Herr Jahn noch einmal und dann Herr Marxen.

Roland Jahn: Eines muss man klar feststellen: Die Stasi-Akten sind nicht der Garant der Wahrheit. Sondern sie sind eine Quelle, die eingeordnet werden muss. Beschriebenes Papier aus der Sicht der Stasi-Offiziere. Das gilt es zu benennen. Trotzdem haben sie eine hohe Glaubwürdigkeit, insgesamt! Denn sie waren die Arbeitsinstrumente der Stasi, die den Apparat haben funktionieren lassen. Das gilt es immer wieder zu beachten, das hat alles ineinandergegriffen. Deshalb sind die Stasi-Akten heranzuziehen über das, was gewesen ist. Aber es gilt natürlich, alles insgesamt zu betrachten und einzuordnen.

Was die Enkel betrifft, Frau Kaminsky hat es auch schon angesprochen, das ist eine besondere Thematik, die sehr in Ruhe betrachtet werden muss. Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit zur Akteneinsicht geschaffen, weil es viele Fälle gibt, in denen sie für die Aufarbeitung von Familiengeschichte wichtig ist. Gerade in Richtung Rehabilitierung ist es wichtig, dass ein Enkel weiß, der Großvater war kein Krimineller, sondern hat sich für Demokratie und Freiheit eingesetzt. Auch das ist ein Gewinn bei einer Akteneinsicht. Und das möglich zu machen, war das Ansinnen des Deutschen Bundestages.

Sie können sicher sein, dass auch bei der Herausgabe der Akten an Angehörige von Verstorbenen bestimmte Sachen geschützt werden. Es gibt schutzwürdige Interessen, die klar und deutlich definiert sind. Und diese Informationen werden nicht herausgegeben. Man kann nicht nach Belieben intime Dinge verbreiten. Wie das in der Zukunft gehandhabt wird, ist noch eine andere Frage, aber eines ist doch klar: 30 Jahre nach dem Tod können die Forscher in die Akten schauen, also sollten auch Verwandte die Möglichkeit haben, Familiengeschichte aufzuarbeiten. Wenn man die weiter nachfolgenden Generationen dann noch in den Blick nimmt: Es ist immer wichtig, Familiengeschichte möglichst weit zurückverfolgen zu können.

Wolfgang Brinkschulte: Herr Marxen, möchten Sie ergänzen?

Prof. Dr. Klaus Marxen: Zunächst eine juristische Bemerkung. Es kann natürlich sinnvoll sein, sich in einer Angelegenheit wie der Mütterrente an die Bundestagsabgeordneten zu wenden. Was dabei herauskommt, ist eine andere Frage. Das erste Wichtige wäre, dass man einen Rechtsweg ausschöpft, wenn das irgendwie machbar ist. Das kann zwar Geld kosten. Aber Sie haben einen Bescheid bekommen, Sie

haben Widerspruch eingelegt, es besteht die Möglichkeit, gegen die Ablehnung den Rechtsweg einzuschlagen. Wenn es irgendwie machbar ist, würde ich immer dazu raten, das zu versuchen, sich gut anwaltlich beraten zu lassen und dann bis zur letzten Instanz durchzugehen. Was die Kostenfrage betrifft, so wäre es gut, wenn es Institutionen gäbe, die solche Klagen unterstützen, und dann möge es das Bundesverfassungsgericht sein, dass schließlich über eine solche Sache entscheidet.

Die SED gibt es nicht mehr, habe ich gesagt. Natürlich habe ich damit gemeint, dass es die im Begriff des SED-Unrechts bezeichnete historische SED nicht mehr gibt. Dass die SED "fortwest" im anderen Gewande, wollte ich damit überhaupt nicht bestreiten.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Herr Professor Marxen! Bitteschön.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte zwei Sachen anbringen. Ich vermisse in der ganzen Diskussion die Rolle der Sowjetunion. Der Kommunismus ist angesprochen worden. Aber wenn wir von Unrecht sprechen, müssen wir auch wissen, es ist immer im Gravitationsfeld der russischen Besatzung passiert. Die Bayern, die sich darüber hinwegsetzen, können froh sein, dass die Russen dort nicht einmarschiert sind mit allem, was Drum und Dran passiert ist. Wir wissen, dass auch noch nach 1949, als es die SED und die DDR-Regierung gab, russische Militärgerichte auch Deutsche abgeurteilt haben, 25 Jahre Haft. Erst 1954 kam es aufgrund von einem Moskauer Erlass zur Amnestie. Die Russen hatten hier lange Einfluss, bis Gorbatschow die Wende möglich machte. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir hier die Rolle der Sowjetunion und der Besatzungsmächte insgesamt mitbeleuchten.

Der zweite Punkt: SED-Unrecht ist kurz gefasst, es geht um DDR-Unrecht. Wir wissen, schon nachdem wir besetzt wurden, dass Bodenreformen Enteignungen waren. Aber auch nach dieser Zeit sind viele auch materielle Unrechte geschehen. Nicht nur dass Leute eingesperrt wurden oder Berufsverbot bekamen, sondern bis 1989 haben verschiedene Leute auf ihr Erbe verzichtet, das über Generationen schwer erarbeitet wurde. Nicht der DDR oder dem Kommunismus zuliebe, sondern weil sie erpresst wurden. War rechtlich richtig, die Ausschlagung des Erbes, aber die Nutznießer, das war nicht nur die SED. Das waren Behörden wie eine Stadt Bautzen, ein Kreis oder ein Land. Und wenn die Treuhand ab 1990 für eine Mark Vermögen von Privatleuten verschleudert hat, dann muss man das insgesamt auch genau mitbetrachten. Ich denke, wir sollten nicht nur die Stasi-Akten offenhalten, sondern auch die Grundbücher. Und ich hoffe, dass in einigen Jahren ein Gesetz kommt, das eine Entschädigung auch in diesem Bereich ermöglicht.

Prof. Gert Weisskirchen: Zum ersten Punkt. Das zeigt, dass hier bislang eine Lücke ist, die noch nicht adäquat geschlossen ist, nämlich die internationalen Verflech-

tungen und insbesondere auch die Frage, wie die Behörde von Roland Jahn ihre Fähigkeiten, ihre Expertise weitergeben kann. Da gibt es ja schon eine ganze Reihe von Möglichkeiten, ein Netzwerk in all jenen Staaten zu entwickeln, in denen es vergleichbare Einrichtungen wie die Stasi gab. Das ist eine zukünftige Aufgabe, die bereits begonnen hat, aber die noch längst nicht erfüllt ist.

Wolfgang Brinkschulte: Vielen Dank, Herr Weisskirchen. Das Stichwort "nicht erfüllt", meine Damen und Herren, ist für diese Art von Diskussion immer sinnstiftend: Wir können nicht alle Fragen diskutieren. Einige sind noch nicht angesprochen worden, aber wir werden dazu hier noch Gelegenheit haben und natürlich in den weiteren Bautzen-Foren. Ich darf an dieser Stelle dem Podium danken und möchte gern schließen mit einem Zitat von Rainer Eckert, der einmal an dieser Stelle gesagt hat: "Das Erbe von Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur gehört in das Gedächtnis der deutschen Demokratie. Die Bayern müssen begreifen, dass die Friedliche Revolution Teil ihrer Geschichte ist, und die Bautzener müssen wissen, dass das Grundgesetz im positiven Sinne auch ihre Sache ist." In diesem Sinne denke ich, dass das Bautzen-Forum einen sehr positiven Beitrag geleistet hat, und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit, für Ihre Geduld und wünsche Ihnen noch einen inhaltsreichen guten morgigen Tag. Vielen Dank.



ZEITZEUGENGESPRÄCH

Widerstand im Alltag der SBZ und der DDR

Gesine Oltmanns, Jochen Stern, Wolfram Tschiche, Prof. Dr. Harald Wagner Moderation: Lutz Rathenow

Lutz Rathenow: Guten Morgen, meine Damen und Herren, liebe Kameraden, ich begrüße auch alle Gäste, natürlich den Veranstalter, alle, die daran mitwirken, dass jedes Jahr dieses wichtige Treffen, dieses Forum zur Aktivierung, zum Austausch über die dunklen Seiten der DDR-Vergangenheit stattfindet. Jetzt wollen wir uns konkret mit Personen, mit Zeitzeugen befassen, die Handelnde in der damaligen Zeit waren und vom Widerstand im Alltag der SBZ und der DDR berichten können. Neben mir sitzt Gesine Oltmanns, Bürgerrechtlerin, heute arbeitet sie auch in der Stiftung Friedliche Revolution und an vielen Orten und in Gremien für ein

Management der Aktivierung der kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte und deren Echos im Heute. Auf der anderen Seite von ihr sitzt Wolfram Tschiche, Bürgerrechtler, politischer Bildner, Philosoph, wegen oppositioneller Tätigkeit auch inhaftiert. Dazu kommen wir später, denn im Zwiegespräch mit jedem werden die Menschen, die hier sitzen, näher vorgestellt, und am Schluss öffnen wir das Podium.

Gleich mehr hören werden Sie von Jochen Stern, Schauspieler und vom sowjetischen Geheimdienst wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer Spionageorganisation verurteilt. Doch zuerst soll das Podium vollständig vorstellt sein, Professor Dr. Harald Wagner von der Evangelischen Hochschule in Dresden mit einer lebendigen, vielfältigen, aktiven Vergangenheit, die auch eine politische Inhaftierung in der DDR einschließt.

Normalerweise heißt es "Ladies first", dagegen verstoßen wir jetzt. Wir machen es umgekehrt von der Schönheit des Alters zur Schönheit der Jugend, deswegen zuerst Jochen Stern zu meiner Rechten. Denn wir sitzen hier in Bautzen.

Jochen Stern saß hier in Bautzen, und nicht in einer Gaststätte, sondern an dem Ort, den so viele von Ihnen schmerzlich erleiden mussten, in Haft. Er ist geboren 1928 – in so vorgerücktem Alter darf man das dann gern sagen. In Frankfurt an der Oder besuchte er die Volksschule und das Gymnasium. Nach seiner kurzen Zeit als Luftwaffenhelfer im Zweiten Weltkrieg trat er 1946 einer Partei bei, die ich hier erwähnen darf, weil sie faktisch im parlamentarischen Betrieb keine Rolle mehr spielt, die Liberal-Demokratische Partei. Aufgrund seines Engagements für diese Partei wurde Jochen Stern im Jahr darauf vom sowjetischen Geheimdienst in Berlin verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit in der JVA Bautzen verurteilt. Also ein Urteil, wie man es in den 1980er-Jahren wahrscheinlich nicht mehr gefällt hätte. 1954 nach Westdeutschland entlassen, holte er das Abitur nach, studierte Rechtswissenschaft in Göttingen. Er wohnt seit 1957 in Bonn und seit Kurzem auch wieder in Frankfurt an der Oder. Er ist Ihnen wahrscheinlich bestens als Schauspieler bekannt, aus Filmen, Fernsehen, dazu ganz am Schluss noch.

Jetzt erklären Sie uns doch bitte einmal, Herr Stern, wie es dazu kam, dass Sie wegen des Engagements für diese Partei zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden. Was passierte, was haben Sie gemacht?

Jochen Stern: Ich möchte Sie auch erst einmal, meine Damen und Herren, meine liebenswerten Knastologen, ganz herzlich begrüßen und freue mich, dass ich Gelegenheit habe, einmal über einen Personenkreis zu sprechen, der in der Vergessenheit unserer Zeit noch einmal gesondert vergessen wird. Ich meine damit alle jene, die in den Jahren 1945 bis 1949 zur Gründung der DDR die Grundlagen dafür geschaffen

haben, sowohl was den Aufbau innerhalb der späteren DDR anbelangt als auch den Widerstand.

Ich habe damals als Junglehrer, der ich 1946 wurde, unter einem gewissen Zwang gestanden. Man sagte uns: "Wenn ihr die Jugend unterrichten wollt, müsst ihr Vorbild sein. Dazu müsst ihr auch in Eurem Privatleben Farbe bekennen. Ihr müsst politisch wirksam sein." Da ich schon bald merkte, was Marxismus-Leninismus bedeutet, entschloss ich mich, der damaligen Liberal-Demokratischen Partei beizutreten, und tat das am 1. Juli 1946. Da ich der jüngste Teilnehmer des Lehrerkurses war, versicherte mir der damalige Schulrat: "Das bedaure ich außerordentlich. Ich hätte gern Genosse zu Ihnen gesagt." Ich sagte: "Mir tut es leid, aber wir sind hier in der SBZ in einer Aufbausituation." Inzwischen war die SPD mit der KPD zur SED fusioniert und ich sagte: "Wir haben hier drei demokratische Parteien. Und da habe ich mich entschlossen, für die LDP tätig zu sein."

Ein demokratisches Verhalten ohne Freiheit bedeutet die Entmündigung des Bürgers. Und das hat zumindest zur Folge, dass man in einen Widerspruch gerät. Und dieser Widerspruch mündet dann in einen Widerstand. Das möchte ich überschreiben für das, was sich dann in meinem persönlichen Bereich entwickelt hat. Man wurde selbstverständlich auch schon beobachtet. Wir waren sehr naiv, wir waren jung, wir waren idealistisch. Wir sagten: "Das war der Strich, jetzt kommt der Aufbau in allen Besatzungszonen, wir wollen nun ein völlig befreiendes Leben entwickeln." Und da kam schon die Einschränkung, wir merkten das, alltäglich.

Man sollte nicht vergessen, dass die Grundlage für all das, was später in der DDR bekannt wurde, Stasi, Parteien, Blockparteien, in diesen vier Jahren der SBZ geschaffen wurde. Ohne diese vier Jahre hätte es in der DDR nicht diese Entwicklung gegeben.

Wir hatten schon die K5, das waren die Anwärter für die spätere Stasi, die extra ausgebildet wurden. Auch bei meiner Verhaftung war ein K5-Mann dabei. Drei sowjetische Soldaten, ein Offizier. Die bedienten sich dann in meinem Schlafzimmer. Von den Sowjets wurde man ja meistens zwischen halb vier und halb sechs Uhr morgens verhaftet, denn meistens schlafen dann die Delinquenten und die Opfer. Da stand ein K5-Mann dabei. Und als meine Großmutter auf ihn zuging und sagte: "Wie können Sie zulassen, dass mein Enkel verhaftet wird!", da stand er da und sagte nichts, überhaupt nichts. Es war ihm wahrscheinlich irgendwie peinlich. Ich wurde dann von den sowjetischen Soldaten und dem Offizier erst einmal in eine Dependence des NKWD in Frankfurt an der Oder gefahren und musste die ersten Stunden in einem Kellerverlies verbringen. Als man meine Tür aufriss und mich fragte: "Bist du Pietsch?", sagte ich: "Nein, ich bin nicht Pietsch", und glaubte lange,

dass eine Verwechslung vorliege. Dann wurde ich mit 13 anderen nach Potsdam transportiert. Ich fuhr seltsamerweise in einem alten deutschen BMW, während die anderen gefesselt auf der Ladefläche eines LKWs saßen. Warum ich die Ehre hatte, stellte sich dann später heraus. Ich war nämlich verdächtig, zwischen Stettin und Görlitz eine Großspionageorganisation aufgebaut zu haben. Mit 17 Jahren – das wäre immerhin eine vollendete Leistung gewesen. Das ging dann auch durch die Protokolle. Ich hatte das Glück, dass ich später sämtliche Originalprotokolle aus meinem Fall bekommen habe, sodass ich also weiß, was da gelaufen ist. Vielleicht so viel erst einmal.

Lutz Rathenow: Woher haben Sie die Originalprotokolle bekommen?

Jochen Stern: Die habe ich durch einen russischen Offizier bekommen, nach dem Prinzip Leistung, Gegenleistung. Wenn ich Ihnen schildere, wie das war, werden Sie sagen, das kann ja nicht möglich sein. Der Vermittler sagte zu mir: "Du, pass auf, da hängt ein Beutel an der Türklinke, da legst du das Geld rein. Daneben hängt ein anderer Beutel, da sind die Unterlagen drin." Und so ging der Wechsel vonstatten. War wunderbar. Endlich mal eine Konspiration, die ich nachholen konnte! Aber das war viel später.

Nach der Verhaftung kam es zur Anklage, ich habe fast ein Jahr in U-Haft in der Lindenstraße in Potsdam gesessen. Das waren für mich die allerschlimmsten Monate. Obwohl Bautzen keineswegs ein Vergnügungspalast war. Aber ich habe natürlich alles durchmachen müssen, Folter, Schläge, Karzer, das ganze bunte Spiel der Russen. Dann wurde ich durch ein militärisches Tribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit und Erziehungslager verurteilt, das war damals so die gängige Zahl an Jahren. Warum? Spionage, antisowjetische Propaganda, illegale Gruppenbildung nach dem berühmt-berüchtigten Paragrafen 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches. Dann folgten 14 Tage Sammelzelle, Warten auf den Transport. Schließlich ging es nach Bautzen ins Gelbe Elend. Wobei wir vorher natürlich nicht wussten: Kommen wir nach Russland, was geschieht überhaupt mit uns?

Lutz Rathenow: War das eine Erleichterung, "nur" nach Bautzen zu kommen?

Jochen Stern: Ja. Wir hatten ein gewisses Stadium erreicht, in dem wir sagten: "Jetzt ist Schluss. Ich kann es körperlich und mental nicht mehr durchhalten." Einer von uns war schon so drangsaliert worden, dass er starb. Wir alle waren in einer Situation, dass wir unser eigenes Todesurteil unterschrieben hätten. Dieses Malträtieren, dieses ungeheuerlich unmenschliche Verhalten der Ermittler und Untersuchungsrichter, das war wirklich das Grausamste, was man sich vorstellen kann. Und deswegen waren wir zufrieden, dass jetzt ein Schlussstrich unter die Untersuchungshaft gezogen wurde und wir in ein Lager kamen. Was wir uns darunter vor-



stellten, kann ich heute gar nicht mehr sagen. Wir hofften nur wegzukommen aus dieser unheimlichen und unmöglichen Situation.

Lutz Rathenow: Meine Damen und Herren, Sie können Jochen Sterns Erlebnisse in Büchern nachlesen, er ist auch Buchautor. Ich kann seine "Wendezeit oder: Die Sehnsucht nach Revanche" nur empfehlen. Ganz neu ist erschienen "Und der Westen schwieg: SBZ/DDR 1945 bis 1975". Ich möchte aber noch einmal zum Thema unseres Podiums zurückkommen: Widerstand im Alltag der SBZ und der DDR. Nun könnte man ja sagen, der Knast hat auch seinen Alltag. Er ist nicht außerhalb, sondern es gibt einen Alltag im Gefängnis, das gehört auch zur Alltagskultur, das ist keine Freizeitkultur. Aber war es denn im Nachhinein betrachtet – die Frage werden Sie sich häufig schon gestellt haben – wirklich nur eine Kette von einigen Zufällen und der bösartig wachsame Blick des NKWD, der ständig auch Abschreckungsverhaftungen vornahm? Oder gab es einige konkrete Verdachtsmomente, bei denen Sie sagen würden, wegen dieses Gespräches, dieses Dialogs, wegen dieser Sache könnte es zu der Verhaftung gekommen sein. Oder wie erklären Sie sich das, was geben die Akten wieder?

Jochen Stern: Nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED begann ein Wahlkampf. Im Herbst 1946 standen Kommunal- und Landtagswahlen an. Das damalige Bild der Besatzungszone entsprach ländermäßig dem, wie wir es heute haben. Die

DDR hat ja dann Bezirke eingerichtet, 15 plus 1. Der Wahlkampf war von den Verantwortlichen, vor allem der SED, natürlich so gestaltet, dass sie versuchten, die Mehrheit zu bekommen. Die Innenstadt von Frankfurt an der Oder war fast vollständig zerstört, wir hatten nur einen Versammlungssaal, das Bellevue, und da traten all die Großen der einzelnen Parteien auf: Ulbricht, Pieck, Grotewohl, dann Kaiser, Lemmer von der CDU und Külz, das war damals der Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei, die damals noch LDP hieß. LDPD kam erst viel später.

Dieser Wahlkampf war für uns etwas ganz Neues. Wir konnten damals über die Probleme diskutieren, die natürlich Alltagsprobleme waren. Viele haben noch gehungert. Da fing das Ranking schon an, wer besondere Lebensmittelkarten bekam. Das war alles genau eingeteilt. Wir Lehrer waren eine besondere Spezies, die schon ein besseres Ranking bekam. All diese Dinge, die sich dann politisch entwickelten, kumulierten in Richtung der Wahl. Es gab richtig heftige Auseinandersetzungen. Wenn die Parteivorsitzenden gesprochen hatten, gab es auch Diskussion. Man meldete sich und sprach Dinge an, die selbstverständlich im Widerspruch standen zu dem, was A als Anweisung von der Sowjetischen Kommandantur in Karlshorst kam und B natürlich auch schon Leitlinie der SED war.

Schon damals merkten wir, dass wir als sogenannte bürgerliche Partei eigentlich auch in die Linie eingereiht werden sollten und mussten, die später im antifaschistischen Aktionsblock endete. Der erste Vorsitzende der CDU in Frankfurt an der Oder beispielsweise begleitete mich bei meiner Verhaftung. Der saß auf der Ladefläche des LKWs. Dann wurde der zweite Vorsitzende verhaftet. Und ein paar Monate später wurde der bisherige Ehrenvorsitzende, der inzwischen wieder Vorsitzender der CDU geworden war, ein jüdischer Mitbürger, regulär aus der Stadt hinausgejagt. Das muss man sich einmal vorstellen.

Worauf ich hinauswill: Die Köpfe der bürgerlichen Parteien wurden damals schon umzingelt. Viele, die dann später in den Westen flüchteten – das waren ja nicht die Schlechtesten, ich spreche jetzt von der parteipolitischen Situation –, die waren dann weg. Und was übrig blieb, waren Leute wie Gerald Götting oder in der LDP Manfred Gerlach, der dann der letzte Staatsratsvorsitzende wurde. Diese Leute passten sich selbstverständlich hundertprozentig an und verfolgten die Linie des antifaschistischen Aktionsblocks weiter.

Für die Vorbereitung der Gründung der DDR musste man die Widerständler natürlich eliminieren. Denn wenn diese Leute nicht mehr da waren, schien es eine ganz einfach Sache zu sein. Das war die Zweideutigkeit davon, dass man hatte seinerzeit im Juni und Juli 1945 vier Parteien in der SBZ zugelassen. Das war reiner Etikettenschwindel. Offiziell gab man den bürgerlichen Parteien die Chance, sich

selbstverständlich demokratisch zu entwickeln, aber gleichzeitig war das NKWD natürlich Mitbewohner, um festzustellen, wo sich vermutliche oder wirkliche Widerstandskreise entwickeln. In diesem ganzen Wahlkampf wurde das ganz besonders forciert. Schon damals waren – was ich erst später erfuhr – Spitzel unterwegs, die der Kommandantur und dem NKWD alles "Verdächtige" berichteten. Das war der Ansatz dafür, dass wir später verhaftet wurden.

Lutz Rathenow: Also wurden im Grunde Leute ausgeschaltet, um Parteien als Alibi oder Placebo zu erhalten, die Menschen darin aber als unabhängig arbeitende Kräfte zu eliminieren.

Jochen Stern: Richtig.

Lutz Rathenow: Wir kommen schon zur letzten Frage in unserem Zwiegespräch. Noch mal zu Bautzen, Alltag in der SBZ und der DDR. Sie waren lange dort, Sie haben den Wechsel von der SBZ zur DDR als Häftling in Bautzen erlebt. Hat sich damals etwas in der Alltagskultur eines politischen Häftlings – die man vielen von Ihnen wirklich nicht nahebringen muss, von der Sie viel zu viel erleben mussten – verändert?

Jochen Stern: Nein, eigentlich überhaupt nicht.

Lutz Rathenow: Das ist eine klare Antwort. Wir kommen zu Harald Wagner. Da zitiere ich jetzt mal, weil ich seine Biografie nicht so gerafft wiedergeben kann, aus dem Buch "Wer ist wer in der DDR": Geboren in Altenburg, Sachsen, in einer Bauerfamilie, ländlicher Raum. Ausbildung zum Landmaschinen- und Traktorenschlosser in Waldenburg, Abitur in Glauchau, Wehrdienst, Studium der Sportwissenschaften an der DHfK Leipzig, anschließend bis 1980 Lehrer im Hochschuldienst an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Seit 1972 aber schon verschiedene politische Aktivitäten in verschiedenen oppositionellen Gruppen. Das hat sich in den 1970er-Jahren in neuer Intensität an verschiedenen Orten der DDR entwickelt. Er war da in Zirkeln, beschaffte verbotene Literatur, seit 1978 intensive Überwachung durch das MfS - da sind dann sicher auch die Akten vorhanden - und 1980 nach Paragraf 106, "Staatsfeindliche Hetze", zu einem Jahr Haft verurteilt. U-Haft in Leipzig, Strafvollzug in Brandenburg, also nicht hier in Bautzen, und nach der Entlassung aber, wie es Ihnen in Bautzen nach einer Entlassung genauso passiert wäre, in der DDR Berufsverbot. Heizer an der Karl-Marx-Universität, also wo er vorher Hochschullehrer war. Dann Studium der Theologie am Theologischen Seminar in Leipzig, das ist dann schon wieder eine spezielle Möglichkeit, die es so nur in der Kirche gab. Anschließend Vikar, Katechet, Mitbegründer des Arbeitskreises Solidarische Kirche, Mitglied in dessen Koordinierungsgruppe, Mitbegründer der Zweidrittelweltgruppe Ökumene und Gerechtigkeit, damit dann

auch Mitgestalter der Leipziger Friedensgebete, zahlreiche Veranstaltungen, Vorträge, Publikationen, ich kürze jetzt etwas ab. Auf jeden Fall lehrt er an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit in Dresden, Promotion, Professor für Soziologie an der bereits genannten Schule.

Der Alltag in der DDR ist vielleicht auch geprägt von der Vorstellung, dass einem so etwas passieren könnte, wenn man zu frech wird, zu kühn, wie es Jochen Stern passiert ist. Bautzen – was spielte die Angst vor der Haft für einen heranwachsenden, sich politisierenden Menschen für eine Rolle. War das, bis Sie verhaftet wurden, ein Thema?

Prof. Dr. Harald Wagner: Ich möchte Sie noch herzlich begrüßen. Mit gemischten Gefühlen sitze ich hier oben, mit diesem Blick in die Vergangenheit. Aber zuallererst bin ich einmal dankbar. Wer gestern Abend das Stück von Erich Loest gesehen hat: Es hätte ja auch anders ausgehen können, dann würden wir alle nicht hier sitzen. Sie nicht da unten, ich nicht hier oben. Wir wären vielleicht in irgendwelchen Lagern oder sonst irgendwo. Insofern schaue ich mit großer Dankbarkeit auf die Ereignisse zurück. In der DDR hat sich der Widerstand im Alltag abgespielt. Man hat – so jedenfalls meine Vorstellung – nicht großartig etwas auf die Beine gestellt, sondern man musste sich bewähren.

Bautzen war eines der Symbole, das uns gezeigt hat: Die Willkür des Staates ist schier unbegrenzt. Wir haben kaum Möglichkeiten, dagegen vorzugehen. Und trotzdem gibt es Widerstand. Es gab noch andere Symbole. In meiner Biografie war zum Beispiel der Prager Frühling 1968 ein Symbol. Ich hatte zufällig einen Freund in Prag, und das hat mir den ersten Impuls zum Widerstand gegeben. Damals war ich 18 Jahre alt. Diese Vorstellung, dass man sich trotz einer Willkürherrschaft zur Wehr setzen kann, hat mich die ganze Zeit beflügelt.

Ich bin dann immer stärker in Gruppen gegangen, wo die Wahrscheinlichkeit relativ groß war, dass man inhaftiert wurde. Ich habe auch mit einigen Freunden gesprochen, die im Gefängnis gesessen haben. Bei mir war das nicht so überraschend wie bei Herrn Stern, sondern ich bin der Sache mit offenen Augen entgegengegangen. Ein Freund in Leipzig hat mir dann gezeigt, wo die U-Haft ist. Man konnte in das Gebäude in der Mozartstraße hinten reinschauen und sehen, dass oben die Zellen sind. Die waren nicht wie die, die wir gestern gesehen haben, sondern wir hatten kein Tageslicht, sie waren mit Glasbausteinen zugebaut, und man konnte nur die Tür auf- und zumachen. Der Freund hat mir dann paar Tipps gegeben, was ich machen muss.

Doch obwohl ich wusste, dass es so etwas wie Bautzen und diese Willkür gibt, hat mich die Suche nach Gerechtigkeit beflügelt. Ich bin eher kein sehr widerständiger

Mensch, der aggressiv ist, sonder bin eher harmoniebedürftig. Aber wenn ein Staat behauptet, dass er sich für die Belange aller Bürger einsetzt, und sich die Demokratie auf seine Fahnen schreibt, dann habe ich das als Jugendlicher sehr ernst genommen. Dieses Ernstnehmen war meine Form des Widerstandes. Und wir haben in vielen Gruppierungen versucht, diesen Widerstand umzusetzen. Der kollidierte dann irgendwann mit der Staatssicherheit.

Ich bin ab 1978 vollständig überwacht worden. Zu Hause auf meinem Dachboden kann man die Überwachungsprotokolle aus meinem Wohnzimmer sehen. Jedes Gespräch, das ich mit meiner Frau geführt habe, wurde protokolliert. Selbst wenn wir gegangen sind und unsere Kinder sich weiter unterhalten haben, wurde das weiter abgehört. Insofern war das damals eine intensive Überwachungsphase.

1980 ist dann die Inhaftierung passiert. Zu meiner Zeit war es nicht mehr ganz so wie bei Herrn Stern. Die Stasi kam um sechs Uhr morgens, nicht um fünf, die haben sich sozusagen an quasidemokratische Mechanismen gehalten. Und man hat auch nicht 25 Jahre bekommen, sondern in meinem Fall wären es ein bis sechs Jahre gewesen. Mein Verteidiger – den haben Sie gestern auch in dem Theaterstück von Erich Loest gesehen – war Wolfgang Schnur, er hat in meinem Fall auf Freispruch plädiert. Ich habe dann ein Jahr bekommen und im Strafvollzug in Brandenburg gesessen, weil hier gebaut wurde. Ich weiß nicht, wie es hier gewesen wäre, aber in Brandenburg war es ein riesengroßer Knast mit vielen Kriegsverbrechern. Es war hochinteressant, dass dort auch Keimzellen des Nazismus bestanden.

Lutz Rathenow: Alltag in der DDR und das Herauslösen aus dem Alltag durch eine Verhaftung. Vor dem Widerstand steht ja erst einmal der kritische Blick, Ungehorsam, Renitenz. Wann ging das los im Alltag, wie hat die Familie, wie haben die Eltern die DDR reflektiert, welche politischen Diskussionen wurden da geführt? Was hat dazu beigetragen zu sagen: "Nein, das geht so hier nicht weiter, ich will mich nicht mehr nur meiner Sehnsucht nach Harmonie hingeben"? Es ist ja immer eine große und verständliche Sehnsucht, nicht unbedingt anecken zu wollen. Ging es schon in der Schule los?

Prof. Dr. Harald Wagner: Ich arbeite ja an der Evangelischen Schule für Soziale Arbeit in Dresden und wir machen ganz viel Biografieforschung. Ich habe dort gelernt, dass man Geschichte nur aus Biografien versteht. Jeder von uns hat seine eigene Erfahrung, und diese Erfahrung schichtet sich sozusagen in unserem Bewusstsein auf. Damit Sie eine Vorstellung davon bekommen, was bei mir das treibende Moment war, möchte ich ein paar Sachen aus meiner persönlichen Erfahrung erzählen.

Das erste Moment, an das ich mich erinnern kann: Damals habe ich mich unheimlich geärgert. Ich war vielleicht neun Jahre alt und wollte zum Pioniernach-



mittag gehen, obwohl ich nicht bei den Pionieren war. Da hat mein Vater zu mir gesagt, er war wie gesagt Bauer: "Denke daran, weder die Faschisten noch die Kommunisten sind die Freunde der Bauern." Das war für mich ein Schlag ins Gesicht, ich hatte gedacht, wir sind doch auf der richtigen Seite, wir bauen doch die Zukunft auf für die Menschheit. Und nun vergleicht mein Vater das mit den Nazis! Das habe ich mein ganzes Leben lang wie einen Stachel empfunden, der mich immer wieder aufgerüttelt hat, aufmerksam zuzuhören, was erzählen die denn. Und als ich dann viele Jahre später Victor Klemperers "LTI" gelesen habe, erfuhr ich: Natürlich ist das auch die gleiche Sprache, die die Nazis und die Stalinisten gebraucht haben. Insofern hatte mein Vater da – auch wenn er kein Theoretiker war – recht. Und diese Episode hat mich in meinem Leben geprägt. Ich bin auch nicht in die FDJ gegangen, warum, weiß ich auch nicht, aber es war so. Ich kann mich erinnern, in Glauchau habe ich Abitur gemacht und dann war zum 1. Mai große Demonstration. Alle liefen mit blauen Hemden und Halstüchern und was dazugehörte, und ich war als Einziger in Zivil. Und plötzlich schreit mich von draußen ein Mann an: "Was

bildest du dir ein, du Schnösel, wir als Arbeiter unterstützen dich, du kannst auf die Schule gehen, vielleicht studieren und so dankst du uns das." Das hat mich zum Nachdenken gebracht. Dann kamen, wie gesagt, die Ereignisse 1968 in Prag.

Ich war auch sehr in der Kulturszene verankert. Zwar habe ich selber leider nicht musiziert, aber ich kenne sehr viele Musiker sehr gut. Zum Beispiel war im Dresdner Raum Gerhard Zachar von Lift ein Freund von mir, auch Klaus Renft von der später verbotenen gleichnamigen Combo in Leipzig. Mir war Musik wichtig und ich fragte mich: Wie kann sich ein Staat da einmischen! Wir haben uns dagegen gewehrt, dass unser Musikgeschmack durch die Partei gesteuert wird, und untereinander die wenigen Sachen, die wir hatten, ausgetauscht. Doch selbst das wurde genau beobachtet. Ein Freund von mir ist dafür mehrere Wochen, dreimal, inhaftiert worden. Selbst in solche Sachen begab sich der Staat hinein. Und dort engagiert zu sein, statt den Parteikurs zu unterstützen, waren kleine Formen des Widerstandes.

Und dann kam für mich Mitte der 1970er-Jahre der entscheidende Punkt. Manchmal scherze ich, dass ich mit dem angefangen habe, wofür ich jetzt bezahlt werde. Und zwar habe ich gedacht, wir brauchten so etwas wie eine Bibliothek, die jedem zugänglich ist. Ich habe damit angefangen und Bücher von Havemann und Habermas und anderes von der Art gesammelt, habe Listen angefertigt und sie in der ganzen DDR kursieren lassen. Alle Leute, die ein Buch suchten, konnten sich dann über Kontaktleute an mich wenden. Wir haben auch Seminare durchgeführt. Ein Freund von uns hat zum Beispiel Italienisch gelernt, um Antonio Gramsci zu lesen. Oder ich habe mit großem Gewinn Rosa Luxemburg gelesen und ihre Auseinandersetzung mit Lenin zur Demokratie. Sie hat ihm schon 1905 vorgeworfen, dass der Weg, den die Kommunisten in Russland einschlagen, keine Demokratie ist, sondern ins Verderben führen wird. Insofern finde ich interessant, dass sich diese Stiftung nach Rosa Luxemburg benannt hat. Ich schätze sie jedenfalls unheimlich.

Das war das Engagement, durch das dann die Stasi an mich herankam. Die Listen kursierten, und ich wurde inhaftiert, weil ich eine Gruppierung unterstützt habe, die allen Mitarbeitern der Karl-Marx-Universität in Leipzig Kopien der Vorträge von Rudolf Bahro in die Briefkästen steckte. Die Idee war, wenn sie das lesen, dann müssen sie zu der Erkenntnis kommen, dass der eingeschlagene Weg eine Sackgasse ist. Ich hatte natürlich nicht gedacht und nicht gewusst, dass die Stasi schon Geruchskonserven von mir hatte. Einige der Exemplare, die gefunden wurden – einige haben ihre Kopie abgegeben – wurden dann mit meinen Geruchsproben identifiziert.

Lutz Rathenow: Das ist aktenkundig?

Prof. Dr. Harald Wagner: Das ist aktenkundig.

Lutz Rathenow: Ich kenne nicht so viele praktische Beispiele, wo das wirklich zu einem konkreten "Ermittlungserfolg" geführt hat.

Prof. Dr. Harald Wagner: In meinem Fall ist das aktenkundig. Das Interessante war, dass ich einen Freund hatte, der wahrscheinlich genauso roch wie ich, denn wir wurden beide inhaftiert. Aber bei ihm war auszuschließen, dass er es war.

Lutz Rathenow: Ein Glück für die Stasi, dass es damals noch keine Deos gab, sonst hätte das nicht funktioniert. Hat die Staatssicherheit es in der Verhaftungssituation irgendwie positiv bewertet, dass jemand mit radikalen Fragen kam, die eher von links kamen? Waren sie deshalb sanfter? Oder waren sie zu Abweichlern aus dem vermeintlich eigenen Dunstkreis besonders hart?

Prof. Dr. Harald Wagner: Ich war schon mehrmals vorher zu Verhören geholt worden. Und ich habe zwei ethische Grundlinien, deren eine die Vernehmer offensichtlich hellhörig machte. Das eine ist für mich als Pfarrer die Nächstenliebe, das Evangelium. Die Bergpredigt ist für mich wichtig. Zum andern habe ich aber auch diese Vorstellung von einer gerechten Welt. Und das sorgte dafür, dass sie mich eines Tages mit einem Obervernehmer zusammenbrachten, der zu mir sagte: "Sie sind doch an der Karl-Marx-Universität, Sie haben eine Stelle als Sportlehrer. Aber Sie könnten auch promovieren! Sie müssten nur bei uns bisschen mehr mitarbeiten, klar." Im Gespräch habe ich dann zu ihm gesagt: "Was ich will, ist eine Radikalisierung der Kritik mit der bestehenden Gesellschaft." Und das was natürlich das Aus, das Gespräch war beendet.

Ich weiß nicht, ob die freundlich zu mir waren, aber die Zeiten waren sicher ganz andere als damals, als Herr Stern inhaftiert war. Die Vernehmer waren nicht unfreundlich, ich bin nie geschlagen worden im Strafvollzug. Man musste sich zwar manchmal durchsetzen: Ich war Sportler und bin immer auf den zwei mal fünf Metern eine halbe Stunde Achten gerannt. Da haben sie manchmal von oben heruntergerufen, ich dürfe das nicht machen. Ich habe mir die Strafvollzugsordnung der DDR geholt, die konnte man lesen, und sagte: "Doch, das darf ich machen. Ich darf hier rennen, wie ich will." Und demzufolge bin ich auch gerannt. Im Gespräch war das dann kein Thema mehr. Die Zeit war eine andere als vorher.

Lutz Rathenow: In Hohenschönhausen war die Strafgesetzordnung der DDR permanent verliehen, sodass man sie als Häftling in meiner Zeit nicht lesen konnte, mit großem Bedauern. Aber noch einmal zum Alltag. Wir wollen ja nicht so sehr die Haftzeit beschreiben, sondern die Zeit, die da hineingeführt hat, und die Zeit danach. Sie waren Heizer, für kurze Zeit. Heizer ist ja nun wirklich ein Topos, besonders in Leipzig. Wolfgang Hilbig, ein bekannter Schriftsteller, Gerd Neumann: Ein ganzer Teil einer kritischen Literaturkultur war irgendwann Heizer oder

Hausmeister. Wie haben Sie sich da gefühlt. Sie waren wieder im normalen Leben, schmutzig, an einer ganz anderen Stelle als vorher, stolz, beschämt? Wie hat die Umwelt auf einen entlassenen Häftling im Alltag reagiert?

Prof. Dr. Harald Wagner: Am Anfang kommt man dahin als Heizer, junger Mensch und denkt, es ist alles ganz normal. Ich war Heizer im Botanischen Garten in Leipzig.

Einerseits – das habe ich aber erst im Nachhinein erfahren, denn ich bin mit einigen von damals noch befreundet – wurde gesagt: "Vorsicht, jetzt kommt ein Knastologe." Die anderen haben sich also vorgesehen, haben ihren Spind zugeschlossen, wenn ich kam. Sie haben mit mir nicht so wie mit den anderen gesprochen.

Aber ich war Bauernsohn und konnte die große Wiese dort mit der Sense hauen. Der nächste ältere Heizer hat mir zugesehen und gedacht: "Na, macht er ja ganz gut." Auch war die Arbeit als Heizer im Tropenhaus eine sehr verantwortungsvolle Sache, denn dort gab es Pflanzen, die maximal Temperaturschwankungen um zwei Grad Celsius aushalten konnten. Wir hatten ganz alte Anlagen, die man immer fünf, sechs Stunden vorher berechnen musste, damit sie auch die notwendige Temperatur hatten. Und diese Temperaturen habe ich nie völlig verheizt.

So wurde es am Ende eine ganz gute Beziehung, aber am Anfang war es ganz schwer. Ich hatte nicht gewusst, dass die Stigmatisierung eines Häftlings so stark ist. Man sagte, da kommt einer aus dem Knast, vor dem müsst ihr euch in Acht nehmen. Das war eine schwierige Situation.

Ich war zum Glück nicht sehr lange da, ich habe mich dann beworben. Wer das nicht weiß, in der DDR gab es drei kirchliche Hochschulen, die völlig unabhängig vom Staat waren. Dort konnte man studieren, auch so jemand wie ich, der aus dem Gefängnis kam und der gar keine Voraussetzungen hatte außer dem Abitur. Das war für mich nach einem Dreivierteljahr als Heizer die Möglichkeit, zum Studium zu kommen.

Lutz Rathenow: War den Mitarbeitern im Botanischen Garten klar, dass Ihre Haft politische Gründe hatte? Konnten Sie darüber offen reden?

Prof. Dr. Harald Wagner: Das Dilemma war, dass die politischen Gründe nicht anerkannt waren. Selbst im Bekanntenkreis, in meiner Familie zum Beispiel, meiner Großfamilie, wurde nicht erzählt, dass ich im Gefängnis war. Mein Vater war schon gestorben, aber meine Mutter, sie erzählte das nicht. Das war einfach nicht da. Ansonsten war die Haltung: "Es muss doch irgendwas dran gewesen sein, die stecken ihn doch nicht umsonst in den Knast." Wir wussten ja alle noch nicht, dass 1989 kommt. Heute sitzen wir hier und schauen zurück. Damals hat keiner gedacht,

dass eine Friedensbewegung und eine Ökologiebewegung wichtig und richtig sind, sondern man hat sich in seinem Alltag zurückgezogen. Das heißt nicht, dass alle staatstreu waren und mitgespielt haben. Viele zogen sich einfach zurück. Und die Vorstellung, dass einer etwas dagegen tut, hielt man erst einmal für etwa, das nichts Gutes sein könne. Es war ein langer Weg, das aufzubauen und aufzubrechen.

Lutz Rathenow: Das ist sehr spannend. An so einer Stelle müsste man wahrscheinlich nachforschen, ob das in verschiedenen Milieus auch unterschiedlich wahrgenommen wurde. Ich kann mich daran erinnern, dass meine Eltern, obwohl mein Vater Direktor war, davon ausgingen, dass Leute in der DDR immer zu Unrecht verhaftet werden. Aber so hat wahrscheinlich eine Minderheit gedacht.

Wolfram Tschiche. Theologiestudium in Halle und Naumburg. Bausoldat in der DDR. Damit ist schon die erste Abweichung markiert. In den 1980er-Jahren hat er die Seminarreihe "Philosophie kontrovers" im Auftrag der Evangelischen Akademie Magdeburg geleitet, entworfen, konzipiert. Sein Vater Hans-Jochen Tschiche ist sicher manchen hier bekannt als ein besonders aktiver Kirchenrebell, der gern auch mal die Befreiungstheologie Lateinamerikas auf die Verhältnisse der DDR übertragen wollte. Zurück zum Sohn: Mitbegründer des Vereins für politische Bildung und soziale Demokratie 1990. Er war kurze Zeit Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung, damit hätten wir jetzt alle parteinahen Stiftungen mal gestreift und erwähnt. Wolfram Tschiches Tätigkeit als Jugend- und Erwachsenenbildner heute ist gar nicht so leicht zu beschreiben.

Vorher jedoch leistete er in vielfältiger Weise Widerstand, ein Wort, das er als "etwas zu groß" bezeichnet. Aber ich würde sagen, das trifft schon zu. Es hatte für ihn zwei Seiten. Die passive Seite beschreibt er dann gleich selbst, aktiv ist mir aber gut in Erinnerung. Er beteiligte sich an konkreten Aktionen, zum Beispiel in den 1980er-Jahren der Besetzung einer Berliner Kirche mittels eines einwöchigen Fastens. Vielleicht beginnen wir mal mit dieser Aktion. Damit hätten wir die Kirche als Aktionsraum einer sich als widerständig entwickelnden Alltagskultur. Wie ist so etwas gelaufen?

Wolfram Tschiche: Ich möchte zunächst etwas zu der Bemerkung sagen, dass mir der Begriff "Widerstand" in meinem Fall zu groß erscheint. Ein wenig bin ich heute in dieser Haltung gestärkt worden durch den Bericht von Jochen Stern. Wenn ich Ihre Berichte höre, erkenne ich die Differenzen in der Biografie, auch im Blick auf das, was man vielleicht als Widerstand bezeichnen kann.

Die Aktion in den 1980er-Jahren in einer Berliner Kirche hatte einen konkreten Hintergrund. Ich war in viele Aktionen dieser Art involviert. Sie können sich alle erinnern an den Kalten Krieg. Es gab eine atomare Hochrüstung, und die Befürch-



tung, dass wir kollektiv umgebracht werden könnten, war nicht von der Hand zu weisen. In diesem Kontext hatten westeuropäisch Intellektuelle, unter anderem Westdeutsche und Franzosen, ein Fasten bis zum Tode angekündigt, verknüpft mit der Forderung nach dem Abzug der Mittelstreckenraketen – der Pershing der NATO einerseits und der russischen SS-20 andererseits – aus Mitteuropa, also auch von deutschem Boden. Ich hatte schon damals den Eindruck, dass das eine etwas leichtfertige Ankündigung ist, Fasten bis zum Tode. Das geht ja auf Gandhi zurück. Mir war irgendwie klar, dass diese Ankündigung überzogen sei. Aber das brachte mich auf die Idee, dass man sich mit einer solidarischen Aktion anschließen könnte. Und daraus wurde Realität. Wir waren mehrere, Ulrike Poppe, Katja Havemann und andere, und besetzten, ohne zu fragen, eine Berliner Kirche, fasteten eine ganze Woche und schrieben an alle Welt, auch an die DDR-Staatsführung, unsere kritischen Petitionen.

Lutz Rathenow: Noch einmal einen Schritt zurück. Ich halte das Wort Widerstand schon für richtig, wenn ich an die Summe der Aktivitäten denke, zu denen nicht nur diese Aktivierung über eine Aktion aus dem Westen zählt. Dazu bedarf es im Übrigen auch Medien, die die Information erst einmal verbreiten. Das wäre hier in

Ostsachsen, wo fast nur noch die Deutsche Welle an westlichen Medien ankam, schwerer möglich gewesen. Ich kann mich erinnern, dass ich mal bei Görlitz auf einem Zeltplatz war und ihn vorzeitig wieder verließ, weil ich keinen einzigen westdeutschen Radiosender empfangen konnte. Sie waren Bausoldat. Wie wird man das? Da ging es offenbar früh, im Elternhaus anders los als bei anderen. Wie war dort die Stimmung der DDR gegenüber?

Wolfram Tschiche: Nicht nur die Stimmung im Elternhaus hat bewirkt, dass ich später Bausoldat wurde. Sicher, wie viele Menschen wurde auch ich stark von meinen Eltern geprägt, auch was Ansichten, Meinungen, politische Überzeugungen und dergleichen anbetrifft. Das trifft für mich zweifellos zu. Die DDR war der einzige Ostblockstaat, in dem junge Männer seit den 1960er-Jahren aus religiösen oder Gewissensgründen den Dienst an der Waffe verweigern und Bausoldat werden konnten.

Grundsätzlich gab es in der DDR drei Möglichkeiten: Man wurde als junger Mann gemustert und wurde Soldat. Man wurde gemustert und wurde Bausoldat. Und es gab eine dritte, die kleinste Gruppe, die alles verweigerte. Wenn ich mich richtig erinnere, kam etwa die Hälfte dieser sogenannten Totalverweigerer ins Gefängnis, die anderthalb Jahre, die man sonst diente. Bausoldaten dienten ebenfalls anderthalb Jahre.

Das war – für die jungen Leute hier im Saal – aber nicht zu verwechseln mit dem zivilen Ersatzdienst. Wir standen unter militärischem Kommando. Wir genossen das zweifelhafte Vergnügen einer Grundausbildung. Wir nannten uns nicht Bausoldat, sondern Spaten, wir trugen auf unseren Schulterklappen goldene oder silberne Spaten. Und wir waren im militärischen Bereich in der Nähe von Stralsund eingesetzt. Wir bauten einen Militärflugplatz. Da gab es schon Debatten, ob wir nicht besser hätten eine Kalaschnikow nehmen sollen statt Militärflugplätze zu bauen. Und wir standen unter dem Kommando der Luftwaffe, die ihren Sitz in Berlin-Karlshorst hatte.

Mein Grund dafür, Bausoldat zu werden, war weniger religiöser, sondern mehr pazifistisch-politischer Art. Wenn ich mich richtig erinnere – das ist ja inzwischen über 40 Jahre her –, wollte ich zum einen keinem Staat dienen, dessen Legitimität ich prinzipiell bestritt. Zum andern wollte ich mich nicht an dem weltweiten hochgerüsteten Militarismus in Ost und West beteiligen. Das waren meine beiden Hauptgründe.

Bausoldat zu werden und zu sein – das weiß ich erst heute aus meiner umfangreichen Akte – war Grund für einen Maßnahmenplan der Staatssicherheit mit dem Ziel, mich dauerhaft von allen hochstaatlichen Hochschulen der DDR zu ent-

112ZeitzeugengesprächZeitzeugengespräch113

fernen. Ich hatte damals an der Martin-Luther-Universität in Halle begonnen, Theologie zu studieren. Ich kann dem Staat gratulieren, er hat es geschafft. Und danach – hier kommen Assoziationen und Anknüpfungspunkte im Blick auf Harald Wagner – wurde mir empfohlen, mich in der Praxis zu bewähren. Ich war ebenfalls Heizer, ich habe in einer Ziegelei am Hochofen gearbeitet, später war ich Imker und Krankenpfleger.

Lutz Rathenow: Das ist eine typische, vielfältige berufliche "Karriere" gerade der 1970er- und 1980er-Jahre. Was jetzt aber auch zu Wolfram Tschiches Art der widerständigen Alltagskultur gehörte, waren Kontakte in Richtung Osteuropa, zur Opposition, zur Charta 77. Der Versuch, mit Dissidenten von dort zusammenzuarbeiten und etwas von den Impulsen aus der Tschechoslowakei, aus Polen und Ungarn, vom unabhängigen Denken in der Sowjetunion durch philosophische Bildungsarbeit zu vermitteln, in Wohnungen. Das war so etwas wie fliegende Universitäten inmitten des Alltags der DDR. Wie müssen wir uns das vorstellen?

Wolfram Tschiche: Das sind zwei Dinge. Erst einmal waren für mich, ganz ähnlich wie bei Harald Wagner, der sogenannte Prager Frühling und dessen Niederschlagung im August 1968 maßgeblich für mein politisches Verhalten in der DDR. Ich war im Grunde maßlos enttäuscht, aber eben auch erbittert, wenn ich das so emotional sagen darf. Und diese Erbitterung hat mich Schritt für Schritt in oppositionelle Gruppen geführt.

Ein wenig sind die Tschechoslowaken verbunden mit meiner biografischen Entwicklung, immer wieder. In den 1980er-Jahren hat eine kleine Gruppe aus der DDR versucht, in Prag systematisch Kontakte zu den Vertretern der Charta 77 zu knüpfen. Und noch ein Schritt weiter: Seit 1990 ungefähr, nachdem der Osten implodiert ist, bin ich beschäftigt mit Zeitzeugenprojekten, die zum Beispiel die Anliegen der damaligen ostmitteleuropäischen Dissidenten präsentieren und mit ganz unterschiedlichen Zielgruppen, von Schülern bis hin zu Erwachsenen, diskutieren. Ich bin bis heute unter anderem in dieser Angelegenheit auf Reisen.

Der zweite Teil, den Lutz Rathenow angesprochen hat, betrifft mein besonders ausgeprägtes Interesse an der Philosophie. Ich weiß nicht ganz genau, woher es kommt, möglicherweise ist es mir in die Wiege gelegt worden. Ich habe in der DDR versucht – natürlich in Wohnungen –, Treffen zu philosophischen Fragen und der Geschichte der europäischen Philosophie anzubieten. Das geschah in Stendal, Erfurt, Magdeburg, Berlin und anderen Orten der DDR. Und es war nicht legal, das ist selbstverständlich.

Lutz Rathenow: Das wollen wir uns mal bisschen praktisch vorstellen. Um Leute einzuladen, würde man heute eine SMS schicken oder anrufen. Die meisten hatten

damals aber kein Telefon. Das war vielleicht bei Ihrem Vater in einer wichtigen Kirchenfunktion anders, der ja sicher auch abgehört werden sollte. Haben Sie zu solchen Abenden telefonisch eingeladen? Wie funktionierte das im Alltag?

Wolfram Tschiche: Ab einem bestimmten Punkt musste man sich entscheiden. Dafür, wie viel Öffentlichkeit man zulässt. Ich erinnere mich an viele Debatten unter DDR-Oppositionellen, die sich auch darum drehten, wann man was wie sagt. Das hatte etwas mit möglichen Repressalien zu tun. Was mich anbetrifft, wollte ich immer die sogenannte Zwiesprache, von der Franz Fühmann sprach, vermeiden. Ich fand diese Zwiesprache, diese organisierte Verlogenheit, unerträglich. Deshalb kündigte ich diese philosophischen Kreise, als ich sie aufbaute, völlig offen an. Mir war bewusst, dass jede Form solcher Aktivitäten überwacht wurde. Ich kann Ihnen bestätigen, dass meine Akten umfangreich sind. Und recht langweilig zu lesen, weil es ja dieses Stasi-Deutsch ist. In diesen philosophischen Kreisen saßen regelmäßig mindestens zwei Spitzel, die ihre Berichte schrieben. In Magdeburg war es unter anderem ein Pfarrer. Man kann diese Berichte auch mit Humor lesen: Tschiche habe nur über Platon oder über Hegel referiert, aber keine staatsfeindlichen Äußerungen getätigt. Das liest sich schon irgendwie kurios.

Lutz Rathenow: Es gab immer wieder geplante Zersetzungsmaßnahmen, Drohungen mit Haft, zeitweilige Festnahmen. In einem Maßnahmenplan wird auch einmal eingeschätzt, dass bei Ihnen der Paragraf 98, immerhin Spionage, erfüllt sei. Dennoch versuchte die Staatssicherheit diese Ultima Ratio, die langzeitige Verhaftung, zu vermeiden. Spielte es eine Rolle, dass sie davon ausgehen konnte, dass Sie nicht nach dem Westen ausreisen würden? Manche Leute wurden ja in den 1980ern verhaftet, um rasch den Westdruck aufzubauen.

Wolfram Tschiche: Eigentlich hätten sie genug Grund gehabt, mich dauerhaft zu verhaften. Natürlich, wer sich so bewegt hat, wie ich mich bewegt habe, muss mit Repressalien rechnen und hat auch welche erfahren. Das ist an sich normal, jedenfalls in solchen unnormalen Verhältnissen. In meinem Falle war das die ganze Kollektion der sogenannten Zersetzungsmaßnahmen. Manche habe ich sogar bemerkt. Etwa die versuchte Zerstörung meiner beruflichen Laufbahn und die elektronische Überwachung. Ich habe sie nämlich mal in Halle dabei erwischt, da waren sie etwas ungeschickt. Solche Dinge waren mir schon klar.

Lutz Rathenow: Also hatte die Stasi äußerlich betrachtet bis zu einem gewissen Punkt "Erfolg" darin, Sie von einer regelmäßigen beruflichen Tätigkeit abzuhalten. Das war verbaut.

Wolfram Tschiche: Ja, das kann man sagen.

Lutz Rathenow: Ein Satz, mit dem ich schon fast zu Gesine Oltmanns überleite. Sie

merken, dass hier die klassischen älteren Muster des Antikommunismus, des Wehrens gegen den Realkommunismus nicht mehr so die dominierende Rolle spielten wie bei Jochen Stern und vielen von Ihnen, deren Erlebnisberichte brutale Zeugnisse der frühen Unterdrückung gerade in der SBZ sind und der Menschen, die sich dagegen gewehrt haben. Sondern hier kamen die Anregungen aus ganz verschiedenen Ecken und können heute durchaus zum Teil mit dem Begriff "links" zusammengebündelt werden. Da kommen ganz rasch Bemerkung wie: "Die wollten die DDR ja nur verbessern." Ich habe mal den Satz gelesen, den ich Wolfram Tschiche dann auch zu kommentieren oder ihm zu widersprechen bitte: "Um die DDR beseitigen zu können, musste man sich einreden, sie nur verändern zu wollen." Wolfram Tschiche: Auf das Linkssein würde ich gern reagieren. Man bemerkt manchmal im Nachhinein nicht, dass sich die Argumentationsmuster ändern. Heute könnte ich das vielleicht so zusammenfassen: Es hat etwas mit dem Jahr 1968 zu tun, mit dem Stichwort "Sozialismus mit menschlichem Antlitz". Es war ja die Absicht der Prager Reformkommunisten, einen solchen Sozialismus gegen die stalinistische Verfassung zu etablieren. Man könnte sagen, damals, unter dem Einfluss der Prager Reformer, wollte ich die realen sozialistischen Verhältnisse im Namen eines authentischen Marxismus verbessern. Da gibt es die kirchengeschichtliche Analogie, im Namen eines authentischen Christentums die Kirche zu kritisieren, zum Mächtigsein, zum Reichsein zum Beispiel.

Dieses Muster hat sich verändert. Auch hier, das habe ich mit einiger Verzögerung meiner eigenen Argumentation damals festgestellt, standen wiederum Tschechoslowaken Pate, in diesem Falle Vertreter der Charta 77. Etwa Ende der 1970er-Jahre habe ich den real existierenden Sozialismus im Namen der Menschenrechte kritisiert. Und das ergibt eine völlig andere Perspektive. Politisch hat das nämlich zur Folge, dass man auf rechtsstaatliche Verhältnisse, auf einen Verfassungsstaat, auf Gewaltenteilung und natürlich auf die Geltung der Menschenrechte aus ist. Und nicht mehr die alten Debatten nach dem Motto führt, die Vertreter des realen Sozialismus hätten den Marxismus verraten.

Lutz Rathenow: Das heißt, Dinge verändern sich vielleicht schon zu einer Zeit, in der man noch in Begrifflichkeiten hängt, die gar nicht die aktuellen Veränderungen ausdrücken. Gesine Oltmanns. Endlich jetzt die jüngere Generation, die auch etwas anzeigt. Nicht nur, dass heute im Podium endlich mal eine Frau zu Wort kommt, sondern dass in den späten 1970er- und 1980er-Jahren die Dominanz der Männer in den oppositionellen Gruppen und unter den aktiven Verhafteten nachließ. Die Kreise erweiterten sich in Berlin und Leipzig, aber auch in anderen Orten, Erfurt etwa, um Frauen, die für den Frieden und andere Ziele aktiv wurden. Gesine Olt-



manns, 1965 in Olbernhau geboren, wuchs in einem christlichen Elternhaus auf und hat in verschiedenen Regionen Sachsens gelebt. Nach dem Abitur Arbeit bei der Volkssolidarität, dort im Pflegebereich tätig, da sie nicht zum Biologiestudium zugelassen wurde. Ich vermute mal, das hing auch mit dem christlichen Elternhaus und einem nicht genügend DDR-freundlich erscheinenden Hintergrund zusammen, darf ich das so als Zwischenfrage stellen – richtig, falsch?

Gesine Oltmanns: Ich würde sagen, es hing mehr damit zusammen, dass ich in einer sehr provinziellen Gegend, nämlich in Rochlitz, in die Erweiterte Oberschule ging. Das war das sogenannte "rote Kloster". Dort kam man mit etwas anderen Gedanken und etwas kritischem Verhalten, besonders was den damals in der neunten Klasse eingeführten Wehrkundeunterricht betraf, einfach nicht weiter. Man erhielt dadurch eine Beurteilung, die einem einen Schnitt in der Biografie bescherte.

Lutz Rathenow: Das zeigt schon mal, wie verschieden die Alltagskultur selbst in ein und derselben Zeit an verschiedenen Orten, in verschiedenen sozialen Milieus war. Die DDR bestand aus mehreren "DDRs". Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, in welch verschiedenen beruflichen Gruppen sich ihr Lebensweg auch vollzog. Sie zog

dann nach Leipzig, wo sie beim Deutschen Verlag für Musik beschäftigt war, und kam damit in Kontakt und in ein aktives Miteinander mit oppositionellen Gruppen und Menschen. Im ländlichen Raum wäre das nicht möglich gewesen. Arbeitskreis Gerechtigkeit, Initiativgruppe Leben seit 1988, sie war bei der Vorbereitung und Durchführung verschiedener öffentlichkeitswirksamer Aktionen beteiligt. Das Leipziger Straßenmusikfestival. Wer sich dafür interessiert, dem empfehle ich unter anderem die Bücher von Thomas Mayer, da können Sie sehr viele erstaunliche Dinge lesen, die für die 1950er- und 1960er-Jahre als Alltagskultur in der DDR völlig unvorstellbar gewesen wären. Andere haben sie in Büchern in der Bundesrepublik beschrieben, Peter Wensiersky sitzt hier im Raum, der hat auch ein Buch herausgegeben über diese Zeit und solche Aktivitäten. Jetzt aber konkret zum Widerstand, der aus der alltäglichen Renitenz hervorwuchs: das Plakat "Für ein offenes Land mit freien Menschen", gemeinsam mit Katrin Hattenhauer entworfen, am 4. September 1989 vor der Nikolaikirche entrollt. Wie sich das vollzog, möchten wir jetzt mal näher erfahren. Wie kommt man zu so etwas?

Gesine Oltmanns: Unser Thema Ende der 1980er-Jahre – für mich waren es die Jahre 1987 bis 1989, in denen ich mich ganz aktiv in die Szene der Bürgerrechtler eingebracht habe – war das Thema Öffentlichkeit. Es wuchs und wurde immer stärker. Wir waren in verschiedenen Gesprächen mit den Kirchenleuten. Als Basisgruppenmitglieder hatten wir ja immer das Bedürfnis, unsere Räume und Aktionsmöglichkeiten zu erweitern. In diesen Gesprächen wurde uns ganz oft besänftigend oder auch ängstlich die Haltung herübergebracht: "Wir haben Angst um euch, wir möchten euch schützen vor dem, was euch erwartet, wenn ihr diese Schritte weiter geht."

Ich habe das für meine Generation durchaus als Bürde empfunden. Ich kannte durch Gespräche in meinem Elternhaus diese Generation, die jetzt zum Teil auch vor uns sitzt, die sehr viele und sehr schlimme Erfahrungen in Gefängnissen und im Widerstand der 1950er-Jahre gemacht hatte. Mein Vater war selbst davon betroffen. Er war als ganz junger Pfarrer nach Espenhain/Böhlen gekommen, hatte dort mit der evangelischen Studentengemeinde in Leipzig einen missionarischen Auftrag für sich gesehen und zusammen mit Siegfried Schmutzler eine Missionswoche dort veranstaltet. Im Endeffekt endete das mit Morddrohungen für die junge Pfarrersfamilie, die dann ins Erzgebirge flüchten musste, wo ich dann auch geboren wurde. Diese Familiengeschichte stand immer im Raum.

Zum anderen gab es für mich ein großes Erwachen, als 1978 mein ältester Bruder aus politischen Gründen verhaftet wurde. Er hatte damals das anonym erschienene Spiegel-Manifest in Berlin verteilt. In Berlin war es ja durchaus üblich, dass Westjournalisten Literatur oder Zeitschriften mit über die Grenze brachten, die dann Verbreitung fanden. Mein Bruder hatte da etwas unvorsichtig agiert. Für mich war das aber, um ein Bild von dem Land zu bekommen, in dem ich lebte, ein sehr starker Einfluss. Ich begann von da an, kritisch und immer von beiden Seiten zu betrachten. Ich würde sagen, das Bewusstsein für diese Generation der 1950er- bis 1970er-Jahre war bei uns durchaus vorhanden. Wir konnten diese Befürchtungen mittragen. Aber trotzdem hatten wir einen starken Drang, ein großes Bedürfnis, eine innere Not, mit unseren Themen und Aktionen in die Öffentlichkeit zu gehen. Das war ein Schritt, den jeder von uns allein für sich entschieden hat. Für mich begann das 1987 mit den Ereignissen in Berlin, da bildete sich in Leipzig eine sehr viel aktivere Menschenrechtsszene, in der ich 1988/89 sehr viel und "im Vollzeitjob" gearbeitet habe. Als Arbeit haben wir es nicht empfunden, wir haben einfach damit gelebt, mit diesen Aktivitäten, diesen Vorbereitungen von öffentlichen Aktionen, mit diesem ständigen Drahtseilakt, auf dem wir uns zwischen aktivem Tun und Verhaftung bewegt haben.

Lutz Rathenow: Es ist schon sehr erstaunlich, wenn man heute in Akten liest oder den sehr vielen Büchern über Leipzig und Opposition, was da alles passiert ist. Eigentlich schon ab 1983/84, aber besonders ab 1987/88 intensiv. Am 4. September 1989 begann mit dieser ersten Aktion eine ganze Kette von Montagsdemonstrationen, die immerhin dazu führte, dass am 25. September nach der Predigt von Christoph Wonneberger beim Friedensgebet schon knapp 5 000 Menschen auf der Straße in Leipzig demonstrierten, also der öffentliche Protest nicht erst am 9. Oktober, sondern schon vorher losging. Die Dinge passierten wie in einem Durchlauferhitzer, einem Beschleuniger. In einem Buch steht über Gesine Oltmanns, dass ihre Glücksgefühle über das ständige Anwachsen des bürgerlichen Widerstands das größte motivierende Moment für sie waren. Und dass dieses Miterleben dazu beitrug, dass sie einen 1988 gestellten Ausreiseantrag im Frühjahr 1989 zur Verwunderung und sogar zum Ärger der Behörden zurückzog. Wieso Ausreiseantrag, wieso zurückziehen?

Gesine Oltmanns: Der Ausreiseantrag war eine Notlösung. So etwas wie ein Sicherungsseil im Oktober 1988, als ich merkte, dass das Leben für mich in der DDR immer riskanter wurde. Mir war schon klar, dass es irgendwann mit einer Verhaftung enden würde, wenn wir weiter so aktiv in der Öffentlichkeit sein wollten. Es war ein Ausweg, verbunden mit der Hoffnung, dass ich, wenn eine Verhaftung anstehen würde, in den Westen freigekauft würde und vielleicht nicht die fünf Jahre, die damals immer noch das Maß waren, absitzen müsste. Das hätte ich mir so nicht zugetraut.

Wir haben im Herbst 1988 – gedrängt durch die Situation der Auseinandersetzung mit der Kirche um das Friedensgebet - in Leipzig angefangen, mehr auf die Straße zu gehen. Wir haben nach den Friedensgebeten Informationen, die uns wichtig erschienen - über die Kirchenzeitung, die Zensur oder irgendwelche Veranstaltungen, die wir publik machen wollten - auf dem Nikolaifriedhof verkündet. Oder auch Statements zu bestimmten Vorkommnissen. Wir sind nach den Friedensgebeten auf so übereinandergestapelte Betonplatten geklettert und haben den inzwischen vielen, meistens 500 bis 1 000 Besuchern des Friedensgebets Informationen weitergegeben. Das war natürlich ein Schritt auf die Straße, der für die Stasi und diese ganze Öffentlichkeit in Leipzig eine Herausforderung war. Es kamen die ersten Ordnungsstrafen, wir wurden ständig "zugeführt", aber wir erlebten inzwischen auch so viel Solidarität unter den Leuten, dass wir merkten, wir werden getragen, wir stehen nicht mehr allein, sind nicht mehr alleine der Stasi oder den Ordnungsbehörden ausgeliefert, sondern wir werden von vielen unterstützt. Es war eine Bewegung, die einsetzte, auch in Leipzig. Es kamen immer mehr, um zu schauen, was da eigentlich los ist, die sich dazustellten, die diesen Schritt gingen und mitdemonstrierten, mitagierten, sich beteiligten.

Lutz Rathenow: Eine aus der Fülle der Aktivitäten, in denen widerständige Kultur mit Alltagskultur verschmolz, war im Herbst 1988 das Dokfilmfestival Leipzig. Ich zitiere: "Bürgerrechtler ließen Luftballons aufsteigen, auf denen die Titel der Filme vermerkt waren, deren Aufführung der Staat verboten hatte. Die Stasi sprang wie wild um die bunten Boten der Wahrheit herum und versuchte sie zu zerstechen." Dramatische Aktionen. Wir sehen die Sache von hinten als Erfolgsgeschichte, aber damals drohten Verhaftungen. Sie saßen in Haft bei der ersten Demonstration, und es gab Angst. Und da möchte ich jetzt doch auch einmal etwas ansprechen: Gesine Oltmanns ist Mutter. Sie hat neun Kinder. Viele Frauen damals, ich weiß das von mehreren Freunden, haben eine ganze Weile gebraucht oder aus ganz berechtigt nachvollziehbaren Gründen gesagt, ich bleibe lieber zu Hause, damit nicht beide verhaftet werden, wenn es so weit kommt. Wie ist das zusammengegangen, wie war dieser Prozess des Überwindens, zu sagen, gerade weil ich auch eine Verantwortung habe, will ich mich engagieren. Was möchten Sie dazu sagen?

Gesine Oltmanns: Das war damals nicht die persönliche Verantwortung für Kinder, die mich da zurückgehalten hätte, sondern ich hatte auch eine Verantwortung für die, die mittun. Oftmals waren es spontane Aktionen, die in einem sehr kleinen Kreis geplant werden mussten. Ideen kamen einfach mehr in kleineren Kreisen, die dann sehr schnell umgesetzt wurden. Zum Beispiel die Luftballonaktion, das war eine Idee von einem Abend, dem aber natürlich sehr viel vorausgegangen war: das

Sputnik-Verbot, die Dokfilmwoche mit den verbotenen Filmen. Aber diese Verantwortung auch für die zu tragen, die spontan dazukamen, das wurde bei uns sehr viel diskutiert: Inwieweit habe ich das Recht, diese Leute mit hineinzuziehen. Es hat mich immer etwas beschwert und ich musste mich auch immer wieder überwinden, zu sagen, wir machen es trotzdem, wir trauen denen einfach zu, für sich zu stehen und sich in der Situation zurechtzufinden, wenn die Stasi zuschlägt. Ende der 1980er-Jahre gab es allerdings auch schon ein sehr gutes Netz von Informationsmöglichkeiten etwa gen Westen. Es wurde daran gearbeitet, die Leute, die in die Öffentlichkeit gingen und aktiv wurden, auch abzusichern, indem zum Beispiel eine Kartei mit den wichtigsten Daten entstand, die sofort an die Westjournalisten weitergegeben wurde, wenn es zur Verhaftung kam. So etwas war in den 1950er- und 1960er-Jahren überhaupt nicht vorstellbar, aber wir fühlten uns in gewisser Weise abgesichert. Was ich aber für mich persönlich aus eigener Erfahrung sagen kann: Wenn man dann in der Haft ist und auf einmal vor dem Vernehmer steht und in einer ganz anderen Situation ist als bei einer normalen Zuführung, dann ist man doch ganz allein. Dann denkt man nicht mehr an die, die einen vielleicht schützen könnten.

Lutz Rathenow: Und die Staatssicherheit hat auch alles getan – in den 1980er-Jahren vielleicht mit weniger direkter, aber dafür mehr psychischer Brutalität –, einen so zu desinformieren, dass man sich allein fühlen sollte. Das war Teil des Machtmittels. 1989 – ein gigantischer Erfolg, der in großen Teilen von Leipzig ausging. Dann hat sich Gesine Oltmanns wie alle anderen hier weiter um die Mutation der Vergangenheit gekümmert, die immer eine neue Gegenwart hervorbringt. Sie hat bei der neu gegründeten BStU gearbeitet. Wie war das, dort zu arbeiten, die schriftlichen Hinterlassenschaften dieser letzten Diktatur zu sehen, Menschen in ihren Erwartungen an die Akten zu begegnen?

Gesine Oltmanns: Ich war schon vorher im Bürgerkomitee in Leipzig aktiv und wurde von da aus in die BStU übernommen. Dort konnte ich mich mit den Rehabilitierungsverfahren beschäftigen. Die Stasi hatte ja die ganzen Gerichtsakten zu sich genommen und archiviert. Und eine der ersten Aufgaben – darauf wurde damals ganz viel Gewicht gelegt – war die Sicherung dieser Akten und deren Zugänglichkeit für die Gerichte, um möglichst schnell diese Rehabilitierungen zu erreichen. Ich saß in Leipzig in dem Archiv, und was sich in den Akten auftat, war etwas, das

ich saß in Leipzig in dem Archiv, und was sich in den Akten auftat, war etwas, das ich geahnt hatte, zum Teil schon von Zeitzeugen wusste, aber das dann in einer Schwere und Intensität hervordrang, die ich nicht erwartet hatte. Deshalb habe ich einen sehr wichtigen und sinnvollen Weg darin gesehen, diese Aufarbeitung voranzubringen. Wir haben die Akten auf Antrag der Betroffenen wieder an die Gerichte

zurückgeführt, die damals Rehabilitierungssenate eingesetzt hatten. Es waren ganz aktive Richter aus dem Westen, die ich dann auch sehr motiviert und mit ganzem Herzen dabei erlebt habe. Man konnte guten Gewissens sagen, wir geben diese Akten jetzt in Hände, die sehr ernsthaft und sehr gezielt an den Rehabilitierungen arbeiten wollen.

Mich selber haben diese Biografien unheimlich beschäftigt. Und wenn ich jetzt hier im Saal die Gesichter sehe, dann kommt diese Bewegung wieder in mir hoch. Die Gespräche, die wir damals führten, waren oft die ersten Gespräche der Leute über ihren eigenen biografischen Abschnitt, der vorher ein Tabuthema im persönlichen wie im gesellschaftlichen Bereich war. Für mich selber war das als Motivation für das Bild, das die DDR in der Geschichtsschreibung haben soll, ein sehr wichtiger Auslöser.

Lutz Rathenow: Es steht hier der Satz: "Als sie dann sogar träumte, die Stasi-Akte von Kurt Masur gefunden zu haben, sagte sie sich: "Nun reicht es, das ist erfunden!" Gesine Oltmanns: Das hat mein Mann gesagt: "Nun reicht es aber." Und es ist nicht erfunden.

Lutz Rathenow: Ist es nicht, stimmt. Aber die große Erschöpfung, die gerade bei sehr vielen aktiven Leipzigern Anfang der 1990er-Jahre zu spüren war: Einige haben sie überwunden und arbeiten heute in verschiedensten Formen mit der Vergangenheit weiter. Gesine Oltmanns ist in der Stiftung Friedliche Revolution und als Organisatorin von Veranstaltungen tätig. Es geht ja weiter, zum Glück.

Gesine Oltmanns: Ich bin seit 2009 in der Stiftung Friedliche Revolution aktiv, die als Plattform für Diskussion und Dialog, für Geschichtsaufarbeitung und Gegenwartsthemen gegründet wurde. Wir haben vergangenes Jahr ein sehr spannendes Projekt in Leipzig durchgeführt, das bis in dieses Jahr nachgeklungen hat. Es nannte sich "Herbstsalon", war ein Medienprojekt der Stiftung, und der Gedanke dabei war, dass es unheimlich viel gutes, interessantes und diskussionswürdiges Material in Film und anderen Beiträgen zur DDR-Aufarbeitung gibt, das inzwischen in den Schubkästen liegt und nicht mehr wahrgenommen wird. Wir haben über sechs Wochen in Leipzig einen temporären Pavillon, ein Freiluftkino auf einen zentralen Platz gestellt und dort zwölf Stunden am Tag Film gezeigt. Es war erstaunlich, was für einen großen Pool von Material wir zur Verfügung hatten und freundlicherweise von vielen Seiten für dieses Projekt geliehen bekamen.

Das Thema, das Auf-die-Straße-Gehen, stellten wir genau dorthin, wo es am leichtesten anzunehmen ist, nämlich dahin, wo die Leute sich bewegen und ihren Alltag erleben. Und wir haben gemerkt, dass es wunderbar angenommen wurde. Wir führten Diskussionen durch, hatten sehr viele junge Leute zu Gast, die einfach

als Laufpublikum stehenblieben, hatten mit einer großen Fotoausstellung einen Bezug zur Ukraine, die dann Diskussionen hervorgerufen hat. Es hat uns so motiviert, dass wir es in diesem Jahr noch einmal probieren wollen, mit einem offenen Raum für Dialog und Demokratie. Wir wollen im Herbst 14 Tage lang auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz in Leipzig einen großen Pavillon aufstellen und dort vor allem mit Veranstaltungen, offenen Gesprächen und Filmen den Themen, die in den vergangenen Monaten diskutiert wurden, noch einmal Raum geben.

Lutz Rathenow: Das eint Gesine Oltmanns – wenn auch auf andere Weise – mit Wolfram Tschiche, der als politischer Bildner im Lande unterwegs ist. Wie ist bei solchen Schulauftritten mit Zeitzeugen, etwa osteuropäischen Dissidenten, die Resonanz? Was löst das Beschäftigen mit der Geschichte heute aus? Wie sind die Entwicklungen in den Schulen, an den Auftrittsorten?

Wolfram Tschiche: Die praktische Bilanz ist gemischt, wie immer bei solchen Angelegenheiten, weil es davon abhängt, wie weit Schüler zum Beispiel in Arbeitskreisen von Lehrern auf das Thema vorbereitet werden. Sind sie etwas vorbereitet, ist die Resonanz gut. Sind sie es nicht, ist die Situation sehr gemischt. Und man darf nicht vergessen, Bildung ist etwas, das langsam wirkt, manchmal überraschend. Sie ist auch nicht unmittelbar abrechenbar, und schon gar nicht angesichts einer Veranstaltung, die man an einem bestimmten Ort durchführt. Ich vertraue, was Bildungsvorgänge angeht, auf Langzeitwirkungen. Aber sicher ist in dem Bereich natürlich nichts.

Dieses zeitgeschichtliche Thema halte ich für besonders wichtig, weil es sich dabei wirklich um eine Zeitenwende dreht, die man nicht in jeder Generation erfährt. Ich meine das Jahr 1989/90. Es ist ja in gewissem Sinn eine ganze Formation zusammengebrochen. Es hat sich infolge des Zusammenbruchs eine andere politische Ordnung etabliert. Deshalb hatte ich nie nur die Dissidenten aus der DDR im Blick. Sondern die Mitstreiter in Ost- und Mitteleuropa haben dazu maßgeblich beigetragen. Und das zu vermitteln lohnt sich.

Lutz Rathenow: Um die verschiedenen Formen der heute verstehbaren Bildung weiterzuvermitteln, reichen natürlich nicht nur Bücher. Eines der erfolgreichsten zur Friedlichen Revolution im Christoph Links Verlag war ein Comic über Leipzig. So etwas lesen dann plötzliche mehr Leute. Es gibt Apps, es gibt verschiedene Aktivierungsmuster. Viele von uns haben zu tun mit der Stiftung Aufarbeitung, die hier von Dr. Anna Kaminsky prominent vertreten ist, die eine Verlebendigung der Vergangenheit fördert. Harald Wagner ist nun an einer Fachhochschule tätig. Welche Rolle spielen die Erfahrungen aus der Zeit, über die wir hier gesprochen haben, für die heutige Arbeit und die Studenten?

Prof. Dr. Harald Wagner: Ich möchte es an einem Beispiel sagen. Wir haben gestern einen Projektantrag bei der EU zum Thema "Die Jugend als Gestalter der Zukunft" eingereicht. Dort arbeiten wir in einem europäischen Konsortium zusammen, Spanier, Rumänen, Litauer, Finnen, Engländer, Schweizer und wir sind dabei. Wir sollten uns überlegen, wie die Jugend die Zukunft gestaltet. Die Idee der EU ist zu untersuchen, wie Jugend das macht. Wir haben uns die Frage überlegt man muss ja gegen tausend andere Universitätsprojekte antreten -, wie das die Jugend gemeinsam mit der Elterngeneration bewerkstelligt. Wie kann sogar die ältere Generation von den Jugendlichen lernen. Wie kann eine gerechte Gesellschaft, die niemanden ausschließt, im europäischen oder im Weltmaßstab bestehen. Wie können wir eine Gesellschaft aufbauen, die den Idealen, die uns damals Motivation waren, an die Jugendlichen, auch die Studierenden, weitergeben. Ich denke, die Erfahrungen aller Generationen sind wichtig, und wenn sie nicht gemeinsam lernen, ist das eine Einschränkung. Dann werden viele Schätze nicht genutzt. Das ist meine Idee, mein Beitrag, Erfahrungen von damals und was mich damals bewegt hat weiterzutragen.

Lutz Rathenow: Das Lernen auf der einen Seite, die Vermittlung, die Präsenz der Vergangenheit durch mediale Formen auf der anderen. Damit kommen wir am Schluss zum Anfang wieder zurück, zu Jochen Stern, der als Schauspieler in vielen Filmen präsent ist, die nichts mit der DDR-Vergangenheit zu tun haben. Aber er spielt auch in Filmen mit, die etwas damit zu tun haben. Zu einem Film bitte ich Sie um eine Erlebnisschilderung: "Good bye Lenin", eine markante Rolle in einem Film, den der eine oder andere gesehen hat. Glänzend gespielt, alle Rollen, aber vielleicht nicht der DDR-kritischste Film. Wie war das so, mit Ihrer Biografie in "Good bye Lenin" mitzuspielen?

Jochen Stern: Der Irrtum fängt schon an, wenn es heißt: nicht so kritisch. Er ist medial leider eingereiht worden in die Filmreihe "Sonnenallee" und "Halbe Treppe". Damit hat dieser Film aber nichts zu tun. Er ist zum Teil richtig untertitelt worden als "Tragi-Komödie". Denn warum hat denn die Hauptperson, die Mutter, einen Herzinfarkt: Weil sie mit ansehen muss, wie ihr Sohn bei einer Demo 1989 von der Volkspolizei mit irrsinnigen Gewaltgriffen auf einen Laster geworfen wird. Die Demo war sehr gewalttätig und wurde damals sehr exakt nachgezeichnet.

Die Vorgeschichte: Der Mann der Frau ist als Arzt nach Westberlin gegangen und hat immer wieder versucht, mit ihr, vor allem aber den Kindern Kontakt aufzunehmen. Er schrieb ewig Briefe und bekam keine Antwort. Sie, die Mutter, eine normale, getreue SED-Funktionärin auf der unteren Ebene, hat die Briefe alle abgefangen und den Kindern gesagt, der Vater habe sie längst vergessen, der wolle von



ihnen nichts mehr wissen. Das wird dann bei einer Fahrt am Schluss offenbar. Die Kinder müssen erfahren, dass die Mutter ein sehr böses Spiel getrieben hat. Sie stirbt dann allerdings auch.

Der besondere Trick in diesem Film ist, dass die Kinder der Mutter, die wochenlang im Koma liegt und dann erwacht, keine andere Lösung finden, als ihr die DDR weiter vorzuspielen. Es ist natürlich kurios, wie sie versuchen, Spreewaldgurken zu besorgen, oder die Marmeladen mit alten Etiketten versehen und alles Mögliche aus dem alltäglichen Leben so zu organisieren, dass die Mutter nichts von den Veränderungen merkt. Das hat einen kuriosen Charakter, ändert aber nichts an der tragischen Komponente des Films, die sich gegenüber der komischen durchsetzt.

Bei den Dreharbeiten hatten wir sehr anstrengende Tage, vor allem zum Schluss, als Raketen zu Ehren der Mutter hochgeschossen werden. Wir haben am Alexanderplatz in Berlin gedreht, auf dem Fernsehturm, aber ich habe Höhenangst. Auf der Spitze oben war die Leiter zum Fahrstuhlschacht nur so angelehnt an diesen Betonklotz, ich wurde hochgehoben und schwankte dort, dann ging das mit den Raketen los, wir hatten noch paar Dialoge, das war ein Tohuwabohu. Man musste sehen, dass man einigermaßen durchkam. Also ich muss ganz klar sagen, dass es nur ein halb

nostalgischer Rückblick auf die DDR-Zeit 1989 ist.

Lutz Rathenow: Sie haben mich völlig überzeugt. Das zeigt, wie verschiedene Projektionen von der DDR-Vergangenheit eine neue Realität schaffen und einige Dinge manchmal andere überlagern. Es wäre sehr spannend, noch mehr Anekdoten von Ihnen zu hören, wie man versuchte, die DDR filmisch zu deuten, zu gestalten. Aber jetzt öffnen wir das Podium, damit Sie, meine Damen und Herren, noch zu Wort kommen: Haben Sie Fragen an die Referenten, dann stellen Sie sie bitte jetzt!

Frage aus dem Publikum: Ich möchte Ihnen einen Dank aussprechen dafür, dass Sie zur rechten Zeit wach waren, hingeguckt haben, sich nicht weggedrückt haben. Es wurde leichter, als Sie gemerkt haben, dass andere mit Ihnen streiten, aber sie wussten, dass Sie irgendwann persönlich einstehen müssen, unter Umständen mit vielen Schmerzen und Benachteiligungen in Ihrem Leben. Wir danken Ihnen von ganzem Herzen dafür, dass Sie da mitgewirkt haben und uns auf diese Weise das bereitet haben, was wir jetzt haben, eine freiheitliche Demokratie.

Frage aus dem Publikum: Mir gefällt es sehr gut, dass man hier auch generations- übergreifend versucht, die DDR-Geschichte anhand von Zeitzeugenberichten darzustellen. Herr Stern vertritt eine Generation von Zeitzeugen, die gerade im Windschatten der Ereignisse verschwindet. Wenn Herr Tschiche in Schulen geht, kann er natürlich nur von dem berichten, was er selbst erlebt hat. Meine Frage an Sie ist, gibt es Ideen, so ein generationsübergreifendes Podium auch einmal über den Tag hinaus zu retten und in den Schulen zu präsentieren? Herr Wagner hat etwas Wichtiges gesagt: Er wisse nicht, ob die Vernehmer freundlicher zu ihm waren. Die Beobachtung, die wir durchaus in der Geschichtswissenschaft machen, ist, dass die Methoden des Terrors und der Unterdrückung in den 1970er- und 1980er-Jahren deutlich subtiler geworden sind, ich glaube aber deshalb nicht weniger gefährlich. Das gilt es auch zu transportieren.

Wolfram Tschiche: Prinzipiell ist es möglich, Projekte generationsübergreifend oder grenzübergreifend in die Schulen zu bringen, auch mit recht unterschiedlichen Themen. Ich bin ja nicht nur in dieser Angelegenheit unterwegs, nicht nur mit ehemaligen Dissidenten aus Polen, Tschechien und Ungarn, sondern auch mit anderen Themen. Vor Kurzem mit der tschechischen Schriftstellerin Radka Denemarková, die hervorragende Bücher schreibt, und einem tschechischen Historiker. Dabei ging es um den mitteleuropäischen Antisemitismus. In Mecklenburg waren wir mit zehn Einzelveranstaltungen unterwegs. Prinzipiell sind die Dinge sinnvoll auch für Schüler organisierbar. Aber immer unter der Voraussetzung, dass die Lehrer bereit sind, die Schüler inhaltlich auf die Veranstaltungen vorzubereiten. Meine Antwort ist: Ja, es ist möglich.

Lutz Rathenow: Wir machen sehr gute Erfahrungen mit einer Gruppe von Schauspielern, die wir mit einem Programm durchs Land schicken, in dem sie verschiedene Zitate von Zeitzeugen benutzen und mit den Schülern bestimmte Situationen spielen. Sie sind natürlich deutlich jünger sind als diejenigen, die als Zeitzeugen noch zur Verfügung stehen. Ich glaube, Geschichte muss sich immer wieder neu verjüngen und neu verständlich gemacht werden.

Jochen Stern: Man sprach jetzt vielfach von generationsübergreifend. Natürlich gehöre ich zu einer Generation, die mit dem, was sie erlebt hat, heute kaum noch Erwähnung findet. Man muss immer – da wir gerade von den Schulen sprachen und den Lehrplänen - die Frage stellen, was kann man voraussetzen. Kann man die Zeit von 1945 bis 1949 und von 1949 bis 1989/90 in einen Gesamtzusammenhang ziehen? Ich bin der Meinung, dass die Grundlage dafür, was in den Jahrzehnten der DDR ab 1949 geschehen ist, ohne die Anfänge in der Sowjetischen Besatzungszone gar nicht denkbar gewesen wäre. Wir sprechen vielfach vom Widerstand in den 1970er- und 1980er-Jahren. Da kommt noch ein wichtiger Gesichtspunkt hinzu. Von außen her gab es eine KSZE, die vor allem Hans-Dietrich Genscher, Außenminister der Bundesrepublik, sehr vorangetrieben hat. Im Korb drei wurde vereinbart, dass es vor allem menschliche Erleichterungen geben müsse und die Todesstrafe abzuschaffen sei. Demzufolge gab es zwangsläufig eine Öffnung zwischen Ost und West, zwischen DDR und Bundesrepublik, sodass es dann – etwa nach der Ausweisung von Wolf Biermann – dazu kam, dass die Kräfte des Widerstands, der gar nicht so stark sein musste, und die Solidarität zwischen den jungen Menschen damals immer wuchtiger wurden. Mitverantwortlich dafür war die KSZE. Das ergänzend.

Lutz Rathenow: Eine weitere Frage.

Prof. Dr. Everhard Holtmann aus dem Publikum: Ich habe noch einen ergänzenden Hinweis zu Ihrer Frage, wie man mit Möglichkeiten generationsübergreifender Erinnerungsbewahrung umgehen kann. Wir haben aus dem Sachsen-Anhalt-Monitor, den wir seit 2007 als eine Art Spiegel zum gesellschaftlich-politischen Bewusstsein in dem Bundesland erheben, einen Befund, der uns aufmerksam gemacht hat. Es stellte sich heraus, dass auf die Frage: "Woher beziehen Sie Ihre Informationen über die DDR?" etwa vier Prozent sagten: "aus den Medien", etwa sechs Prozent sagten: "aus Gesprächen mit meinen Nachbarn, Arbeitskollegen und Bekannten", acht Prozent sagten: "aus der Schule", und 26 Prozent sagten: "aus der Familie". In der Generation der 18- bis 34-Jährigen beziehen mehr als 50 Prozent ihre Kenntnisse über die DDR aus der Familie. Ich beziehe mich auf Daten von 2009.



Daraus folgte für uns die Überlegung, einmal nachzufassen, was in den Familien eigentlich über die DDR geredet oder möglicherweise auch nicht geredet wird. Denn auch das Verschweigen ist ja eine Art und Weise, mit Vergangenheit umzugehen. Wir haben inzwischen mithilfe des Meinungsforschungsinstituts aproxima aus Weimar anonym insgesamt 16 Familien in drei Generationen – die Großeltern, deren Kinder und Enkel – dazu befragt, wie das Thema DDR in der Familie kommuniziert wird.

Wie werden voraussichtlich Ende September – ebenfalls mit der Friedrich-Ebert-Stiftung – die ausgewählten Familiengeschichten und -äußerungen in Berlin im Rahmen einer Ausstellung präsentieren. Diese Ausstellung soll dann von Berlin aus durch alle ostdeutschen Bundesländer wandern. Ich kann mir gut vorstellen, dass man sie auch in Schulen präsentieren kann.

Lutz Rathenow: Das nehmen wir sehr gern als Anregung. Noch eine Frage bitte. Frage aus dem Publikum: Ich war Religionslehrerin im Westen, habe Verwandtschaft in der DDR gehabt und die Situation hier erlebt. Ich möchte gern, dass diese Geschichten nicht nur durch die ostdeutschen Bundesländer wandern, sondern auch zu uns rüberkommen. Das als Ergänzung.

Lutz Rathenow: Man kann diese Frage vielleicht damit beantworten, dass Sie Partner wie die Stiftung Aufarbeitung oder uns darauf ansprechen sollten, Zeitzeugenauftritte überall im Land zu fördern. Ansonsten sollten Sie sich in Ihren Bundesländern, die nun keine "alten" mehr sind, dafür einsetzen, dass auch dort Landesbeauftragte installiert werden, die als Multiplikatoren der Aufarbeitungsanregung in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg so arbeiten können wie in Thüringen und Sachsen. Denn bisher müssen wir die Arbeit mitmachen, aber das können wir natürlich eigentlich nicht.

Frage aus dem Publikum: Herr Stern, ich danke Ihnen sehr, dass Sie so betonen, dass diese Anfangsjahre die Grundlage für alles waren, was sich danach entwickelt hat. Am Anfang versuchten Leute, etwas anders zu machen, und das ist ganz schnell unterdrückt worden. Wir haben es gestern schon gehört, aber mir fehlt in der öffentlichen Auseinandersetzung diese Anfangszeit enorm. Hier reden wir über den Begriff Widerstand in den Schulen, aber in der Öffentlichkeit haben wir ihn bisher wenig gehört. Wir haben die paar Filme, die Sie erwähnt haben, das ist alles die jüngere Zeit. Kennen Sie Spielfilme für das allgemeine Publikum, die sich auf die Schicksale der späten 1940er-Jahre, auf die Versuche von CDU, LDP, SPD beziehen und die zeigen, wie das geendet hat? Gibt es öffentliche Spielfilme wie für die spätere Zeit "Goodbye Lenin" oder "Sonnenallee", um das Thema, über das Sie gesprochen haben, bekannter zu machen?

Jochen Stern: Was Sie ansprechen, ist ein weites Feld. Dass die Verfolgung und der Widerstand der Anfangszeit auf dem kulturellen Sektor nicht thematisiert werden, hat den einfachen Grund, dass diese Dinge nicht gesponsert oder von einer einheitlichen Führung von Film, Fernsehen, Funk nicht unterstützt werden. Das ist vielleicht erst in zehn oder 20 Jahren möglich. Wir haben an Filmen wie "Unsere Mütter, unsere Väter" – 70 Jahre nach der NS-Zeit – gesehen, dass manche Themen auf dem Kultursektor eine etwas längere Anlaufzeit benötigen. Das sage ich nicht als Ausrede, sondern ich persönlich empfinde das ja auch. Ich kann Ihnen Beispiele dafür nennen, wie schwierig es ist, bestimmte Themen aus dieser Zeit klarzubekommen mit den entsprechenden Sendern, mit Theater oder anderen Kulturmöglichkeiten. Die Aufführung des Erich-Loest-Stückes gestern war wunderbar, aber ich garantiere Ihnen, dass so etwas auf Bundesebene bei ARD oder ZDF heute nicht gesendet wird, das ist für sie offensichtlich kein Thema. Ich bin jedoch immer frohen Mutes und optimistisch, dass wir irgendwann in nächster Zeit noch einmal davon hören werden.

Lutz Rathenow: Wir kommen langsam zum Ende. Die letzte Frage bitte.

Frage aus dem Publikum: Ich bin etwas davon enttäuscht, dass heute zwar über die

Aktivitäten von uns allen und Ihnen gesprochen wurde. Wir haben ja alle etwas dafür getan, dass sich die Verhältnisse in der DDR änderten, aber wie über den Umgang unserer Aktivitäten im vereinten Deutschland, im Westteil des Landes gesprochen wird, darüber ist überhaupt keine Silbe erklungen. Da bin ich sehr enttäuscht. Wie die westdeutsche Justiz auf die Anträge auf Ehrenrente reagiert, mit welchem Vokabular, das ist eine Provokation. Ich wünsche diesen Leuten, dass sie mal 40 Jahre Ulbricht erleben, bevor sie ihren Beruf weiterführen dürfen. Dieser Staat, in dem ich jetzt lebe, der enttäuscht mich und hat mein Leben auch kaputtgemacht.

Lutz Rathenow: Ich verstehe Sie. Ich höre ähnliche Geschichten fast jeden Tag. Aber das wäre jetzt ein anderen Thema: die traumatischen Erfahrungen in der DDR, die offenbar für viele Menschen nicht weniger traumatisch waren als die Erfahrung der nicht hinreichenden Aufarbeitung mit der gesamtdeutschen Justiz heute. Das ist keine westdeutsche mehr, das ist vorbei, aber das ist ein anderes Thema. Ich empfehle Ihnen, wenn Sie etwas zur Geschichte lesen wollen, das Buch von Jochen Stern, das ist sehr interessant.

Ich danke allen Teilnehmern hier auf dem Podium.



PODIUMSDISKUSSION

25 Jahre danach. Das Bild der DDR in Gesellschaft, Medien und Schule

Stephan Dorgerloh, Thomas Krüger, Christoph Links, Peter Wensierski Moderation: Eileen Mägel

Eileen Mägel: Ich freue mich sehr, diese letzte Runde des Bautzen-Forums heute hier mit Ihnen bestreiten zu können. Wir haben jetzt die schwierige Aufgabe, zeitlich einen großen Sprung zu machen, nämlich von den Zeitzeugen, die wir eben hier gehört haben, ins Heute. "25 Jahre danach. Das Bild in Gesellschaft, Medien und Schule" – gibt es überhaupt noch ein Bild? Wie sieht das aus? Und was können wir alle vielleicht tun, um dieses Bild zu erhalten? Wollen wir das überhaupt? Oder nicht?

Ich habe gestern Abend meinen 15-jährigen Sohn gefragt, als ich mich auf diese Veranstaltung vorbereitet habe: "Wenn ich zu dir DDR sage, was fällt dir denn da ein?"

ZeitzeugengesprächPodiumsdiskussion · Das Bild der DDR

Und wie aus der Pistole geschossen kam: "Deutsche Demokratische Republik". Ich dachte: Na immerhin. "Und sonst?" "Da war doch die Mauer, dahinter waren die gefangen und dann wurde sie abgerüstet". "Und sonst noch?" "Na nüscht". Ehrlich gesagt war ich ein bisschen verletzt. Ich dachte, 20 Jahre habe ich in diesem Land verbracht und mehr weiß er nicht davon? Ich habe mich gefragt, was tragen wir Eltern, was trägt die Schule, was tragen die Medien, was trägt die Gesellschaft dazu bei, dass gerade junge Menschen noch mehr wissen als "Deutsche Demokratische Republik"? Das wollen wir in den nächsten anderthalb Stunden ergründen.

Bevor wir ins Heute kommen, müssen wir aber noch einen Schritt zurückgehen, denn ganz viel ist das Bild der DDR ja von unserem eigenen Bild beeinflusst, von dem, was wir als Verantwortliche in Schulen, in Medien, in der Gesellschaft weitergeben. Deshalb erscheint es mir wichtig, zum Einstieg die Herren an meiner Seite zu fragen, wie denn ihr ganz persönliches Bild von der DDR aussieht.

Herr Dorgerloh, Sie sind Kultusminister in Sachsen-Anhalt, haben in der DDR gelebt, Theologie studiert, Sie waren Bausoldat. Wie haben Sie die DDR in Erinnerung?

Stephan Dorgerloh: Das ist eine abendfüllende Frage. Hier steht nicht ein Bild, sondern ein ganzes Mosaik aus vielfältigen Bildern und Facetten. Für mich war es ein Aha-Erlebnis, als ich mit einer Bekannten, die aus einem SED-getreuen Lehrerelternhaus kam, einen ganzen Abend über unsere DDR-Biografien geredet habe. Wir haben erstaunt festgestellt, dass sie scheinbar in einem ganz anderen Land aufgewachsen ist als ich und doch nur wenige Kilometer von mir entfernt. Nicht im Pfarrhaus mit einer immer offenen Tür und einem großen runden Tisch mit vielen Gästen, mit Ökumene, mit Friedensdekade, mit Potsdamer Jugendtagen, mit kritischer Literatur, mit Philosophie und allen möglichen Dingen. Natürlich großen und unendlichen Diskussionen, wie man das Land verändern kann - die 1980er-Jahre, mehr muss ich sicher nicht sagen. Da ist mein Bild von der DDR ein ganz anderes als das vieler anderer. Wir haben uns mit unseren Berliner Hausbesetzer-Freunden vor wenigen Tagen getroffen und uns daran erinnert, wie wir 1989 in Berlin in alternativen Formen gelebt haben. Einer hatte das Plakat wiederentdeckt und herausgeholt, das wir am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz getragen haben: "Dem Land ein neues Antlitz - ohne Kalk aus Wandlitz!" Inzwischen haben wir alle selber graue Haare.

Eileen Mägel: Vielen Dank! Herr Krüger, Sie leiten die Bundeszentrale für politische Bildung, auch Sie haben Theologie studiert. Sie waren 1989/90 in der Volkskammer und 1991 letzter kommissarischer Oberbürgermeister von Ostberlin. Auch Sie kennen die DDR aus eigenem Erleben, es war eine sehr kurze Phase, diese

kommissarische Oberbürgermeisterschaft. Welche Erinnerungen haben Sie an diese Zeit?

Thomas Krüger: Jetzt muss ich erst einmal die Geschichte mit dem kommissarischen Oberbürgermeister erzählen. Das kam zustande, weil der Oberbürgermeister Tino Schwierzina zum Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt wurde und deshalb formell als Oberbürgermeister von Ostberlin – das es zu diesem Zeitpunkt eigentlich schon gar nicht mehr gab – zurücktreten musste. Bis zur endgültigen Auflösung des Magistrats sollten noch zweieinhalb Wochen vergehen, also wurde ich als sein Stellvertreter der letzte kommissarische Oberbürgermeister von Ostberlin. Das ist eine tolle Geschichte, die steht bei Wikipedia und ist unumstößlich.

Ich hatte drei Akte zu vollziehen. Erstens einen offiziellen Besuch des Ministerpräsidenten des Saarlandes im Roten Rathaus, Oskar Lafontaine. Zweitens den Empfang des Schweizer Botschafters, der gerade eingeführt worden war und seinen Sitz auf dem Territorium des ehemaligen Ostberlin in Pankow hatte. Das Dritte war ein Besuch der französischen Delegation der Sozialistischen Partei. Die waren alle vorher schon bei Schwierzina angemeldet, aber besuchten dann mich unter der Leitung eines Nobodys namens Francois Hollande. Inzwischen sind die Zeiten weiter vorangeschritten und wir alle haben andere Aufgaben.

Wie habe ich die DDR in Erinnerung? Ich habe eine ähnliche Biografie wie mein Nachbar, denn auch ich bin auch in einem Pfarrhaus großgeworden. Aber ich erinnere mich an die 1980er-Jahre vor allem auch als die Zeit, zu der eine Generation heranwuchs, die überhaupt nichts mehr richtig mit dieser DDR als besserem Deutschland anfangen konnte. Sie war deshalb schon ausgestiegen, bevor sie einstieg. Das Motto von Wolf Biermann "Warte nicht auf bess're Zeiten" haben wir versucht konkret umzusetzen und die DDR zum Trainingslager für teilweise relativ absurde Veranstaltungen gemacht. Wir haben Theaterinszenierungen organisiert, sogar die DDR-Erstaufführung von Heiner Müllers "Wolokolamsker Chaussee V", die wir uns heimlich aus dem Henschel-Verlag besorgt und abgeschrieben hatten. Wir unternahmen aber auch illegale Reisen in die Sowjetunion unter dem Motto "Unerkannt durch Freundesland". Freunde aus Dresden sind sehr findig gewesen. Sie haben die Bastelanleitung eines Eisseglers aus einem Fix-und-Foxi-Heft übernommen, haben ihn nachgebaut und damit im Winter den Baikalsee an der schmalsten Stelle überquert, das sind 75 Kilometer. Das war eine Generation, die nichts mehr mit diesen klassischen Auseinandersetzungen, den Ideologien zu tun hatte, sondern ein anderes, ein richtiges Leben im falschen zu führen versuchte. Sie verstand die DDR als Übungslager für bessere Zeiten. Aus vielen Leuten ist etwas

133

geworden, aus anderen Leuten nicht. Wir haben, wie das Leben so spielt, dramatische Biografien in unseren Freundeskreisen, aber wir haben auch sehr erfolgreiche Biografien. Das macht einen – mit einem lachenden und einem weinenden Auge – manchmal traurig und manchmal glücklich.

Eileen Mägel: Die DDR als Trainingslager für bessere Zeiten – Herr Wensierski, ich bin gespannt, ob Sie das ähnlich gesehen haben. Sie waren ab 1979 als Westdeutscher in der DDR, Sie haben dort gearbeitet, habe ein Einreiseverbot bekommen, da würde mich interessieren, warum. Später waren Sie beim SPIEGEL. Sie sind in die DDR gekommen, um über sie zu berichten. Wie ist Ihre Erinnerung an diese Zeit?

Peter Wensierski: Ich fand die DDR als Westjournalist spannender als den Westen, auch die Arbeit als Journalist dort wichtiger als im Westen. Ich hatte in Westberlin Geschichte, Politik und Publizistik studiert, war seit 1979 fertig und hatte beim Sender Freies Berlin angefangen, mit Radiosendungen aus Westberlin zu berichten. Dann kam plötzlich das Angebot, in einer Redaktion zu arbeiten, die sich mit der DDR beschäftigte und auch mit der evangelischen Kirche dort. Das fanden damals andere Studenten und Journalisten total uninteressant.

Die DDR war damals vom Westen her für viele vom Radarschirm verschwunden. Es gab natürlich viele Millionen, die ihre Verwandten besuchten. Aber für die große Mehrheit in der BRD war die DDR nicht das, was ich dort vorfand: ein aufregendes Land, in dem die Dinge nicht so bleiben konnten, wie sie waren, weil das ganze System auf Lüge und Unwahrheit aufgebaut war.

Das merkte man auch sofort. Auf den Plakaten, die überall in den Städten hingen, stand in vielen Variationen: "Wir machen Politik für die Menschen." Aber in Wirklichkeit wurde Politik gegen die Menschen gemacht. Das war nicht schwer zu durchschauen, auch nicht für einen damals 24-jährigen Journalisten.

Überall im Land brodelte es. Ich bin gleich in diese rebellische Jugendszene hineingekommen, in der auch Thomas Krüger war. Überall gab es junge Leute, die mit den alten Herren da oben im Politbüro nichts mehr am Hut hatten, sondern ihr eigenes Leben führen wollten. Ich spürte auch eine enge Verwandtschaft zwischen den jungen Leuten im Osten, ob das nun in Leipzig, Ostberlin, Schwerin, Rostock oder in Dresden war. Ich bin damals leider nie nach Bautzen gekommen, aber Versäumnisse gibt es im Leben. Es war so eine parallele Welt, die ich in Ostdeutschland vorfand, sie war nur unterdrückt.

Und es gab nichts Wichtigeres für Journalisten, als dieses von oben verordnete Schweigen zu durchbrechen. Das ganze System basierte darauf, dass ein Deckel auf diesem Dampfkochtopf gehalten wurde und möglichst keine Informationen an den

Podiumsdiskussion · Das Bild der DDR



Westen, an die Öffentlichkeit kommen sollten. Auch nicht an die eigene Bevölkerung. Umso erfreulicher war es jedes Mal, wenn ich Informationen bekam. Und die bekam ich, und zwar von ganz normalen Menschen, die mutig waren. Und wenn das dann im Fernsehen, in der Zeitung oder im Radio veröffentlicht wurde, war es ein Rieseneklat für SED und Stasi, das hatte eine unheimliche Wirkung. Natürlich fand ich diese Arbeit spannender als die eines Journalisten im Westen. Und ich wollte durch Öffentlichkeit etwas dazu beitragen, die Dinge hier zu verändern.

Mir war von Anfang an klar, dass das nicht lange gut geht, weil die Erlaubnis zur Arbeit und zur Einreise eines Westjournalisten immer an einem seidenen Faden hing. Ich musste alles beim Außenministerium der DDR beantragen. Das war immer so ein komisches Spielchen. Ich sagte, ich wolle vom Kirchentag in Rostock berichten. Tatsächlich bin ich nach Rostock gefahren, um dort alle möglichen Menschen, die den Kirchentag besuchten, auch wenn sie mit Kirche nichts zu tun hatten, über das Leben in Rostock, das Leben in der DDR zu interviewen. Tausende von Jugendlichen waren dort unterwegs, darunter auch Punker, die in den DDR-Städten ab

Anfang der 1980er-Jahre immer häufiger zu sehen waren. Ich konnte dort mit jedem reden, über was auch immer.

Oder ich habe Lutz Rathenow besucht, der war eine wichtige Anlaufstelle für Journalisten in Ostberlin. Es gab leider nur einen Lutz Rathenow, es hätte noch viel mehr geben sollen. Aber bei ihm bekam man auch Informationen aus den anderen Städten, auch aus Bautzen oder Zittau. Bei ihm kam vieles zusammen, wurden Informationen weitergegeben, und das war sehr wichtig. Ich vermisse heute oft den Mut von Menschen, den ich damals in der DDR erlebt habe, auch von jungen Leuten, Journalisten mit Hintergrundinformationen, mit verbotenen Informationen zu versorgen und damit die Dinge zu verändern. Im Fall des Limburger Ex-Bischofs Tebartz-van Elst zum Beispiel: Ich wundere mich bis heute, dass sich aus dem Ordinariat in Limburg kein einziger Mitarbeiter mal an mich gewendet und mir irgendwelche Papiere oder E-Mails kopiert hat.

Damals in Berlin 1979/80 hingegen habe ich von allen möglichen Leuten in der Kirche Informationen bekommen, ob das nun aus dem Theologischen Seminar oder anderen Ausbildungsstätten der Kirche war oder von Wolfgang Templin, der noch SED-Mitglied war und den ich besuchte, oder sogar von 16-jährigen Jugendlichen. Und das, obwohl das Risiko für diese Leute in der DDR viel größer war als für die meisten Deutschen heute. Denn selbst in den 1980er-Jahren gab es ja kein risikofreies oppositionelles Wirken in der DDR.

Eileen Mägel: Ich habe noch eine Frage dazu. Abgesehen von diesen Anmeldungen beim Außenministerium, von dem Sie ja gesprochen haben – konnten Sie denn vor Ort agieren? Hatten Sie das Gefühl, beobachtet zu werden? Wurden Sie behindert oder konnten Sie sich relativ frei bewegen?

Peter Wensierski: So wie Thomas Krüger in der Sowjetunion. Es gab mehr Lücken im System, als man dachte. Ich war in der Regel Reisekorrespondent, das hatten sie vergessen, genauer zu regeln. Sie waren fixiert auf die ständig akkreditierten Korrespondenten von ARD und ZDF, die wurden rund um die Uhr beobachtet und abgehört, die mussten sich abmelden, wenn sie Ostberlin verließen, die mussten Interviews genehmigen lassen, mussten die Fragen der Interviews Wochen mitunter vorher einreichen, damit die sich etwa im VEB Walzwerk darauf vorbereiten konnten. Wenn die Korrespondenten es überhaupt genehmigt bekamen.

Komischerweise war es für mich als Reisekorrespondent so, dass ich den Antrag stellte und ihn nach vier bis sechs Wochen in 90 Prozent der Fälle genehmigt bekam. Ich hatte dann ein besonderes Grenzvisum. Darin war – ein kleiner Strich kann die Welt verändern – "einmalig" durchgestrichen, "mehrmalig" offengelassen. Normalerweise war es andersherum. Dieser Eintrag bedeutete, dass ich jeden Tag so

Podiumsdiskussion · Das Bild der DDR

oft ich wollte völlig unkontrolliert zwischen West- und Ostberlin hin- und herreisen konnte. Unkontrolliert, das heißt, ich konnte auch immer alles mitnehmen, was ich wollte. Tatsächlich bin ich bei meinen Reportagen nicht beobachtet, begleitet worden und hatte keine Leute um mich herum. Ich bin ja auch mit Kamerateams eingereist und wir haben Filme gedreht. Irgendwie war da eine Lücke im System.

Ich bin zum Beispiel nach Magdeburg gefahren, um Roger Schütz, den damaligen Chef der Bruderschaft Taizé, zu besuchen. Der war in der DDR und hielt da einen Gottesdienst vor 1 000 Jugendlichen. Aber ich habe im Vorraum des Magdeburger Doms die Magdeburger Jugendlichen zu ihrer Situation und Lage interviewt, das war dann eben möglich. Ich habe Bücher geschrieben, die hießen "Null Bock auf DDR. Aussteigerjugend im anderen Deutschland" oder "Schwerter zu Pflugscharen" über die Friedensbewegung in der DDR oder die Ökologiebewegung. Im SPIEGEL hatte ich damals 1983 Serien über die Umweltzerstörung im Erzgebirge, die Verschmutzung der Elbe. Mit Erscheinen dieser ganzen Bücher, Zeitungsartikel und Filme über Themen, die man in der DDR am liebsten tabuisiert hätte, staute sich natürlich im Laufe der Jahre ein großer Ärger bei der SED an. Zum Schluss saß ich dann mal im Palast der Republik mit Vertretern des Außenministeriums und sagte zu "Null Bock auf DDR" und die rebellischen Jugendlichen, ich sei ja nur der Überbringer der Botschaft. Da kam dann zurück: "Ja, wir wissen auch, dass wir die Jugendpolitik unserer Partei ändern müssen."

Nach der Wende, da man mit den Stasi-Akten hinter die Kulissen gucken konnte, war dann zu sehen, dass diese Leute überhaupt nichts zu melden hatten. In der DDR hatte offenbar überhaupt niemand irgendwas wirklich zu entscheiden außer den Herren im Politbüro, und auch von denen wiederum nur ein paar. Nicht die Abteilung Journalistische Beziehungen des Außenministeriums hatte also nach sechs Jahren entschieden, dass ich nicht mehr in die DDR hineindarf, sondern Erich Mielke.

Eileen Mägel: Vielen Dank zunächst. Christoph Links, Sie haben in der DDR studiert, waren später beim Aufbau-Verlag und dann 1990 einer der Ersten, die ihren eigenen Verlag gründeten. Zeitgeschichte heute zu vermitteln, das sehen Sie für Ihren Verlag als eine der wichtigsten Aufgaben. Wo wären Sie heute, wenn es die DDR noch immer gäbe?

Christoph Links: Irgendwo in einer untergeordneten Assistentenstelle vermutlich

Peter Wensierski: ... oder Heizer.

Christoph Links: ... da hätte mein Rücken nicht mitgemacht. Nein, ich habe begonnen als Redakteur für Lateinamerika in der Berliner Zeitung, weil ich neben



Philosophie auch noch Lateinamerikanistik studiert hatte, bin da aber 1985 von der Staatssicherheit aus der Redaktion rausgesetzt worden. Erst ging es in den technischen Bereich, dann musste ich mir etwas Neues suchen und da bin ich dann als Assistent im Aufbau-Verlag untergekommen, durfte aber nicht Lektor werden.

Ich habe schon Anfang 1989 den Versuch unternommen und ans Kulturministerium einen offiziellen Antrag auf Gründung eines unabhängigen Verlages geschickt. Der wurde natürlich nie schriftlich beantwortet, sondern ich wurde zu einem Gespräch vorgeladen, in dem man mir erklärte, dass so ein Genossenschaftsverlag, wie ich ihn mir vorstelle, grundsätzlich denkbar wäre. Nach der Verfassung der DDR spreche nichts dagegen, aber das Papierkontingent reiche nicht für einen 79. Verlag. Die DDR habe schließlich schon 78 Verlage. (Zum Vergleich, wir haben heute 2 800 professionell arbeitende Verlage in der Bundesrepublik.) Man könne jedenfalls meinen Antrag wegen des Papierkontingents nicht genehmigen.

Ich stand also in den Startlöchern, um endlich publizieren zu können. Ich wusste, dass Freunde von mir in der Wissenschaft, im Journalismus an interessanten Themen arbeiteten, viel in ihren Schubladen hatten, dies aber nicht publizieren

konnten. Das wurde an dem Tag möglich, als die Zensur abgeschafft wurde. Das war drei Wochen nach dem Mauerfall, am 1. Dezember 1989. Noch am selben Tag habe ich sofort offiziell die Lizenz für den unabhängigen Verlag beantragt und bekam dann kurz vor Weihnachten die Mitteilung, dass es ab Januar 1990 Gewerbefreiheit für Verlage geben werde, also keine Lizenz mehr notwendig sei. Am 5. Januar saß ich dann beim Notar, und das weitere Geschehen nahm seinen Lauf.

Eileen Mägel: Wenn ich Sie frage, welches Bild Ihnen geblieben ist von der DDR, von Ihrem eigenen Leben dort, was hat sich Ihnen am meisten eingeprägt?

Christoph Links: Das Einprägendste ist die Schere im Kopf, das Taktieren und immer Überlegen, was man wo sagen kann. Ich habe ja in den Strukturen gearbeitet. Zeitung und Verlag waren nicht Pfarrhaus und Kirche. Es war der Versuch, in den Strukturen Bewegung zu befördern. Ich war eng befreundet mit Leuten von der "Kirche von Unten", mit Reinhard Schult etwa, der das Neue Forum mitbegründet hat. Wir hatte eine Absprache: Versucht ihr wenigen Reformwilligen es in den Strukturen, wir glauben da nicht dran. Wir versuchen es von außen. Mal sehen, wer weiter kommt. Es hat sich gezeigt, die innere Reformbewegung in den Strukturen, auch in der SED, war viel zu klein, viel zu schwach. Da hat sich gar nichts real bewegt. Die Änderungen sind von den Oppositionsbewegungen gekommen. In unserem Verlag gibt es inzwischen viele kritische Bücher zur DDR-Geschichte, immer mit dem Bemühen, ein differenziertes Bild zu zeichnen, die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen darzustellen und nicht nur Schwarz-weiß-Klischees zu reproduzieren.

Eileen Mägel: Differenziert in welcher Hinsicht?

Christoph Links: Das Thema unserer Runde ist ja das Bild der DDR in der Gesellschaft. Das Bild der DDR in den frühen 1990er-Jahren war für mein Verständnis sehr einseitig auf die Herrschaftsgeschichte konzentriert. Zu Recht gab es viel aufzuarbeiten, nicht nur, was das Grenzregime und die Gefängnisse anbetraf, sondern auch die politische Herrschaft insgesamt. Aber diese einseitige Konzentration auf die Unterdrückung, den Stacheldraht allein hat ja dann 1998 bis 2000 diese schreckliche Ostalgiewelle heraufbeschworen, in der viele sagten: Das Leben in der DDR war mehr als nur Unterdrückung.

Erst danach, ab den 2000er-Jahren, haben sich Wissenschaft und Forschung umorientiert. Ich merke ja als Verleger, welche wissenschaftlichen Arbeiten uns zur Veröffentlichung angeboten werden. Erst dann ist auch die Gesellschaftsgeschichte thematisiert worden, der Alltag, das kulturelle Leben, die Art, wie die SED auch in diesen Bereichen durchregiert und geherrscht hat. Aber eben auch, wo es Freiräume gab. Wir haben ein Buch über private Galerien in der DDR veröffentlicht, die so eine Nische hatten. Auch wie Thomas Krüger seine abenteuerlichen Inszenierungen am Kunstmarkt möglich machen konnte, all das gehört zum Bild der DDR dazu. Deswegen bin ich ganz froh, dass seit einigen Jahren die verschiedenen Fassetten der DDR-Gesellschaft stärker öffentlich in die Diskussion kommen.

Eileen Mägel: Ist das ein Grund für Sie zu sagen, nach den 25 Jahren seit der Verlagsgründung, 25 Jahre nach der Wende müssen wir gar nicht mehr darüber reden, dass diese Zeit vielleicht in Vergessenheit gerät, weil diese Themen jetzt in der Öffentlichkeit angekommen sind und diese Bücher ihren Platz gefunden haben?

Christoph Links: Doch, wir müssen mehr denn je darüber reden. Und wir müssen auch zusehen, wie diese Diskussion öffentlich befördert werden kann. Denn ich spüre sehr deutlich als Verleger, wie sich das freiwillige Kaufverhalten verändert. Es ist etwas anderes, ob man Broschüren mit staatlichen Geldern publiziert und verteilt oder ob man Artikel zur DDR im SPIEGEL veröffentlicht, der ohnehin abonniert und verkauft wird. Ich sehe, dass sich unsere Bücher zur DDR-Geschichte in den 1990er-Jahren – "Gott in Bautzen" etwa über die Gefangenenseelsorge oder "Unter Mördern" über das Gefängnis in Brandenburg – sehr gut verkauft haben, da gab es ein großes öffentliches Interesse.

Aber seit einigen Jahren verkaufen sich Bücher wie das über den Knast in Schwedt oder das Gefängnis in Waldheim kaum auf dem freien Markt. Das heißt, ich habe winzig kleine Auflagen, die die Kosten nicht decken. Die Bundeszentrale oder die Landeszentrale für politische Bildung unterstützen uns, indem sie Titel ankaufen und für die politische Bildungsarbeit einsetzen. Oder Lutz Rathenow unterstützt uns mit seiner Behörde bei Büchern wie dem über Waldheim. Aus eigener Kraft würden wir heute die Herausgabe solcher Bücher nicht mehr kostendeckend hinbekommen.

Das heißt, das freiwillige Interesse, sich mit den schwierigen Seiten der DDR-Geschichte zu befassen, hat abgenommen, weil es – nach meiner Wahrnehmung – eine gewisse Sättigung gibt. Die Leute wissen in etwa, dass es eine Diktatur war und dass es schrecklich war, wollen es aber nicht in neuen Fassetten erzählt bekommen. Es gibt das Bedürfnis, einen Schlussstrich zu ziehen. Auch die westdeutschen Buchhändler sagen: "Lasst uns doch endlich mit diesen Themen in Frieden." Deshalb ist es wichtig, dass es politische, öffentlich verantwortliche Institutionen gibt, die dieses Beschäftigen mit dem Thema weiter wachhalten und unterstützen.

Eileen Mägel: Die Frage geht gleich noch an Sie, Herr Dorgerloh, Sie haben bedächtig den Kopf gewogen. Aber ich möchte vorher noch Herrn Krüger fragen, wie diese Diskussion öffentlich gefördert, befördert, unterstützt, am Leben gehalten werden kann. Und die zweite Frage: Die Bundeszentrale für politische Bildung ist

Podiumsdiskussion · Das Bild der DDR

dabei in besonderer Verantwortung. Sehen Sie auch, dass das Interesse nachlässt? Thomas Krüger: Ich glaube, Herr Links hat relativ gut beschrieben, dass sich der Markt verändert hat. Aber als öffentliche Einrichtung ist es natürlich nicht nur unsere Aufgabe, das, was in Vergessenheit gerät, zum Thema zu machen, sondern auch generell die plurale Art und Weise, wie man DDR rezipiert, versteht und interpretiert, zum Thema politischer Bildung zu machen. Wir sind ja keine Agitprop-Veranstaltung, die sagt, was die Wahrheit ist, sondern wir versuchen, eigene Urteile zu ermöglichen, indem wir entsprechendes Faktenwissen aufbereitet zur Verfügung stellen. Und eben versuchen, nichts zu vergessen, sondern alles, was für eine eigene Urteilsfindung relevant ist, einzublenden.

Ich gebe mal ein Beispiel. Sie erinnern sich sicherlich an die letzte Kommunalwahl in der DDR. Das war glaube ich am 7. Mai 1989. Da gab es in Berlin drei Gruppen, die die Stimmen nachzählten. Wahlbetrug passiert, das wussten wir alle. Deshalb gab es das Motto: Wir zählen jetzt mal nach. Im selben Jahr kamen völlig unterschiedliche Gruppen am selben Tag auf die gleiche Idee. Das eine war die Samaritergemeinde von Rainer Eppelmann – er selbst auch ganz vorn mit dabei –, die das in Berlin-Friedrichshain machten. Immer zu zweit, wie es in der Bibel steht und damit man einen Zeugen hatte, in ein Wahllokal, um die Ergebnisse zusammenzutragen. Die eigene Stimme wurde möglichst kurz vor sechs abgegeben, damit man begründet im Wahllokal war und nicht rausfliegen konnte. Die zweite Gruppe waren Studierende der Kunsthochschule in Weißensee, dem kleinsten Ostberliner Bezirk. Von den Studierenden kann man nicht sagen, dass sie Teil der Bürgerrechtsbewegung waren, sondern sie haben das Stimmenzählen als Happening betrieben, als Kunstaktion. Alle waren sehr fleißig, haben es fast flächendeckend geschafft, Weißensee vollständig, Friedrichshain bis auf einen Bezirk, und lieferten die Ergebnisse komplett ab. Ich war damals Vikar in der "Kirche von Unten" und in der offenen Arbeit unterwegs, wir haben die Punks vom Prenzlauer Berg betreut. Wir hatten eigentlich auch alle auf Wahlkreise verteilt, nur kamen die Punks entweder nicht in den Wahllokalen an oder sie haben den Weg zurück in die zentrale Abgabestelle in der Invalidenstraße nicht geschafft, weil sie in der Kneipe hängen blieben. Aber immerhin zwei Drittel aller Wahlkreise im Prenzlauer Berg sind auch nachgezählt und dokumentiert worden. Man sieht an diesen drei Gruppen, dass aus ganz unterschiedlichen Perspektiven damals wie im Brennglas eine parallele Aktion entstand. Aber wenn man die Leute heute fragt, wie sie DDR erlebt haben, werden sie komplett unterschiedliche Geschichten erzählen.

Ich glaube, dass es heute für die politische Bildung sehr wichtig ist, gerade für eine Generation, die die DDR gar nicht erlebt hat, diese unterschiedlichen Erzählungen

mit Hintergrundwissen aufzubereiten und den entsprechenden Kontexten zu vermitteln, damit dieses Wissen eingeordnet werden kann. Dazu gehören eben auch die dramatischen Geschichten von Leuten, die eingesperrt worden sind, und von Leuten, die an der Mauer erschossen wurden. Sie gehören genauso dazu wie Mitläufergeschichten oder "der kleine Mut", mal über den Gartenzaun hinaus Kritik zu äußern. Auch das gab es, und an diese Vielfalt gilt es zu erinnern.

Christoph Links hat völlig zu Recht gesagt, dass in den 1990er-Jahren die Täter-Opfer-Dimension so stark im Blick war, dass sich viele mit ihren Biografien, ihren gelebten Leben in der öffentlichen Diskussion überhaupt nicht wiedererkennen konnten. Ostalgie ist das eine. Aber das andere ist, dass sich viele Leute im öffentlichen Raum nicht wahrgenommen fühlten. Es ist sehr wichtig, diese Pluralität stärker in den Blick zu nehmen und an die Alltagsgeschichte genauso zu erinnern wie an die Herrschaftsgeschichte.

Wir haben uns in den 1990ern sehr stark mit den Stasi-Akten auseinandergesetzt, aber die SED als die eigentliche Täterorganisation gar nicht wissenschaftlich beforscht. Das ist erst in den 2000er-Jahren passiert. Diese Korrekturen galt es einfach einzufordern in der öffentlichen Debatte. Seitdem haben wir ein komplettes Bild. Es gibt immer noch unerzählte Geschichten, aber es gibt auch so gut durchforschte Bereiche der DDR-Geschichte, dass man manchmal sagt: "Jetzt reicht es aber langsam. Guckt euch doch bitte mal die frühe Geschichte der Bundesrepublik an". Die ist nämlich im Vergleich zu vielen Bereichen der DDR-Geschichte kapital unterforscht.

Ich glaube, dass es für die heutige junge Generation sehr wichtig ist, auch die Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg als integrierte deutsche Nachkriegsgeschichte zu erzählen. Es fällt geradezu ins Auge, dass dieser Teil der westdeutschen Geschichte im ostdeutschen Bildungssystem und den Medien und die DDR-Geschichte im Westen unterbelichtet ist. Ich glaube, man kann mittlerweile souverän genug sein, mehr zu vergleichen, mehr gegenüberzustellen, mehr integriert und auch parallel zu sehen. Denn vieles, das in dem einen Land passiert ist, hatte Auswirkungen auf das andere Land. Dies für eine Generation, die das alles nicht mehr erlebt hat, kenntlich zu machen, heißt auch, daran zu erinnern, dass Deutschland geteilt war, dass es zwei Deutschlands gab, die trotz ihrer völlig unterschiedlichen Geschichte etwas miteinander zu tun hatten.

Eileen Mägel: Ich glaube, zum Thema "intergriert und parallel" hätte Christoph Links aus seinem Verlag auch ein paar gute Beispiele beizusteuern, das machen wir aber jetzt nicht. Jetzt haben wir so eine schöne Brücke zur Bildung bekommen und damit zu Herrn Dorgerloh. Integrierte deutsche Nachkriegsgeschichte vermitteln,

Geschichte der DDR vermitteln – was findet denn statt in den Lehrplänen, an den Schulen heute?

Stephan Dorgerloh: Aufgrund des Föderalismus will ich zunächst nur über Sachsen-Anhalt reden. Dann kann ich aber auch gleich stolz sagen, dass wir eines der wenigen Bundesländer sind, in dem das Thema DDR in der Sekundarstufe und auch im Gymnasium zweimal vorkommt. Ich werbe immer dafür, dass DDR-Geschichte und deutsch-deutsche Geschichte auch regelmäßig als Prüfungsthema auftaucht. Ich bin fest davon überzeugt, dass es nur dann unterrichtet und gelernt wird, wenn es auch regelmäßig Prüfungsthema ist. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder dafür gesorgt, dass es Prüfungsthema wird. Das hat sich herumgesprochen. Demzufolge achten Eltern und Schüler darauf, dass es drankommt und nicht Ende des Schuljahrs plötzlich keine Zeit mehr dafür ist.

Ich finde, DDR-Geschichte ist kein Privileg der ostdeutschen Bundesländer, sondern es ist ein gesamtdeutsches Unterrichtsthema. Ich möchte, dass in Baden-Württemberg, in Niedersachsen und in Hamburg DDR-Geschichte genauso unterrichtet wird wie in Sachsen-Anhalt. Ich will auch wie Thomas Krüger, dass wir das möglichst nicht isoliert machen, hier DDR-Geschichte, dort die Bundesrepublik. Wir müssen deutsch-deutsche Geschichte lehren, zum Beispiel auch das Jahr 1990 aus dieser gesamtdeutschen Perspektive sehen, diese unterschiedlichen Blickwinkel, Ereignisse, die aufeinander bezogen und miteinander verwoben sind. Nur dann versteht man, was da passiert ist, was Wiedervereinigung bedeutet und auch, was davor war. Wo hat das alles seine Wurzeln, woraus hat sich das entwickelt, woher kommt das.

Was wir gelegentlich in öffentlichen Diskussionen erleben, ist dieses Entkoppeln von Geschichten, die wir erzählen. Im Rückblick ergibt sich folgendes Bild: Am Anfang die ganz starke Konzentration auf den repressiven Teil der Geschichte, dann im zweiten Schritt 2003 "Die ultimative Ost-Show" im ZDF oder die "Ostalgie-Show" auf RTL, also plötzlich diese Gegenbewegung frei nach dem Motto: Wir hatten doch auch fröhliche Urlaube und es war doch alles gar nicht so schrecklich. Wir können doch nicht nur an die fürchterlichen Seiten der DDR erinnern.

Dieses Entkoppeln ist aber eben genau das, was nicht passieren darf. Dass wir entweder nur von Ostseeurlauben oder nur von Bautzen erzählen. Wir versuchen im Unterricht hinzubekommen, dass die Schüler eine Multiperspektive auf das Thema bekommen. Natürlich sollen sie zu Hause fragen, was hast du denn da gemacht. Oder die Lehrer fragen. Damit kriegen sie eine Perspektive. Dann sollen die Lehrer möglichst Zeitzeugen einladen. Dafür werbe ich, wo immer es geht, und sage, ladet euch verschiedene Leute und Perspektiven in den Unterricht ein, ihr müsst das nicht

143

alles selber machen. Macht Projekttage, schaut Filme und geht an die authentischen Orte.

Wir haben das in den vergangenen beiden Jahren sehr intensiv vorangebracht, in der Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, auch unter der Beteiligung der Beauftragten für die Stasi-Unterlagen, die bei uns sehr eng und unkompliziert zusammenarbeiten. Wir haben viel Geld in die Hand genommen und gesagt, wir laden alle Klassen kostenlos ein, übernehmen sogar die Fahrtkosten bzw. den Bus. Kommt in die Gedenkstätten, trefft dort Menschen und erweitert eure Perspektive. Damit wir die Geschichte nicht ent-, sondern verkoppeln.

Ich will noch ein persönliches Erlebnis erzählen. Vor paar Monaten war ich bei einem Gymnasium zu Gast, das eine ganze DDR-Projektwoche veranstaltete. Ich war dort sowohl neugieriger Gast als auch als Zeitzeuge gefragt. So erlebte ich, wie einige Schüler einen Vortrag über die DDR-Pionierorganisation und die FDJ hielten. Abgesehen davon, dass ich auch was gelernt habe, das ich schon vergessen hatte, haben sie über die Themen geredet wie über Bismarck oder den Dreißigjährigen Krieg. Das ist unendlich weit weg für die 17- und 18-Jährigen. Das ist für diese Generation schon eine alte, vergangene Geschichte. Die Jugendlichen recherchieren dafür genauso wie für einen Vortrag über den Kaiser. Dann lesen sie bei Wikipedia und im günstigsten Fall noch irgendwelche Aufsätze und Artikel. Hier konnten sie sogar ihre Eltern oder Großeltern befragen. Ein Mädchen hatte ein Halstuch von ihrer Mutter mit. Und dann entstand eine lebendige Diskussion darüber, warum die Eltern bei den Pionieren waren oder nicht. Das sind dann so Momente, wo es spannend und plastisch wird.

Noch eine Beobachtung zum Thema Zeitzeugen an Schulen. Das ist ja mitunter ein nicht ganz spannungsfreies Themenfeld. Aber umso wichtiger ist es. Mancher hat vielleicht die Diskussionen vor einiger Zeit verfolgt: Es gab eine Sekundarschule im ländlichen Raum, in einer Kleinstadt in Sachsen-Anhalt, die sich einen Zeitzeugen eingeladen hatte und das auch weiter tun wird. Es kommt, wie es kommen muss, der Zeitzeuge erzählt seine Opfergeschichte, seine Repressionsgeschichte. Und dann sagt da eine Lehrerin: "Moment mal, es war doch auch nicht alles schlecht." Bei so etwas möchte ich eigentlich "Stopp" rufen, "jetzt halten wir doch mal diesen pädagogisch besonderen Moment an". Denn das ist eine pädagogische Lernchance, aber auch eine Herausforderung für alle – auf der einen Seite die Opfergeschichte, auf der anderen Seite jemand, der aus seinem Leben heraus sagt: "Ich kann eine ganz andere Geschichte erzählen." Das ist eine wunderbare Gelegenheit, um 15- und 16- Jährigen zu zeigen, wir haben unterschiedliche Perspektiven und lassen sie zur

Podiumsdiskussion · Das Bild der DDR



Sprache kommen. Gelegentlich muss man dann auch einander was zumuten. Ich wünsche mir, dass wir unsere jüngere Geschichte spannend und farbig vermitteln, sie ist nicht nur schwarz-weiß, sondern hat viele verschiedene Töne.

Wenn es gelingt, dass Jugendliche selber versuchen, sich ein möglichst breites, vielfältiges Bild von Geschichte zu machen, dann haben wir ganz viel gekonnt. Dann sind wir auch weg davon, irgendwelche Fakten abzuprüfen und Straßenumfragen zu machen und zu Schülern zu sagen: "Wenn Sie wissen, wer Horst Sindermann war, dann weiß ich, dass Sie mit DDR-Geschichte und deutscher Geschichte umgehen können."

Eileen Mägel: Ich habe jetzt ganz verschiedene Reaktionen beobachtet, zunächst Herr Links, dann Herr Wensierski bitte.

Christoph Links: Ich kann Herrn Dorgerloh nur ganz stark zustimmen, denn das ist unsere Erfahrung genauso beim Publizieren wie bei Veranstaltungen, dass nur aus der Kombination von Forschung und Zeitzeugen ein realistisches Bild entsteht. An einem Beispiel ganz konkret: Bei uns erscheint die Reihe der Stiftung Berliner Mauer mit vielen Mauer- und Flucht- und Tunnelgeschichten. Da gibt es Fluchthelfer und Tunnelgräber, aber wenn ich nur die Zeitzeugen höre, dann habe ich

Heldengeschichten ohne Ende, die sich dann auch noch konkurrierend gegenüberstehen. Ich brauche aber auch eine an Dokumenten belegte Einordnung, an der einen oder anderen Stelle auch mal eine Relativierung und eine richtige Zuordnung. Andererseits ist die Wissenschaft allein oft so dröge, dass ich sie überhaupt nicht vermitteln kann.

Der Ruf nach der integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte ist ganz wunderbar, dazu haben wir auch ein Buch verlegt, nämlich von Sozialwissenschaftlern aus Potsdam, die das Ganze "asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte von DDR und Bundesrepublik" nennen. Jetzt erklären Sie mal einem normalen Menschen, was eine asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte ist. Wenn ich das auf der Theorieebene lasse, bekomme ich es nie vermittelt. Habe ich aber jemanden, der mir konkret erzählt, wie das Leipziger Dokfilmfestival und das Oberhausener Filmfestival parallel funktioniert haben, sich aufeinander bezogen haben, Konkurrenz waren oder wie die Städteplanung in den 1970er-Jahren in Ost und West aufeinander bezogen war, dann wird es plötzlich lebendig und anschaulich. Wir brauchen immer diese Mischung aus Forschung und Zeitzeugenerzählungen.

Peter Wensierski: Ich finde diese Absichtserklärungen alle ganz toll, von Herrn Dorgerloh und von Herrn Links. Ich finde auch prima, wenn Sie in der Kultusministerkonferenz dafür sorgen, dass die DDR Prüfungsgegenstand wird, damit eine größere Herausforderung damit verbunden wird. Das ist ein ganz wichtiger Schritt. Aber ich will das Ganze etwas auf den Boden runterbringen. Ich recherchiere gerade unter 14- und 15-Jährigen in Berliner Schulen, weil ich da zufällig Kontakt bekommen habe. Ich versuche, ein bisschen hinter die Kulissen, in ihre Lebenswelt und ihre Lebenswirklichkeit zu gucken. Als Journalist habe ich gleich gemerkt: "Oh, die Eltern werden alle in Ohnmacht fallen, wenn sie erfahren, was wirklich an den Schulen bei den 14- und 15-Jährigen los ist." Viele haben mir ihre Handys gezeigt und was sie sich alle drei Minuten zuchatten, ich glaube, da passt kaum noch ein Blatt Papier an Interesse für andere Dinge dazwischen.

Ich denke, wir beklagen hier, dass sie sich nicht für die DDR interessieren und auch wenig wissen. Aber sie wissen auch nichts über die Bundesrepublik der 1950er- und 1960er-Jahre. Sie können denen auch ein Bild von Ludwig Ehrhardt vorhalten und sie wissen nicht, wer das ist. Ich bin ja in der SPIEGEL-Redaktion auf dem Potsdamer Platz in Berlin, immer mit dem Blick auf das Brandenburger Tor. Dahin kommen Praktikanten aus den tollsten Journalistenschulen Deutschlands, von Gruner und Jahr in Hamburg, von der Münchener Journalistenschule, von der Springer-Journalistenschule, 27- und 28-Jährige, die alle studiert haben. Neulich kommt eine dieser Nachwuchsjournalistinnen in mein Zimmer, ich hatte zufällig

gerade ein Bild von Walter Ulbricht auf meinem Computerbildschirm. Da sagt sie: "Ach, der sieht ja lustig aus, wer ist denn das?" Ich sage: "Weißte nicht? Dann weißt du auch nicht, wer Robert Havemann ist? Rudolf Bahro?" "Nee." Das ist jetzt keine Geschichte von einem Schüler oder einer Schülerin, sondern von einer angehenden Journalistin! Ich war schon bisschen irritiert.

Ich hatte jetzt gerade eine Lesereise in Nordrhein-Westfalen, war immer morgens in Schulen unterwegs, abends in Stadtbibliotheken. Ich habe das Buch "Die verbotene Reise" geschrieben, darin geht es um die abenteuerliche Reise von zwei jungen Berlinern 1987 von Ostberlin durch die Sowjetunion, durch die Mongolei und China bis nach Peking. Ich zeige dann immer so Bilder. Am Anfang so etwas die Situation in Prenzlauer Berg, wo die beiden gewohnt haben und wie das damals so aussah. Da gibt es eine FDJ-Demonstration, auf der Breschnew-Bilder getragen wurden, ich war schon auf die Reaktion gespannt. Und ob das Zehnt- oder Zwölft-klässler oder ein Leistungskurs war – keiner von denen hat Leonid Breschnew erkannt. Ich will damit keinen Pessimismus verbreiten, sondern nur sagen, dass man es realistisch sehen muss. Politische Bildung ist eine gigantische Aufgabe.

Neulich kam einer meiner jungen Kollegen zu mir und sagte: "Peter, du warst doch so viel in der DDR unterwegs und kennst doch so viele Geschichten. Hier in Neukölln gibt es so eine Kneipen-Talkshow mit vielen jungen Leuten, kannst du nicht mal dahingehen und denen Fotos und Videos zeigen und spannende Geschichten aus der DDR erzählen?" Ich sagte: "Klar, gerne", kam dann in Neukölln in diese Kneipe und bin fast vom Stuhl gefallen. Da saßen fast 150 wirklich junge Leute, so zwischen 20 und 30. Die waren zwei Stunden lang mucksmäuschenstill, hörten aufmerksam zu und guckten diese Videos. So etwas kommt selten vor, aber die waren wirklich total interessiert und stellten viele Fragen. Wobei ich mir aber vorher viele Gedanken darüber gemacht hatte, was ich denen erzählen kann, was die wohl heute interessieren könnte, was eine Verbindung zu ihnen hat.

Das kann funktionieren, über – wie Sie auch sagten – persönliche Geschichten, Biografien, verbunden mit vielen anderen Dingen und verbunden mit Ereignissen, die man möglichst anschaulich und plastisch erzählt. Nach dem Abend war ich ganz zufrieden, wenn auch total durchgeräuchert, die haben nämlich alle geraucht wie die Schlote. Aber ich dachte, gut, dann machst du jetzt im 25. Jahr des Mauerfalls was dazu und habe auf SPIEGEL ONLINE einen eigenen Blog angefangen, "Bye bye, DDR. Geschichten zum Mauerfall". Es gibt inzwischen 15 Folgen. Spannende Geschichten mit Video, mit Fotos, mit Dokumenten, die man sich runterladen kann – ich habe dabei auch extra an Lehrer und Bildungsarbeit gedacht, die das kostenlos im Unterricht benutzen können.



Und was sind das für Geschichten? Geschichten vom Widerstand und von Rebellion vor allem. Von Mut, klein oder groß. Von diesen oder jenen Dingen, die zeigen, wie man auch in einer Diktatur anständig bleiben und leben kann. Und wie man auch kleine Dinge tun kann, um an diesen Verhältnissen zu rütteln und sie letztlich im Konzert mit allen anderen zu Fall zu bringen. Ich sage das, weil die bei SPIEGEL ONLINE erst skeptisch waren: "Ob das jemand guckt?" Wir können ja immer genau sehen, wie viele Leute die Seite lesen oder nur kurz anklicken. Es ist erstaunlich: 700 000 Leute lesen so einen Beitrag. Letztens habe ich einen Beitrag über André Herzberg von der Gruppe Pankow gemacht. Ich finde so etwas in meinen alten Schubladen. In diesem Fall habe ich einen Tonbandmitschnitt von seinem Auftritt bei "Rock für den Frieden" 1983 gemacht. Mitten im Palast der Republik, dem großen Repräsentationsbau, hat er damals eine Nummer hingelegt, die unglaublich subversiv-rebellisch war. Das haben sich sogar 850 000 Leute angeguckt und angehört.

Wenn man es interessant macht – und journalistische Geschichten müssen immer interessant sein, ob es um die DDR geht oder um den Westen oder den IS oder die NSA –, erreicht man die Menschen auch. Dasselbe gilt auch für das Buch "Die verbotene Reise", von dem ich gerade erzählt habe. Da sagten alle: "Mensch, noch ein Buch über die DDR, da gibt es doch schon genug." Aber das Buch haben wahnsinnig viele Leute gelesen und auf den Lesungen waren ganz viele junge Leute.

Es ist eine Aufgabe für Herrn Krüger, Journalisten und Medien für die DDR zu interessieren. Ich war gestern bei der Führung hier in der Gedenkstätte Bautzen begeistert von den Geschichten, die da auf den Tafeln erzählt werden, aber die kennt bundesweit kaum einer. Wenn man in die Redaktion kommt und sagt, man müsste etwas über den und den Gefangenen machen, der habe eine erzählenswerte Geschichte, dann heißt es oft: "Och, das ist aber lange her. Haben wir nicht was über junge Leute, etwas über heute?" Da gibt es viele Widerstände.

Eileen Mägel: Es kommt immer darauf an, was man erzählt und wie man es erzählt. Dazu haben Sie alle sehr schöne Beispiele. Aber zum Thema politische Bildung wollte Herr Krüger gern noch das Wort ergreifen.

Thomas Krüger: Ich kann direkt daran anknüpfen. Es ist immer die Frage, ob das Glas halbvoll oder halbleer ist. Es ist eigentlich gut, dass immer noch Journalisten, Autoren und Lehrer dieses Thema behandeln. Relativ unwohl ist mir eher bei einem anderer Punkt. Wenn sich Umfrageinstitute darüber beklagen, nur 60 Prozent wissen, dass die DDR eine Diktatur war, kann man doch auch sagen: Immerhin 60 Prozent wissen es. Ich habe ja keine Vergleichszahlen. Ich würde mal gern die gleiche Frage stellen, im gleichen zeitlichen Abstand, bezogen auf die NS-Diktatur. Wären das auch 60 Prozent gewesen? Ich glaube, dass es durchaus Anzeichen dafür gibt, dass viele Sachen in der Öffentlichkeit von mehr Menschen reflektiert sind, als wir eigentlich glauben. Erster Punkt.

Zweitens: Kognitives Wissen ist leider nicht alles. Ob nun Sindermann oder Ulbricht oder wie sie alle hießen, mit Namen gekannt werden oder nicht, ist vielleicht gar nicht die entscheidende Frage. Sondern die Frage ist, was für Konsequenzen jemand aus dem zieht, was er über die DDR hört, für heutige politische Handlungsoptionen und für die Bewertung von heutigen aktuellen Konflikten. Ich glaube, die politische Bildung ist ganz stark gefordert, gar nicht so sehr auf kognitives Wissen abzustellen. Das ist relativ, das kann man einen Tag wissen und den anderen wieder vergessen. Wichtiger ist die Frage, wie sich Menschen heute in ganz konkreten politischen Situationen verhalten: unter Druck, in Fragen der Solidarität gegenüber Minderheiten, in der aktuellen Flüchtlingsfrage. Und da gibt es sehr viele Anknüpfungspunkte im Bereich der Zeitgeschichte, wo man Fragen aufwerfen kann, die hochvirulent und aktuell sind. Mich interessiert eine politische Bildung, die Zeitgeschichte immer mit Blick auf die Aktualität hin abklopft.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen wollte, sind die völlig unerzählten Geschichten. Wir wissen, 1961 ist die Mauer gebaut worden. Nun lernst du in der Schule, da durfte kein Ossi mehr in den Westen. Wer kennt eigentlich die Geschichte des deutschen Sports in diesem Zeitraum? Der deutsche Sport - Willy Daume ist ja ein Begriff – hat sich damals der Hallstein-Doktrin entzogen. Was zur Konsequenz hatte, dass 1962 gemeinsame deutsche Tischtennismeisterschaften stattfanden, 1963 gemeinsame deutsche Volleyballmeisterschaften. Viele erinnern sich noch, dass 1964 bei der Olympiade ein gemeinsames deutsches Team antrat. Und 1968 in Mexiko beide deutsche Staaten immer noch unter einer Hymne antraten, nämlich "Freude schöner Götterfunken". Da hat sich ein bestimmter Teil der Gesellschaft dem Teilungsprozess komplett widersetzt und dafür offenbar in der Gesellschaft Resonanz gefunden. Da konnten die im Westen in der Adenauer-Regierung tun, was sie wollten, der Sport hat sich einfach nicht daran gehalten. An die ideologischen Vorgaben, die der Westen diesen Sportfunktionären gemacht hat. Das ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass unser Wissen immer noch mal aus einer anderen Perspektive infrage gestellt oder mit einem Ausfallschritt versehen werden kann, der uns die Aufgabe gibt, zu recherchieren, nachzufragen, Zusammenhänge zu erkennen. Das sind Geschichten, die wir aufrufen müssen, weil sie uns ein kompletteres Bild dessen verschaffen, was damals passiert ist, und auch Möglichkeiten zeigen, sich dem politischen Schicksal von Akteuren der großen Politik zu widersetzen. Solche Geschichten brauchen wir für Gegenwart und gegenwärtiges Handeln dringender denn je, weil wir alle eine öffentliche Diskussion erleben, die Leute sagen lässt: "Ich interessiere mich nicht für Politik, lasst die mal selber machen." Aber wir wollen aktive Beteiligung in der Demokratie. Dafür müssen wir Anhaltspunkte in der Zeitgeschichte finden, die junge Leute ermutigen, sich einzumischen und ihre Gesellschaft mitzugestalten.

Eileen Mägel: Herr Dorgerloh.

Stephan Dorgerloh: Ich möchte das noch einmal unterstreichen und dann eine Schlussfolgerung daraus ziehen. Natürlich gehört zu der schulischen Auseinandersetzung auch Wissen, gerade wenn man versucht, ein solches Thema in Prüfungen vorkommen zu lassen. Auf der anderen Seite ist es mir wichtig, dass am Ende daraus auch eine Haltung erwächst. Wenn wir eine Projektwoche zur DDR-Geschichte machen und die jungen Leute am Ende für sich reflektieren, was es heißt aufzustehen und eine eigene Meinung zu verkünden, jemanden nicht alleine stehen zu lassen, sondern sich zu solidarisieren, wenn sie sich Gedanken machen, was es für sie selbst bedeuten würde, wie sie sich denn in solchen Situationen verhalten würden, dann ist das ein ganz großer Gewinn. Dann haben sie sich damit auseinandergesetzt.

Zum Thema Zeitzeugenschaft und Geschichtenerzählen: Wir wissen zum Beispiel aus den Erfahrungen im kirchlichen Kontext, dass ganz vieles gar nicht aufgeschrieben ist. Sich nur auf Archive zu verlassen, ist bei DDR-Geschichte auch ein großes Problem. Noch haben wir eine Gruppe von Zeitzeugen. Mein Vater wird in diesem Jahr 83, er war einer der Ideengeber und Autoren für "Schwerter zu Pflugscharen". Vieles wissen die Leute nur noch aus den Erzählungen. Ob es der Besuch von Wolfgang Schnur bei der Konferenz der Landesjugendpfarrer war – es ist nicht dokumentiert, was da besprochen wurde. Oder was im Magdeburger Konsistorium abging. Das steht weder in den Stasi-Akten noch in den Kirchenakten. Das Gleiche gilt für viele SED-Bereiche. Wer sich mal mit exponierten Leuten unterhalten hat, stellt fest, dass zum Beispiel Wolfgang Berghofer wahrscheinlich besser kein Protokoll bei seinem geheimen Treffen mit Schalck-Golodkowski am Rande der Leipziger Messe geschrieben hat, als sie versuchten, einen inneren Reformprozess in der SED anzuschieben.

Es gibt auch nur noch ganz wenige, die damals in den Führungskreisen der Armee

waren und wissen, was man damals eigentlich mit den Bausoldaten geplant hatte, wie man damit umgehen wollte. Diese Leute zu interviewen, dieses Wissen zu sichern, ist ganz wichtig zum Verständnis der DDR. Da braucht man natürlich jenseits dieser Stasi-Akten-Debatte noch mal Kraft, Mittel und Möglichkeiten, auch solches Wissen in den nächsten fünf bis zehn Jahren zu sichern. Viele Geschichten sind noch unerzählt und nicht gesichert. Es wäre spannend, nach diesem ersten Interesse der 1990er-Jahre, als ja ein Tabu von Geschichten genommen wurde, die wir nicht kannten, aber wussten, dass es sie gibt, jetzt einen Schritt weiterzugehen. Das wäre auch für eine Generation, die meint, schon alles zu kennen, ganz wichtig. Eileen Mägel: Ich gebe Ihnen das Wort, Herr Links, erlaube mir aber vorher eine kleine Überleitung, weil ja vorhin davon gesprochen wurde, dass sich das, was publiziert wird, auch inhaltlich verändern muss, hin zu einer integrierten Geschichte. Ich habe mir vorhin Ihr Verlagsprogramm 2015 angesehen, Herr Links. Es gibt zwei interessante Neuerscheinungen zum Thema. "Was ich dir schon immer mal sagen wollte", das sind Gespräche zwischen Prominenten aus Ost und West, und das Zweite: "Geteilte Geschichte", eine vergleichende Betrachtung zu 25 deutsch-deutschen Orten.

Christoph Links: Ja, wir versuchen dieses Integrierende wirklich umzusetzen und haben überlegt, was zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit passen würde. Wir haben den Prozess der Deutschen Einheit über all die Jahre publizistisch begleitet. Zum 15. Jahrestag hatten wir diesen eher kritischen Bilanzband "Am Ziel vorbei", in dem es aus einer mehr wissenschaftlichen Perspektive darum ging, in welchen Be-

reichen Erwartungen aufgegangen sind oder nicht, was funktioniert hat und was weniger. Nun schien es uns angebracht, zu den einzelnen Themen der Gesellschaft, sei es die politische oder die kulturelle Landschaft, der Sport, jeweils Leute aus Ost und aus West miteinander ins Gespräch zu bringen und im Dialog die Fragen zu erörtern, wie beide Seiten heute einschätzen, wie weit wir mit der Einheit gekommen sind. Da spielt auch Geschichtsaufarbeitung, Auseinandersetzung mit Vergangenheit eine große Rolle. Das ist ein Ansatz, den wir generell versuchen.

Im zweiten Band geht es um die vergessenen deutsch-deutschen Orte, wo man sich seinerzeit begegnet ist – das reicht von Sopron in Ungarn mit gemeinsamem Picknick und der Öffnung der Grenze über das Bonner Ministerium für innerdeutsche Beziehungen bis nach Gander in Neufundland, wo die Interflugmaschinen nach Kuba zwischenlanden mussten und mancher die Kurve gekratzt hat. Also Erinnerungsorte ungewöhnlicher Art. Da sind jeweils auch Zeitzeugen dabei, die über ihre Erlebnisse an den Orten berichten, damit es lebendig wird.

Was ich seit einigen Jahren beobachte, ist, dass man inzwischen sachlicher und unaufgeregter miteinander reden kann als noch vor zehn Jahren. Es ist jetzt ein Vierteljahrhundert her, die juristischen Schlachten sind geschlagen, die politischen Weichenstellungen sind vollzogen, und jetzt kann man im Blick zurück auch entspannter miteinander reden.

Ich habe beim Zentrum für Militärgeschichte in Potsdam erlebt, wie sich Generäle der Bundeswehr und Generäle der NVA gegenübersaßen und ohne Schaum vorm Mund sachlich darüber redeten, wie wer wen überrollen und umlegen wollte, um es mal drastisch zu sagen. Natürlich hatte das auch eine politische Dimension, aber es war zugleich der Versuch herauszubekommen, was eigentlich mit den Angriffsszenarien, mit dem Plan, Westberlin zu erobern, war und wie der Westen darauf reagiert hat. Das war der Versuch, mit den Akteuren, den Beteiligten, die diese Konzepte damals erarbeitet haben, sachlich zu reden, um für die Geschichtsdokumentation etwas aufzubewahren. Nicht um einander Vorwürfe zu machen und zu beschimpfen, sondern festzuhalten, was eigentlich passiert ist.

Eileen Mägel: Jetzt würde ich der Diskussion gern noch eine kleine andere Richtung geben. "25 Jahre danach, das Bild der DDR in Gesellschaft, Medien und Schule" heißt ja das Thema unserer Runde. Und es heißt nicht "der ostdeutschen Bundesländer". Wir, die wir hier oben sitzen, haben zum größten Teil eine eigene Vergangenheit in der DDR mit Ausnahme von Ihnen, Herr Wensierski. Wie ist denn Ihre Wahrnehmung, gibt es einen Unterschied, was dieses Bild in den östlichen und den westlichen Bundesländern betrifft?

Peter Wensierski: Ich wollte das gestern hier schon mal als Frage stellen, ob es ei-

gentlich eine jeweils unterschiedliche Aufarbeitung oder Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit im Osten und im Westen geben sollte. Darüber müsste man mal nachdenken und reden, denn der große Unterschied ist natürlich, dass die Schüler im Osten Eltern und vielleicht auch Großeltern haben, die in der DDR großgeworden und also Zeitzeugen sind. Jeder hat sozusagen seine persönlichen Zeitzeugen zu Hause, mit allen Vor- und Nachteilen. Aber wir haben ja gehört, dass das, was die Lehrer den Schülern mühsam beibringen, zu Hause wieder torpediert wird und gesagt wird: "Aber nicht alles war schlecht." Gerade das ist der Unterschied zwischen unseren Empfängern von Aufarbeitung im Osten und im Westen. Wir Journalisten machen keinen Unterschied. Wenn wir Artikel oder Bücher

Wir Journalisten machen keinen Unterschied. Wenn wir Artikel oder Bücher schreiben oder Filme machen, dann sind die für alle da. Aber man müsste sich mal überlegen, ob man bei Veranstaltungen oder bestimmten Broschüren auf einige Dinge im Osten bzw. Westen unterschiedlich eingehen muss. Ich bin jetzt seit 36 Jahren Journalist. Ich hatte 1979/80 auch schon immer Bildungsveranstaltungen in Bonn oder Köln oder Münster und habe denen, die da hinkamen, versucht, etwas über die DDR zu erzählen. Hätte es diese Veranstaltungen Ihrer Vorgängerinstitutionen wie etwa des Gesamtdeutschen Instituts nicht gegeben, dann wäre das Wissen über die DDR wahrscheinlich noch katastrophaler, als es ohnehin schon ist. Aber es war immer total mühsam, Verständnis für das andere Deutschland zu wecken.

Ich denke, wir erreichen jetzt wirklich eine neue Generation, die 20-Jährigen, die 30- bis 40-jährigen sogar, die nicht mehr diese ideologischen Vorurteile haben, denn die Mauer ist vor 25 Jahren gefallen. Als ich damals Student war und als Journalist im Osten arbeiten sollte, hat es viele meiner Mitstudenten überhaupt nicht interessiert, das habe ich erzählt. Warum? Weil das ganze Thema DDR ideologisch besetzt war. Da war Gerhard Löwenthal mit seinem ZDF-Magazin, da war Franz Josef Strauß mit seinen Mauertoten, Stacheldraht und Schießbefehl. Das Thema DDR war von rechts, vom Kalten Krieg her besetzt. Und die Linken hüllten sich in Schweigen zum Osten. Oder machten bestenfalls Propaganda, wenn sie bei der DKP waren oder deren Unterorganisationen. Es wurde dadurch in der Presse totgeschwiegen. Es gab auch Politiker, die hin- und hergereist sind. Meine erste Redaktion hatte ein Archiv und es war das Nadelöhr für Besucher im Osten. Hier saß gestern Herr Weisskirchen, er war einer der wenigen Politiker – die können Sie an einer Hand abzählen –, die wirklich nach drüben fuhren und sogar Oppositionelle besuchten. Das haben sich viele andere gar nicht getraut.

Ich erzähle das deshalb, weil Sie nach der Aufarbeitung in Ost und West fragten. Wir haben jetzt eine neue Generation, und die ist davon frei. Frei vom Kalten Krieg, frei von den alten Grabenkämpfen. Bisschen schallt das Echo vielleicht immer noch nach durch die Eltern, aber sie ist erst einmal freier und hat einen unbefangenen Blick. Sie interessiert sich dann auch unbefangener für die interessanten Geschichten, die wir jetzt aus der DDR erzählen, und kann sie anders verstehen. Ich denke, dass wir weg davon sind, dass DDR so ein Kampfbegriff ist.

Eileen Mägel: Es geht also nicht nur um Aufarbeitung, sondern vor allem auch um das Bild. Hier ist es möglich, dass uns die Zeit in die Hände spielt und irgendwann die junge Generation sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern auf dem gleichen Niveau ist, heißt, das gleiche Bild hat. Herr Krüger, Sie haben sich gemeldet.

Thomas Krüger: Ich glaube, eine Gleichheit in diesem Sinne wird man nicht herstellen können, aber gleicher wäre ja schon ganz gut. Ich glaube, man hat es mit asymmetrischen Voraussetzungen zu tun, die wir jetzt ganz gut beschrieben haben. Dass die DDR in den ostdeutschen Bundesländern anders erinnert wird, weil die Menschen dort großgeworden sind, mit allen Vor- und Nachteilen, haben wir gehört. Aber die Frage ist jetzt, wie man es schafft, dort, wo man über den anderen weniger weiß, mehr Wissen zu organisieren für eine Generation, die das alles nicht erlebt hat. Und da plädiere ich noch einmal dafür, Formen einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte zu etablieren. Denn das eine gehört mit dem anderen zusammen, auch wenn es nicht gleichzeitig und symmetrisch war, nicht richtig vergleichbar ist. Doch es gibt Anknüpfungspunkte.

Es ist doch viel einfacher, einem westdeutschen Schüler anknüpfend an die eigene westdeutsche Nachkriegsgeschichte, zu der er seine Eltern und Großeltern befragen kann, Sachen über die DDR zu erzählen, die in Zusammenhang mit diesen Punkten der Geschichte stehen. Ich glaube, diese Durchwirkung der gemeinsamen Nachkriegsgeschichte ermöglicht die Perspektive, das jeweils andere Land zum integrierten Teil eines eigenen Geschichtsbewusstseins zu machen. Es geht nicht um einen pathologischen Blick auf die DDR, sondern darum zu begreifen, was das eigentlich mit der Geschichte der eigenen Eltern oder Großeltern zu tun hat. Diese Brücken müssen wir bauen, um ostdeutsche Geschichte in den westdeutschen Bundesländern zu erzählen. Nur da, wo Leute aus der DDR ausgereist oder geflohen sind oder eine dramatische Geschichte haben aus den Gefängnissen und abgeschoben wurden, da findet man diese Geschichte. Aber sie ist nicht Teil des kollektiven Bewusstseins in den westdeutschen Bundesländern.

Es gibt auch da wieder Teile, die komplett in Vergessenheit zu geraten drohen, zum Beispiel die Geschichte Westberlins. Westberlin ist das, was unwiederbringlich vorbei ist. Ich habe gerade den Film "B-Movie" gesehen, der in einigen Programm-



kinos läuft, eine dokumentarisch erzählte Geschichte: das Bild einer Halbstadt, die auf der einen Seite die erfolgreichere Variante des real existierenden Sozialismus war, weil sie hochsubventioniert war, auf der anderen Seite aber komplett entschleunigt, alternativ, absurd war. Etwas, das weder mit dem Westen noch mit dem Osten voll in Deckung zu bringen ist. Das Utopia zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Und diese Geschichte auch noch mal zu nehmen, um zwischen Ost und West zu vergleichen, ist vielleicht ganz hilfreich. Den Blick für eine gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte zu öffnen, heißt für mich, an motivationalen, intrinsischen Motiven der jeweils einen oder anderen Seite anzuknüpfen, ohne Unterschiede kleinzureden oder zu verwischen, sondern einfach, um die Zusammenhänge deutlich zu machen.

Eileen Mägel: Die integrierte deutsche Nachkriegsgeschichte hat Herrn Dorgerloh ein lautes Ja abgerungen.

Stephan Dorgerloh: Weil ich dem wirklich ganz zustimmen kann. Ich freue mich und finde es toll, dass wir da auf einer Welle liegen. Man kann es auf den Punkt bringen: Uns verbindet doch bitteschön mehr als das Westpaket. Wenn das immer wieder deutlich wird, auch im Geschichtsunterricht, dann ist das wunderbar. Wir haben 2013 bei meiner KMK-Präsidentschaft das Thema Erinnerungskultur zum Schwerpunkt gemacht. Es war für mich eine große Freude, dass meine Nachfolgerin im Amt, Sylvia Löhrmann aus NRW, das Thema selbstverständlich aufgenommen hat und sagte, das machen wir jetzt weiter. Wir wollen Dinge wie Geschichtslehrerfortbildungen, Materialien und Lehrbücher gesamtdeutsch angehen.

Was heißt das ganz praktisch: Wir machen einmal im Jahr in Marienborn ein Treffen mit Schulklassen aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Das ist ein tolles Projekt, weil da Schüler ihre Klassenkameraden durch die Gedenkstätte führen und sie gemeinsam Zeitzeugen aus Ost und West treffen. Sie sind in gemischten Gruppen unterwegs und dann sehen wir, dass das auch den türkischen Schüler aus Braunschweig genauso etwas angeht wie den syrischen Flüchtling oder die Kinder von russischen Spätaussiedlern aus Magdeburg. Für die ist das auch Geschichte. Denen kann man nicht sagen, ihr habt jetzt frei, geht euch nichts an, ihr habt keine west- oder ostdeutschen Wurzeln. Sondern es ist eine neue Generation, die da gemeinsam zu interessieren ist, weil es für sie gemeinsame deutsche Geschichte ist. Wenn es nicht in einem isolierten Blick, sondern zusammen geschieht, kann man auch die gemeinsame, aufeinander bezogene Geschichte in Mitteleuropa vermitteln. Ein mögliches Beispiel wäre auch die Friedensbewegung, die unterschiedlichen Motive, Akzentuierungen und Möglichkeiten, mit denen da gearbeitet wurde gegen Pershing und die russischen SS-20 Raketen im Jahr 1983. An solchen übergreifenden Themen kann man ganz viel verstehen, und es ist mein großer Wunsch, das zusammenzubringen und umzusetzen.

Es mangelt nicht an Materialien, auch nicht an Zeit, aber wir müssen gute Formen finden, das zu etablieren, zu verankern. Wir können Schule damit nicht alleinlassen, weil wir alle dafür zuständig sind, dass unsere Kinder unsere junge Zeitgeschichte lernen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, unser gemeinsamer Auftrag. Eileen Mägel: Bevor ich jetzt gleich noch eine letzte Fragerunde ans Podium richte, möchte ich gern das Podium öffnen, auch für Sie im Publikum.

Frage aus dem Publikum: Ich finde, Sie haben einen ganz wichtigen Punkt zur Behandlung der deutsch-deutschen Geschichte vergessen. Seit dem Mauerfall vor 25 Jahren gibt es eine Bewegung von jungen und älteren Leuten von Ost nach West und von West nach Ost. Also im ehemaligen westdeutschen und im ostdeutschen Gebiet sitzen Schüler in den Klassen, deren Eltern eine ostdeutsche oder eine westdeutsche Sozialisation hinter sich haben. Das heißt, man kann die integrierte Geschichte in vielen Klassen besprechen, weil die Eltern dort aus unterschiedlichen Landesteilen kommen und die Lehrer natürlich auch. Das ist eine große Chance.

Podiumsdiskussion · Das Bild der DDR

Frage aus dem Publikum: Ich würde gern ein kurzes Schlaglicht auf ein Drittel der Zielgruppe werfen, um die es geht, nämlich die Schüler. Ich bin so frei und versuche mich an einer Promotion zu DDR-Bildern von Schülern in Sachsen und kann nur begrüßen, was hier auf dem Podium gesagt wurde. Mein Eindruck ist aber, dass für die Schüler in Oberschule und Gymnasium DDR-Geschichte ein sehr schwieriges Feld ist. Nicht nur inhaltlich, sondern weil Geschichte für die Schüler generell schwierig ist. Sie behandeln sie im Unterricht zu einer Zeit, wo ganz andere Dinge wichtig sind. Es fällt ihnen schon grundsätzlich schwer, was Sie mit Multiperspektivität als wünschenswert angesprochen haben, nämlich Geschichte als ein Konstrukt zu erkennen. Zu erkennen, dass das, was ihnen begegnet, was ihnen ihre Eltern erzählen oder was sie im Unterricht hören, nicht das ist, was wirklich war, sondern eine bestimmte Art der Darstellung aus einer bestimmten Perspektive ist. Das macht es für Schüler dann natürlich schwer, mit verschiedenen Darstellungen umzugehen.

Meine Erfahrung aus den Gruppendiskussionen ist die, dass in der Oberschule noch stärker als auf dem Gymnasium die Eltern eine sehr große Rolle spielen. Die Schüler sagen, meine Eltern sind ja dabei gewesen, es muss ja stimmen, was sie sagen. Dann sagen sie, der Stoff im Unterricht sei viel zu ungenau, zu faktenorientiert und allgemein. Ich glaube, dass man, bevor man diese ganzen Dinge wie Multiperspektivität in Angriff nimmt, eine Stufe zurückgehen und den Schülern erst einmal erklären muss, dass Geschichte ein Konstrukt ist. Und dann muss man sich damit auseinandersetzen, dass die Geschichten der Eltern und Großeltern für die Schüler sehr wirkmächtig sind und die Schüler berechtigterweise Probleme damit haben, zu hinterfragen, was die Eltern ihnen mitgeben. Das ist glaube ich grundsätzlich wichtig, um den Schüler gerecht zu werden.

Christoph Links: Ich würde gern auf den ersten Punkt zur Ost-West-Migration reagieren. Ich habe als Verleger fünf Jahre lang versucht, ein Buch über West-deutsche im Osten hinzubekommen. Dazu habe ich mit verschiedenen Journalisten gesprochen, die bereit wären, mal durchs ganze Land zu fahren und zu schauen, wie viele Westdeutsche es an welchen Stellen mit welchen Erfahrungen in Ostdeutschland gibt. Es sind immerhin 2,5 Millionen, die inzwischen hier im Osten leben. Im Gegenzug sind ja 4,5 Millionen Ostdeutsche in Richtung alte Bundesrepublik gezogen, vor allem der Arbeitssuche wegen. In der Tat haben wir jetzt mit dem Buch "Zweite Heimat" ein Material, das sich sehr gut für Diskussionen in Schulklassen nutzen lässt. Denn die Zugezogenen haben ja jeweils Kinder. Und bei deren Erfahrungen ganz konkret anzuknüpfen ist ein erfolgversprechender Ansatz.

Thomas Krüger: Vorhin ist über den Film "Good bye Lenin" gesprochen worden.

Ich hatte damals mit dem Regisseur sehr viel Austausch und wir haben auch Material für die politische Bildung erstellt. Er hat mir erzählt, dass der Film in sogenannten Testscreenings gelaufen ist, also Vorführungen der Rohfassung vor einem Zufallspublikum, um herauszufinden, welche Werbestrategie man für den Film wählt. Es sind drei Testscreenings in München gemacht worden und eine der Fragen auf dem Fragebogen war, wo man herkommt. 15 Prozent der Kinobesucher haben angegeben, dass sie aus der ehemaligen DDR kommen. Das war 2001. Schon damals war dies also ein absolut virulentes Thema und es ist so gut wie überhaupt nicht erforscht, wie die Ostdeutschen im Westen und die Westdeutschen im Osten subkutan zeitgeschichtliche Interpretationen an ihre Nachbarn, an ihre Mitschüler oder in Sportvereinen weitergeben. Ich finde, hier sollte man mit Zeitgeschichte überlegen, das näher auszuleuchten. Meine Hypothese ist, dass da viel mehr passiert, als wir uns vorstellen. Wir sagen immer, der Osten werde im Westen überhaupt nicht kommuniziert, dabei treffen die Leute sich regelmäßig, feiern zusammen Familienfeste, lassen ihre Kinder im Kindergarten betreuen, da gibt es eine Menge an Austausch. Zu untersuchen, was da eigentlich transferiert worden ist, finde ich sehr wichtig.

Ein weiterer Punkt wäre, nicht nur zu schauen, was bis 1989/90 im geteilten Deutschland erzählt worden ist, sondern die letzten 25 Jahre mal näher in den Blick zu nehmen. Wir haben in der Bundeszentrale für politische Bildung ein großes Online-Dossier, "Der lange Weg der deutschen Einheit". Diese Themensammlung berichtet über die Erfahrungen, die in den vergangenen 25 Jahren gemacht wurden. Wie aus dem einen das andere wurde. Und das sind sehr widersprüchlich, schmerzlich, aber auch sehr erfolgreich verlaufene Prozesse. Ich glaube, es ist auch Aufgabe der politischen Bildung, diese Prozesse stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Und bezogen auf die Vermittlung kann ich nur sagen, es ist das klassische Dilemma jeder pädagogischen Arbeit, den richtigen Vermittlungsweg zu finden. Mein pauschaler Punkt wäre immer: Suche jeweils nach der intrinsischen Anknüpfungsmöglichkeit, um ein Thema loszuwerden. Das ist in jeder Zeit für jede Zielgruppe irgendwie anders. Da gibt es kein Kontinuum, weil sich natürlich die Welt weiterentwickelt, weil die Schüler sich für andere Themen interessieren, weil sie andere Medien nutzen. Da den richtigen Kniff, die richtige pädagogische Eingangspforte zu finden und Jugendliche mitzunehmen, das ist die Kunst der Pädagogik, da gibt es keinen Königsweg. Da muss man immer wieder aufs Neue probieren und möglichst weitererzählen, was geht und was nicht geht, um nicht permanent die gleichen Fehler zu machen.



Stephan Dorgerloh: Es ist sicher spannend zu fragen, was Leute, die vom Osten in den Westen gegangen sind, über ihre westdeutsche Umgebung, über ihre westdeutsche Biografie, ihren neuen sozialen Kontext für Geschichten erzählen. Es gibt ja auch viele deutsch-deutschen Ehen.

Und um kurz auf die Frage des Promoventen einzugehen: Sie sagten in einem Nebensatz: "Erfahrungen der Eltern hinterfragen". Ich glaube, es geht gar nicht so sehr darum, die Erzählungen der Eltern zu korrigieren, sondern mit anderen Perspektiven und Erfahrungen zu ergänzen. Die Geschichten sind ja so, wie sie die Eltern erzählen, erst einmal stimmig. Aber es darf eben nicht die einzige Erzählung bleiben. Deshalb brauchen wir Leute, die bereit sind, lebendig und authentisch zu erzählen, oder Schulen, die rausgehen an historische Orte, wo Biografien von Leuten sichtbar werden, die zum Beispiel im Alter der Schüler inhaftiert wurden. Dann kommt zu der familiären Erzählung die andere Erzählung hinzu. Das ist die Aufgabe. Und da werden wir nicht lockerlassen.

Frage aus dem Publikum: Ich war 40 Jahre lang für den Geschichtslehrerverband tätig und möchte hier ein bisschen Wasser in den Wein von Herrn Krüger gießen.

Der hier genannte Titel "asymmetrische Parallelgeschichte" ist bei uns sehr massiv kritisiert worden, ohne dass unser Bundesvorstand das diskutieren durfte. Wir hatten einen Bundesvorsitzenden, der als Mitautor dieses Buches natürlich pro domo gesprochen hat, sodass es keine Diskussion über diesen theoretischen Ansatz gab. Wir haben heute schon gehört, wie kritisch schon die Begriffsfindung gesehen werden kann. Das möchte ich nur noch einmal bestätigen und bedauern, dass es in einem Dachverband nicht möglich war, über die ganze Zeit, in der das Buch mithilfe der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben wird, überhaupt zu diskutieren.

Zweiter Punkt: Ich wundere mich über die Illusion, die manchmal in dem Raum deutlich wird. Dass es nicht einfach klar ist, dass Leute, die sich vor 1989 in westlichen Teilen Deutschlands für die DDR nicht interessiert haben, nach 1990 plötzlich bestimmte Themen vertreten und verfechten sollen. Deshalb bitte ich bei allen Diskussionen darüber, was Prüfungsstoff an Schulen werden sollte, Herr Dorgerloh, dass es eine gesamtdeutsche Nachkriegsgeschichte gibt und dass die Themen unterrichtet und geprüft werden. Das ist ganz wichtig.

Und der dritte Punkt: Ich muss leider sagen, dass die Zeitzeugen manchmal eben auch nicht verlässlich sind. Wenn ich meine Interviews geführt habe, habe ich mindestens drei Termine ansetzen müssen, bis ich annähernd auf sachliche Aussagen gekommen bin.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte den SPIEGEL ansprechen: Bringen Sie über diese Veranstaltung, an der Sie hier teilgenommen haben, einen Bericht oder kommt es im SPIEGEL nicht? Ich bin jahrelange SPIEGEL-Abonnentin und finde, Zeitzeugenberichte sind, anders als in anderen Zeitschriften, sehr selten. Ob ich den Cicero zum Vergleich nehme, ARD oder ZDF, Hannoversche Allgemeine und andere. Und eine Frage, da Sie ja damals in der DDR unterwegs waren. Wir waren betroffen von Zwangsadoption. Wissen Sie, wie man damals auf so etwas gekommen ist, welche Hintergründe das hatte?

Eileen Mägel: Herr Wensierski, die Frage ging direkt an Sie, wobei Sie jetzt hier wahrscheinlich für Ihre Chefredaktion Rede und Antwort stehen müssen. Warum kommen bestimmte Themen nicht und andere häufiger vor? Und können Sie etwas über den Grund von Zwangsadoption sagen?

Peter Wensierski: Es ist generell so, dass die Themenplanung der Zeitungen in Wahrheit ziemlich chaotisch ist. Viele haben die Vorstellung, dass das irgendwie gesteuert oder überlegt ist, aber das meiste geht von dem einen Tag auf den anderen oder von einer Woche zur anderen, da gibt es keine Planungen und Absprachen und Hintergründe. Alle Verschwörungstheorien entbehren jeder Grundlage. Es ist so,

dass Tausende von Journalisten fast wie Subunternehmer in ihren jeweiligen Zeitungen sind und jeder seine eigenen Ideen vorträgt, wenn er über ein Thema berichten will. So kommt die Mehrzahl der Themen zustande, außer natürlich den aktuellen nachrichtlichen Themen, die über die Agenturen kommen und in Zeitungen, Radio, Fernsehen und Internet platziert werden, das ist klar. Aber diese anderen Themen sind oft Sache der persönlichen Liebhaberei der Redakteure. Es gab 1979/80 höchstens 30 Leute, die sich für die DDR interessierten. Und ich vermute, dass es heute auch nicht wahnsinnig viel mehr gibt in den Redaktionen der großen Zeitungen, die von sich aus etwas dazu machen. Es gibt sie und die bringen auch immer wieder Artikel darüber, auch teilweise sehr persönliche.

Da unten liegt übrigens ein Heft, das gerade vom SPIEGEL herausgegeben wurde, ein Sonderheft "Die DDR" mit vielen Aspekten, die uns wichtig waren. Zwangsadoption ist da zum Beispiel nicht drin, weil wahrscheinlich keiner mit jemandem gesprochen hatte, der dieses Schicksal hatte, oder an entsprechende Akten gekommen ist. Dafür ist zum Beispiel die Geschichte des Redakteurs drin, der das Heft hauptsächlich gemacht hat. Die Stasi hatte ihn als Westberliner Studenten zweimal versucht anzuwerben. Er beschreibt, wie er das überstanden hat, indem er mit seinem Vater dieses Problem erstmals besprochen hat, der in den 1950er-Jahren selbst die Stasi kennengelernt hatte. Das ist ein ganz interessanter Artikel. So etwas liegt daran, dass er es persönlich wichtig fand, das zu veröffentlichen. Er hat eben nicht an Zwangsadoption gedacht, sondern wollte diese Geschichte bringen. So etwas ist weder geplant noch überlegt, sondern hängt immer von den persönlichen Zufällen ab. Man findet Themen unterwegs. Mein Buch "Die verbotene Reise" zum Beispiel ist durch einen Zufall inspiriert. Da war ich auf einer Konferenz über die Bronzezeit in Cottbus und wir haben abends zusammengesessen. Gegen Mitternacht erzählte mir die eine Frau, als das Gespräch auf die DDR kam, so nebenbei, sie habe eine Freundin, deren Mann es zu DDR-Zeiten bis nach Peking geschafft habe. Hätte ich in dem Moment weggehört, gäbe es dieses Buch nicht. Aber ich habe mich dann dafür entschieden, mir aus diesem einen Satz zwei Jahre Arbeit zu machen. Das sind persönliche Entscheidungen. Das geht ja nicht von heute auf morgen, dass man ein solches Thema umsetzt.

Ich sagte schon, ich habe gestern in der Gedenkstätte die biografischen Berichte auf diesen Stelen gelesen und gedacht, da könnte man ja diese Geschichte und diese Geschichte machen, die kennt ja noch keiner. Ich weiß gar nicht, ob das stimmt. Aber auch da ist es so, dass die Journalisten es immer persönlich tun müssen. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe nie jemanden kennengelernt, der von Zwangsadoption betroffen war.



Ich habe jetzt zufällig vor ein paar Monaten einen Artikel über das Abhören von Telefonaten zwischen Ost und West geschrieben. Da habe ich mit dem Berliner Oppositionellen Werner Fischer geredet, dem früheren Lebensgefährten von Bärbel Bohley. Der erzählte mir, was ich auch noch nicht wusste, dass seine Mutter eine überzeugte Parteifunktionärin war. Es gibt ein abgehörtes Telefonat zwischen seiner Mutter und ihm, das sich wirklich lohnt nachzulesen. In dem Zusammenhang erzählte er mit, dass seine Mutter in Potsdam in einem Kindergarten gearbeitet habe, in den auch zwangsadoptierte Kinder gingen. Ich dachte, wieso ist denn diese Geschichte noch nicht erzählt worden. Der Oppositionelle Werner Fischer und seine Mutter, die große SED-Funktionärin, die auch noch was mit Zwangsadoptionen zu tun hat. Ich habe mir vorgenommen, darüber zu schreiben, aber so etwas dauert natürlich.

Ich wollte nur sagen, bitte mutmaßen Sie nicht immer so viel System hinter der Auswahl der Themen in den Medien. Das ist bisschen alte DDR-Denke. Als die ersten Stasi-Offiziere, die wir für das ARD-Fernsehen interviewt haben, zu uns kamen, dachten die auch immer, wir sind alle vom BND gesteuert.

Podiumsdiskussion · Das Bild der DDR

Eileen Mägel: Herr Krüger und Herr Links, Sie haben noch Ergänzungen.

Christoph Links: Ganz kurz zum Thema, dass Zeitzeugen zu wenig vorkommen. Sie hatten das kritisch angemerkt, der Kollege vom Geschichtslehrerverband hat von seinem Problem mit Zeitzeugenberichten gesprochen. Wir Publizisten, sowohl Journalisten als auch Verleger, stehen in der juristischen Verantwortung, für alles das, was wir verbreiten, auch zu haften. Wir können einen Zeitzeugenbericht nur dann veröffentlichen, wenn wir ihn gegengeprüft und für richtig befunden haben. Ich weiß, wovon ich spreche, ich habe das Buch über den Stasi-Überläufer Werner Stiller verlegt, der sich vom BND hatte anwerben lassen und mit seiner Flucht aus der DDR dem MfS den größten Schaden zugefügt hat. Bestimmte Dinge musste ich ihm glauben, weil es dafür keine Dokumente gab, auch aus seiner Zeit beim BND. Ich flog zu ihm nach Budapest, habe das, was es an Dokumenten gab, geprüft, wir haben sehr gründlich und lange daran gearbeitet. Und doch bin ich prompt verklagt worden und habe die Auseinandersetzung auch verloren, weil sich bestimmte Darstellungen Werner Stillers juristisch nicht belegen ließen. Wir mussten die entsprechenden Stellen dann für die Nachauflage und die Taschenbuchauflage ändern. Das heißt, so sehr gern wir in den Verlagen und Medien mit Zeitzeugenberichten arbeiten, wir stehen vor der juristischen Verantwortung, subjektive Erinnerungen quellenkritisch gegenzuprüfen, damit wir juristisch nicht belangt werden können und keine Auflagen einstampfen müssen. Das ist zu bedenken, aber an sich gehöre ich zu den Verfechtern der Geschichtsvermittlung auch über Zeitzeugen.

Thomas Krüger: Ich kann an das Zeitzeugenthema auch anknüpfen, es ja gibt Sprüche wie: "Zeitzeugen lügen" oder "Zeitzeugen sind die Feinde der Historiker". Das macht deutlich, worauf man achten muss. Zeitzeugenberichte sind extrem wichtig, weil sie authentisch und emotional sind. Sie haben einen hohen Vermittlungswert. Aber sie können nur dann erfolgreich etabliert werden, wenn sie historisch gedeckt sind. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Zeitzeugenarbeit nur dann zu nutzen, wenn wir Historiker gewinnen, die das begleiten und Quelleneinordnungen vornehmen. Wir setzen Zeitzeugen also nicht allein in der politischen Bildung ein, sondern immer in Kombination mit historischem Wissen und historischen Kontexten. Dann wird man den Zeitzeugen gegenüber auch fairer und gerechter.

Die Verbandsanmerkung kann ich nicht kommentieren, weil ich in den Geschichtslehrerverband nur unzureichend Einblick habe. Ich kann nur sagen, wie wir das in der Bundeszentrale handhaben: Wir lassen solche publizistischen Positionen nie allein stehen, sondern versuchen die kontroversen Positionen dazu ebenfalls zu veröffentlichen. Das ist in diesem Fall auch sehr umfassend geschehen. Wir haben sehr unterschiedliche Positionen, wie man mit Zeitgeschichte umgeht, gerade zu diesem Thema, in unserem Schriftenreihe-Angebot.

Und noch zur Zwangsadoption: Ich habe einen ganz guten Einblick, weil ich als Senator für Jugend Anfang der 1990er-Jahre die ersten Aktenfunde im Bezirksamt Berlin-Mitte in einer Clearing-Stelle zusammengetragen habe. Wir haben uns das angesehen und festgestellt, dass das Thema komplizierter ist, als es auf den ersten Blick aussieht. Es geht um Jugendhilfefragen. Wir haben Akten gefunden, relativ wenige, wo Zwangsadoptionen eindeutig als Zwangsadoptionen bezeichnet werden müssen. Dann haben wir Akten gefunden, die eher auf so etwas wie totalitäre Fürsorge, also eine überbordende ideologisch kontaminierte Jugendhilfe hinweisen. Und dann haben wir auch Akten gefunden, die uns als Zwangsadoptionen vermittelt und verkauft worden sind, aber die unter heutigen Bedingungen genauso zu Jugendhilfeentscheidungen aufgrund von Kindeswohlgefährdung führen würden. Bei dem Thema Zwangsadoption gibt es sehr viele Geschichten, aber nur in einigen Fällen – man muss da differenzieren – liegen wirklich Zwangsadoptionen vor.

Wir haben das damals sofort öffentlich gemacht. Es war auch deutlich, wie schwierig das Thema für Journalisten ist, die nicht alle Feinheiten des Adoptionsrechts kennen können, sondern sich auf sachkundige Auskünfte von Adoptionsrechtlern und Mitarbeitern in Ministerien verlassen müssen. Viele von denen haben zu Zeiten, als die Aktenfunde noch nicht realisiert worden waren, gesagt: Seid vorsichtig mit dem Thema, da gibt es solche und solche Fälle, das können wir schlecht beurteilen, wir haben noch keinen Aktenfund, der es tatsächlich erlaubt, von Zwangsadoption zu sprechen. Gefunden hat man die Dinge erst nach dem Fall der Mauer, als sie in den Archiven der Bezirksämter auftauchten und dann zusammengetragen und ausgewertet wurden.

Eileen Mägel: Beim Boxen würde jetzt die Glocke ertönen. Wir gehen in die letzte Runde.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte mich an Herrn Dorgerloh wenden. Ich bin auch Geschichtslehrerin, und das, was Sie von Sachsen-Anhalt geschildert haben, gilt natürlich auch für uns in Sachsen. Wir haben hier wunderbare Gedenkstätten, nicht zuletzt Bautzen, und auch Erfahrungen mit Zeitzeugen. Es ist so an der Oberschule: Die Schüler behandeln in der Klasse 9 die Zeit vom Ende des Krieges bis zur Friedlichen Revolution. Das ist ein großer Zeitraum. Die Schüler sind 15 oder 16 Jahre alt. Für sie sind die wichtigsten Zeitzeugen nicht die Eltern, sondern die Großeltern. Die Enkelgeneration wendet sich an die Großeltern, das sind die wichtigsten Zeitzeugen. Und ich finde es als Geschichtslehrerin äußerst spannend, wenn Schüler aus verschiedenen sozialen Milieus kommen und mit sehr kontroversen Erfahrungen agieren, weil dann deutlich wird, dass jeder Mensch seine Geschichte hat.

Was ich als Problem sehe, ist die Uneinheitlichkeit der Lehrpläne in Deutschland. Wie soll ein relativ umfassendes Geschichtsbild zu diesem Bereich entstehen, wenn jedes Bundesland seinen eigenen Lehrplan hat. Wir haben unterschiedliche Lehrbücher, in denen die Themen ebenfalls unterschiedlich beleuchtet werden. Ich habe ein Beispiel, ich sage den Verlag jetzt nicht. Aber als ich dieses Lehrbuch in die Hand bekam, sah ich das Gebiet des Erzgebirges, wo ich herkomme, so dargestellt: Uranbergbau, Wismut und verseuchtes Gebiet. Da habe ich von meiner Westverwandtschaft sofort gehört, "oh je, da fahren wir nicht mehr hin, das ist gefährlich dort". Solche Auswirkungen.

Letzter Punkt: Wir haben auch keine einheitlichen Prüfungen. Bei uns in Sachsen haben wir in Geschichte an der Oberschule mündliche Prüfungen. Ich lege als Geschichtslehrer selbst die Themen dafür fest.

Und der letzte Punkt, den ich wirklich sehr traurig finde, aber daran können Sie auch nichts ändern. Wir haben hier in Sachsen nach der Klasse neun im Prinzip für die Geschichte den Schlusspunkt gesetzt. Dann wählen die Schüler zwischen Geografie und Geschichte aus, also genau an dem Punkt, an dem der geistige Reifungsprozess so weit ist, dass sie sagen: "Jetzt setzen wir uns auseinander, jetzt fragen wir." Das sehe ich als Problem.

Frage aus dem Publikum: Oft haben Schüler aus den westlichen Bundesländern, wenn sie Orte wie die Gedenkstätten Bautzen besuchen, wesentlich bessere Vorkenntnisse als die Schüler aus dem Osten. Vielleicht kann dazu noch jemand etwas sagen.

Frage aus dem Publikum: Ein Thema wird komplett ausgeklammert, und das ist die Wirtschaftspolitik, die von 1945 bis 1989 zwischen beiden deutschen Staaten existierte. Warum wird die ausgeklammert? Wer hat an wen exportiert? Manche Leute wissen nicht, wie zum Beispiel der VW die Welt erobert hat. Wie der vorher hieß, das wissen die gar nicht. Dann wird der Weltkonzern Schalck-Golodkowski ausgeklammert, Tabuthema. Wir haben gestern das Theaterstück "Ratzel speist im Falco" von Erich Loest gesehen, die Folgen haben wir bis heute.

Peter Wensierski: Ich will man ganz schnell reagieren. Ich möchte Sie wirklich bitten, vorsichtiger zu sein, wenn Sie so etwas sagen: Schalck-Golodkowski Tabuthema. Das ist Quatsch. Beim SPIEGEL und auch in anderen Zeitungen ist das ein Topthema. Geben Sie mal bei Google Schalck-Golodkowski ein und sehen Sie mal, wie viele Presseartikel im Westen und auch hier dazu erschienen sind, wie viele Bücher es zu diesem Thema gibt, wie viele Fernsehsendungen. Das ist doch kein Tabuthema! Ehrlich, Vorsicht mit solchen Äußerungen, weil man dann ein schiefes Weltbild verbreitet, das nicht richtig ist.

165

Und Wirtschaft ist auch so eine Sache. Ich gebe Ihnen ein kleines bisschen Recht, wenn es um die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen geht. Aber auch da kann ich Ihnen sagen, ich habe zum Beispiel im vergangenen Jahr eine große Veröffentlichung im SPIEGEL darüber gehabt, wie die westdeutschen Pharmafirmen ihre Medikamente in der DDR getestet haben und Schalck-Golodkowski das meiste Geld eingestrichen hat. Das ist auch dargestellt. Es ist nicht so, dass etwas verschwiegen wird oder dass da Verschwörungen im Gange sind.

Und Sie wollten ja die Frage beantwortet haben mit den westdeutschen und ostdeutschen Schülern. Ich verstehe ehrlich gesagt die Frage nicht ganz. Ich finde das eine interessante Feststellung, dass da unterschiedliche Vorkenntnisse sind. Ich weiß nicht, ob wir einen Wissenschaftler haben, der empirisch belegen kann, dass es wirklich im Osten Deutschlands weniger Kenntnisse über die DDR durch den Schulunterricht gibt als im Westen.

Ich kenne Freya Klier, die bekannte Oppositionelle, die seit Jahren durch die Schulen geht und Vorträge hält und die Hände über dem Kopf zusammenschlägt über die Situation hier in den ostdeutschen Bundesländern, weil dort natürlich in den 1990er-Jahren und auch heute noch wahnsinnig viele alte Lehrer sind, die ängstlich und überangepasst sind und oft von sich aus solche kritischen Themen nicht ansprechen. Natürlich gibt es in der Richtung vielleicht etwas zu suchen als Ursache dafür, dass das Thema eher vermieden wird, während in Bayern vielleicht ganz unbefangen herangegangen wird.

Eileen Mägel: Ich glaube, es gibt auch einen Schwerpunkt, zu dem vielleicht Herr Dorgerloh etwas sagen kann. Die Kollegin hatte das angesprochen, die unterschiedlichen Lehrpläne, Lehrbücher und Lehrinhalte.

Stephan Dorgerloh: Wenn eine Gruppe aus Westdeutschland gezielt nach Bautzen fährt, um hier an die Gedenkstätte zu kommen, dann erwarte ich schlichtweg, dass die sich vorbereitet haben. Dass das eine Klasse, die aus der Umgebung kommt, vielleicht nicht so intensiv tut, ist möglicherweise auch Teil der Geschichte. Ich glaube, das unterschiedliche Wissen über die DDR hat etwas damit zu tun, was zu Hause erzählt wird. Ich bin ganz bei Ihnen, wenn Sie von Familiengeschichten reden, es ist nicht immer nur das Gespräch zwischen Eltern und Kindern. Oft ist das Gespräch der Großeltern mit den Enkeln viel entspannter, weil diese Generationen unverkrampfter ins Gespräch kommen können. Die erzählen ja mitunter viel mehr und auch anderes und müssen sich dabei nicht rechtfertigen wie vielleicht die eigenen Eltern.

Das trifft auch auf das zu, was ich von Zeitzeugen höre, die sagen: "Mensch, die Schüler wissen ja gar nichts." Wenn man dann mal nachfragt, heißt es: "Die wissen

gar nichts über unsere Oppositionsgeschichte." Dann sage ich: "Ja natürlich nicht." Denn die Oppositionsgeschichte ist nicht Allgemeingut in der DDR, sondern wird in kleinen Kreisen gewusst und erzählt. Das ist ja auch nur eine ganz kleine Gruppe gewesen. Die Bürgerbewegten untereinander wissen vieles davon, aber es ist eben nicht Allgemeingut in dem Sinne, sondern wirklich eine ganz eigene Welt. Wir sind in unterschiedlichen "DDRen" großgeworden, haben uns in unterschiedlichen Milieus bewegt. Und so wenig, wie ich weiß, wie genau der Sohn des Parteisekretärs aufgewachsen ist, so wenig weiß der, wie der Pfarrerssohn Stephan Dorgerloh aufgewachsen ist. Also man weiß Verschiedenes und damit muss man arbeiten. Und es ist toll, wenn es solche Gedenkstättenbesuche gibt.

Letzter Punkt, zu den Lehrplänen. Sie haben das "Pech", dass Sie in mir einen großen Befürworter des Föderalismus vor sich haben. Es gibt diese Sehnsucht insbesondere in den ostdeutschen Ländern, es einheitlich zu machen: einheitliches Abitur, einheitliche Lehrpläne, einheitliche Bücher, einheitlichen Unterricht. Ich sage immer, zum Glück gibt es nicht nur ein Geschichtsbuch, sondern viele. Ich sage auch, dass wir mehr Vergleichbarkeit brauchen, aber nicht Einheitlichkeit. Wir können durchaus in Hamburg mit einer anderen Migrantenquote und mit einem anderen Background kompetenzorientierten Unterricht anders machen. Wir müssen nicht mehr diese Lehrpläne haben, in denen jede Stunde vorgegeben ist. Ich überspitze jetzt einmal, ich weiß, dass ich Ihnen vielleicht auch Unrecht tue, weil Sie es gar nicht so gemeint haben, aber ich glaube, dass wir die Vielfalt durchaus aushalten können. Wir haben im Land Sachsen-Anhalt landeseinheitliche Prüfungen, das halte ich nach wie vor für richtig, vielleicht ist das auch ein Weg für Sachsen. Und ich sage auch ganz klar, wir brauchen Geschichtsunterricht auch in der zehnten Klasse. Das ist kein Luxus, sondern schlicht notwendig.

Eileen Mägel: Meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben unsere Zeit weit überzogen. Deswegen walte ich jetzt meines Amtes als Moderatorin und mache sprichwörtlich "den Sack zu". Ich bin ganz sicher, wir könnten noch mehrere Stunden weiterdiskutieren, und das ist auch gut so. Denn es wird, das darf ich versprechen, auch ein 27. Bautzen-Forum geben. Um einen Abschluss für unsere kleine Runde zu finden: Ich glaube, wir alle sind davon überzeugt, dass es nicht das Bild und nicht ein Bild der DDR in der Gesellschaft, den Medien und der Schule gibt. Sondern jeder hat ein bisschen sein Bild und das ist auch gut so. An der Vermittlung, und das haben unsere Vertreter hier oben aus Gesellschaft, Medien und Schule recht deutlich gemacht, werden wir weiter arbeiten. Und wir werden nicht müde, darüber zu berichten. Was wir mitnehmen: Dieses Bedürfnis nach Vermittlung einer integrierten deutsch-deutschen Geschichte ist in den vergangenen Jahren

167

stärker geworden. Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken für Ihre Geduld, für Ihre Zeit. Vielen Dank.



THEATERSTÜCK

"Ratzel speist im Falco" ist der Titel eines Theaterstücks von Erich Loest, das am Abend des ersten Forumstages im ehemaligen Zellentrakt der Gedenkstätte Bautzen aufgeführt wurde. Der Autor nannte es im Untertitel ein Revolutionsstück. Politsatire wäre auch zutreffend.

Im 27. Stockwerk, im Leipziger Nobelrestaurant Falco, treffen sich 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution Spitzengenossen der ehemaligen SED-Bezirksleitung und schwadronieren darüber, wie ihnen im Herbst 1989 die Macht aus den Händen glitt, wie sie sich über die Zeiten retten konnten und schließlich auf unterschiedliche Weise wieder zu gesellschaftspolitischen Mitspielern geworden sind. Den Zusammenbruch von damals sehen sie als Teil ihrer Strategie: nämlich Staat und Staatssicherheit opfern, die Partei retten. Marode, wie die DDR war, brauchte sie dringend eine Generalsanierung – und als Sanierer ist der Kapitalismus nun einmal unschlagbar. Aber bald ist der Laden wieder in Schuss und kann erneut von den "Kräften des Fortschritts" übernommen werden …

168 Podiums diskussion · Das Bild der DDR Theaterstück



Mit bissigem bis sarkastischem Humor, mit Fiktion und reichlich historischen Bezügen hat Erich Loest damit die Umbruchzeit in Leipzig und der DDR nachgezeichnet. Für die Figur Dieter Ratzel steht beispielsweise der damalige SED-Bezirkssekretär Roland Wötzel. Auch Stasi-General Manfred Hummitzsch, Rechtsanwalt Wolfgang Schnur und Kurt Masur sind auf der Bühne vertreten. In Szene gesetzt wurde das Stück vom Regisseur Gunter Fischer. Die Leipziger Schauspielerinnen und Schauspieler wurden dafür vom Bautzener Publikum frenetisch gefeiert. Trotz aller herrlich-grotesken Momente des Theaterstücks im Zellentrakt der ehemaligen Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II bestand das besonders Berührende dieses Abends darin, dass der Autor Erich Loest an diesem Ort, in einer der benachbarten Zuchthauszellen, acht Jahre seines Lebens von der SED als politischer Häftling gefangen gehalten wurde.

Zur Aufführung konnte Linde Rotta, die Ehefrau des 2013 verstorbenen Erich Loest, auf Einladung der Veranstalter Silke Klewin, Gedenkstätte Bautzen, und Matthias Eisel, Friedrich-Ebert-Stiftung, begrüßt werden.





Referent innen des 26. Bautzen-Forums

Wolfgang Brinkschulte, MDR-Fernsehen

Stephan Dorgerloh, Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt

Martin Dulig, Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, stellvertretender Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, Landesvorsitzender der SPD Sachsen

Matthias Eisel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Leiter des Landesbüros Sachsen

Prof. Dr. Everhard Holtmann, Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle an der Saale

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Dr. **Anna Kaminsky**, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e. V.

Christoph Links, Verleger, Christoph Links Verlag

Eileen Mägel, Moderatorin, Dresden

Prof. Dr. Klaus Marxen, ehemaliger Richter, Kammergericht Berlin (Strafsenat)

Gesine Oltmanns, Bürgerrechtlerin, Stiftung Friedliche Revolution, Leipzig

Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen der ehemaligen DDR

Christian Schramm, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

Jochen Stern, Schauspieler. Vom sowjetischen Geheimdienst wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer Spionageorganisation verurteilt. Von 1946 bis 1954 in Haft.

Wolfram Tschiche, Bürgerrechtler, wegen oppositioneller Tätigkeit in der DDR inhaftiert

Prof. Dr. Harald Wagner, Evangelische Hochschule Dresden

Prof. **Gert Weisskirchen**, Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland

Peter Wensierski, Redakteur, Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL

Christoph Wunnicke, Historiker, Gutachter für die Enquete-Kommission Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Brandenburg

Bautzen-Foren im Überblick

(Die Broschüren sind teilweise vergriffen, können aber über www.fes.de als pdf-Dateien heruntergeladen werden)

Nr. 1

Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990.

Nr. 2

Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991.

Nr. 3

Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992.

Nr. 4

Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993.

Nr. 5

Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994.

Nr. 6

Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995.

Nr. 7

Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996.

Nr. 8

Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997.

Nr. 9

Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998.

Nr. 10

Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999.

Nr. 11

Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000.

Nr. 12

Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR. Leipzig 2001.

Nr. 13

Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002.

Nr. 14

Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003.

Nr. 15

Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. Leipzig 2004.

Nr. 16

Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur. Leipzig 2005.

Nr. 17

Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006.

Nr. 18

Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007.

Nr. 19

Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur. Leipzig 2008.

Nr. 20

Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung. Leipzig 2009.

Nr. 21

Unrechtsstaat DDR - Willkür. Gewalt. Macht. Leipzig 2010.

Nr. 22

50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem "antifaschistischen Schutzwall". Leipzig 2011.

Nr. 23

Ein ganz normaler Staat? Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR. Leipzig 2012.

Nr. 24

Widerstand gegen den Kommunismus. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der kommunistischen Diktatur. Leipzig 2013.

Nr. 25

Aufbruch zur Freiheit. Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und Osteuropa. Leipzig 2014.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Sachsen Burgstraße 25 04109 Leipzig

Redaktion Ines Eifler, Görlitz

Matthias Eisel, Leipzig

Gestaltung Thomas Glöß, Leipzig Fotos Gaby Waldek, Leipzig

Druck Merkur Druck- und Kopierzentrum, Leipzig

ISBN 978-3-95861-294-5

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

178 Impressum

